

Kürbiskern

13.11.69

B 20094 F

An die 300 Proletarier standen an der Mauer
Arthur Killus: Hearing nach 50 Jahren
Mischa Gallé: Schulspeisung 1948
Ernst S. Steffen: Arbeit im Zuchthaus
Klaus Stiller: Sonette über Mietverhältnisse
Guntram Vesper: Kurze Prosa
Friedrich Röll: Neues Modell des Sozialismus —
Yaak Karsunke: Böhmische Dörfer
Christian Geissler: Anstelle eines Berichtes aus Prag
O. Behnssen / W. Brannasky: Demonstration —
F. Schmid: Demokratisierung oder Liberalisierung
Friedrich Hitzer: Imperialistische Strategie —
E. Högemann-Ledwohn: Rückweg zum Kapitalismus
Nguyén Hun Nghi: An einen deutschen Genossen
Janis Ritsos: Zwei Gedichte
Protokoll: Griechen in Schweden
Sebastian Peren: Wahlen in Griechenland
Yaak Karsunke: Große APO-Koalition?
Hannes Stütz: Wählen oder Nichtwählen?
Prof. Dr. Werner Hofmann: Rede

No. 3587

kürbiskern

Literatur und Kritik

Herausgegeben von Christian Geissler, Friedrich Hitzer,
Yaak Karsunke, Hannes Stütz, Manfred Vosz

Damnitz Verlag München

An die dreihundert Proletarier standen an der Mauer

Wir standen an der Mauer,
Genosse, du und ich.
Du und ich an die dreihundert,
Dreihundert Proletarier!
Männer und Frauen!

Hört zu, Freunde!
Dreihundert gefangene Arbeiter
Standen an der Mauer
Vorm Maschinengewehr!
Hingetrieben mit Gewehrkolben
Und Peitschen.

Und droben, in Würden und in Sesseln,
„Proletariervertreter“:
Ebert, Scheidemann, Landsberg
Und in vollem Werden:
Helfershelfer Noske!

„Alle Leute aus dem ‚Vorwärts‘ werden erschossen!“
Hat der Major befohlen.
Die betrunkene Soldateska johlte,
Stieß mit den Kolben und brüllte:
„Da drüben liegen schon acht
Von den Euren verreckt!“ Und lachte.
„So geht's euch auch, ihr Banditen! Schweine!
Spartakistengesindel!“
„Haha! Jetzt haben wir euch!
Ihr kommt alle 'ran!
Ihr werdet alle erschossen!
Wie die acht da!“

„Maschinengewehr frei!“ schrie der Bursche am Geschütz.
„Platz da!“ kreischte es aus der wilden Kohorte.
„Maschinengewehr frei!“

Die Bahn war frei.
Der eiserne Lauf des Maschinengewehrs richtete sich
Auf den linken Flügel der Dreihundert.
Dreihundert Augenpaare aus bleichen Gesichtern
Starrten auf die Hand des Schützen.
Die — zitterte vor Ungeduld und Mordgier
Und wartete auf Befehl.
Dreihundert blasse Lippen preßten sich zusammen
Zum stummen Schwur.
Doch keiner — befahl.

*

„Das wollen wir der Regierung überlassen!“
Schnarrte endlich eine Stimme.

*

„Zu Vieren antreten!“
Und wir wurden in den Stall geführt.

Anonym aus „Die Rote Fahne“ vom 12. Januar 1920.

Arthur Killus Hearing nach 50 Jahren

— über das Scheitern der Novemberrevolution 1918 in Deutschland —

- Zeller:** Wo brennt's denn, Genossen.
- Der Vorsitzende:** Herr Zeuge, wie war das am 6. November 1918? Schildern Sie uns bitte, was auf dem Hamburger Hauptbahnhof geschah.
- Zeller:** Also, das war so: Ich kam nachts von Kiel und saß mit einigen Kameraden im Wartesaal. Wir diskutierten über die Matrosenmeuterei und ich sagte: Kameraden, im Hafen liegen Torpedoboote. Die Jungs haben auch die Schnauze voll. Wenn die die rote Fahne setzen, — Jungs, das wär' ein Ding! Wir sind dann mit vier Mann in einem Ruderboot zum ersten Kriegsschiff und in das Mannschaftslogis. Die Matrosen wußten noch nicht viel: Ausgangssperre und keine Zeitungen an Bord!
- Der Vorsitzende:** Sie gaben also den Anstoß zum Aufstand der Hamburger Matrosen?
- Zeller:** Ja. Das ging schneller als wir uns gedacht hatten. Nullkomma-nix hatten wir den Decksoffizier entwaffnet und die anderen Offiziere in ihren Kabinen eingeschlossen. Mit hundert Mann ging's dann rüber auf die anderen Kriegsschiffe. Also, das war ein Bild! Als es hell wurde, wehten auf allen Schiffen die roten Fahnen. Wir fuhren dann mit ein paar hundert Mann rüber nach St. Pauli, mit Karabinern, Pistolen und Maschinengewehren. Alles, was an Bord war, hatten wir mitgenommen, auch Handgranaten. Wir wollten zum Schichtwechsel der Werftarbeiter zurecht kommen.
- Historiker:** Erlauben Sie mir bitte eine Feststellung. Als Bootsmannsmaat Zeller den Kieler Aufstand nach Hamburg trug, waren die Ereignisse in Hamburg selbst schon sehr weit gediehen. In der Stadt war gewissermaßen eine hochexplosive Lage entstanden, die durch Zeller nur zur Explosion gebracht wurde.
- Vorsitzender:** Könnten Sie das näher begründen?

- Historiker:** Bereits am 5. November war es auf der Werft von Blohm und Voss zu einem schweren Zwischenfall gekommen. Die Werftarbeiter hatten sich geweigert, bei schlechtem Essen die Arbeit fortzusetzen. Dabei war die Speisehalle der Werft in die Brüche gegangen. Die Werftarbeiter forderten vom Gewerkschaftskartell sofortige Streikmaßnahmen. Nachmittags wurde im Gewerkschaftshaus die Durchführung eines Sympathiestreiks für die Kieler Bewegung gefordert. Die Führung des Gewerkschaftskartells zögerte die Entscheidung jedoch hinaus und wollte diese Frage erst am nächsten Tag vor einem größeren Kreis von Betriebs- und Parteivertretern beraten lassen. Erst nach der Revolution wurde bekannt, daß sich die Gewerkschaftsführung und die Führer der Regierungssozialisten mit dem General Falck — er war Chef des Generalkommandos in Altona — getroffen und ihm zugesichert hatten, allen Einfluß geltend zu machen, um die Ruhe in Hamburg zu sichern.
- Vorsitzender:** Genosse Kallweit, Sie hatten am 6. November politische Funktionen?
- Kallweit:** Ich war damals Vorsitzender der Unabhängigen SPD. Ich erinnere mich noch genau. Wir waren in einem wahren Begeisterungstaukel, der nicht mehr zu steigern war, als eine Gruppe Kieler Matrosen und eine Gruppe der 76er auftraten. Die 76er waren aus der Arrestanstalt ausgebrochen. Wir beschlossen für den nächsten Tag eine Versammlung auf dem Heiligengeistfeld und die Ausrufung des Generalstreiks für ganz Hamburg. Wir hatten konkrete Ziele. Wir wollten einen Arbeiter- und Soldatenrat bilden und dem Senat und dem Generalkommando unsere Forderungen stellen. In der Nacht hat Zeller dann unseren Plan durcheinander gebracht. Offensichtlich hielt Zeller nicht viel von Disziplin. Nach dem Schleifen und Verheizen von Millionen Arbeitern an der Front war das zwar verständlich. Aber wenn wir etwas erreichen wollten, mußten wir auf die selbstgewählte Disziplin der Arbeiterklasse als die Grundlage jeden Erfolges zurückgreifen.
- Vorsitzender (zu Zeller):** Sie haben den Vorwurf des Genossen Kallweit gehört?
- Zeller:** Er interessierte mich damals so wenig wie heute. Wir wollten, daß es schnell geht. Wir wollten nicht mehr diskutieren, wir wollten Aktionen.

- Als wir in St. Pauli angekommen waren, haben wir die Arbeiter, die sich nicht dem Generalstreikbeschuß angeschlossen hatten, weil sie noch nichts davon wußten, also, wir haben sie angehalten. Wir haben ihnen Gewehre gegeben und Pistolen. Ein Maschinengewehr haben wir auf eine Straßenbahn montiert, und dann sind wir damit zum Gewerkschaftshaus gefahren. Wir waren schon mehr als tausend Mann. Ich war gewissermaßen Kommandeur.
- Vorsitzender:** Was wollten Sie denn im Gewerkschaftshaus?
- Zeller:** Wir? Also, die Arbeiter hatten uns gesagt, die Gewerkschaften müssen mitmachen, dann ist der Generalstreik erst die richtige Sache. Nur die Unabhängigen und die Spartakisten, — das reicht nicht. Alle Arbeiter müssen jetzt Revolution machen!
- Vorsitzender:** Und was sagten die Gewerkschaftsfunktionäre?
- Zeller:** Nichts, denn sie waren überhaupt nicht ins Gewerkschaftshaus gekommen. Die hatten einen privaten Streik gegen die Unabhängigen veranstaltet.
- Vorsitzender:** Und dann?
- Zeller:** Dann haben wir das Gewerkschaftshaus besetzt und es zum Hauptquartier gemacht. Wir haben die Lage am Hauptbahnhof gepeilt und ihn ruckzuck besetzt und den Verkehr stillgelegt. Danach gingen wir mit vielen tausend Mann zur 76er-Kaserne; Arbeiter, Soldaten und viele Frauen aus den Rüstungsfabriken waren dabei — und auch welche, die ihre Söhne wieder holen wollten.
- Vorsitzender:** Was wollten Sie denn dort?
- Zeller:** Wir wollten die Soldaten auffordern, mit uns die Revolution zu machen. Und das haben wir auch getan. Als einige Offiziere mit Maschinengewehren auf uns schießen ließen, da haben wir die Kaserne gestürmt. Und als wir die rote Fahne hißten, sangen wir das Lied: „Matrosen von Kronstadt“. Als wir beim Generalkommando in Altona ankamen, war General Falck schon gestürmt. Die restlichen Offiziere haben wir entwaffnet. Also, wir hatten militärisch alles in der Hand. Und dann sind wir zur Großkundgebung auf das Heiligengeistfeld gegangen. Da wollten wir auch mitmischen. Handelt es sich um die gleiche Kundgebung, von der Sie uns berichtet haben?
- Vorsitzender (zu Kallweit):** Ganz recht. Es war eine der größten Kundgebungen, die Hamburg je gesehen hat. Das Heiligengeistfeld war schwarz von Menschen. Soldaten aller Formationen, Arbeiter von den Werften und viele Frauen und Jugendliche. Hamburgs Arbeiter

terschaft wollte wissen, wie es nun weitergehen sollte nach vier Jahren Blutvergießen, Hunger und Tränen.

Wir wollten — ähnlich wie in Rußland — die volle Macht übernehmen. Mit dem Kaiser und seinen Generalen, mit den Kriegsgewinnlern und Schiebern, mit den Junkern sollte Abrechnung gehalten werden. Der Krieg sollte zu Ende sein.

Vorsitzender:

Hatten Sie zu dieser Zeit Unterstützung durch die Presse?

Kallweit:

Unterstützung durch die Presseorgane der Kriegspartei war wohl kaum zu erwarten. Die Regierungs-Sozialisten versuchten, Einfluß auf die Bewegung zu gewinnen, indem sie uns vorschlugen, das „Hamburger Echo“ und seine Redaktion in den Dienst der Revolution zu stellen. Die Massen wollten aber von den Redakteuren, die ihnen jahrelang den Krieg schmackhaft gemacht hatten, nichts mehr wissen und es wurde beschlossen: Das „Hamburger Echo“ wird das amtliche Organ der neuen Macht des Arbeiter- und Soldatenrates. Fortan erschien das „Echo“ unter dem Titel „Rote Fahne“. Chefredakteur wurde Paul Fröhlich, der später Reichstagsabgeordneter der KPD war.

Historiker:

500 Arbeitervertreter der Betriebe bildeten in Hamburg den Großen Arbeiterrat. Aus seiner Mitte wurden 18 Mann zusammen mit je drei Vertretern der alten SPD, der Unabhängigen, des Gewerkschaftskartells und der Linksradikalen, der Vorläufer der KPD, gewählt. Dem Präsidium dieser Exekutive, das kurz Arbeiterrat genannt wurde, gehörten je ein Vertreter der Arbeiterparteien, des Gewerkschaftskartells und drei Vertreter der Betriebe an. Zum ersten Vorsitzenden wurde der Vertreter der kommunistischen Gruppe, Dr. Laufenberg, gewählt.

Der erste Arbeiterrat war noch ein Provisorium, an dessen Spitze der Vorsitzende der USPD, Kallweit, stand.

Der Soldatenrat bildete sich aus einer Vertreterversammlung der Soldatenräte der einzelnen Formationen. Ein 15er-Ausschuß bildete die Exekutive. Später wurde er in einen 30er-Ausschuß erweitert.

Die oberste Kommandogewalt übte ein Siebener-Ausschuß aus. Zum Vorsitzenden wurde der Matrose Heise gewählt.

Genau wie beim Arbeiterrat gab es in den ersten Tagen der Revolution einen provisorischen Soldatenrat, dessen Vorsitzender der Bootsmann Zeller war.

Vorsitzender:

Herr Dr. Laufenberg, welche Vorstellungen hatten Sie von der neuen Macht?

Dr. Laufenberg: Wir Sozialisten, die den wissenschaftlichen Sozialismus von Marx und Engels und die Beschlüsse der Parteitage und der Sozialistischen Internationale in der Praxis anzuwenden gedachten, hatten schon sehr konkrete Vorstellungen. Mit Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin waren wir schon viele Schritte auf dem Wege praktischer Taten gegangen. Besonders inspirierten uns die Nachrichten und Schriften aus Rußland über das Rätssystem der Sowjets, die dort die Macht übernommen hatten.

Aber wir waren nur wenige. Die Arbeiterklasse als Ganzes wußte zu wenig und wurde auch durch die Regierungs-Sozialisten ständig desorientiert. Wir wollten auf keinen Fall Arzt am Krankenbett des Kapitalismus werden, wir wollten die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigen.

Vorsitzender:

Waren denn die Voraussetzungen dafür vorhanden?

Dr. Laufenberg:

Objektiv ja. Die deutschen Kanonenkönige und die Junker, ihr kaiserlicher Staat und ihre militärische Macht, sie hatten im Weltkrieg abgewirtschaftet. Sie hatten das Volk an den Rand des Abgrunds gebracht. Das System war verfault und unfähig. Subjektiv ja und nein. Die deutsche Arbeiterklasse war stark. Stark im Willen zur Veränderung, stark in ihren Organisationen. Aber sie war nicht einig und hatte keine revolutionäre Führung. Die rechten Sozialdemokraten hatten während des Krieges mit den Bürgerlichen eine Kriegskoalition gebildet, die Gewerkschaften waren zu Hilfsorganen der Kriegswirtschaftsämter degradiert und auf rein versorgungstechnische Probleme und nicht auf die Auseinandersetzung mit den Konzernen orientiert. Und wir Linken waren noch zu schwach. Wir hatten noch kein organisatorisches Gerüst, keine feste Führung und keine Partei.

Vorsitzender:

Soll das heißen, daß Sie ohne klare Vorstellungen an die Bewältigung der Aufgaben der Revolution herangegangen sind?

Dr. Laufenberg:

So dürfen Sie das nicht verstehen. Wir haben versucht, was möglich war. Bei einer schlecht orientierten Arbeiterschaft können falsche Propheten schnell Einfluß gewinnen, Anarchisten, Syndikalisten, Reformisten, Agenten und Provokateure.

Vorsitzender:

Ihre Vorstellungen haben Sie uns noch nicht erläutert.

Dr. Laufenberg:

Unabhängige und Spartakisten wollten als erstes den hamburgischen Senat und die Bürgerschaft als selbständigen Faktor auflösen und haben dementsprechend gehandelt. Die sozialdemokratischen Führer der Regierungslinie dagegen wollten

nur Neuwahlen; also die Herrschaft der alten Zustände sollte nicht verändert werden.

Historiker: Erlauben Sie mir bitte, ein Dokument zu verlesen:

„Bekanntmachung!

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Ausübung der politischen Gewalt im Hamburger Staatsgebiet übernommen.

Senat und Bürgerschaft bestehen nicht mehr. Das hamburgische Staatsgebiet bildet künftig einen Bestandteil der deutschen Volksrepublik. Über weitere Gestaltung der Verhältnisse entscheiden später zu schaffende gesetzgebende Körperschaften. Für Ruhe und Ordnung wird Gewähr geleistet. Jeder gehe seinem Beruf nach. Die Beamten bleiben auf ihren Posten, die Gehälter werden fortgezahlt, das Privateigentum wird geschützt. Plünderer werden standrechtlich erschossen. Der Arbeiter- und Soldatenrat tagt von heute ab im Rathaus in Permanenz.

Der Arbeiter- und Soldatenrat

gez. Dr. Laufenberg gez. Heise“

Dr. Laufenberg: Ja, das war die Bekanntmachung. Wir haben heiß darüber diskutiert. Die sechs Anhänger der rechten Regierungs-Sozialisten hatten sich scharf gegen meinen Vorschlag gewandt. Nachts um 23 Uhr wurde diese Bekanntmachung mit großer Mehrheit angenommen. Um 23.30 Uhr wurde das Rathaus durch unsere Organe besetzt und die rote Fahne gehißt. Wir besaßen neben der militärischen auch staatliche Macht.

Vorsitzender: Haben Sie mit den Gewalten, die Sie gerade gestürzt hatten, haben Sie mit Vertretern des ehemaligen Senats verhandelt?

Dr. Laufenberg: Einige Senatsmitglieder hatten sich angeboten, unter der neuen Macht mitzuarbeiten und ihre Erfahrungen und Kenntnisse zur Verfügung zu stellen. Sie hatten uns angeboten, die Verwaltung in Gang zu halten, um die Wirtschaft und die Versorgung der Bevölkerung sichern zu helfen.

Vorsitzender: Hatten Sie keine Bedenken? Mußte Sie die Bereitwilligkeit dieser Leute nicht — sagen wir: vorsichtig machen?

Dr. Laufenberg: Wir waren eigentlich froh darüber, denn wir hatten noch keine eigenen Organe geschaffen. Ich muß allerdings zugeben, daß wir im Arbeiterrat und besonders im Soldatenrat große Auseinandersetzungen über diese Fragen hatten.

Vorsitzender: Kam es in den Beratungen zu keinen Entscheidungen?

Dr. Laufenberg: Die früheren Regierungs-Sozialisten und die Gewerkschaftsführer — und auch einige Unabhängige — oder besser gesagt, die Arbeiterschaft war gespalten. Es gab einfach keine ein-

heitlichen Vorstellungen. Dauernd mußten Kompromisse geschlossen werden, die in endlosen Debatten ausgehandelt wurden.

Wir haben von früh bis spät in die Nacht hinein gearbeitet. Schließlich hatten wir mehr als 70 000 Erwerbslose und 100 000 Kurzarbeiter! Hunger und Not waren groß. Wir sind in den Schwierigkeiten fast erstickt.

Vorsitzender: Genosse Laufenberg, hat Ihnen denn die Verhandlung mit den Senatsvertretern eine fühlbare Entlastung gebracht?

Dr. Laufenberg: Im ersten Moment schien es so, dann aber merkten wir, wie die alten Beamten in der Verwaltung unsere Anordnungen verzögerten und ignorierten. Man wollte uns beweisen, daß der Arbeiter- und Soldatenrat nicht fähig zur Ausübung der Regierungsgewalt sei. Man organisierte eine Stimmung gegen uns.

Vorsitzender: Und wie äußerte sich das?

Dr. Laufenberg: Für Hunger, Not und Arbeitslosigkeit wurden nicht mehr der verlorene Krieg, nicht mehr die kaiserliche Regierung und auch nicht der Hamburger Senat verantwortlich gemacht. Alles wurde jetzt dem Arbeiter- und Soldatenrat in die Schule geschoben.

Vorsitzender: Aber Sie sagten doch vorhin, Sie hätten klare Vorstellungen gehabt, wie sich die Macht der Arbeiterklasse in der Revolution organisieren mußte. Warum haben Sie die alte Staats- und Unterdrückungsmaschinerie nicht aufgelöst und selbst neue Organe geschaffen?

Historiker: Wie Dr. Laufenberg schon sagte, versuchten die alten Kräfte des Senats und der Hamburger Großindustrie mit allen Mitteln, die Autorität der neuen Macht zu untergraben. Das ging so weit, daß sie sogar den Bootsmannsmaat Zeller, den sie selbst aus dem Soldatenrat verdrängt hatten, für sich gewinnen konnten. Sie stachelten seinen Ehrgeiz und die verletzte Eitelkeit an. Sie hatten erkannt, daß es sich bei Zeller um einen jungen Wirrkopf handelte, dessen Aktivität in zunehmendem Maße von anarchistischen Motiven bestimmt wurde und sich von den zielgerichteten Plänen der revolutionären Arbeiterschaft entfernte. So kann es uns nicht verwundern, wenn wir Zeller in einem Kreis von Verschwörern wiederfinden, die den Arbeiter- und Soldatenrat verhaften wollten. Bei der Aufdeckung dieser Verschwörung stellte sich heraus, daß alle Fäden bei den Offizieren und bei kapitalistischen Kreisen zu-

- sammenliefen. So endete die Rolle Zellers als Mitläufer der Konterrevolution.
- Vorsitzender:* Zurück zu Ihnen, Genosse Laufenberg. Haben Sie nicht erkannt, daß Ihr Paktieren mit dem Senat der Anfang vom Ende sein könnte?
- Wußten Sie nicht, mit wem Sie sich da eingelassen haben, und daß Sie sowohl von der Theorie her als auch in der Praxis sich in der Auseinandersetzung mit Ihren Klassengenossen verzettelten? Ja, daß Sie damit geholfen haben die Voraussetzungen zu schaffen, die letztlich zur Restauration der alten Macht geführt haben?
- Dr. Laufenberg:* Nein, nur die Umstände und die Sozis . . .
- Vorsitzender:* Ich rufe Senator Diestel! Herr Senator, welche Funktion übten Sie im hamburgischen Staatswesen bei Ausbruch der Revolution aus?
- Dr. Diestel:* Ich war Chef der Finanzverwaltung. Ich verwaltete die Staatskasse und war für alle finanziellen Beziehungen mit der Regierung in Berlin zuständig.
- Vorsitzender:* Zu welcher politischen Richtung würden Sie sich selber zählen?
- Dr. Diestel:* Einer Partei habe ich nie angehört, aber ich würde mich selbst als aufgeschlossenen, liberalen Weltbürger bezeichnen. Ich entstamme einer Kaufmanns- und Reederfamilie und bin in Südamerika geboren. Ich kenne die Welt und die Menschen. Man hat sich schließlich ein wenig umgesehen.
- Vorsitzender:* Waren Sie auch während des Krieges in Hamburg?
- Dr. Diestel:* Ja.
- Vorsitzender:* Wie war Ihr Verständnis zur Arbeiterschaft?
- Dr. Diestel:* Eigentlich immer gut. Schließlich mußten wir während des Krieges zusammenarbeiten. Ohne Sozialdemokraten in der Verwaltung wäre die Versorgung der Bevölkerung nicht möglich gewesen.
- Vorsitzender:* Und wie kamen Sie mit dem Gewerkschaftskartell aus?
- Dr. Diestel:* Im allgemeinen gut, bis auf einige wilde junge Männer. Mit dem Gewerkschaftskartell mußten wir schon deshalb gut zusammenarbeiten, weil ja in den Betrieben die Lage nicht einfach war. Die Front brauchte schließlich Munition und Waffen. Die Heimatfront mußte genau so stehen wie unsere Soldaten draußen.
- Vorsitzender:* Wer stellte die Gewerkschaftssekretäre vom Frontdienst frei?
- Dr. Diestel:* Der Senat, das Kriegsversorgungsamt und das Generalkommando.

- Vorsitzender:* Wurden auch Gewerkschaftssekretäre freigestellt, die Schwierigkeiten machten?
- Dr. Diestel:* Es lag doch im eigenen Interesse der Gewerkschaften, daß nur fähige Leute freigestellt wurden und keine Drückeberger. Schließlich waren es doch auch Arbeiter, die an der Front die Heimat verteidigten.
- Vorsitzender:* Wie standen Sie zu den Wirtschaftskreisen in Hamburg?
- Dr. Diestel:* Das ergibt sich wohl aus meiner Herkunft. Ich glaube zu wissen, daß ich bei den führenden Familien Hamburgs stets ein willkommener Gast war.
- Ohne Wirtschaft kann eine Stadt wie Hamburg doch gar nicht existieren. Während des Krieges war unsere Lage besonders schwierig. Unsere Besitzungen im Ausland waren abgeschnitten, unsere Schiffe konnten nicht mehr fahren. Glauben Sie mir, es ist uns nicht leicht gefallen, auf den Werften Kriegsschiffe zu bauen und alles auf die Versorgung der Front umzustellen.
- Vorsitzender:* Und wie standen Sie zur Revolution?
- Dr. Diestel:* Mit einigen Freunden aus dem Senat und von der Börse waren wir uns darüber im Klaren, daß der schreckliche Krieg verloren war. Als die Umstände uns zwangen, haben wir uns in das Unabänderliche gefügt. Uns lag unsere Stadt am Herzen. Es sollte schnell wieder aufwärts gehen. Wir haben uns entschlossen, dem Arbeiter- und Soldatenrat unsere Erfahrung und Hilfe anzubieten. Wir waren bereit, im Interesse unserer Stadt und aus Verantwortung für die Bevölkerung mitzuarbeiten.
- Historiker:* Dr. Diestel kontrollierte als Vertrauensmann der Hamburger Wirtschaft nicht nur alle Bereiche der Verwaltung. Er konnte über die Finanzdeputation jeden mißbeliebigen Beamten, Angestellten und Arbeiter an die Front versetzen lassen oder umgekehrt kaiser- und unternehmertreue Mitarbeiter freistellen lassen. Sein Einfluß reichte auch weit in die Kreise der militärischen Stäbe: das Kriegsversorgungsamt und das Generalkommando.
- Vorsitzender:* Herr Fred S. Baumann, bitte!
- Sie kennen diese Herren?
- Baumann:* Herrn Kallweit kenne ich vom provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat. Mit Dr. Laufenberg habe ich im Arbeiter- und Soldatenrat zusammengearbeitet. Ich leitete damals die Kanzlei des Rates. Herrn Dr. Diestel kenne ich noch aus der Zeit, als ich Assessor bei der Finanzdeputation war. Später traf

- ich ihn bei Verhandlungen im Auftrag des Arbeiter- und Soldatenrates.
- Vorsitzender:** Schildern Sie uns bitte, wie Sie zum Soldatenrat kamen.
- Baumann:** Es war nach dem Zusammenbruch der bulgarischen Front. Ich war derzeit Frontoffizier. Ich wurde zur Verwendung beim Hamburger Senat zur Aufrechterhaltung der Versorgung nach Hamburg beordert. Ich meldete mich bei Senator Dr. Diestel, meinem früheren Chef. Mir wurde die Verantwortung für die Sicherung der Lebensmittelversorgung und der Lebensmittellager für Zivil und Militär übertragen. Von Herrn Dr. Diestel erhielt ich nach Ausbruch der Unruhen den Auftrag, dem Arbeiter- und Soldatenrat meine Mithilfe bei der Sicherung der Versorgung anzubieten. Als ehemaliger Offizier habe ich dann aktiv im Soldatenrat gewirkt.
- Historiker:** Sie haben doch die erste Vollversammlung der Delegierten der einzelnen Formationen im Hapag-Haus geleitet. Stimmt das?
- Baumann:** Ja, es stimmt. Da der Bootsmannsmaat Zeller nicht anwesend war, sollte ich sogar die Funktion des ersten Vorsitzenden des Soldatenrates übernehmen. Ich meinerseits habe den Matrosen Heise zur Wahl vorgeschlagen. Ich war schließlich Offizier, und gegen Offiziere war man mißtrauisch.
- Vorsitzender:** Und so kamen Sie gewissermaßen in gewähltem Auftrag in den Arbeiter- und Soldatenrat?
- Baumann:** Jawohl, so war es. Schon nach kurzer Zeit war ich *der* Mann im Rat. Ich war eben Experte für Verwaltungsarbeit.
- Vorsitzender:** In welcher Weise haben Sie mit Dr. Diestel zu tun gehabt?
- Baumann:** Entsprechend den Beschlüssen des Arbeiter- und Soldatenrates hatte ich mit ihm zu verhandeln. Es waren rein sachliche Beziehungen.
- Vorsitzender:** Unterhielten Sie Kontakte zu alten Freunden, zum Beispiel zu ehemaligen Offizieren?
- Baumann:** Nur wie das unter ehemaligen Kameraden üblich ist. Sie verstehen, gemeinsame Fronterlebnisse. Ich hielt mich von allen Offiziersvereinigungen fern. Das erforderte auch meine Stellung im Arbeiter- und Soldatenrat.
- Historiker:** Geben Sie zu, während Ihrer Zeit als Kanzleichef des Arbeiter- und Soldatenrates in Berlin gewesen zu sein?
- Baumann:** Zu meiner unmittelbaren Unterrichtung suchte ich mir Nachrichten aus Berlin zu beschaffen und bin auch im Verlauf des Winters mehrmals an entscheidenden Tagen dort gewesen, um mich an Ort und Stelle zu unterrichten.

- Historiker:** Baumann war Auslandsdeutscher und geheimer Agent der Obersten Heeresleitung und des Außenministeriums. Er sollte nach dem Zusammenbruch der bulgarischen Front geheime militärisch-politische Aufgaben im Fernen Osten übernehmen. Durch den Ausbruch der Revolution blieb er auf dem Wege dorthin in Hamburg hängen und erhielt den Auftrag, sich bei Senator Diestel zu melden.
- Dr. Laufenberg:** Das ist doch nicht möglich!
- Historiker:** Sie haben Ihren Klassengegner ein wenig unterschätzt. (Zu Dr. Diestel:) Können Sie meine Angaben über den Zeugen Baumann bestätigen?
- Dr. Diestel:** Von mir hat Baumann keine geheimen Aufträge erhalten.
- Baumann:** Am 9. November hatte ich eine ausführliche Besprechung mit Senator Diestel in seiner Wohnung. Ich berichtete ihm über meine Erlebnisse im Generalkommando Altona und von der Sitzung des Soldatenrates im Gebäude der Hapag, wobei ich der Hoffnung Ausdruck gab, auf die militärische Bewegung Einfluß zu gewinnen. Er erklärte sich ausdrücklich mit diesem Versuch einverstanden und äußerte nur in der Richtung Bedenken, daß meine persönliche Sicherheit gefährdet sei. Besonderen Raum in der Unterredung nahm die Frage der Beschaffung zuverlässiger Nachrichten über die Vorgänge an den einzelnen Brennpunkten der Bewegung sowohl in Hamburg als auch im übrigen Deutschland ein. Er war bereit, mir eine Hilfskraft für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen.
- Vorsitzender:** Baumann, wollen Sie dem Ausschuß erklären, wie Sie Ihre Arbeit im Arbeiter- und Soldatenrat fortsetzten?
- Baumann:** Als Offizier und Beamter bereit, mich den Anweisungen meiner alten Vorgesetzten entsprechend einzusetzen, erlebte ich im November 1918 das völlige Versagen der Führer des Bürgerturns, zu denen ich als Autoritäten aufgeblickt hatte. Es ist mir eine Genugtuung, daß meine im Soldatenrat gegen die Kommunisten geleistete Arbeit so hoch bewertet wurde.
- Historiker:** Baumann war nach der bekannten Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates, in der die Besetzung des Rathauses beschlossen wurde, heimlich mit Senator Petersen in dessen Wohnung zusammengetroffen. Petersen gab ihm Namen und Adressen von Sozialdemokraten, die nach Möglichkeit in den Soldatenrat lanciert werden sollten, und außerdem eine Deckadresse für Geld und weitere geheime Mitteilungen. Baumann schlug vor, eine als private Firma getarnte Zentrale zur Abwehr der

Maßnahmen des Arbeiter- und Soldatenrates im Versmannshaus einzurichten.

Im übrigen war Baumann ein sehr geschickter Taktiker und nutzte die Spaltung der Arbeiterbewegung aus, indem er immer wieder mit der Losung „Ruhe, Ordnung, Sicherheit“ willfährige oder gutgläubige Anhänger der SPD in die wichtigsten Funktionen schob.

Baumann:

Eine Reinigung des Soldatenrates von radikalen und unpolitischen Elementen war die Hauptaufgabe. Als Mittel zur allmählichen Umgestaltung des Soldatenrates wurde die sogenannte „Delegierten-Versammlung“ der Truppen der Garnison Groß-Hamburg benutzt. Truppenteile wie das 14 000 Mann starke Landsturm-Bataillon, das einen Kommunisten entsandte, hatten nicht mehr Delegierte als zum Beispiel die 250 Mann starke Flakgruppe. In den Bezirkskommandos mit noch kleineren Formationen saßen in der Regel regierungssozialistische Beamte. So konnten wir schon von vornherein das Bild zu unseren Gunsten umwandeln. Die Aufstellungen hierüber wurden in der Kartei sorgfältig den Blicken der Unabhängigen und Spartakisten entzogen. Es wurde eine Mandatskommission gebildet, mit der stillschweigenden Absicht, durch Entfernung einer Reihe von Mitgliedern Platz für die Neuaufnahme von zuverlässigen rechten Sozialdemokraten zu schaffen. Es war veranlaßt worden, das Vorstrafenregister der Polizeibehörde durchzusehen, und so gelang es, weitere Plätze mit unseren oder ungefährlichen Leuten zu besetzen. Um zunächst weitere unerwünschte Elemente zu entfernen, wurde beschlossen, die Sitzungen des Soldatenrates schon auf 7 Uhr frühmorgens anzuberaumen. Wiederholtes Fehlen wurde dann zum Anlaß genommen, Mitglieder aus dem Rat zu entfernen.

Vorsitzender:

Welchen Zweck verfolgten Sie mit diesen Maßnahmen?

Baumann:

Die wichtigste Aufgabe der rechten Sozialdemokraten im Soldatenrat war, die Bildung einer Roten Garde von irgendwelchem Kampfwert zu verhindern, bis sich ihre Parteigenossen in Berlin eine zuverlässige Stütze ihrer Macht geschaffen hatten.

Die Versuche der Radikalen, eine revolutionäre Kampftruppe zu schaffen, setzten bald nach der Absetzung des Senats ein. Aber die Erkenntnis von der Notwendigkeit, jede politische Machtstellung auch militärisch zu unterbauen, war bei den Ideologen der äußersten Linken noch nicht Allgemeingut. Laufenberg insbesondere stand militärischen Dingen zu fremd

gegenüber und hatte auch nicht hinreichend realpolitische Instinkte, um gegen die damals bestehende pazifistische Strömung anzugehen und sich seine Macht zu sichern. Er stolperte hierbei über seine eigenen pazifistischen Theorien.

Dr. Laufenberg: Genosse Vorsitzender, das kann ich nicht unerwidert lassen.

Am 28. November wurde in der Sitzung des Rates der Antrag gestellt, eine Rote Wachkompanie ins Leben zu rufen. Ich war für den Antrag. Aber durch die Stimmen der USPD und der SPD wurde der Antrag einem Ausschuß überwiesen. Hier wurde dann aus der Roten Garde eine Versorgungsanstalt für erwerbslose Familienväter gemacht. Nur ältere und verheiratete Leute, die nicht einmal in der Kaserne schlafen brauchten, waren zugelassen. Außerdem wurden sie der Polizeibehörde als Schutzmannschaft unterstellt.

Vorsitzender: Sonst stimmen Sie aber der Meinung von Baumann zu, daß Ihr Gegner Ihre Schwäche gut ausgenutzt hat?

Dr. Laufenberg: Sie haben alles ausgenutzt! Jeden gegen jeden ausgespielt!

Vorsitzender: Wie würden Sie die Fehler und Schwächen des Arbeiter- und Soldatenrates in Hamburg beurteilen?

Dr. Laufenberg: Es ist nicht einfach, über eigene Fehler zu sprechen. Aber ich glaube, unser fundamentaler Fehler war die von mir geförderte These, eine Umwandlung des Staatsapparates in einen Volksapparat durch eine politische Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates sei möglich. Wir hätten die kapitalistische Machtmaschine zertrümmern müssen, so wie es die Führung des Spartakusbundes aufgezeigt hatte. Heute weiß ich, daß solche Dekrete des Arbeiter- und Soldatenrates, mit denen wir unter anderem der Finanzdeputation die alleinige Vertretung des Hamburger Staates nach außen und mit allen Befugnissen, rechtsverbindliche Verpflichtungen einzugehen — kurz gesagt: daß wir Dr. Diestel gewissermaßen die Macht ließen, das war unser größter Fehler.

1919 habe ich mich damit auseinandergesetzt. Ich schrieb: „Sozialisieren kann nur, wer die politische Macht besitzt. Denn Sozialisierung ist nur möglich durch eine Auseinandersetzung mit der alten Bürokratie und deren grundlegende Umformung durch eine radikale Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus als wirtschaftliches Prinzip, wie als gesellschaftliche Macht, durch eine totale Verschiebung der gesellschaftlichen Gewalt, durch eine völlig neue Organisation von Besitzrecht, Produktion und Verteilung.“

Historiker: Genosse Dr. Laufenberg hat als Sprecher und Führer der

Hamburger Linken Fehler begangen, die vermeidbar gewesen wären. In Bremen haben die Linken anders gehandelt. Dort hat der Arbeiter- und Soldatenrat die reaktionären Elemente aus der Verwaltung entfernt und besonders in der Polizei und im Erziehungswesen durch revolutionäre Arbeiter ersetzt. Die Bremer Linken stützten sich auf den revolutionären Vertrauensleutekörper in den Großbetrieben und auf den Werften. Dort wurde die Macht gestärkt, in Hamburg wurde sie verspielt. Dr. Diestel und Baumann hatten da ein leichtes Spiel, und nach dem Motto „Teile und herrsche“ suchten sie sich willfährige und gekaufte Helfer. (Zu Baumann): Wie stießen Sie z. B. auf Lampl?

Baumann: Schon bei seinem ersten Auftreten als Pressevertreter des „Hamburger Echo“ witterte ich in ihm eine besondere Persönlichkeit. Ich hatte mit ihm eine ausführliche Aussprache, die mich veranlaßte, mich für ihn als den gegebenen Führer der Mehrheitssozialisten im Kampf gegen die Linken einzusetzen.

Historiker: Der pazifistische Offizier Dr. Lampel, hat später als sozialdemokratischer Vorsitzender im Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Hamburg und Kommandant von Groß-Hamburg die kampflose Übergabe der Stadt an die konterrevolutionären Truppen des Kolonial-Offiziers von Lettow-Vorbeck vollzogen.

(Zu Baumann): Sie haben zielstrebig die politische und militärische Niederschlagung der Revolution vorbereitet!

Baumann: Und ich bin stolz darauf. Pazifistische Anschauungen sind für die Massen ein Narkotikum, für uns nur ein Mittel, gegebene Machtverhältnisse zu stabilisieren.

Als die Kommunisten in Berlin und im Ruhrgebiet, in Sachsen und in Hamburg zum Sturm auf die Macht ansetzten, hatten wir schon wieder einigermaßen intakte Truppen und die Sozialdemokraten in der Regierung an der Leine.

Hinter den Kulissen waren die Führer der Mehrheitssozialisten bestrebt, wenn auch mit einer nicht ganz glaubwürdigen jungferlichen Ziererei, sich einen finanziellen und militärischen Rückhalt bei bürgerlichen Kreisen zu sichern, während die Massen durch revolutionäre Phrasen vom Kampf abgehalten wurden.

Vorsitzender: Und wie sah das in der Praxis aus?

Baumann: Als Ende 1918 die Massen in Hamburg erneut das Rathaus besetzten und die Macht übernehmen wollten, als in den Betrieben die Enteignung der Unternehmer vorbereitet wurde,

fuhr ich sofort nach Berlin. Was ich in Berlin hörte und sah, war durchaus beruhigend. Die Sicherung des Regierungsviertels, das nur mit einem Noske-Ausweis betreten werden konnte, war überreichlich. Im Garten des Auswärtigen Amtes sah es wie ein Feldlager aus. Die auf der Potsdamer Straße einmarschierende Gardekavallerie-Schützendivision machte einen guten Eindruck.

Der Kommunistaufstand war inzwischen nach Eroberung des Polizeipräsidiums vollständig erledigt. Ledebour wurde verhaftet, Liebknecht und Rosa Luxemburg, gegen die ebenfalls Haftbefehle vorlagen, waren flüchtig. Am 15. Januar gelang es, ihrer beider habhaft zu werden. Sie wurden noch am Abend desselben Tages erschlagen.

Historiker: Die Ermordung der großen Führer des deutschen Proletariats sollte der Arbeiterklasse das Rückgrat brechen. Mord und Totschlag nach innen wie Eroberung und Krieg nach außen waren und sind das Programm des deutschen Imperialismus.

Schon am Tage der sogenannten freien Wahl zur Nationalversammlung wurde die Macht der Soldatenräte durch die Regierung aufgehoben und das alte Offizierskorps wieder in die Kommandogewalt eingesetzt. Truppen marschierten gegen die eigenen Genossen der SPD, die noch immer in den Soldatenräten für eine gute Sache kämpften.

Baumann: Das Herannahen der Division Gerstenberg auf Bremen zu rief in Hamburger Arbeiterkreisen von den Sozialdemokraten bis zu den Kommunisten, sowie bei den Soldatenräten lebhafteste Beunruhigung hervor. Das Blatt der SPD veröffentlichte einen Warnartikel, in dem es hieß: „Der preußische Militarismus ist drauf und dran, die Gewalt wieder in die Hand zu bekommen und die Revolution abzuwürgen. Das Volk hat nur einen Feind, das ist der im Dienste des Kapitalismus stehende Militarismus.“

Dr. Laufenberg: Es hat lange gedauert, bis sie das begriffen hatten. Ich habe in der Vollversammlung des Arbeiter- und Soldatenrates folgenden Vorschlag gemacht:

1. Sofortige Sicherung der Anmarschstraßen.
 2. Die Bewaffnung der Hamburger Arbeiterschaft innerhalb 48 Stunden.
 3. Die Besetzung des Hafens und die Beschlagnahme sämtlicher Lebensmittellager.
 4. Die Unterstützung Bremens mit allen militärischen Mitteln.
- Der Antrag wurde mit 232 gegen 206 Stimmen angenommen.

Vorsitzender: 232 gegen 206 Stimmen, — wie sollte da ein einheitliches Handeln erfolgen?

Dr. Laufenberg: Es wurde zuerst beschlossen, durch eine Abordnung der Regierung in Berlin ein Ultimatum zu stellen. Die Delegation wurde in Berlin wie Kriminelle behandelt. Sie wurde einer Leibesvisitation unterzogen, und bei der Verhandlung lag ein Revolver auf dem Tisch. Da machten die gutwilligsten SPD-Leute nicht mehr mit.

Als wir nach Hamburg zurückkamen, verfaßten wir eine Resolution, die diesmal von allen Organisationen, auch von den Sozialdemokraten, einstimmig angenommen wurde.

Vorsitzender: Was war das für eine Resolution?

Dr. Laufenberg: Wir beschlossen, daß wir der Bremer Arbeiterschaft bei der Bekämpfung der konterrevolutionären Truppen militärischen Beistand leisten wollten. Wir bildeten einen Aktionsausschuß. **Historiker:** Ja, und da war es bereits zu spät. Sozialdemokraten, die nun erkannten, welches Spiel ihre Regierung in Berlin mit ihnen getrieben hatte, standen neben Kommunisten und anderen Linken in einer Einheitsfront. Aber ohne Waffen und ohne militärische Organisationen. Die hatte nun der Gegner, und der schlug hart und unerbittlich zu. Bremen fiel.

Vorsitzender
(zu Baumann):

Baumann: Und wie ging die Sache in Hamburg weiter? Meine Freunde haben dann nicht mehr mit dem sozialistischen Mob gefackelt. Als die Linken noch einmal in Hamburg das Rathaus besetzten und wir mit unseren Bahrenfelder Freiwilligen unterlagen — sie mußten kapitulieren —, da bin ich wieder nach Berlin gefahren. Ich sprach dort mit dem Reichswehr-Minister Noske.

Wir nationalen Offiziere hatten eine gute Meinung von ihm. Er war ein Mann von ungewöhnlicher Einsicht in die Notwendigkeit der Staatsraison. Später war Noske der wichtigste Mann in Berlin. Er befehligte die Truppen, die *wir* aufgestellt hatten.

Historiker: Noske schrieb über diesen Fall in seinen Erinnerungen folgendes:

„Während der Verhandlung mit den Hamburgern hatte ich mir die als selbstverständlich erscheinenden Forderungen formuliert, die eine völlige Unterwerfung spektive den Rücktritt der Bremer Volksbeauftragten und die restlose Waffenablieferung vorsahen. Als die Regierungsmitglieder sich zur Beschlußfassung zurückzogen, wurde mir eine Depesche gebracht,

die ankündigte, daß am nächsten Tag hunderttausende Bergarbeiter in den Streik treten würden, wenn gegen Bremen Gewalt angewendet werde. Diese Depesche ist in den Akten der Reichskanzlei nicht enthalten. Das Blatt steckte ich in die Tasche . . . Am Montag, dem 3. Februar 1919, war Kampftag in Bremen. Der Erfolg der Truppen war ein durchschlagender. Er war die Voraussetzung für die folgende Aufrichtung der Reichsgewalt in den übrigen Teilen Deutschlands.“

*

Der Hauptfeind jedes Volkes steht in seinem eigenen Land! Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Lande gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht.

Wir wissen uns eins mit dem deutschen Volk — nichts gemein haben wir mit den deutschen Tirpitzern und Falkenhayns, mit der deutschen Regierung der politischen Unterdrückung, der sozialen Knechtung. Nichts für diese, alles für das deutsche Volk. Alles für das internationale Proletariat, um des deutschen Proletariats, um der getretenen Menschheit willen!

(Aus einem Flugblatt Karl Liebknechts im Mai 1915)

Nein das is anders gewesen ich hab das nich gemacht weil mir das Zeug nich geschmeckt hat das war einfach weil bloß hat mir meine Alte eine runtergehauen wie ich ihr das gesagt hab und mich angekeift was glaubst du eigentlich wen du vor dir hast aber das is auch son Punkt wo man nich mit ihr reden kann wo ich nich mal die Hälfte von der Ohrfeige mitgekriegt hab weil ich bin ja nich doof und steh da und warte bis die mir eine knallt und ich dabei nach hinten übern Schirmständer gestolpert bin und sie mir dann das Ding mit der Soße in dem einen Schirm nachgeschmissen hat und die ganze Hose versaut hat und den Pullover mit den Hirschen drauf bloß den kann ich sowieso nich ausstehn weil aber das is auch wieder son Punkt wo man nich mit ihr reden kann und sie dann angefangen hat mit flennen und geschrien hat ich sei genau wie mein Alter und sie mir sowas schon mal gesagt hat bloß weil ich nich gemerkt hab daß Muttertag is und ich ihr schon da gesagt hab sie soll das bleiben lassen weil wenn sie das nochmal sagt ich nich weiß was passiert und ich das Ding gepackt hab und sie ganz weiß geworden is undn Meter davor mir eingefallen is das is ja deine Mutter und ich das Ding wieder in die Ecke gestellt hab und sie mitm Lappen den ganzen Mist aufgeputzt hat und bloß immer wieder gesagt hat wie dein Vater wie dein Vater und mir richtig vom Magen schlecht geworden is weil schon wiedern Punkt da is wo man nich mit ihr reden kann weil es einfach ne Gemeinheit is weil es einfach nich stimmt und ich mir ja nich die Brühe auf die Hose geschmissen hab damit ich ihrn Samstag versaue und sies ja hätte auch nich tun brauchen und ich dann abgehauen bin und an der Ecke bei Niedermanns mich die Kernke mitm Kartoffelnetz angerempelt hat und ich einfach angefangen hab mit heulen und die Kernke das Netz auf die Straße gestellt hat weil sie geglaubt hat ich sei verletzt oder so und mich wien kleines Kind auf die Treppe vom Laden gesetzt hat und immer wieder gesagt hat heiliger Bimbam heiliger Bimbam und die Leute ausm Laden gelaufen sind und die Kernke sich neben mich gesetzt hat und auch angefangen hat mit plärren und immer bloß gesagt hat O großer Gott heiliger Bimbam und der alte Niedermann mich am Arm gerissen hat und mich angebrüllt hat dir werd ich noch die Hammelbeine langzieh'n und in meiner Jugend hätts das nich gegeben und innarbeitslager sollt man so was stecken und ich dann abgehauen bin weils mir einfach zu blöd geworden is weil die Kernke immernoch

flennt und so schlimm das mitm Netz ja auch wieder nich gewesen is und ich drüben in die Anlagen gegangen bin und mich auf die eine Wiese am See gesetzt hab da wo immer die ganzen Pariser rumliegen und ich mir überlegt hab was ich machen soll und ich dann angefangen hab die Pariser probieren und ich dann den ganzen Mist in den See geschmissen hab weil überhaupt keiner gepaßt hat und mir dann alles wieder eingefallen is mitm Schirmständer und so und daß es anders gewesen is und daß das auch wieder son Punkt is wo man nich mit ihr reden kann weil ich hab das wirklich nich gemacht weil mir das Zeug nich geschmeckt hat das war einfach

kaum bin ich in der Tür dringewesen gings schon wieder los ja wer tomt denn da ja da is ja unser großer Junge ei ei und so blaß is er unser großer Junge und die sweren sweren Sulbücher und lauter son Quatsch und das seit vier Jahren immer so gegen halb eins wenn ich aus der Sule tomme und wie mir meine Mutter gesagt hat das is schon länger wir sind da grad von der Flucht gekommen von Polen und sie mir gesagt hat das da seien meine Urgroßanten und die hätten was abgekriegt von nem Bombenangriff oder so und ich soll gefälligst aufhörn der Tante Lene das is die Lange die auch schwerhörig is die Kakerlaken ins Bett reinzutun was einfach Quatsch is weil die sowieso reingekrochen sind und sie dann ausgeholt hat einfach so bloß damit ich Angst kriege und mich angekeift hat das is jetzt das allerletzte Mal und sie würd mir eine kleben wenn ich nochmal zu Tante Mathilde du stinkiger Bettnässer sagen würde also wie sie mir das alles gesagt hat da hab ich die auch erstn paar Tage gekannt aber jetzt kenn ich die vier Jahre und was zuviel is is einfach zu viel wo ich denen schon hundertmal gesagt hab daß die endlich aufhörn solln mit dem blöden Gequatsche aber die sind einfach zu doof aber mich ärgerts trotzdem und Mutter kann da hundertmal sagen aber das is doch nur wegen dem Krieg und der schlechten Ernährung und keine Bange das wird schon wieder aber ich glaubs nich weil der Krieg schon drei Jahre aus is und ich immernoch so ausseh wie als wir hergekommen sind und die sich ja bloß kaputt lachen würden von wegen Krieg und so weil es eben einfach so is weil ich nämlich der Mickrigste bin in ner Klasse die is so groß wie der Turnsaal und wo wir zu fünft hinter ner Bank sitzen die für zwei is und wenn Geometrie is sich die ganze Klasse keilt weil jeder an der Ecke sitzen will weil man da nich ständig nen Ellbogen oder sonst was aufm Heft hat und man da einfach nich so aufpassen muß daß wenn man nen Kreis macht der Rest von dem Kreis aufm andern Heft is undn Stück von der Geraden wieder wo anders und ichs einfach nich nie geschafft hab und an der Ecke gesessen bin weil immer wenn ich gradn Stuhl an der Ecke gehabt hab die Ziegler mitn Heften reingekommen is und das fette Schwein der Widukind mich immer grad dann mitten in die Bank reingeboxt hat wo ich den sowieso nich leiden kann weil der immer ne Eins hat bloß weil sein Alter noch größerer Nazi gewesen is und Mutter einfach nie kapiert hat daß man da einfach ne Fünf kriegen muß weil aber das is auch wieder son Punkt wo man nich mit ihr reden kann und jedesmal wenn Geometrie

gewesen is krieg ich von ihr ne Ohrfeige und dann sagt sie jedesmal Müßiggang ist aller Laster Anfang und jeder ist seines Glückes Schmied und ich kanns schon nich mehr hörn aber da is einfach nix zu machen weil ich ihr das schon hundertmal gesagt hab weil der mich jedesmal um zwölf rum prügelt bloß wegen ihr bloß is ihr das wurscht gewesen oder sie hat mir nich geglaubt bloß hab ich sie da nich angelogen nich in dem Punkt weil der Widukind is nu mal scharf auf das blöde Blechding wo der Henkel fünfmal ausm Loch rutscht oder wenn nich einem inn Finger klemmt wo der sowieso ne eigene Portion kriegt wie alle und wenns Maisbrei gibt dann ißt der sowieso die restlichen achtundsechzig Portionen weil den niemand mag und wenns dann auch noch was Besondres gibt amerikanische Würstchen oder Schokolade oder so das is immer Mittwoch und am Samstag dann is es überhaupt nich mehr zum Aushalten weil entweder kippt der mir dann die Tinte aufs Heft und wenn das nix nützt weil ich mir das Blechding zwischen die Knie geklemmt hab und er nich dran rumzerren kann weil schon Stunde is und er nich unangenehm auffallen will bloß damit der wieder ne Eins in Betragen kriegt dann kippt er sich die Tinte aufs Heft und sagt ich hätt gemacht und wenn ich dann auch noch stur bleibe dann hetzt der mir die Pflaume hinterher das is der der in der Stunde immer pennt und im Rennen am besten is und die Pflaume hält mich dann solange fest bis das Miststück uns eingeholt hat was jedesmal ne Ewigkeit dauert und einmal is die Pflaume vor lauter Warten eingepennt und ich konnt mich losmachen aber am nächsten Tag hat mir die Pflaume gesagt freu Dich bloß nich zu früh Mann und er würd niemehr einpennen weil der Widukind ihm mitm Absatz aufn Finger getreten is das hat auch gestimmt weil er mir nämlich Daumen gezeigt hat wo der Nagel beinah ab gewesen is und ab da is er auch niemehr eingepennt und hat nur stur gewartet bis der Widukind dagewesen is der mir dann die Würstchen oder so ausm Blechding geklaut hat und mir schon eine runtergehauen hat wenn ich bloß Luft geholt hab und mir dann noch das Blechding auf das Pflaster gekippt hat und mit Pflaume abgehauen is und die Leute mich hinterher angekeift haben ich hätt das absichtlich auf die Straße gekippt weil ich das Zeug nich mögen würd was nich stimmt weil ich schon froh gewesen bin wenn ich die Bohnen oder so wo die Würstchen drin gewesen sind über die Runden gekriegt hab und mir seis im Krieg wohl zu gut gegangen und meine Mutter sei sichern Amiflittchen und ich das Mutter alles gesagt hab und daß das bloß wegen ihr is weil aber das is auch son Punkt wo man nich mit ihr reden kann wo ich ihr doch bloß ne Freude machen will weil von morgens bis abends Scheißtöpfe leeren von erwachsenen Leuten is ja auch nich schön und dann is da noch die Sache gewesen mit dem Oberarzt weil der sie heiraten wollte aber ohne mich oder irgendsowas und ehrlich ich hab mich mit dem Widukind bloß gekeilt wegen ihr aber das is ihr egal gewesen und irgendwann hab ich mir dann gesagt Mensch laß es aber ich habs dann doch nich gelassen bloß die Geschichte hab ich ihr schon gar nich mehr erzählt daß mir der Widukind jedesmal eine in Magen haut wenn ne Klassenarbeit is und mir hinter-

her wieder eine in Magen reinhaut weil er sagt ich hätt ihn nich abschreiben lassen bloß kann ich ja nix dafür wenn der auch noch kurzsichtig is weil dann soll ihm halt seine Alte ne Brille kaufen die hatts nämlich mitn Amis Mutter hat das auch gesagt und das is auch so weil der mir immer Kaugummi aufn Aufsatz klebt und von uns keinern Kaugummi hat bloß er und woher soll er ihn sonst haben und mir Mutter da schon gar nich mehr zuhören würd weil sie überarbeitet is und so und ich bloßn Stück von der Geschichte den Alten erzählt hab damit die endlich aufhörn mit dem großen Jungen weil ich mir immer vorgestellt hab der Widukind oder so wär im Treppenhaus und kriegt das mit aber denen was klarmachen is einfach nich drin und am nächsten Tag habn die nich nur wieder gesagt der große Junge da habn die auch noch so laut geplärrt bis daß mans runter gehört hat ei wer tomt denn da so als sei ichn Vollidiot und zu doof umn Wort mitm K zu kapiern und anstatt Schulbücher habn die Sulbücher gesagt und das seit vier Jahren immer so gegen halb eins und ichs wirklich nich gemacht hab weil aber das is einfach der Punkt wo man nich mit ihr reden kann und das war eben kaum bin ich in der Tür drin gewesen swar gradn Samstag und der Widukind hat gefehlt weil wir ne Arbeit machen mußten über Lippenblütler und Kreuzblütler und son Zeug und ich zum erstenmal die Würstchen und das Brausepulver über die Runden gekriegt hab bloß hat mich das nich mal so wahnsinnig gefreut weil mir Mutter in sechs Stunden sowieso eine runterhauen würd weil ich von der Ziegler in Geometrie ne Sech gekriegt hab und wegen dem Brief in dem dringestanden is Mutter hätte keine Ahnung von Erziehung und so weil ich dem Pfaffen wie der mal rausgegangen is nen Pariser als Buchzeichen in die Bibel gelegt hab und wie der das gemerkt hat gesagt hat wenn sich keiner meldet sitzt die ganze Klasse nach bis sie schwarz wird und ich mich dann eben gemeldet hab und als der mich angeschnauzt hat woher ich das Ding hab und ich ihm gesagt hab ich hätt in der Handtasche der Ziegler gefunden was nich stimmt weil der Pariser ausm Briefkasten von den Kernkes is das sind die wo unter uns wohnen und wo er mitm abben Arm ausm Krieg gekommen is und mit dem andern vorn paar Wochen seine Alte solange an die Wand gschmissen hat bis die im Nachthemd auf die Straße gelaufen is und Hilfe geschrien hat und allen Leuten erzählt hat sie hätt bloß die Lebensmittelkarten verlorn was aber nich stimmen kann weil der Kernke mal ausm Fenster gebrüllt hat aus dem Saukerl mach ich noch Plumpudding und mich dann der Pfaffe zum Rex reinbuggiert hat wo die Ziegler auch da war und mich der Rex angekläfft hat ich soll das mit der Handtasche wiederholen und ich gesagt hab ich hätt gelogen weil den Pariser hätt mir die Ziegler beim Nachsitzen geschenkt und die Ziegler nen Heulkampf kriegte und sich neben den Stuhl aufn Boden fallen gelassen hat bloß damit der Rex ihn Straps sieht und der Pfaffe ne volle Minute vom Ärmel mitm Daumen nen Fleck abgekratzt hat wo überhaupt keiner da war und der Rex dann gesagt hat ich bin zutiefst erschüttert ich finde keine Worte und an allem sei bloß die Besatzung dran schuld und damals wärn derartige Vorfälle einfach undenkbar gewesen und

mich dann angeguckt hat und ich dann angefangen hab mit zählen 21 22 und so und ich schon bei 47 war als der endlich den Mund aufkriegt und gesagt hat Ger- not mein Sohn und mich ausgequetscht hat wo mein Alter is und ich ihm gesagt hab der sitzt der is im Knast in Ludwigsburg weil ich bin da nämlich mal mit Mutter gewesen und mein Alter hatn Teller mit Kuchen gehabt in dem Rosinen drin waren ich hab das gesehen weiln Stück gefehlt hat und wie er gemerkt hat wie ich draufgeguckt hab mein Alter Briefpapier draufgelegt hat was blödsinnig gewesen is weil der Kuchen sowieso fünf Kilometer nach Vanille gerochen hat und Mutter dann angefangen hat mit flennen und nich mehr aufgehört hat bis wir am Zug gewesen sind bloß hab ich denen das alles nich erzählt weil die Zieg- ler so laut geplärrt hat und man sowieso nich mal die Hälfte kapiert hätte und weil das ja auch niemand was angeht wenn Mutter mal flennt und wie mein Alter is wo ich den Brief sowieso gekriegt hätt auch wenn ich denen gesagt hätt meine Alte hätt's aufm Herzen was nich stimmt abers hätt ja sein können und der Rex mir dann den Wisch auch noch vorgelesen hat und ich mir grad überlegt hab wo ich den verlieren soll und der Rex mich am Pullover gezogen hat da wo meine Alte lauter Hirsche draufgestickt hat was ja auch nich hätt sein müssen weil kein Mensch in der Schule Hirsche aufm Pullover hat bloß ich und weil es einfach nicht geht einen in dem Alter mit Hirschen rumlaufen zu lassen weil aber das is auch wieder son Punkt wo man einfach nich mit ihr reden kann und der Rex mir dann blöd draufgeguckt hat und das auch wieder nich nötig gewesen is weil ich ja nix dafür kann und so blöd die Hirsche auch wieder nich sind und mich dann angeschnauzt hat ich soll mich ja nich unterstehn und den Brief ver- liern und ich dann nach Haus gegangen bin mit dem Blechding wo der Henkel schon zweimal rausgerutscht is wie die Ziegler wie der Rex die grad hochgehievt hat mitm Finger was unterm Rock gemacht hat und der Rex mich angestiert hat als hätt ich was gemacht und der Pfaffe mich hinten am Kopf gepackt hat und ich die ganze Zeit nix gesehen hab was einfach ne Gemeinheit is weil wenn die Ziegler schon mal hinfliegt und ich dann die Schillerstraße raufgegangen bin und ich mir das mit der Straßenbahn überlegt hab was ich dann aber nich gemacht hab weil Mutter dann wieder geflennt hätt und sie dann immer aussieht wie wenn sie nie nix andres gemacht hätt bloß immer Scheißtöpfe ausleeren was nich stimmt weil sie nämlich mal was Bessres gewesen is weil sie mir Fotos gezeigt hat von Polen wo wir nämlich Gut gehabt haben mit Dienstboten und meine Mutter im Park geritten is und ne russische Köchin gehabt hat und die immer wenn Besuch dagewesen is reingekommen is und gesagt hat Gnädigge Frau das Fressen ist angerichtet Lumpi haben bereits gespeist und meine Mutter die hat jedesmal anschrein müssen daß mans bis rauf gehört hat was aber nix genützt hat weil dies das nächste Mal wieder gesagt hat und da einfach nix zu machen war weil mit den Russen is das eben so eine Sache und mein Alter die dann raus- geschmissen hat wie die ihm mal Zwetschgenknödel mit Glasscherben drin ge- kocht hat was einfach unerhört gewesen is und ich dann ganz langsam die Treppe

raufgegangen bin und ich mir überlegt hab ob ich nichn paar Tage verschwinden soll und mitm Ornstein aufn Schwarzmarkt gehn soll das is der wo ne Klasse über mir is und dem seine Alten vergast worden sind und Mutter aber gesagt hat das ist doch bloß alles Angeberei von dem Ornstein und im KZ sei überhaupt niemand umgebracht worden weil dasn Lager gewesen is von wo die Leute wo- anders hin transportiert worden sind wo sien Acker und so gekriegt haben und das eben nich so Ruckzuck gegangen is weil das soviel Leute gewesen sind und mandmal halt jemand gestorben is wenn er alt gewesen is oder wegen der Auf- regung was aber nich ganz stimmen kann weil ich nämlich auch geglaubt hab der Ornstein is'n Angeber wie der mir gesagt hat er würd aufm Bahnhof die Klin- ken von Zügen abmachen und aufm Schwarzmarkt für ne Klinke drei Zigaretten kriegen und ich dann dabei gewesen bin und zugeguckt hab und das alles ge- stimmt hat und ich dann geklingelt hab und die Alten aufgemacht haben und kaum bin ich in der Tür drin gewesen das schon wieder losging ja wer tomtt denn da ja da is ja unser großer Junge ei ei und so blaß is er unser großer Junge und die sweren sweren Sulbücher und ich dann eben das Blechding genommen und in den Schirmständer reinge- gossen hab.

Ernst S. Steffen Arbeit im Zuchthaus

— aus einem Roman —

Ich saß an diesem Tisch und wartete.

Und dann ging die Türe auf, und ein Wachtmeister fragte mich, ob ich schon einmal Rückenlehnen geflochten hätte. Das war etwa zehn Minuten, nachdem ich so dagesessen hatte.

Als ich verneinte, sagte er, ich solle mit in die Nachbarzelle kommen, Autorückenlehnen flechten lernen. Zehn Minuten, nachdem ich auf die Zelle gekommen war, um „vorläufig Normalhof“ zu absolvieren. In der Nachbarzelle liegt Günther. Günther ist ein halbes Jahr nach mir vom Hohenasperg geflohen. Er freute sich, daß ich da war.

Arbeit ist das wichtigste Kapitel im Zuchthaus.

Während ich das schreibe, sitze ich da, und es ist Abend, und ich kann mich kaum aufrecht halten vor Erschöpfung. Das ist Arbeit im Zuchthaus.

Ich saß acht Stunden lang auf meinem Hocker hier auf der Zelle und flocht auf meinen Knien Autorückenlehnen. Ich flocht Autorückenlehnen, die verhindern sollen, daß der Auto Fahrende Rückenschmerzen oder Haltungsschäden bekommt. Ich flocht sie gekrümmten Rückens auf meinen Knien. Sechs Stück. Sechs Autofahrer bewahrte ich heute vor Rückenschmerzen und Haltungsschäden. Dafür bekomme ich sechzig Pfennige auf mein Konto geschrieben. Meine Rückenschmerzen sind die Rückenschmerzen eines Zuchthäuslers. Rückenschmerzen von Sklaven gelten nicht.

Außerdem gehen die selbstverständlich weg mit der Zeit. Das ist nur eine Frage der Gewöhnung. Und dann mache ich mit der Zeit selbstverständlich auch mehr Rückenlehnen. Das ist eine Frage der Übung. Bald werde ich acht oder zehn im Tag machen. Dann bekomme ich auch mehr Geld gutgeschrieben. Zehn Pfennige pro Stück.

Ich weiß leider nicht, was diese Dinger im Laden kosten. Aber Ihr könnt ja mal nachschauen. Sie stecken in so einem Klarsicht-Plastik-Beutel, auf dem in blauer Schrift steht:

flexiform macht das Fahren zur Freude: Seit Jahren bewährt. Höchste Qualität — günstige Preise. Bequemlichkeit und Komfort. Achten Sie beim Einkauf stets auf das Qualitätszeichen *flexiform*.

Ich schätze, daß sie so um die 25,— DM kosten.

Wenn ich acht Stück im Tag mache, arbeite ich an einem eine Stunde. Heute habe ich sechs gemacht. Ich bin erst ein Anfänger, deshalb tut mir auch der Rücken so weh. Und die Luftblase ist auch wieder hinter den Augen. Und die Hämorrhoiden schmerzen. Am liebsten würde ich mich in die Falle werfen, aber ich muß noch mein Pensum schreiben, nachdem ich gestern schon nicht in Form war. Zur Arbeit muß ich noch ein bißchen etwas sagen. Da war doch einmal diese Sache in dieser Zeitung. Wie hieß denn diese Zeitung? Kann es die „Parlament“ gewesen sein?

Da sagte einer im Landtag, die Gefangenen würden qualitativ und quantitativ schlechter arbeiten als ein freier Arbeiter. Er sagte das, soweit ich mich entsinne, auf eine Anfrage wegen der Entlohnung von Strafgefangenen. Er sagte es etwa so:

Und, meine Herren, es ist uns allen doch wohl klar, daß ein Strafgefangener niemals eine Arbeit leistet, wie sie ein freier Arbeiter leistet, sowohl qualitativ wie quantitativ! —

Das ist irgendwie beschämend gemein. Dieser Mensch hat vielleicht noch niemals in ein Gefängnis hineingeschaut. Er geht einfach von seinem „gesunden Menschenverstand“ aus, der ihm sagt, daß das gar nicht anders sein kann. Bitteschön, ich will ganz bescheiden sein, ich will gar nicht annehmen, ich sträube mich dagegen, anzunehmen, daß der Mann bewußt log. Ich nehme zu seinen Gunsten an, daß er nur dumm ist. Das soll ja vorkommen.

Herr Landtagsabgeordneter oder was Sie sonst sein mögen, es gibt nirgends — nirgends! — so viele verschwitzte Hemden, wie in den Gefängnissen und Zuchthäusern! Wenn Sie einen gesunden Menschenverstand hätten, würde der Ihnen sagen, daß gerade Strafgefangene aus allen möglichen Gründen — aber vor allem deshalb, weil sie *müssen* — *gut* und *viel* arbeiten. Eine ganze Menge mehr arbeiten, als jeder freie Arbeiter! Wenn Sie Bildung hätten, wären Sie mit der Tatsache vertraut, daß der Sklave schon immer der fleißigste Arbeiter war. Und wir sind Sklaven, Herr Abgeordneter. Mit allen erdenklichen Mitteln und Kniffen werden wir an der Arbeit gehalten. Wer jegliche Arbeit verweigert, wird in den Arrest gesperrt. Ich kenne den Zyklus hier nicht genau, aber ich weiß, daß er Arrest bekommt und zwar immer wieder, bis er entweder überschnappt oder arbeitet. Es sind hier einige Leute, die monatelang Arrest absolvierten, weil sie die Arbeit verweigerten. Jahrelang gingen sie rein in den Arrest — raus aus dem Arrest. Jetzt arbeiten sie. Oder sie sind auf dem Hohenasperg, Psychiatrische Abteilung. Oder draußen in einer Irrenanstalt, wie dieser Engländer, den die englische Botschaft scheinbar vor weiterem bewahrt hat. Ausländer müßte man sein!

Pommerenke — Sie kennen Pommerenke? Pommerenke ist der Heiland erschienen und hat ihm befohlen, den Bart stehen zu lassen und nicht mehr zu arbeiten. — Pommerenke arbeitet wieder. Und ist rasiert. Das ist die Peitsche.

Hier das Zuckerbrot:

Die Hälfte des Verdienstes darf vom Strafgefangenen verbraucht werden. Er darf sich davon Tabak, Lebensmittel und Toilettenartikel einkaufen.

Nach einer Rechnung, wie sie die „CHRIST und WELT“ einmal in einem Bericht über ostzonale Gefängnisse anstellte, kann ich mir also für meine heutige Arbeit rund drei Zigaretten kaufen. Ich kann mir also nichts kaufen, denn wer verkauft mir schon drei Zigaretten. Aber am Ende des Monats, da kann ich aber kaufen. Wenn ich schön fleißig bin, kann ich es sogar auf 20,— DM bringen, dann kann ich für 10,— DM einkaufen. Und wenn ich noch fleißiger bin — sagen wir mal, ich mache jeden Tag 20 Rückenlehnen, das wären bei 22 Arbeitstagen 44,— DM — dann kann ich für ganze 33,— Mark einkaufen. Das ist nämlich so: bis zu einer Mark pro Tag kann ich verdienen; was ich darüber verdiene, ist *Leistungsprämie*, und für die kann ich ganz einkaufen. Es gibt allerdings nur bis zu 20,— Mark Leistungsprämie; was darüber hinaus verdient wird, kommt schon auf den folgenden Monat. Und wenn ich im folgenden Monat wieder zuviel habe, dann kommt es auf den folgenden Monat. Und wenn ich im folgenden Monat wieder zuviel habe, dann — wird das Pensum erhöht! Für die gleichen Rückenlehnen, die ich jetzt mache, gab es einmal 30 Pfennig pro Stück, Herr Abgeordneter.

Artikel 4 der Hausordnung:

„Strafgefangene haben bei ihrer Arbeit nicht nur das vorgeschriebene Pensum zu verrichten, sondern darüber hinaus während der ganzen Arbeitszeit weiter zu arbeiten. Mehrarbeit wird durch höheren Lohnsatz belohnt.

Untersuchungsgefangene sollten sich Arbeit geben lassen, sie ist das beste Mittel zur Erhaltung ihrer seelischen und körperlichen Gesundheit.“

Herr Abgeordneter oder was Sie immer auch sein mögen, das ist eine Fabrik hier. Eine Fabrik, die mit Sklaven betrieben wird.

Hier werden am Fließband Schuhe hergestellt; hier werden sämtliche Formulare der Justizbehörden gedruckt; hier werden die Stempel für die ortsansässige Bundeswehr gemacht und ebenfalls für die Justiz; hier wird Eisen für Betonbauten gebogen oder wie man das nennt; hier werden Stühle, Flaschenmäntel, Körbe, Autorückenlehnen, Sessel geflochten, die unter Qualitätszeichen verkauft werden; hier wird das alte Gefängnispiel Tütenkleben im Fabrikformat gespielt; hier werden Drahtkörbe hergestellt, die im Selbstbedienungsladen Verwendung finden; hier werden Fußmatten, Kokosläufer, Automatten gewoben; hier werden Bücher für die Badische Landesbibliothek gebunden, Ordner und Schnellhefter hergestellt und Beutelfahnen für die Staatliche Münze in Karlsruhe. Und das sind nur die Dinge, die ich zufällig weiß, Herr Abgeordneter oder was Sie immer auch sein mögen. Die Scheinwerfer Ihres Mercedes wurden wahrscheinlich im Landesgefängnis Ludwigsburg montiert; der Reißverschluss an Ihrem Reise-Necessaire ebenfalls dort; die Sitzfederung Ihres Wagens wurde vielleicht im Landesgefängnis Rottenburg angefertigt, und wenn Sie schon in einem NSU Prinz fuhren, saßen Sie vielleicht auf Federn, die ich dort Feder um Feder zu

einem Sitz zusammengedreht habe; oder vielleicht vergnügten Sie sich in der vergangenen Nacht mit Ihrer Frau Gemahlin auf Schlaffia-Matratzen, deren Federkern von mir gemacht wurde; den Federballschläger Ihres süßen kleinen Fräulein Tochter hat vielleicht gerade ein jugendlicher Verbrecher der Jugendstrafanstalt Schwäbisch Hall bespannt, oder haben Sie noch einen aus dem Jahre 1954, dann könnte er sogar ebenfalls von mir sein; das Spielzeugauto Ihres Söhnchens, dieser hübsche Kitsch, knallrot lackiert, Miniatur-300 SL — das könnte eventuell im Baden-Badener Amtsgerichtsgefängnis zusammengebaut worden sein; oder die Strickkleidung Ihres gesunden Babys, vielleicht wurde die zufällig im Rottenburger Gefängnis gestrickt, es gibt ja manchmal die tollsten Zufälle; oder Flammer-Artikel, Waschpulver und Seife und so, Sie wissen schon — vielleicht hat Ihre Waschfrau gerade ein Paket zur Hand, das im Heilbronner Gefängnis geleimt und nachgefüllt wurde; Ihr Roßhaarbürsten könnte aus dem Mannheimer Landesgefängnis kommen; und schauen Sie mal, ob auf Ihrem Radio- oder Bügeleisenkabel das Firmenzeichen *Desco* steht, das kommt dann auch noch von hier. Aus dem *Zuchthaus* Bruchsal. Und die „Siox“-Mokassin vom Hohenasperg. Und Ihr Fotoapparat aus dem Zuchthaus Diez. Genügt das, Herr Abgeordneter oder was Sie immer sein mögen? Soll ich Ihnen noch etwas über Hohenasperger Arbeitsmethoden erzählen, wo Geistesgestörte „arbeitstherapeutisch“ behandelt werden? Später vielleicht, Herr Abgeordneter, später. Bleiben wir zunächst hier.

Diese Dinge wurden alle hergestellt von Strafgefangenen (oder Untersuchungsgefangenen, die auf ihre körperliche und seelische Gesundheit bedacht sind), die qualitativ und quantitativ schlecht arbeiten. Weshalb wohl reißen sich Unternehmer um Einsatzkommandos von Strafgefangenen, Herr Abgeordneter? Mit Einsatzkommandos wurden Bahnlinien verlegt, Kiesgruben, Steinbrüche und Kalkwerke betrieben. Mit einem Rottenburger Einsatzkommando wurde Schramberg nach der Katastrophe wiederhergestellt. Warum, Herr Abgeordneter?

Jeder Arbeitgeber würde sich die Finger nach solchen Arbeitskräften lecken! Arbeitskräfte, die nicht mehr bezahlt werden müssen, wenn sie erkranken. Für die keinerlei Sonderaufwendungen notwendig sind. Und die arbeiten *müssen*.

Das ist eine Fabrik hier, Herr Abgeordneter oder was immer Sie sein mögen. Eine Fabrik, die mit Sklaven betrieben wird. Wenn Sie tagsüber vorbeikommen, dann hören Sie hier Holzbearbeitungsmaschinen jaulen und Motoren, die Eisen biegen, und Druckmaschinen und Förderbänder und elektrische Nähmaschinen und Drehbänke hören Sie laufen. Sie sehen verschwitzte Hemden, und jene „stumpfen Blicke“, wie sie „CHRIST und WELT“ in ostzonalen Strafanstalten registrierte — die sehen Sie auch. Aber vor allem sehen Sie Autos, die be- und entladen werden und kommen und gehen. Viele Autos werden Sie sehen.

Und wenn Sie Wert darauf legen, daß Ihnen alles gezeigt wird, dann verlangen Sie kraft Ihrer Landtagsabgeordnetenautorität, daß ich Sie herumführen darf. Ich werde Ihnen auch das Hauptmerkmal der Sklavenarbeit zeigen: den Ver-

schleiß, den riesigen Verschleiß der Arbeitskraft dieser Sklaven: ich werde Ihnen zeigen, wie Wagen von sechs, acht, zehn Männern gezogen werden; wie Arbeit von Menschen ausgeführt wird, die in einem Bruchteil der Zeit von einer Maschine bewältigt werden könnte; wie zwanzig Männer auf einem Feld arbeiten, hackend, grabend — wo sehen Sie heute noch zwanzig Männer auf einem Feld bei der Arbeit? Ich werde Ihnen zeigen, wie billig Sklaven sind. Fragen Sie bloß nach Ali. Ich bin in mehreren Exemplaren vorhanden und bestimmt zu finden.

In der Einzelzelle sitzt man da und wartet auf das Begreifen. Zehn Minuten lang.

„Haben Sie schon mal Rückenlehnen geflochten?“

„Nein.“ —

„Dann kommen Sie nebenan, der zeigt es Ihnen.“

Günther. Günther, der Laborhengst vom Hohenasperg. Nein, nicht so. Nicht wegen der Weiber. Nur so eben: *Laborhengst*. Wie: *Kammerbulle*. Die Weiber werden sich hüten. Sie ließen ihn vielleicht mal beim Autoreinigen zur Belohnung unter die Röcke schauen. Schön deutlich, damit er was davon hatte. Das mag sein. Er sagt es wenigstens. Und bekommt verklärte Augen dabei. Denn der Schlüpfer, ah bah, der Schlüpfer, der sei ja nur ein Witz.

Jaja, und damals die Flucht, die war gut, was? Bis heute weiß noch niemand wie er raus ist, der Günther. Nur der Ali, der weiß es jetzt. Und der Herr Chefarzt, der weiß auch etwas. Ein bißchen etwas. Aber der wird sich hüten, etwas von dem Etwas zu sagen. Und die Rote, die Rote war nicht so besonders. Aber bei der Blonden hatte er einen mächtigen Stein im Brett. Und vor kurzem hat er ihr sogar eine Geburtstagskarte geschickt und wegen der Zensur so getan als ob und „wünscht Dir, liebe Hanni, Dein Günther!“ draufgeschrieben. Denn die war gut, die Hanni. Schwer in Ordnung. Und sommers hat sie immer nur Schlüpfer und BH unter dem weißen Mantel angehabt. Und überallhin hat sie ihn mitgenommen. Man nannte ihn schon ihren *ständigen* Begleiter, so oft hat sie ihn immer mitgenommen, wenn sie auf die verschiedenen Abteilungen ging. Und vor allem ihren Wagen hat er sehr gerne geputzt. Sie kam dann immer und half auch putzen. Und nur BH und den Witz. War tatsächlich nur ein Witz. Toller Witz. Manchmal hing der Witz im Schrank gleich vorne dran, da konnte er ihn sehen. Und riechen. Das machten sie nämlich mit Absicht. Und wenn er ihn weiter nach hinten hängte, dann war er nachher wieder vorne.

Aber Kaffee bekam er auch immer. Kaffee und Zigaretten. Und den Alkohol hatte er ja selbst im Labor. Höchstkonzentriert.

Und einmal, einmal da saß die Hanni am Mikroskop und schaute hinein, und er stand dahinter mit den Dingsda, wie nennt man das? — ja, mit den Präparaten. Plötzlich drehte sie sich um, wie von der Dingsda gestochen und starrte

ihn an. Und er hatte überhaupt nichts gemacht. Starrte ihn an. Mit solchen ganz großen Augen. Dann schaute sie wieder ins Mikroskop. Das war ziemlich komisch gewesen. Denn er hatte doch überhaupt nichts gemacht. Er hatte doch nur auf ihre Haut geguckt zwischen dem klaffenden Mantel auf dem Rücken. Als ob sie hätte Gedanken lesen können.

Aber wenn er richtig gewollt hätte, der Günther:

„Weißt du, wenn ich *richtig* gewollt hätte, dann wäre ich da schon drangekommen. Jaja. Ach, geh mir doch fort mit den Weibern! Alle gleich! Jaja.“ Günther ist Philosoph. Und Gynäkologe ist der Günther übrigens auch, um das nicht zu vergessen. Er klärte mich über die Tatsache auf, daß das Kind bei der Schwangeren hinter der Gebärmutter liegt. Und über andere Sachen klärte er mich auch noch auf. Er war nämlich zehn Jahre verheiratet. Und Rückenlehnen lehrte er mich auch flechten. Der Günther.

Zu früh gebrüllt: gerade fünf Stück mache ich noch. Hocke da auf meinen Hämorrhoiden und mit meinem wehen Kreuz und bastele mit Ach und Weh fünf Rückenlehnen zusammen. Seit ich wieder in den Hof gehe, fehlt mir diese Zeit. Und abends lasse ich mich erst mal aufs Bett plumpsen.

Erst machte ich nur noch vier Stück. Was sagte da der Herr Amend? Da sagte der Herr Amend:

„Wieso machen sie bloß noch vier Stück? Sie haben sechs Stück gemacht. Sie können sechs Stück machen. Morgen will ich von ihnen wieder sechs Stück!“ So sagte der Herr Amend, Hauptwacht- und Werkmeister der Landesstrafanstalt Bruchsal. Und verschwand durch die Zellentüre. Und ich bellte wütend hinterher. Ja. Man wird ein bißchen nervös mit der Zeit. Am anderen Morgen war ich dafür ganz ruhig. Ich sagte gar nichts. Sagte gar nichts zu den vier Rückenlehnen, die sie mitnahmen. Und der Herr Amend sagte auch nichts, er nahm sie nur mit, nachdem er auch unter meinem Bett die restlichen zwei nicht gefunden hatte. Ab Mai bekam er dann täglich fünf, der Herr Amend. Und er sagte wieder nichts. Schaute nur unters Bett. Und tagsüber durch den Spion herein manchmal. Er wollte mich erwischen, der Herr Amend. Der Herr Amend wollte den Ali erwischen. Aber er erwischte ihn nicht.

Da fand der Herr Amend plötzlich, daß unter den fünf Rückenlehnen immer eine war, die schief geflochten und noch einmal nachzuziehen war. Ali schaute sie nachher genau an. Scharf. Durchdringend. Dann legte er sie wieder weg. Am anderen Morgen war sie nicht mehr schief. Am anderen Morgen fand der Herr Amend eine andere schiefe.

Am Montag, den 3. Mai, gab es die Einkaufszettel.

Verdienst für Monat April: 9,75 DM; Einkauf: 4,35 DM.

Hei, war das ein Rechenexempel! Die 4,35 DM waren einfach nicht aufzuteilen. Ich beging einen Rechenfehler:

1 Päckchen Feinschnitt	DM 1,25
1 Päckchen Zigarettenpapier	DM —,25
2 Päckchen Feinschnitt zu 1,10 DM	DM 2,20
1 Päckchen Abfalltabak	DM 1,20
1 Kanister Feuerzeugbenzin	DM —,45
das machte	<u>DM 5,35</u>

Kann ja jedem mal vorkommen — oder?

Am Dienstag schrieb ich den Rapportzettel:

„... bittet um Auskunft über die auf ‚Ende April‘ angekündigte Entscheidung des Herrn Vorstandes i. S. Schriftsetzerlehre.“

Nachmittags beim Rapport: Bollinger:

„Die Entscheidung wird gefällt, wenn Ihre Akten vom OLG zurück sind.“

Freitag, den 7. Mai 1965:

Vorführung zum Rapport:

Bollinger:

„Hier ist eine Meldung gegen Sie. Sie würden zu wenig arbeiten. Was haben Sie dazu zu sagen?“ —

„Ich arbeite, was ich kann.“ —

„Glauben Sie nicht, daß ein Mann, der das schon jahrelang unter sich hat, ungefähr beurteilen kann, wieviel gearbeitet werden muß?“ —

„Wenn diese Meldung ernst gemeint ist ...“ —

„Natürlich ist die ernst gemeint. Glauben Sie, Meldungen werden zum Spaß geschrieben!“ —

„Dann ist der Mann nicht in der Lage, es zu beurteilen. Von der gleichen Sorte Rückenlehnen werden von einem Gefangenen, der vor mir angelernt wurde, täglich vier Stück abgegeben; ein anderer Gefangener, der sie acht Jahre lang macht, gibt sechs Stück ab, und ich kam im letzten Monat, im ersten Monat, den ich überhaupt damit beschäftigt war, durchschnittlich auf fünf Stück pro Tag. Jetzt frage ich Sie, ob das die Meldung rechtfertigt. Das ist eine Unverschämtheit, daß sie überhaupt geschrieben wurde!“

Herr Bollinger erzählte mir etwas. Er nahm die Brille ab, wischte sich die Augen und erzählte mir was. Ich glaube, er erzählte etwas über das Arbeiten. Dann steckte er sich eine Zigarette an und erzählte mir noch immer etwas. Es kann sein, daß ich auch noch etwas sagte.

Bollinger schrieb dann. Und zum Abschluß zog Bollinger an seiner Zigarette und sagte noch etwas, das ich inzwischen wieder verstand, weil er eine ganze Zeit geschrieben hatte. Er sagte:

„Also, in Zukunft sehen Sie zu, daß Sie ein bißchen fleißiger werden.“

Meinen Tisch habe ich abgeräumt. Bücher, Bilder, Vase, alles weg. Es ist jetzt viel Platz auf meinem Tisch. Herr Amend muß nicht mehr die Rückenlehnen auf die Bilder und Bücher und die Vase werfen, um sie kontrollieren zu können. Es ist jetzt genügend Platz für den Herrn Amend auf meinem Tisch.

An den Petitionsausschuß
des Landtags von
Baden-Württemberg
Stuttgart

Bruchsal, den 13. Mai 1965

Sehr geehrte Herren!

Soweit ich mich entsinne, ist es ein Passus des Grundgesetzes, welcher besagt, daß der Vollzug der Haftstrafe für den Häftling keine physischen und psychischen Schmerzen zeitigen darf.

Im vorliegenden Falle wende ich mich an Sie in einer Sache, die nicht nur diesen Grundsatz verletzt, sondern darüberhinaus geeignet ist, dauernde körperliche Schäden zu verursachen:

Am 17. März 1965 wurde ich aus der Anstaltsdruckerei, wo ich seit neun Monaten eine Schriftsetzerlehre absolvierte, abgelöst und auf eine Einzelzelle verlegt. Der Grund war eine tätliche Auseinandersetzung mit einem Mitgefangenen, der mich angegriffen hatte.

Auf der Einzelzelle wurde ich damit beschäftigt, Autorückenlehnen zu flechten. Es handelt sich dabei um Zusatz-Rückenstützen für Autofahrer; diese Stützen verhindern Haltungsschäden bei stark beanspruchten Fahrern und kommen unter folgendem Slogan auf den Markt:

„flexiform macht das Fahren zur Freude. Seit Jahren bewährt. Höchste Qualität — günstige Preise. Bequemlichkeit und Komfort. Achten Sie beim Einkauf stets auf das Qualitätszeichen flexiform.“

Der Arbeitsgang ist folgendermaßen:

Auf die Zelle geliefert werden Rahmen und Flechtmaterial, sowie zwei Metallklammern, in die der Rahmen eingespannt wird; die Flechtarbeit erfolgt auf bzw. zwischen den Knien, welche den Rahmen festzuhalten haben; bei der Flechtarbeit ist der gesamte Oberkörper über den Rahmen gekrümmt und ohne jegliche Stütze, der Unterleib eingepreßt; der Sitz ist ein ungepolsterter und in

der Sitzhöhe der Arbeit nicht angepaßter Holzocker. Die Arbeit ist auf diese Weise acht Stunden täglich auszuführen, bei einer einstündigen Mittagspause und Hofgang von wochentags nie vollen 30 Minuten.

Nach einer Anlernzeit von acht Tagen vermochte ich, unter Verzicht auf Hofgang und bei Mehrarbeit in der Freizeit, täglich sechs Rückenlehnen zu flechten. Als Resultat zeigten sich erneute starke Schmerzen an meinen bis dahin einigermaßen zurückgedämmten Hämorrhoiden, fast unerträgliche Rückenschmerzen infolge einer Rückgratverkrümmung und eine dauernde Störung des Verdauungsorganismus. Sekundäre Erscheinungen waren und sind: Benommenheit, Kopfschmerz, Schwindelgefühl und Konzentrationsunfähigkeit am Abend, Einschlafstörungen. Alle diese Beschwerden sind eindeutig auf die unnatürliche Haltung bei der Arbeit zurückzuführen.

Ab 14. April 1965 nahm ich wieder am täglichen Hofgang teil, stellte meine Arbeit nach Feierabend ein und lieferte nur noch vier Rückenlehnen täglich ab. Nach den Osterfeiertagen, am 29. April 1965, wurde ich vom Beamten, der die Arbeit auf die Zelle liefert, ultimativ aufgefordert, am folgenden Tag wieder sechs Rückenlehnen abzuliefern.

Bei Einhaltung der normalen Arbeitszeit war mir das unmöglich. Ich lieferte weiterhin vier Stück ab und kam damit am Ende des Monats auf einen Tagesdurchschnitt von fünf Rückenlehnen.

(Ein Gefangener, der vor mir angelernt wurde, lieferte ebenfalls vier Stück ab; ein weiterer Gefangener, der die Arbeit bereits jahrelang macht, kommt auf eine tägliche Arbeitsleistung von sechs Stück; es sind Leute da, die diese Leistung überschreiten, jedoch bei Rückenlehnen, an denen ein vollständiger Arbeitsgang weniger auszuführen ist, obwohl für beide Ausführungen dieselbe Bezahlung erfolgt.)

Am 7. Mai 1965 wurde mir beim Rapport eröffnet, daß eine Strafmeldung gegen mich wegen mangelhafter Arbeitsleistung erfolgt sei. Nach meiner Stellungnahme dazu wurde ich mit der Auflage beschieden, in Zukunft „fleißiger“ zu sein.

Diese Umstände lassen es mich notwendig erscheinen, Sie dringend um Maßnahmen einer Abhilfe zu bitten, um so mehr, als ich inzwischen — bei einer Steigerung meiner Arbeitsleistung auf „nur“ fünf Rückenlehnen täglich — immer wieder persönlichen Schikanen des Arbeitsbeamten ausgesetzt bin, gegen die zu wehren mir keine Möglichkeit gegeben ist, da sie im einzelnen nur als geringfügig erscheinen. Ich bin inzwischen annähernd vier Jahre in Haft und habe noch weitere dreieinhalb Jahre zu verbüßen. Die Anstaltsleitung zeigt mit den obenerwähnten Arbeitsmethoden, daß ihr an der Erhaltung meiner Gesundheit nichts gelegen ist, denn eine Dauerschädigung zumindest der Wirbelsäule ist bei dieser Arbeit nahezu gewährleistet. Die Anstaltsleitung hat es im März und April zudem — dies um meine Behauptung zu unterstreichen — bei Temperaturen von zehn bis zwölf Grad Celsius wiederholt nicht für notwendig

erachtet, während der Arbeitszeit die Heizung einzuschalten — und das bei Steinfußboden auf der Zelle.

Ich hoffe auf Ihr Verständnis, wenn ich Sie bitte, solche Mißstände zu beseitigen. Nachtragen möchte ich, daß für eine Rückenlehne 10 Pfennige Arbeitsbelohnung bezahlt werden; wie mir gesagt wurde, war der ursprüngliche Arbeitslohn für eine Rückenlehne 30 Pfennige.

(Unterschrift)

(Abgesandt: 14. Mai 1965)

Günther ist nicht mehr da. Er ließ sich verlegen. Wollte nicht mehr auf der Zelle arbeiten.

Jetzt ist niemand mehr da, mit dem ich mich abends unterhalten kann. Der mich amüsiert oder in Wut versetzt. Günther ist weg. Das Telefon bleibt unbenutzt. Niemand mehr, der mir Intimitäten aus seiner Ehe erzählt, bis nachts elf, zwölf. Das Wasser aus der Klosettschüssel pumpt und gegen die Wand donnert, bis ich auch das Wasser herauspumpe und gelangweilt frage, was es gibt und auch Guten Abend wünsche und Moment sage und eine Decke hole, um bequemer zu hocken. Und mir dann erzählt, wie er seine 1.58 m große Ehebett-Katze von vorne, von hinten, von der Seite, andersherum, überkreuz, mit den Händen, mit der Zunge oder seinem ruhmbedeckten Primärbefriediger durch die Himmel jagte.

Günther ist nicht mehr da.

Günther, der bereits vor neun Uhr an die Wand klopfte, solange das Licht noch brannte, um mir einen Brief seiner Ehekatze vorzulesen, von der er jetzt geschieden ist, sonst würde er das selbstverständlich nicht alles von ihr erzählen, denn Günther ist ein sehr anständiger, moralischer Mensch, der intensiv am religiösen Anstaltsleben teilnimmt und auch noch von seinem Gemeindepfarrer Besuch empfängt, der ebenfalls der Meinung ist, daß diese Frau nicht die richtige für ihn war, wenn sie schon, nachdem der Mann gerade zwei Jahre fort war, mit einem anderen ins Bett steigt, so eine Schweinerei.

„Also, paß auf jetzt!“ sagte Günther und war etwas weniger gut zu verstehen, weil er doch nicht ganz ins Loch sprechen konnte, wenn er vom Brief ablas. „Paß auf: Lieber Schatz! — So schrieb sie immer, dieses verdammte Luder: Lieber Schatz! und dabei fögelte sie schon ein halbes Jahr mit dieser Drecksau herum. So sind sie, die Weiber. Kannst Du mich so verstehn? Also: Lieber Schatz! Deinen lieben Brief habe ich dankend und mit großer Freude erhalten und will dir gleich eine Antwort schreiben, damit du, lieber Schatz, nicht wieder böse wirst, weil ich mir so viel Zeit lasse. Du mußt nicht meinen, daß ich dir nicht gerne schreibe, denn das stimmt nicht, denn ich schreibe dir sehr gerne, weil du

doch noch alles bist, was ich habe, und wenn ich dich nicht hätte, dann hätte ich bestimmt schon mit allem Schluß gemacht. Deine Liebe ist alles, was mich durchhalten läßt, wo alles so schwer ist. Ich gehe ja jetzt auch wieder arbeiten, habe eine Stelle gefunden, wo ich die Kinder mitnehmen kann, in der Kinderkrippe in der Küche. Sonst hilft mir ja niemand und mit den 40 Mark in der Woche komme ich sonst nicht hin, weil doch die Kinder auch Kleider brauchen. Deine Eltern helfen mir ja auch nicht. Letzthin ist deine Mutter gekommen und hat mir einen Riesenkrach gemacht, weil die von der Fürsorge von deinem Vater Geld für uns wollen und sie sagen, es reiche doch, daß sie unseren Frieder bei sich hätten und für ihn sorgen. Aber da kann ich doch nichts machen, wenn die da hingehen, aber deine Mutter sagte, ich sei schuld und sie würde dir schon schreiben, was mit mir los ist. Was sie damit meinte, weiß ich nicht. Ich weiß nicht, wieso ich schuld bin. Du mußt nicht alles glauben, lieber Schatz, wenn man etwas von mir sagt, denn du weißt, daß ich dich über alles liebe. — Die hat genau gewußt, was los ist, glaubst Du nicht auch? Dieses Dreckschluder, dieses verkommene. Von wegen „weiß nicht, wieso ich schuld bin!“ Die hat genau gewußt, wie der Hase läuft und da ist ihr die Muffe gegangen, und da schrieb sie schnell: „du mußt nicht alles glauben.“ *Haha!* Da ist ihr die Muffe gegangen, weil sie genau wußte, was ihr passiert. Die kennt meine Handschrift zur Genüge. *Haha!* Die wußte, was ihr blüht. Die alte Dreckfotze! Was!? *Haha!* Diese alten, verkommenen, stinkenden Dreckfotzen! Na warte! Die ist noch nicht in Sicherheit, verlaß Dich darauf. *Haha!* Ja, weiter. Wo war'n wir? — ... daß ich dich über alles liebe. Was auch immer geschehen mag, mein geliebter Schatz, ich werde dich immer lieben, das schwöre ich dir!!! — Und drei Ausrufungszeichen dahinter, Du, stell Dir das vor! Ja, und das Allerschönste: den Brief hier habe ich dem Richter bei der Scheidung gezeigt, und der Richter hat sie gefragt, wie sie denn das gemeint habe. Was glaubst Du, was die da sagte? Hä? Das glaubst Du nicht: Genau so, wie es da stehe, sagte die. Stell Dir das vor! Der Richter hat bloß mit dem Kopf gewackelt ... Was war'n das? Ist da einer? Ich dachte, da kommt einer. Horchst Du? Dann ist gut. Nicht daß da plötzlich einer hinter mir steht und zuhört. Also, wo war'n wir? Interessiert Dich das überhaupt? Wenn ich aufhören soll, mußt Du's sagen. Also: — ... ich werde dich immer lieben, das schwöre ich dir!!! Ohne dich hat mein Leben keinen Sinn. Ich muß immer so weinen, mein lieber Schatz, wenn mich der Bernd fragt, ob der Papa noch nicht bald gesund sei. Ich weiß bald nicht mehr, was ich ihm sagen soll, denn er ist doch jetzt schon so groß, daß er es versteht. Und abends beten wir dann immer alle drei zusammen, daß der Papa bald wieder gesund wird. Er braucht jetzt auch wieder ein Paar Schuhe, aber ich weiß nicht, wie ich das machen soll. Es ist doch alles so furchtbar teuer geworden, und am Ende von der Woche habe ich immer keinen Pfennig mehr im Haus. Ich weiß mir bald nicht mehr zu helfen. Wenn du bald kommen würdest, mein Schatz, dann könnte ich wieder einmal aufatmen und in deinen Armen glücklich sein. Wenn du nicht bald

kommst, weiß ich bald nicht mehr weiter. Der Bernd ist auch so frech geworden und gehorcht mir nicht mehr. Du fehlst uns allen so sehr, mein Schatz. Für heute will ich schließen. Es grüßt und küßt dich und zwei Küsse von den Kindern Deine Eri. — Na? Ist das nicht ein Heuchlerpack, ein elendes, was sagst Du? Schreibt mir solche Briefe in den Knast und fögelt dabei mit meinem alten Arbeitskollegen in meinen Ehebetten herum! Mensch, geh mir doch fort mit den Weibern! Ich habe keinen Respekt mehr vor Weibern. Früher — da hab ich eine Frau immer für etwas — wie soll ich sagen? — etwas Anständiges angesehen, etwas, das man verehren muß und hochhalten. Ah, geh mir doch weg, das sind doch alles die gleichen Dreckschlampen! Mußt Du bloß mal zuhorden, wenn die sich unterhalten, wenn sie unter sich sind, so in einem Betrieb oder so. Mensch, da stehst Du Kopf. Hast Du noch nie zugehört? Mensch, da stehst Du Kopf. Da sind wir Waisenknaben dagegen. Ehrlich!“
Nein, Günther ist nicht mehr da. Günther liegt jetzt drüben in Flügel zwei auf einer Dreimannzelle. Nebenan liegt jetzt einer, der seine Frau mit der Jagdflinte erschossen hat. Aber der kam noch nicht ans Telefon. Der ist sehr zurückhaltend. Günther war nie zurückhaltend. Günther ging mächtig aus sich heraus. Und selbstsicher war Günther. Eine richtig abgerundete Persönlichkeit, ein Charakter mit einem ganzen Schock Grundsätzen. Unerschütterbar. Als ich einmal versuchte, seine Schubladen durcheinanderzurütteln, hielt er sie mit sämtlichen Gliedern fest und empfahl mir, die Bibel zu lesen und zu Gott zu finden, denn ich sei ein verbitterter Mensch, wofür er jedoch Verständnis hätte, da ich doch praktisch noch nie als freier Mensch gelebt hätte mit meinen zehn Jahren Knast und vier Jahren Fürsorgeerziehung. Ich müsse eben zu Gott finden, und früher oder später *würde* ich auch zu Gott finden, und das würde mir dann helfen. Oder so ähnlich.
Aber jetzt ist der Günther nicht mehr da.

Aber nicht nur das, Herr Abgeordneter oder was Sie immer sein mögen, nicht nur das.

... ein Teil der Insassen der Landesstrafanstalt trägt unter dem Motto

Gefangene helfen Gefangenen

dazu bei, in seiner Freizeit durch Bastelarbeiten einen Beitrag zu leisten. Der Erlös dieser Freizeitarbeit fließt der Gefangenenfürsorge zu ...“ usw. heißt es in einer kleinen Broschüre, die an Besucher ausgegeben wird.

Sie erhalten sogar Lichtverlängerung, diese Gefangenen, um den Gefangenen helfen zu können. Lichtverlängerung — das heißt: ihr Licht wird erst um zweiundzwanzig Uhr ausgeschaltet, zu welchem Zwecke extra eine separate Lichtleitung eingebaut wurde. Und jede Woche ein Päckchen Tabak bekommen sie ebenfalls. Ein Päckchen Tabak kostet eine Mark und fünfundzwanzig Pfennige.

Und so um Weihnachten herum noch ein kleines Geschenk, das erhalten sie auch noch. Und aber der Rest . . .

Der Rest fließt der Gefangenenfürsorge zu. Und fließt und fließt und fließt. Und wird von fünf Gefangenenfürsorgern in Fluß gehalten und gesteuert und gehütet.

Fünf Fürsorger hocken da oben. Und sie haben einen Obersten, der damit beschäftigt ist, die Sache unter sich zu haben. Und einen, der die eine Hälfte des Alphabets und einen, der die andere Hälfte des Alphabets und einen, der die Sicherungsverwahrten unter sich hat. Und dann noch einen, der hat sich sein Büro feudal eingerichtet, weil er ein feudales Büro braucht, denn er muß in der Hauptsache den Laufburschen machen und ist deshalb viel unterwegs in der Stadt oder sonstwo.

In Ordnung, ich werde ganz vorsichtig sein und nicht alle Fürsorger Drückberger nennen. In Ordnung.

Da ist zunächst Leibbrandt, der Oberste. Vor neun Uhr . . . ja, doch, manchmal ist er auch vor neun Uhr im Haus. Aber er ist ja auch der Oberste. Und er bleibt manchmal auch bis ganz spät im Haus. Doch. In Mantel und Hut und immer jovial. Ganz Oberster. Sein Büro ist total vollbepackt mit Paketen, Bildern, Büchern, Bastelarbeiten, Koffern, Musikinstrumenten. Wie ein Trödelladen. Wie soll er denn in diesem Durcheinander arbeiten, Leute? Er *muß* ja in Mantel und Hut unterwegs sein und sich jovial geben.

Da ist Kohl. Kohl war einmal irgendwann Heimleiter. Fürsorgeheim oder so. Er ist mächtig stolz darauf. Er ist weiterhin stolz darauf: Bücher zu besitzen; eine Frau zu besitzen; Kinder zu besitzen; graphologische Kenntnisse zu besitzen; Menschenkenntnis zu besitzen; im Krieg gewesen zu sein; in Gefangenschaft gewesen zu sein; die Sache vollkommen zu durchschauen; auf verschiedene Lumpen hereingefallen zu sein; unter seinem Wert verwendet zu werden aber es ihnen eines Tages zu zeigen; ein stolzer Deutscher zu sein, der stolz ist, stolz sein zu dürfen.

Kohl ist außerdem wahnsinnig fleißig. Er ist nicht mehr vorhanden, so fleißig ist er. Schade, daß er so zerstreut ist. Nein, ich meine das ganz ehrlich: Schade, daß er so zerstreut und vergeßlich ist. Dadurch rennt er nämlich nur immer fleißig, so wahnsinnig fleißig um seine eigene Achse. Er soll mal verschüttet gewesen sein, der Herr Kohl. Ja. Im Krieg. Ja.

Holzwarth. Hahahahahah! Holzwarth! Setzt Ringe an und raucht Stumpen: Holzwarth. Interviewt einen gerade eingelieferten Gefangenen, der wegen Diebstahl bestraft wurde, interviewt ihn zehn Minuten lang — und erklärt ihn dann in seiner Beurteilung zum progressiven Mörder: Holzwarth. Er hat die erste Hälfte des Alphabets unter sich. Jawoll: *unter* sich! Fragen Sie ihn mal! Er ist ebenfalls stolz: auf *sich*!

Moser hat die Sicherungsverwahrten. Er ist ein sympathischer Junge. Vielleicht nur, weil ich kein Sicherungsverwahrter bin?

Schmidt. Laufbursche. Sündenbock. Hilfsarbeiter. Prolet.

Hallo, Herr Abgeordneter, sind Sie noch . . . ja? Das ist unsere Fürsorge also. Und — schauen Sie, ich habe sogar ein schlechtes Gewissen, wenn ich das alles über sie schreibe, denn wer weiß, wo wir ohne unsere Fürsorge wären. Dochdoch, ich meine es so: wer weiß, wo wir wären ohne sie.

Aber ich will trotzdem weitermachen, denn mein schlechtes Gewissen ist ja nur mein eigenes schlechtes Gewissen und ich habe mich daran gewöhnt und es liebgewonnen. Außerdem wäre es schließlich unfair, Ihnen die Möglichkeit zu lassen, mich aufs Kreuz zu legen. Ich will weitermachen.

Rechnen mag ich allerdings nicht. Sie müssen sich selbst ausrechnen, was der Laden kosten mag. Der Apparat Fürsorge. Aber wenn Sie auch nicht mögen — es ist egal. Sie kostet ihre Kosten in jedem Falle um einer Farce willen. Haben Sie begriffen oder war ich zu schnell? Ich wiederhole: *Farce*! Unsere Gefangen- und Entlassenenfürsorge kann in keinem der Fälle, für die ihre Einrichtung gedacht ist, *wirklich* helfen! Sie kann im günstigsten Falle *Almosen* spendieren. Da hocken Männer, die in der freien Wirtschaft wahrscheinlich gerade einen Hilfsarbeiterposten ausfüllen könnten, hinter Schreibtischen und geben vor, helfen zu wollen, obwohl ihr einstmals vielleicht einmal vorhandener Idealismus, der sie zu helfen anspornte, schon längst einem gleichgültigen Routineverfahren gewichen ist, das höchstens noch durch Weihnachtsvorbereitungen stimuliert wird. Und sie erwarten Dank, diese Männer!

Gäbe man dem Gefangenen den vollen Lohn für seine Arbeit, dann wäre dieser lächerliche Apparat absolut überflüssig. Überflüssig, daß Gefangene für Gefangene in ihrer Freizeit arbeiten — und zwar wie die Irrsinnigen arbeiten, keinesfalls nach Gutdünken oder Laune, sondern mit der Auflage, so und so viel abzuliefern für ihr Päckchen Tabak in der Woche, alles aufs wohlste organisiert. Aufs sehr wohlste, denn die Büros und die Maschinen und vor allem das viele Papier muß sich doch amortisieren, wenn man an Weihnachten auch noch Pakete an bedürftige Familien schicken will, damit man ein paar pompöse Dankschreiben in die Akten bekommt:

„Es ist mir ein großes Bedürfnis, mich für das überreich schöne und große Paket recht herzlich zu bedanken. Die Freude darüber war bei mir, sowie bei den Kindern gleich groß. Ganz besonders freute es uns, daß wir während der Abwesenheit unseres lieben Vaters so viel Liebe und Güte spüren durften . . .“ wird eines in der Broschüre in Faksimile wiedergegeben. Es wird kommentiert:

„Das durch eine Straftat hervorgerufene Unglück trifft häufig auch die Angehörigen des Täters. Wie notwendig ist es deshalb, Frauen und Kinder durch zusätzliche Hilfe zu unterstützen!“

Wie notwendig! Wie notwendig wäre es, dem Gefangenen seinen Arbeitslohn zu geben und ihn nicht diesen verlogenen Wohltätigkeitsstanten vor die fetten Bäuche zu treiben! Wie notwendig, Herr Abgeordneter — oder was immer Sie sein mögen.

Klaus Stiller
Sonette über Mietverhältnisse

I

die Mieteinnehmer leben von den Mieten

Die Einen leisten Arbeit für ein Geld,
wo Andre Geld die Arbeit leisten lassen.
Die Einen zahlen mit dem Geld die Mieten,
wo Andre Geld durch Mieten einkassieren.

Die Mieteinnehmer kaufen mit dem Mietzins
Produkte aus der Arbeit ihrer Mieter.
Für Mieter (Produzenten der Produkte)
sind die Produkte unerschwinglich teuer.

Dies nicht, weil die Produkte teuer wären,
vielmehr, weil Mietern, wenn sie Miete zahlen,
kein Geld mehr übrigbleibt für die Produkte.

Die Mieteinnehmer kaufen mit dem Geld der Mieter
schieß ALLES was die Mieter bräuchten.
Die Mieteinnehmer leben von den Mietern.

II

Profit der Vermieter

Wenn es so wäre, daß Vermieter stets
das ganze aus den Mieten eingenommene Geld
zum Bau von neuen Wohnungen verwenden würden,
dann dürfte man Vermietern keinen Vorwurf machen.

Dann wäre solche Handlungsweise fast sozial,
weil man den schönen Tag erwarten dürfte,
wo Wohnungsknappheit überwunden wäre
und Mieten, wie von selber, sinken müßten.

Solang Vermieter aber von den Mieten
ihr Parasiten-Dasein weiterfristen
und von dem monatlichen Mietzins

für Wohnungen nur so viel investieren,
wie ausreicht, den Profit zu garantieren,
solange sind die Vermieter ASOZIAL.

III

Mieter als Vermieter

Die Mieter mieten große Wohnungen
und nehmen Untermieter mit herein.
Sie sagen: Unsre Miete ist so hoch,
daß wir allein sie nicht bezahlen können.

Die Untermieter zahlen mehr als viel,
damit die Mieter sich entlasten können.
In jedem Fall erreicht der Mietbetrag
die Tasche und den Bauch des Hauptvermieters.

Die Mieter, wo sie Untermieter nehmen,
erklären ihre Handlungsweise damit,
daß das System sie zwingt, so zu handeln.

Die Untermieter lehnen ein System ab,
das Mieter in Vermieter transformiert
und unterdrückend Unterdrücker produziert.

IV

Mietgeld-Zuschuß

Weil viele Mieter ihre hohen Mieten
beim besten Willen nicht bezahlen können
gewährt der Staat auf Antrag Mietgeld-Zuschuß
und übernimmt den Mietbetrag zum Teil.

Die Mieter sollen so den Eindruck haben,
ein guter Onkel gäbe ihnen etwas gratis,
und im Gefühl des plötzlichen Beschenktseins
die wucherische Miete übersehn.

Die Mieter übersehen allerdings,
daß sie den Mietgeld-Zuschuß im voraus
in Form von Steuern selbst entrichtet haben.

Das heißt: Die Mieter werden so wie so
ihr Geld los. Jenes Geld, das die Vermieter
in jedem Fall in ihre Taschen stecken.

V

Stadtsanierung

Gewiß, manch unverzehrter Überschuß
aus Mieteinnahmen wird vom Eigentümer
zum Bau von neuen Wohnungen verwendet.
Gleichviel besteht der Wohnungsmangel weiter.

Bestechliche Vertreter der Regierung
sehn sich gezwungen, gut erhaltne Häuser
zum Abriß freizugeben. Dieser Schritt
wird dann mit 'Stadtsanierung' überschrieben.

Der Mietpreis in den neugebauten Häusern
liegt über jenem in den abgerißnen:
Die Mieter greifen tiefer in die Tasche.

Sie müssen folglich mehr und mehr verdienen,
um Mieteinnehmern den Profit zu garantieren,
den die Behörden diesen in die Hände spielen.

Guntram Vesper
Kurze Prosa

Auf dem Land

Obgleich der Hund hinreichend ausgeführt wurde verrichtet er seine Notdurft unter dem Schrank. Womit wird das Tier gefüttert. Was morgen alles nachprüfbar wird. Schließlich steht das Haus seit dem Siebenjährigen Krieg. Wie du lebst so lebst du. Gestern hat er die Häuser in der Straße gezählt. Aber Gernot. Vergrüßt schnell. Wenn die Sonne aufgeht hat er sich für die 252. oder 256. I. D. entschieden. Ja damals. Wie lange hält ein Ziegelstein die Wärme wenn er bei dreißig Grad minus unter den Mantel gesteckt wird. Die Erziehung eines Hundes erfordert unmenschliche Konsequenz. Der Mann mit der größten Hakenkreuzfahne im Dorf hatte das weichste Herz. Das sollte man sagen. Jetzt kann man viel sagen aber obs geglaubt wird. Die Pfarre steht mit der Kirche am oberen Ende der Straße. Gernot hat die Kirche mit zu den Häusern gerechnet. Gernot hat die Kirche ausgelassen. Der Pfarrer kotzte nach dem Festessen in seinen Hut und setzte ihn auf. Eine Gegend mit Milch und Honig dünkte ihm die Heimat. Kritik an den Zuständen bedeutet Anerkennung der Zustände. Nie hat unser Dorf eine rote Fahne gesehen. Die Felder spucken Steine. Hinwendung zur Viehzucht will ernsthaft bedacht sein. Ich habe nichts gelernt. Brotloses ist mir geläufig. Nun gut sagt Heidrun. Nun gut sagt Gernot. Laßt uns aufs Land ziehen habe ich zuerst gesagt. Wir sollten zwischen Metropole und Dritter Welt leben. Umzüge sind erlaubt. Jetzt hat sie fünfundzwanzig Quadratmeter schlechter Erde als Kartoffelbeet. Ein VW-Bus fährt gegen zehn Uhr morgens die Post ab. Es kommt und geht. Irgendwo unterwegs könnten meine Briefe hängenbleiben. Das wäre weder ein Fall noch ein Zufall. Hast du Heimweh mit Klumpfuß. Wir kaufen einen Hund. Der Hund hat drei Würfe hinter sich und uns vor sich. Er ist lebenserfahren genug. Gewisse Distanzen laufen auch durch Tränen nicht ein. Ich kann nicht den ganzen Tag vor den Tigerlilien stehen. Ich und der Hund. Ich und Gernot. Ich und Heidrun. Ich und ich. Lösungen gelingen hier allenfalls näherungsweise. Zwar pflegten die antiken Helden öffentlich zu weinen. Ich kann nicht immer abseitsstehen. Hinter dem Wald geschieht doch etwas da spielt sich was auf und ab. Ich höre wie die Nation schnauft. Ich lehne mich über den Zaun und winke der Nachbarin. Grüß Gott schnauft sie. Grüß Gott schnauft Heidrun. Sie verstehen einander scheinbar oder anscheinend. Wenigstens baut die Nachbarin keine Kar-

toffeln an. Seitdem habe ich mich um Verständnis bemüht. Im Stall sind wir über-
eingekommen. Ich hatte ihr nur ein frohes Weihnachtsfest wünschen wollen. Bei-
nahe wäre eine Kuh auf uns getreten. Der geliebte Konjunktiv. Die Nachbarin hat
seine Anwendung gelernt. Von unten sieht vieles anders aus. Aber wenn der
Mensch auf Stroh liegt gerät er in Gefahr kein Mensch mehr zu sein. Das bleibt
besser eine einmalige Lage sagt Heidrun. Gernot ist ein fixer Fidi. Mit der Nach-
barin gehts menschlicher als mit einer Kuh. Die vier Lehmwände und das Moos-
dach kosten dreihundert im Monat. Früher war der Boden gestampft. Orient-
teppiche für unsere Füße und das Problem der Monarchie. Umjubelte Skiläufer
auch hinter unserem Haus wenns draufankommt. Wehret den Anfängen. Gernot
entscheidet sich für Stacheldraht und handelt entsprechend. Manchmal spreche ich.
Der Arsch unserer Welt ist der Nabel der Dritten Welt. Darüber habe ich zwei
Monate nachgedacht. Man wird älter. Schon muß ich italienische Matratzen zu
Hilfe nehmen. Begegnung mit dem Bürgermeister: auch mal Revolutionär ge-
wesen. Nein nicht aus Vietnam wie Heidrun dachte hat er seine Adoptivtochter.
Gernot wirft Heidrun Romantizismus vor. Der Pächter des Hofguts treibt uns
aus der Wiese die wir bespielt haben. Wir sind nicht auf der Welt um Grund-
rechte zu brechen. Wir legen uns in den Gemeindegewald. Ich verlese einen Ab-
schnitt aus Sohnreys Hütte und Schloß. Da gehts auch ums Fressen. Der schwarz-
haarige Zigarrenhändler bricht sich gerechterweise das Genick: diese Socialdemo-
cratie. Graf Harald seinerseits übertreibt den Adel und mutiert ins Abscheu-
erregende. Karl Marx war ja seit drei Jahren tot. Mit der Zeit werden Spuren
deutlicher. Heute klaut keiner mehr Holz. Heute tankt einer Heizöl in den
Diesel. Wir wollen bitte singen sagt Heidrun. Vielleicht bist du schon morgen
eine Leiche. Noch wissen wir nicht wo wir hingehören. Der einzige Ausländer im
Dorf steht für Afrika. Er arbeitet im Basaltbruch. Ich für meinen Teil arbeite
nicht. Ich falle mir selbst zur Last. Was mir bleibt: Theorie und Tigerlilien. Oblo-
mow sagt: morgen wird alles besser. Das Leben wird erfüllter. Morgen rasiere ich
mich und putze die Schuhe. Wenn ich gepinkelt habe wasche ich mir die Hände.
Ein gutes Gewissen strengt ab. Ziehen wir nach Berlin sage ich beim Frühstück.
Dort ist manches leichter.

Versorgung

Etwas geschieht weil etwas nicht geschieht. Einer geht auf der Straße weil ein
anderer es versäumt. Wer auf die Straße geht begibt sich nicht nur in Gefahr er
wird zur Gefahr. Der Himmel bedeckt sich. Das muß nichts bedeuten das kann
etwas bedeuten das ist so beeinflussbar nicht. Gesinde heißen diejenigen Personen
welche für einen bedungenen Lohn auf eine gewisse Zeit Dienste leisten. Gefähr-
lich ist jemand der weder seinem Beruf noch den Vergnügen nachgeht. Der Eigen-

tümer weiß was er von der Welt will. Anderen wird bekannt gemacht was man
von ihnen verlangt. Manches Verhältnis bleibt besser im Dunkeln. Wer zu be-
stimmten Zwecken auf die Straße geht wird zur Gefahr. Gefahren müssen be-
seitigt werden. Je heißer die Tage desto größer die Gefahr. Nun ist es länger
hell. Die Gefahr sitzt auf der Straße. Sie hat sich niedergeschlagen. Hier versteht
man wohl Spaß. Der Staatsfeind wird nicht mehr Staatsfeind genannt. Die
Staatsfurcht besteht also in dem Bestreben aus Gehorsam und Liebe gegen den
Staat das Rechte zu tun und das Gute. Doch steht der Feind am anderen Ufer.
Auch Gesichter machen Leute. Namen sind Rauch. Im Lauf der verflossenen
Wochen haben verschiedene Baumarten mit der Ausbildung von Knospen be-
gonnen. Immer diese Gefahr. Das Überqueren von Einbahnstraßen birgt gerin-
gere Gefahr in sich. Wer spuckt sich bei Windstille schon ins Gesicht. Allerdings
wird im Märchen das eigene Kind geschlachtet. Die Anwendung der Stiefel ist
untersagt. Die Stiefel quälen den Asphalt. Sie wollen vorwärtskommen. Wer ste-
henbleibt wird Zuschauer. Sympathie muß errungen werden. So mancher hat für
sein Vermögen so manches auf sich genommen. Geld: vermittelnde Macht zwi-
schen Wunsch und Besitz. Der Filter sozusagen. Mit Gottes Hilfe trägst du leicht
daran. Gesindeordnungen nennt man die in Deutschland und fast in allen an-
deren Ländern bestehenden diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen. Geteiltes
ist Halbes. Gerüchte schießen ins Unkraut. Gerüchte sind nichts Halbes und nichts
Ganzes. Der Staatsfeind sitzt auf der Straße und erhebt Ansprüche. Das Schicksal
schlägt Wunden. Zufälliger- und freundlicher Weise bleibt das Schicksal eine wan-
delbare Größe. Gleichschritt ist Glückssache ruft der Kommandeur aus als er die
Staatsfeinde wahrnimmt. Unsere Sinne trügen nicht wenn wir den Gesetzlosen
erblicken. Schon damals sagte er dergleichen. Kennen Sie Wolokolamsk. Bei Ver-
neinung: na also. Das Mitführen von Seilen in den Mannschaftswagen wird unter-
sagt. Das Inventar läßt sich interpretieren. Im freien Wettkampf wird manchmal
der Falsche geschlagen. Das Inventar läßt sich gleichwohl interpretieren. Schlag
auf Schlag meldet der Volksmund. Bravo wird abends gerufen werden. Die freu-
dige Erregung wenn wir unsere Schritte verhalten haben und stehengeblieben
sind. Man muß den sitzenden Staatsfeind in Bewegung setzen. Der Befehl in
Form eines Wunsches ausgesprochen findet ein freundlicheres Gehör und raschere
Bereitwilligkeit als der barsche Ton des Gebots oder der Drohung. Rufen wir ihn
an. Geben wir ihm Namen. Benannte Gefahr wird erst richtig sichtbar. Offen-
sichtlicher Gefahr kann ich mich in den Weg stellen. Viele haben sich für den
Staat schon in die Bresche geworfen. Wer den Staatsfeind beschimpft ist keiner
kann keiner sein. Ein entwurzelter Gegner stolpert leicht. Unsere Reihen bleiben
dem Staatsfeind verschlossen. Der Unterlegene soll nicht widersprechen wenn er
gezaust wird. Gemeingefühl z. B. ist ein durch den ganzen Körper verbreiteter
Sinn ein dunkles Empfindungsvermögen ohne ein besonderes Organ. Das Spiel
hat eigene Gesetze. Beschädigungen sind höchst unwahrscheinlich. Die Sonne tritt
als Sonne in Erscheinung. Dem Staatsfeind bedeutet die Sonne nichts genaues. Ich

erkenne den Menschen daran wie er Blumen pflückt. Voraussetzung für die Anwendung der Stiefel ist die Abwesenheit fotografierender Personen. Die Griechen haben es besser. Läger verbieten sich von selbst. Sie scheinen auch überflüssig. Rauheit der Behandlung stumpft ab oder verstockt mit der Zeit Milde und Freundlichkeit aber machen geschmeidig. Die Griechen haben es schlechter. Die Menschen belehren heißt die Menschen bessern. Strafe trete nur da ein wo Belehrung verschmäht wird. Sympathie muß errungen werden. In B. kamen ums Leben: Kleist Hitler Ohnesorg. Das Schicksal schlägt Wunden. Das Mikrofon klopft Sprüche. Wie schnell liegt ein Staatsfeind am Boden. Wenn er fällt soll er Umstürzler genannt werden. Beim Fallen reißt er mit sich: nichts. Turbulenzen sind die Folge. Die mit der Ausbildung von Knospen befaßten Bäume bewegen ihre Zweige. Das Leben ist kein Zuckerlecken es gibt aber auch Barmherzigkeit. Die Anwendung der Stiefel ist verboten. Von der Beschaffenheit des Bodens hängt ab ob die Bewegung der Räder als Mahlen verstanden werden muß. Es gibt auch eine Verbissenheit in den Rechtsstaat. Der Beamte läßt seine Zähne knirschen. Nunmehr findet sogar die Legende vom blonden Mörder mit der Geige Anhänger. Ein Schrebergarten genügt uns. Der Mörder ist mehr als nur Mörder. Meist verdeckt das Mehr den Mörder. Beide Parteien verschren den Rasen. Der Rasen bedeutet dem Staatsfeind nichts. Im Staat herrscht das Volk über das Volk. Das Volk muß sich beherrschen können. Das Schicksal schlägt Wunden. Volk tritt auf: als Mehrheit und als Minderheit. Das Inventar läßt sich interpretieren. Das Volk delegiert eine Minderheit an die Spitze. Wegen der Entfernung kann der Staatsfeind die Spitze nicht sehen. Er behauptet Schlechtes von der Spitze. Wo bleibt da der Glaube an das Gute. Jeder hat tausend Beispiele vor Augen daß unbedeutende Personen durch Fleiß und Sparsamkeit oder Talent zu Reichtümern gekommen sind. Die Spitze tritt als Spitze in Erscheinung. Sie ist mehr und weniger als das. Etwas schlägt Wunden. Das Verfahren zur Bannung der Gefahr wurde abgestuft zur Anwendung gebracht. Arsenale gründen auf Traditionen. Die Gefahr ist gebannt. Seit jener Zeit genießt auch unser Land unter dem Schutz der Gesetze und der Regierung milder Herrscher eine segensreiche Ruhe. Der Beruf prägt die Menschen. Nicht der Putz verrät ihren Stand sondern nur das plumpere Betragen. Die Anwendung der Schußwaffe ist untersagt. Versagen innerhalb der Gesellschaft trägt Früchte oder auch nicht. Entscheidend ist wer versagt hat. Die wiederhergestellte Ordnung wird aufgerichtet. Ihren Stützen ist Treue das Mark der Ehre. Momente der Schwäche wer hat sie nicht. Hinter dem Gesetz ist alles gleich. Nicht jeder darf einsitzen. Der Zweck solcher Gesellschaften ist das Vergnügen am Umgang mit mehreren. Das Gelände gerät wieder in feste Hände. Die Hände haben sich bestimmter Werkzeuge bedient. Der Gebrauch von Werkzeugen unterscheidet uns vom Tier. Tauben kreisen über dem Platz. Ein Abend beginnt. Der Zuschauer nimmt Abschied vom Schauplatz. Der Sieger lauscht seinen lauten Sohlen. Immer feste druff ermuntern wir unser Zuhause. Wir sind befriedigt.

Landbewohner

Meistens aber wird lautes Jammern unterdrückt damit der Tote nicht wieder aufgeschrien werde. Der Herr ist tot. Dann geht jemand durch die Ställe mit demselben Ruf um das Vieh zu wecken. Das Kinn wird aufgebunden u. U. durch ein Rasenstück gestützt. Der Tote soll kein Nachzehrer werden. Das Wasser muß nach dem Gebrauch an einem Ort vergraben werden wo niemand darüber gehen kann. Bevor jedoch der Tote in den Sarg gelegt wird hebt man ihn vom Bett auf eine Bank oder auf ein Brett in der Wohnstube. Das Brett wird später an eine sumpfige Wegstelle oder über einen Bach gelegt. Es mahnt vielleicht doch. Zwei ganze oder halbe Nächte wird die Leiche verwacht um den Toten durch Scherze zu unterhalten. Auch werden diese Nächte zum Stelldichein und ausgelassenem Pfänderspiel genutzt. Kinder berühren küssen beißen die nackte große Zehe des Toten. Bleibt er geschmeidig so folgt ihm bald ein anderer Hausbewohner. Dem Zug schüttet man einen Topf Wasser nach. Die nächstverwandten Männer legen die Hüte nicht ab. Öfter wird die Leiche im offenen Sarg begraben das Gesicht von einem kleinen Brett verdeckt. Einige Orte kennen den Gemeinsarg aus dem die Leiche genommen wird um auf einem Brett in das Grab gelassen zu werden. Die Angehörigen tragen der Gemeinde klagend die Biografie des Verstorbenen vor. Die Dämmerung ist für Fehlgeburten und Selbstmörder. Abgerissene und abgenommene Gliedmaßen kommen beiseite bis sie Platz in einem Sarg finden. War der Tote verschuldet so hat die Witwe ihren Gürtel ins Grab zu geben. Anschließendes Essen heißt nicht selten das Fell versaufen. Selbst im Stall werden Tische und Bänke aufgestellt. Die Ehrenplätze nehmen ein: Pfarrer Arzt Hebamme Kirchendiener Bürgermeister Totengräber Schreiner die Verwandten der Leiche. Alkohol verleitet zu Schlägereien. Die folgende Nacht verbringen die Hausbewohner am Tisch sitzend. Es dürfen nur einsilbige Wörter gesprochen werden. Je schneller einer vergessen wird desto prächtiger soll das Begräbnis sein. Zu allen Zeiten hat es Herren und Diener gegeben. Vorschrift bleibt Vorschrift.

Friedrich Röll

Neues Modell des Sozialismus oder Konterrevolution?

„Es gibt in unserer Gesellschaft wohl kaum eine Gruppe, die im Laufe der vergangenen Monate, als der Erneuerungsprozeß sich durchsetzte, nicht öffentlich auf die harten Bedingungen und Hindernisse hingewiesen hätte, mit denen sie vor dem Januar ringen mußte, auf die legitimen Interessen, die unbefriedigt geblieben waren. Als der Vorhang sich hob und die Menschen offen über ihre Sorgen zu sprechen begannen, trat natürlich bei jedem eine andere Seite des alten Systems als die gravierendste hervor. Die Arbeiter stießen schon lange auf die Schranken, die ihrem Leben durch das Stagnieren des Lebensstandards und die Vergeudung der Arbeitskraft gesetzt waren. Die Techniker und Fachleute fühlten sich in ihrem Verlangen nach schöpferischer Tätigkeit und eigener Initiative frustriert. Für die Intelligenz war die Unterdrückung der demokratischen Freiheiten unerträglich geworden. Aus der Slowakei kam der Protest eines Volkes, das seine inneren Kräfte nicht entfalten konnte. Für die arbeitenden Frauen war die Sicherung ihrer Existenzbedingungen ein Leidensweg geworden. Die jungen Menschen brachten ihre Unzufriedenheit mit den beschränkten Möglichkeiten ihrer künftigen Selbstbewährung zum Ausdruck.

Die Fülle dieser Beschwerden könnte den Eindruck erwecken, daß es sich um ein unentwirrbares Knäuel verschiedener Konflikte handle; zwischen der Intelligenz und den Arbeitern, zwischen sozialer Sicherheit und ökonomischer Dynamik, zwischen gesellschaftlicher Selbstverwaltung und politischer Demokratie, zwischen Künstlern und Technikern, zwischen Tschechen und Slowaken, zwischen Jungen und Alten, zwischen Funktionären und einfachen Parteimitgliedern, zwischen Kommunisten und Parteilosen. Aber diese Interpretation ist nur ein oberflächlicher Ausdruck oder eine verzerrte Form des tiefen Konflikts, der in Wahrheit über die Zukunft dieses Landes entscheidet.

In Wirklichkeit geht es um das Modell des Sozialismus, wie es sich bei uns in der vergangenen Ära eingebürgert hat. Dieses Modell beruht auf einer beschränkten oder verzerrten Vorstellung vom Sozialismus; es birgt in sich die Gefahr seiner Degeneration und Diskreditierung. Es bleibt daher nichts anders übrig, als sich von diesem Modell entschieden zu distanzieren und zu versuchen, ein neues Modell der sozialistischen Gesellschaft zu schaffen, frei von bürokratischer Beschränktheit und rein von machtpolitischer und doktrinärer Willkür.¹

¹ Radovan Richta und Kollektiv: Für ein neues Modell des Sozialismus, in „Rude Pravo“ vom 10., 11. und 12. 7. 68.

Friedrich Röll: Neues Modell des Sozialismus oder Konterrevolution?

Wird diese Charakterisierung der Vergangenheit in der CSSR gerecht oder entstammt sie einer intellektuellen Schwarz-Weiß-Malerei? Ich glaube, jeder, der die CSSR in den letzten Jahren besucht hat und nicht allein mit Partei- und Gewerkschaftsfunktionären gesprochen hat, sondern vor allem auch mit Arbeitern in den Betrieben, Hausfrauen und anderen Bevölkerungsschichten, kann dieser Darstellung nur zustimmen. Man wird dies eventuell als subjektives Urteil auffassen, daher soll ein kurzer historischer Rückblick diesen Tatbestand belegen.

Bis zum Januarplenum 1968

Schon in der ersten Republik — also nach 1918 — entwickelte sich in der damaligen CSR eine starke Arbeiterbewegung, die eng mit dem marxistischen Gedankengut verbunden war. Ein Großteil der Intellektuellen sympatisierte mit ihr oder war selbst Mitglied der kommunistischen Partei.

Nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus 1945 war die kommunistische Partei die stärkste Partei, in den ersten Parlamentswahlen erhielt sie 40 Prozent der abgegebenen Stimmen. In den Betrieben nahmen die Betriebsräte und der revolutionäre Gewerkschaftsverband ROH eine Schlüsselstellung ein. Nur durch dieses starke politische Engagement der tschechoslowakischen Arbeiterbewegung war es möglich, daß 1948 in der CSR eine unblutige Revolution stattfinden und der sozialistische Aufbau begonnen werden konnte. Diesem starken politischen Engagement der gesamten Arbeiterschaft ist es zu verdanken, daß die Wirtschaftslage nach dem Krieg verhältnismäßig rasch normalisiert werden konnte, daß in den Bergwerken, Kraftwerken, anderen Industriebetrieben und weiteren vom Krieg teils vernichteten, teils beschädigten Objekten von staatlicher Bedeutung, wie etwa in den Skoda-Werken in Pilsen, in den Maschinenfabriken CKD in Prag und anderen der Betrieb rasch wieder aufgenommen wurde. Die Geschichte zahlreicher Bauten — von Staudämmen an den böhmischen und slowakischen Flüssen, großen Hüttenwerken, neuen Betrieben in der Slowakei, Siedlungen für Zehntausende von Einwohnern, die vor allem von jungen Menschen gebaut wurden — ist die Geschichte aufopfernder, unpathetischer Arbeit Hunderttausender. Jeder von ihnen hielt es für richtig und notwendig und betrachtete es als persönliche Ehrensache, einen größeren Beitrag zu leisten, als ihm seine Pflicht auferlegte. Es war jene Zeit, in der das von der Sowjetunion übernommene „Industrialisierungsmodell“ des Sozialismus noch eine gewisse, wenn auch schon beschränkte Berechtigung hatte.

Aber diese revolutionäre Begeisterung erlahmte in den folgenden Jahren immer mehr, je stärker sich die kritiklose Übernahme dieses „Industrialisierungsmodells“ auf die tschechoslowakischen Gegebenheiten auszuwirken begann. Die Betriebsräte wurden administrativ von „oben“ her aufgelöst, die Gewerkschaftsbewegung zunehmend zum reinen „Übersetzungshebel“ der kommunistischen

Partei degradiert, zu einem bloßen Instrument, um die Direktiven der Partei auszuführen. Zeigte die Wirtschaft in den ersten Jahren des sozialistischen Aufbaus noch relativ hohe Wachstumsraten, so zeichneten sich bereits 1953 erste Schwierigkeiten in der Wirtschaft ab. Auch im politischen Bereich nahmen die Deformationen immer stärker zu und erreichten in den politischen Prozessen bis 1954 ihren Höhepunkt. Diese Entwicklung im politischen und ökonomischen Bereich läßt sich nicht aus Fehlern durch den „Personenkult“ ableiten, sie entspringt der inneren Logik des „Industrialisierungsmodells“ selbst: „Der Industrialisierungsprozeß ist mit Tendenzen hinsichtlich der Arbeit (Abstraktwerden, Dehumanisierung der Arbeit für die Mehrheit der Menschen), des Konsums (Beschränkung der Mehrheit auf bloße Reproduktion der Arbeitskraft), der Leitung (Zuspitzung des Gegensatzes zwischen Leitenden und Geleiteten) und mit spezifischen Selbstbestätigungsmöglichkeiten für den Menschen schlechthin verbunden. Das führt zu einer Interessenstruktur, die eine dauernde spontane, freie Entfaltung des Sozialismus seinem eigentlichen Inhalt gemäß nicht zuläßt. Eine solche Struktur erfordert daher eine besondere Interessengruppe, die im Namen der Werktätigen auftritt, die Industrialisierung durchsetzt, dabei sich aber von den Werktätigen absondert und gewisse antisozialistische Züge annimmt. Deshalb halten die bürokratischen Kräfte so zäh an dem Industrialisierungsprogramm fest, in dem sie ihre Existenzberechtigung sehen, und verabsolutieren es².“ Die Entwicklung wird stets als rein quantitatives Wachstum einiger typischer Parameter (z. B. des Produktionsumfangs, Hebung des Bildungsniveaus, des Lebensstandards usw.) aufgefaßt und nicht als qualitative Umformung der vorhandenen inneren Widersprüche in der sozialistischen Gesellschaft.

Dieser mechanische Evolutionismus kann gegen andere Meinungen und auch Kritiker eine relative Toleranz aufweisen — aber nur solange, als das bestehende Modell mit den vorhandenen Machtstrukturen nicht in Frage gestellt und Reformen nur an der äußeren Peripherie des Systems verlangt werden.

Aus dieser Sicht wird das bestehende Modell des Sozialismus idealisiert und nicht als eine geschichtlich vergängliche Gesellschaftsform angesehen. Diese Grenzen zu überschreiten und auf Grund der Entwicklung in ein — den neuen Gegebenheiten entsprechendes — neues Modell des Sozialismus überzugehen, wird als tödliche Gefahr für den Sozialismus selbst angesehen und mit der Gefahr einer „Konterrevolution“ abgestempelt.

Es ist daher kein Wunder, daß die orthodoxe Führungsspitze der KPTsch mit Novotny an der Spitze das Land in immer größere Schwierigkeiten brachte, da sich innerhalb des alten Systems die Widersprüche auf steigender Stufenleiter immer wieder neu reproduzierten und versuchte Teillösungen die Widersprüche nur von einem Bereich der Gesellschaft in andere abdrängten. So verlief die 1958 geplante Wirtschaftsreform wieder im Sande, die Forderungen nach Erwei-

² ebenda.

terung der sozialistischen Demokratie, wie sie auf den XII. Parteitag erhoben wurden, kamen aus demselben Grunde nicht weiter und auch die 1966 beschlossene neue Wirtschaftsreform wurde von den konservativen Kräften in ihrer Wirkung stark eingeengt.

Nicht allein den mit der Ausarbeitung der Wirtschaftsreform betrauten Wissenschaftlern war die Notwendigkeit bewußt, das bestehende Modell des Sozialismus zu ändern, auch die progressiven Kommunisten in der Partei waren dieser Überzeugung und setzten sich an die Spitze des Kampfes um die Realisierung eines neuen Konzepts der weiteren Entwicklung des Sozialismus in der CSSR. Mit dem Januarplenar der KPTsch begann der eigene tschechoslowakische Weg zum Sozialismus.

Neues Modell des Sozialismus

Auf dem 7. Kongreß der landwirtschaftlichen Kollektive nahm der neue 1. Sekretär der KPTsch, Alexander Dubček, die Gelegenheit wahr, die Grundzüge seiner Politik zu umreißen. Er erklärte zu Beginn seiner Ansprache, daß die Grundlinien der Innen- und Außenpolitik nicht geändert würden, sondern daß man sich vielmehr, um die Entwicklung des Sozialismus in der CSSR zu beschleunigen, vor allem um neue Methoden bemühen müsse. Weiter stellte er unmißverständlich fest, daß zu den neuen Methoden die Vertiefung des Sozialismus und die sozialistische Demokratie in sämtlichen Lebensbereichen gehöre, daß man für die Aktivität aller gesellschaftlichen Gruppen Raum schaffen und den Menschen das Gefühl geben werde, sie würden gebraucht und bestimmten ihr Geschick selbst. In diesem Sinne werde die Partei ein Aktionsprogramm ausarbeiten und der Öffentlichkeit vorlegen. Den Delegierten der Kollektivwirtschaften versprach er ein demokratisches Leitungssystem und Schutz vor Reglementierung und vor der Bürokratie.

Dies war der Ausgangspunkt jener Entwicklung, die von den fünf Warschauer-Pakt-Staaten immer mehr mit der Gefahr einer Konterrevolution in Verbindung gesetzt wurde, und schließlich auch den Vorwand für die Besetzung der CSSR lieferte. Wie stand jedoch die Arbeiterbewegung zu dieser Entwicklung, wie andere Bevölkerungsschichten?

Gewerkschaftsmitglieder nehmen Stellung

„Am 21. und 22. 3. 68 fand die V. Plenarversammlung des Zentralrates der Gewerkschaften (URO) statt. Der Inhalt war vor allem durch den Erneuerungsprozeß gegeben, den die ganze tschechoslowakische Gesellschaft nach der Januar-tagung des ZK der KPTsch durchlebt. Am ersten Tag meldeten sich mehr als

60 Funktionäre zur Diskussion, am zweiten Tag stieg die Zahl auf hundert an. Es wurde am Mikrophon diskutiert und viele Mitglieder des Plenums stellten direkt von ihrem Platz aus Fragen und erhoben Einwände. Wir haben einige charakteristische Auszüge gewählt:

V. Svandrlik, Vorarbeiter aus den neuen Hüttenwerken Klement Gottwald, Ostrava: „Glaubt mir, daß unter den Menschen das Vertrauen zu den leitenden Gewerkschaftsfunktionären verlorengegangen ist. Wenn ich jetzt in den Betrieb zurückkomme, werde ich unangenehme Fragen beantworten müssen. Und ich muß offen und unumwunden darüber sprechen, was wir erörtert haben. Sonst würde ich auch das Vertrauen der Mitglieder verlieren. Ich werde antworten müssen, ob das heutige URO-Plenum fähig ist, mit einem Programm zu kommen, das der Lage und den Vorstellungen der Arbeitenden entspricht. Und wenn ja, warum wir nicht früher imstande waren, das zu tun. Wäre es nicht notwendig, eine Konferenz einzuberufen und auch im Plenum mit einer neuen Zusammensetzung anzufangen? Wer ist dafür verantwortlich, daß der Zentralrat nicht rechtzeitig auf die Kritik der Arbeitenden in den Betrieben eingegangen ist?“

J. Kolař, Vorsitzender des Gewerkschaftsverbandes der Beschäftigten im Gesundheitswesen, Prag: „In den Betrieben wartet man darauf, ob sich der Zentralrat an die Spitze des politischen Kampfes um den sozialen Inhalt alldessen, was heute bei uns entsteht, stellen wird. Die Gewerkschaftszentrale sollte diesen Zug nicht verpassen.“

V. Svoboda, Vorsitzender des Betriebsausschusses der Grube A. Zápotčy, Užín: „Wir verlangen weniger Richtlinien „von oben“ und mehr Vertrauen in den Verstand und die Erfahrungen der Funktionäre in den Betrieben. Das kann für die Gewerkschaftsarbeit nur von Nutzen sein.“

J. Šedivý, Vorsitzender des Gewerkschaftsverbandes der Beschäftigten in der Chemieindustrie, Prag: „Die durch die Lässigkeit und fehlerhafte Politik der URO verursachten Schäden können schwerlich gemessen werden, weil es sich vor allem um das Vertrauen handelt. Die Betriebsausschüsse haben den Zentralrat der Gewerkschaften überflügelt, z. B. haben sie in den chemischen Betrieben Bratislava schon ein Gewerkschaftsaktionsprogramm ausgearbeitet, das von der URO erst vorbereitet wird.“

Der neue erste Vorsitzende der URO, Karel Polaček, ging in seiner Ansprache auf die Kritiken ein und umriß die neuen Aufgaben der Gewerkschaften: „Die Auffassung, daß die Gewerkschaften bloß ein „Übersetzungshebel“ der kommunistischen Partei seien, ein bloßes Instrument, um deren Direktiven auszuführen, nahm den Gewerkschaften ihr eigenes Gesicht. In Zukunft müssen sich die Gewerkschaften als freiwillige, selbständige und höchstdemokratische Organisation entwickeln.“... 3.“

³ Tschechoslowakische Gewerkschaften Nr. 4/68, S. 23.

In der Erklärung der ganzstaatlichen Beratung der Delegierten der Grundorganisationen der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung am 20. Juni 68 in Prag ist zu lesen:

„Wir konstatieren, daß der von der KPTsch, der führenden politischen Kraft in unserem Land, angeregte Erneuerungsprozeß auch im ROH vor sich geht. Dieser Prozeß schafft neue Bedingungen und Möglichkeiten für die Geltendmachung der ROH als einer selbständigen politischen Interessenorganisation der Werktätigen. Wir erachten es als richtig, daß sich schrittweise in allen Gewerkschaftsorganen und -organisationen Bestrebungen um die Beseitigung vergangener Deformationen äußern. Wir geben unserer Entschlossenheit Ausdruck, die vom Aktionsprogramm der KPTsch festgelegte Politik der KPTsch und alles Progressive, das im Interesse des Sozialismus liegt, voll zu unterstützen.“

Wir stehen fest auf dem Boden des Sozialismus, auf den Positionen der Einheit der Arbeiterklasse, Einheit des Volkes, aller seiner sozialen Gruppen im Rahmen der Nationalen Front, als deren bedeutsame Organisation.

Wir stellen uns voll und ganz hinter die verfassungsmäßige Regelung der Gleichberechtigung der Tschechen und Slowaken und der Bürger anderer Nationalitäten in unserer Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik.

Wir bekennen uns zu den Traditionen und Prinzipien des proletarischen Internationalismus und erachten uns als untrennbarer Bestandteil der fortschrittlichen internationalen Arbeiterbewegung⁴.

Und in dem vom Zentralrat der Gewerkschaften allen Mitgliedern und Gewerkschaftsorganisationen zur Diskussion vorgelegte Entwurf des neuen Programms der ROH heißt es:

„Die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung (ROH) bringt die politischen Ziele der Arbeiterklasse und aller Werktätigen zum Ausdruck, setzt ihre sozialen und menschlichen Rechte durch und verteidigt konsequent die Angestellteninteressen und Bedürfnisse ihrer Mitglieder.“

Ihren Hauptanteil beim weiteren Aufbau des Sozialismus erblicken die Gewerkschaften vor allem in der Erfüllung ihrer interessenvertretenden Funktion und in der Verwirklichung ihres Programms. Durch seine Verwirklichung fördern wir die Entwicklung der materiellen Lebensbedingungen und Verbesserungen der übrigen Bedingungen für die Reproduktion der physischen und geistigen Kräfte und weitere Entfaltung der Interessen, Begabungen und Fähigkeiten eines jeden Mitglieds unserer großen einheitlichen Organisation.

Die Gewerkschaften werden künftighin dem Staat und den politischen Parteien gegenüber eine selbständige Politik betreiben und werden zu einer aktiven politischen Kraft in der Nationalen Front. Unsere Beziehungen zum Staat, zu den politischen Parteien und Interessenorganisationen ist vor allem dadurch gegeben, wie aufrichtig und konsequent sie die Entwicklung des Sozialismus

⁴ Entwurf des Programms der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung, hektographiert, Prag 1968, S. 1, 2, 3.

und der Demokratie anstreben. Wir gehen davon aus, daß die führende Stellung der KPTsch in unserer Gesellschaft eine historische Tatsache ist. Ihr Aktionsprogramm ist der politische Ausgangspunkt auch für die Tätigkeit der Gewerkschaften.

Wir werden nur die Maßnahmen der Regierung unterstützen, die die Entwicklung der Gesellschaft und die Bedürfnisse der breiten Schichten der Werktätigen sichern. Bei dieser Unterstützung behalten wir uns das Recht der Opponentur zu Vorschlägen, die der Öffentlichkeit vorgelegt werden, vor.

Die Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung wird mit einem eigenen Programm als Partner der Staats- und Wirtschaftsorgane auftreten, denen sie initiative Vorschläge zur Sicherung des Wachstums des Lebensstandards vorlegen wird; sie wird durchsetzen, daß bei Entscheidungen über Wirtschaftspolitik und Leitungsinstrumente auf alle berechtigten Angestellten-, Konsumenten- und Bürgerinteressen der Werktätigen Bedacht genommen wird.

Im neuen Leitungssystem sind die Arbeitskollektive der sozialistischen Unternehmen die Träger des Unternehmertums, einschließlich des Unternehmungsrisikos. Die Gewerkschaften verlangen, daß den Arbeitskollektiven dementprechender Einfluß auf Entscheidungen über alle Grundfragen der Entwicklung und Leitung der Unternehmen eingeräumt wird und unterstützen die Schaffung kollektiver demokratischer Verwaltungsorgane der Unternehmen-Räte der Werktätigen⁵.

Es war kein geringerer als Prof. Ota Šik, der die Frage der demokratischen Unternehmensverwaltung stellte — heute behaupten gewisse Kreise das Gegenteil. Bereits auf dem XIII. Parteitag der KPTsch stellte er in seinem Diskussionsbeitrag fest:

„Wenn nun also die Einführung des neuen Systems der ökonomischen Leitung auch ein beträchtlicher Schritt im Zuge der Demokratisierung unserer Gesellschaft ist — und die Partei hat auf diesem Gebiet tatsächlich ein großes Stück Arbeit seit dem letzten Parteitag geleistet — dann wäre es notwendig, bis zum nächsten Parteitag wiederum eine sehr tiefgehende Analyse des gesamten Problems der Demokratie der Beziehungen in der gesamten politischen Sphäre und im Leitungsbereich zu gewährleisten und die notwendigen Vorschläge vorzubereiten. Ebenso ist es notwendig, auch die innerparteiliche Demokratie weiter zu entfalten.

So wie in der Wirtschaft wird begreiflicherweise auch hier augenblicklich ein konservativer Widerstand und ein Kampf gegen alle neuen ungewohnten Gedanken entstehen. Aber glaubt mir, daß die Partei nur dann, wenn sie eine derartige schrittweise progressive Lösung aller herangereiften Probleme durchsetzt, ihre führende Stellung wirklich beibehalten und ihre Autorität festigen kann. Wir sind alle Kommunisten und können uns unser Leben nicht mehr anders als unter

⁵ ebenda, S. 1, 2, 3.

den Bedingungen und innerhalb der Partei vorstellen. Wir müssen aber den Kampf um die Erneuerung der wirklich leninistischen, schöpferischen Auffassung der Partei und der sozialistischen Gesellschaft zu Ende führen und wir dürfen von einer dauerhaften Vervollkommenung unserer eigenen Bewegung, einer dauerhaften Untersuchung und einer progressiven Lösung aller anstehenden gesellschaftlichen Probleme und Widersprüche, einem dauerhaften Abbauen von alten Dogmen und vereinfachten Vorstellungen im Interesse des Sozialismus und Kommunismus nicht abweichen⁶.

Šik erhielt von den Delegierten stürmischen Applaus, der orthodoxen Parteiführung allerdings waren diese Darlegungen ein Dorn im Auge — Šik erhielt Redeverbot für alle Parteiveranstaltungen.

Arbeiter und Arbeiterräte

Neuerdings wirft man Šik vor, er und sein Mitarbeiterkreis wollten reine Managementmethoden einführen, die die Gefahr einer Rückkehr zum Kapitalismus einschließen. Zu diesem Problem sprach Prof. Ota Šik am 20. 5. 68 vor der Plenartagung der tschechoslowakischen ökonomischen Gesellschaft; u. a. führte er dort folgendes aus:

„Die entscheidende Rolle beim Genesungsprozeß der Wirtschaft müssen die Unternehmen und ihre selbständige Initiative spielen, die freilich durch den Druck echter sozialistischer Marktverhältnisse ausgelöst werden muß. Um das zu erreichen, ist es nötig, den Umbau des Wirtschaftssystems so zu Ende zu führen, daß es den Unternehmen die erforderlichen Vollmachten und die nötige Verantwortung gewährt. Dazu gehört auch die baldige Schaffung von Verwaltungsorganen für die Unternehmen.

Hier zeigen sich Nachwirkungen der zentralen bürokratischen Vorstellungsweise in den Betrieben, denen zufolge diese Stellen mit Leuten majorisiert werden sollten, die von der Zentrale ernannt sind. Es gibt auch Tendenzen, die mit kapitalistischen Formen liebäugeln.

Meiner Ansicht nach muß grundsätzlich ein anderer Weg eingeschlagen werden. Ich halte nichts davon, für größere Unternehmen den Typ von Genossenschaftsbetrieben zu wählen. Ihre Entwicklung sollte, wie die aller modernen Unternehmen, durch ein hochqualifiziertes Management geleitet werden, das jedoch von einem Organ dirigiert wird, in dem die Werktätigen das Übergewicht haben.

Über den Direktionen der Unternehmen sollten die Räte der Werktätigen entstehen, entsprechend der Stärke der Belegschaft 10—30 Mitglieder stark. Der ent-

⁶ Neue Richtungen in der tschechoslowakischen Ökonomie, Ota Šik: An der Schwelle einer neuen Entwicklungsstufe der sozialistischen Volkswirtschaft, S. 63/64.

scheidende Teil von ihnen sollte von den Werktätigen und aus ihren Reihen gewählt werden. Vor allem Leute, die durch ihre moralischen und charakterlichen Eigenschaften, durch ihre Fachkenntnis und durch Weitblick Gewähr bieten, daß sie richtig und qualifiziert die Interessen der Belegschaft auf lange Sicht vertreten werden ...⁷“

Zum selben Thema schreibt Jan Štern, Redakteur der „Prace“, unter dem Titel „Arbeiterselbstverwaltung — Ja oder Nein?“

Diese Änderungen (nach dem Januar in der CSSR, F. R.) nur als eine Reform zu bezeichnen, wäre ... zu bescheiden, weil es sich um strukturelle Änderungen des bisherigen Systems handelt. Dieses hatte zwar das kapitalistische Eigentum beseitigt, aber an Stelle vieler kapitalistischer Monopole ein Staatsmonopol eingeführt, in dem sich die zentrale Bürokratie übermäßige Machtvollkommenheit anmaßte und auch monopolistisch über das gesellschaftliche Eigentum verfügte.

... Bekanntlich hat derjenige, in dessen Hand die Entscheidung über die Kasse liegt, auch die tatsächliche Macht, ungeachtet aller Proklamationen und Phrasen vom Staat des gesamten Volkes. Überdies unterstützte das zentralistische direktive System die Wucherung des Exekutivapparates, das Anwachsen seiner faktischen Macht und Privilegien. Dieser Apparat mit der Hierarchie seiner Chefs drängte dann die Elemente der Demokratie und Selbstverwaltung, die die revolutionäre Arbeiterbewegung in die neue Gesellschaft gebracht hatte, in den Hintergrund. Nicht der sogenannte Personenkult hat dieses System geschaffen, sondern gerade dieses System der Verfügung über das gesellschaftliche Eigentum führte zur Entstehung des „Personenkults“, oder genauer gesagt, reproduzierte stets von neuem das System der persönlichen Macht.

In der politischen Gärung der letzten Monate treten die bisher etwas nachhinkenden Praktiken der wirtschaftlichen Reformen bisher ein wenig in den Hintergrund, desgleichen die nur spontan entstehenden Räte der Werktätigen, wenngleich die Wirtschaftsreform und die Selbstverwaltung ein wichtiger Bestandteil des Aktionsprogramms der KPTsch sind⁸.“

Štern befaßt sich dann in seinen weiteren Ausführungen mit den verschiedenen Einwänden, die gegen die Selbstverwaltung vorgebracht werden und kommt auch auf den sozialistischen Manager zu sprechen:

„... Und dann, wichtig ist, daß sozialistische Manager ihre Macht von unten her ableiten, von den Produzenten, deren Kollektive sie leiten — und nicht von sich selbst oder von irgendeiner privilegierten herrschenden Schicht ...⁹.“

Zum Schluß schreibt Štern:

„Die Selbstverwaltung betrifft natürlich nicht nur die Industrie, sie ist ein breiteres Prinzip, das Prinzip der Leitung in der Gemeinde, in den Institutionen

usw. Ich wollte nur andeuten, daß der demokratische Sozialismus ohne dieses Prinzip undenkbar ist. Wer es ablehnt, hat den Horizont des Staatskapitalismus geistig nicht überschritten¹⁰.“

„Rude Pravo“ veröffentlichte am 30. 6. die vorläufigen Rahmengrundsätze für die Konstituierung der Räte der Werktätigen. Diese Grundsätze wurden auch auf der gesamtstaatlichen Tagung der Delegierten der gewerkschaftlichen Grundorganisationen erörtert und gebilligt. Der Zentralrat der Gewerkschaften stellte seinen Mitgliedern eine 30seitige „Erklärung der Anwendung der Rechte der Werktätigen und zu den Rechten und Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsbewegung im Zusammenhang mit den vorbereitenden Grundsätzen über die Stellung und Rolle des sozialistischen Unternehmens“ zur Diskussion zur Verfügung. Stellungnahmen der Mitglieder erwartet die Gewerkschaft bis 15. 9. dieses Jahres.

Es ist nun interessant, wie sich die veränderten Bedingungen in den Unternehmen und der neuen Haltung der Gewerkschaft auf die Aktivität der Belegschaft auswirkt bzw. wie sich Aktivität der Menschen überhaupt zeigt.

Der Gewerkschaftsjournalist Jan Košnar schreibt darüber:

„... Vorderhand kennen wir keine Methode, um die im diesjährigen Frühjahr freigewordenen Kräfte zu messen. Wir haben ihrer so viele, daß sie bisweilen bei einigen sogar Furcht auslösen, worüber man sich nicht wundern darf. Wenn wir die alten Maßstäbe anlegen, erscheint die Aktivität der Öffentlichkeit unbegreiflich. Die Zeitungsauflagen stiegen um das Doppelte. Das Abendessen der Familie wurde verlegt, um die Berichterstattung im Fernsehen und Rundfunk ungestört verfolgen zu können. In der Geschichte des Fernsehens wird es wohl nicht wiederkommen, daß die Übertragung einer Studentenversammlung (es war die Diskussion führender Parteifunktionäre mit über 15 000 Prager Jugendlichen, F. R.) zur Gänze, sechs Stunden lang bis 3 Uhr früh, gesendet und von einem so großen Fernsehpublikum und so vielen Rundfunkhörern verfolgt wird. Aber morgens traten alle gleichzeitig ihre Arbeit an.

Es gab Dutzende ähnlicher Veranstaltungen. Ich war Ende April auf einer Versammlung in einem Betrieb mit 850 Mann Belegschaft. Die fast fünf Stunden dauernde ROH-Versammlung nach der Arbeitszeit fesselte die Aufmerksamkeit von 300 Teilnehmern die ganze Zeit ihrer Dauer hindurch. Meiner Meinung nach handelte es sich um keine umwälzenden Veränderungen, sondern um durchaus übliche Probleme, wenngleich die Fragen der Arbeitsdisziplin, der technologischen Disziplin und Produktionsmöglichkeiten des Betriebes immer heikel sind. Auch ein flüchtiger Blick auf die Reihen der Anwesenden ließ die Frage aufkommen, warum unter den Männern, die noch ihre Arbeitskleidung trugen, auch Frauen waren, wenn doch die Zeit schon längst vorbei war, zu der überall auf der Welt das Abendessen vorbereitet wird?

Nach der Versammlung fragte ich den Vorsitzenden des Betriebsausschusses: Wie wäre wohl die Beteiligung gewesen, wenn die gleichen Probleme vergan-

⁷ Prager Volkszeitung, Nr. 23 v. 7. 6. 68.

⁸ Im Herzen Europas, Nr. 10/68, S. 15.

⁹ u. ¹⁰ ebenda.

genen Jahres beraten worden wären? Er meinte, die Versammlung hätte wohl kaum stattgefunden, weil nach der Arbeitszeit niemand gekommen wäre . . .¹¹ „Welche Aktivität und neue Bewußtseinsbildung bei der Arbeiterschaft der neue Kurs der KPTsch ausgelöst hat, läßt sich noch an dem sog. „Fonds der Republik“ ablesen. „Als Ausdruck der Unterstützung der Politik der KPTsch treffen seit einigen Tagen auf dem ZK Briefe und Telegramme aus Betrieben und von Kollektiven ein, in denen die Werktätigen ihren Entschluß mitteilen, Sonderschichten zu leisten, deren Ertrag sie dem Staat zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik zur Verfügung stellen wollen. Andere Betriebe und Unternehmen haben Beträge aus verschiedenen Fonds angeboten. Schon in den ersten beiden Tagen sind auf diesen Fonds der Republik hohe Beträge überführt worden. So z. B. der Verlag des Verteidigungsministeriums, der 150 000 Kronen schickte, die Kumpel der Grube Lezaky in Most 1 950 000 Kcs und viele andere. Die Belegschaft der Eisenwerke Vitkovice hat sich entschlossen, insgesamt 20 Mill. Kcs auf diesen Fonds einzuzahlen¹².“

Wo soll die Konterrevolution gesucht werden — in der Arbeiterschaft sicher nicht. Denn nicht nur in den Großbetrieben wie Škoda in Pilsen, den Maschinenbaubetrieben von CKD in Prag oder in den Ostrauer Industrierwerken bildeten sich Arbeiterräte als demokratische Selbstbestimmungsorgane der Werktätigen, sondern auch in kleineren Betrieben wie z. B. am 4. 7. im Elektrizitätswerk Tišova bei Sokolov. Überall unterstützte die Belegschaft diese Gremien und stellte an die Betriebsleitung kritische Fragen. Im Schacht Dukla im Ostrauer Kohlenrevier wurde der Betriebsdirektor von der Belegschaft abgesetzt und ein Fachmann dafür berufen. Dieser wiederum stellte die Bedingung, daß mindestens 80 Prozent der Belegschaft ihm das Vertrauen aussprechen müsse. Nach einer umfassenden Diskussion mit der gesamten Belegschaft erhielt er das Vertrauensvotum.

Konterrevolution?

Forderten die Verfasser der „2000 Worte“ nicht indirekt dazu auf? Partei und Regierung hatten sich von den kritischen Passagen distanziert. Oder die Kritik an der Volksmiliz? In der Präsidiumssitzung des ZK der KPTsch am 17. 8. lehnte das Präsidium die unbegründeten Angriffe auf die Volksmiliz ab, die ein Teil des Verteidigungssystems des Landes sei und eine Garantie des sozialistischen

Charakters des demokratischen Erneuerungsprozesses. Es sollte auch bekannt

¹¹ Tschechoslowakische Gewerkschaften, Nr. 8/68, S. 11.

¹² u. ^{12a} Prager Volkszeitung, Nr. 31, S. 3.

sein, daß gerade die Volksmiliz jenen Parteitag beschützte und erst ermöglichte, der am zweiten Tag der Okkupation in Prag stattfand.

Oder waren die neuen Parteistatuten etwa konterrevolutionären Inhalts, vor allem jene einschlägige Stelle, in der es heißt:

„Das Parteimitglied hat das Recht . . . bei Respektierung und Erfüllung des Willens der Mehrheit seine Ansichten aufrechtzuerhalten und zu fordern, daß seine Standpunkte im Licht neuer Erkenntnisse und der Bewährung der gefaßten Beschlüsse in der Praxis von der zuständigen Organisation oder vom entsprechenden Organ der Partei neuerdings überprüft werden.“

Unmißverständlich wird damit gesagt, daß eine Minderheitsfraktion, die sich über den Willen der Mehrheit hinwegsetzen möchte, nicht toleriert wird. Der Wille der Mehrheit bleibt Gesetz, abweichende Ansichten aber sind nicht verfehmt und werden nicht wie Ketzerei behandelt.

Die Geschichte der KPTsch, darunter auch die jüngste, hat gezeigt, daß fortschrittliches marxistisches Gedankengut anfänglich immer nur Besitz einer Minderheit sein konnte, bevor es Besitz der Mehrheit wurde. Gehört es doch zum Wesen des lebendigen schöpferischen Marxismus-Leninismus, wie auch zum Wesen jeder Wissenschaft, daß sie ihre Lehren mit der Wirklichkeit konfrontiert. Auch Lenin hat, zeitweise vom Zentralkomitee seiner Partei überstimmt, zum Nutzen der Revolution auf seiner richtigen Meinung beharrt und verstanden für sie zu werben.

Leitet man die Gefahr einer Konterrevolution aus den Gerüchten ab, daß die alten Vorkriegsmitglieder der KPTsch unterdrückt würden und nicht frei ihre Meinung zu den Ereignissen in der CSSR äußern können? Doch diese Vorkriegsmitglieder der Partei sandten an die Partei folgende Erklärung ab:

„Seite an Seite mit unserem Volk, das in den jetzigen ernstesten Augenblicken einmütig ausdrückt, konsequent auf dem im Jänner begonnenen politischen Kurs zur Erneuerung des Sozialismus in unserem Lande zu beharren, halten wir, Vorkriegsmitglieder der Partei, es für unsere Pflicht, auch unsere Stimme zu erheben. Wir drücken der Führung unserer Partei, an deren Spitze Genosse Alexander Dubček steht, der durch sein Programm und seine Politik die Achtung und Autorität der kommunistischen Partei bei unserem gesamten Volk zurückerringt, eindeutig unser volles Vertrauen und unsere Unterstützung aus. Wir sind fest überzeugt, daß unsere ehrliche Bemühung um die Erneuerung und die Festigung des Sozialismus in unserem Lande, die das Verständnis der breitesten Schichten des tschechoslowakischen Volkes genießt und die auf die Stärkung der gemeinsamen Interessen aller sozialistischen Länder hinzielt, früher oder später helfen wird, dieses Mißtrauen zu zerstreuen. Was nicht gelingen wird, mit Worten zu bezeugen, werden wir uns bemühen, mit Taten zu beweisen^{12a}.“

Können aber nicht die politischen Klubs die Basis einer Konterrevolution abgeben? Auch hier scheint man die Realität zu überschätzen, denn sie könnten nur

innerhalb der Nationalen Front als Interessenvertretung wirksam werden. Dem Vorsitzenden der Nationalen Front, Dr. František Kriegel, wurde die Frage gestellt, welches sein Standpunkt zum Klub engagierter Parteiloser und zu K 231, dem Klub ehemaliger politischer Häftlinge sei — er antwortete:

„Der Klub der Parteilosen hat um Registrierung angesucht. Wir haben bereits mit seiner Leitung verhandelt, die Entwicklung wird zeigen was weiter geschehen soll. K 231 hat mit der Billigung der Rehabilitierungsgesetze, an deren Schaffung er mit beteiligt war, seinen Sinn und seine Existenzgrundlage verloren¹³.“

Auch das Manifest der Prager Jugend, das im März auf einer Jugendkundgebung im Prager Kulturpark angenommen wurde, steht fest auf dem Boden des Sozialismus; es heißt darin:

„Der Sozialismus in unserem Lande ist eine Tatsache. Die Frage einer etwaigen Rückkehr zum Kapitalismus ist für uns unsinnig und entbehrt jeder Grundlage, denn alles, was in diesem Land in den letzten zwanzig Jahren gut war, ist trotz aller Fehler und Irrtümer aus dem Wesen der sozialistischen Gesellschaft hervorgegangen ...¹⁴.“

Nach diesen Darlegungen steht für mich immer noch die Frage offen — wo war die Gefahr einer Konterrevolution zu suchen, welche konkreten Fakten geben einen Hinweis? Es gibt keine, sondern nur die Angst vor dem neuen Modell des Sozialismus in der CSSR. Eines Sozialismus, dem die Bürokratie mit geistigen Waffen nicht begegnen konnte, so daß die nackte militärische Gewalt „Recht“ sprechen mußte. Aber die Wahrheit wird siegen!

¹³ Im Herzen Europas, Nr. 8/68, S. 4.

¹⁴ Im Herzen Europas, Nr. 6/68.

Yaak Karsunke
Böhmische Dörfer

„Ich für meinen Teil nenne eine Katze eine Katze ... Und trotz des militärischen ‚Image‘, das man ihm anderswo verleiht, wünsche ich dem Sozialismus den Sieg. In meinem Land. Trotz der Schläge, die in der ganzen Welt der Sache des Kommunismus im Namen des Kommunismus und unter seiner Fahne versetzt wurden.“ Louis Aragon

Ich nenne eine Katze eine Katze ...

„Das staatsfeindliche Zentrum Slankys dachte sich, ebenso wie die Titoisten in Jugoslawien, die sogenannte Theorie von dem besonderen tschechoslowakischen Weg zum Sozialismus aus, um die wahren Ziele zu verdecken. Unter dem Deckmantel dieser Theorie — was eigentlich die Wiederherstellung des Kapitalismus in der Republik bedeutete — verwirklichte das Zentrum seine Vorbereitungen zum Umschwung der Verhältnisse in der Tschechoslowakei nach Titos Muster und unter Leitung englischer und amerikanischer Imperialisten¹.“ Das also hatten wir schon. Freilich weiß man heute, daß es lauter Lügen waren, Slansky wurde rehabilitiert — nachdem man ihn längst hingerichtet hatte. Was nie liquidiert wurde, war die Methode, derartige Anklagen zu fabrizieren, man kann also auch kaum davon sprechen, daß sie anlässlich der Okkupation der CSSR rehabilitiert worden sei: es ist die nach wie vor gängige Methode, die praktiziert wird, wenn man sie braucht.

Gebraucht wurde sie diesmal gegen die CSSR, gegen die KPC, gegen Volk und Regierung, gegen alles und jedes. Heinrich Böll avancierte zum Mitglied einer „spezifischen Gruppe westdeutscher Touristen, die bestimmte Aufgaben der militaristisch-revanchistischen Kreise Westdeutschlands erfüllen“², die Reformbemühungen in der CSSR zur Konterrevolution.

„Die Art und Weise, mit der die Interventionsstaaten ihr Vorgehen zu rechtfertigen suchen, erinnert peinlich an das Vorgehen der USA in Vietnam. Folgt die USA nicht ebenfalls dem ‚Aufruf einer Gruppe‘? Wozu das scheinlegalistische Mäntelchen?! Wovor fürchtet man sich?

Die ‚Aufrufer‘ blieben anonym — so anonym wie die Kräfte der Konterrevo-

¹ Aus der Anklageschrift im Slansky-Prozeß, zitiert nach „tagebuch“ Wien, Juli/August 1968, S. 3.
² Die polnische Armee-Zeitung „Zolnier Wolności“, zitiert nach „Der Spiegel“ Nr. 40/68, S. 148.

lution. Wo, wann, wie hat die Konterrevolution ihr Haupt erhoben? Wie stark ist sie? Wodurch konnte sie entstehen? Wie ist das Kräfteverhältnis zwischen dem Proletariat und den bürgerlichen restaurativen Kräften? Auf welcher Seite steht die Armee?

Keine dieser Fragen wird analysiert. Pauschale Behauptungen, vage Andeutungen, nicht belegte Aussagen. Ganz die stalinistische Masche, altbekannt. Ganz die Art der Auseinandersetzung zwischen kommunistischen Bürokraten und kritischen Kommunisten in der Vergangenheit³.

Einige der Fragen hat die Entwicklung seit Beginn der Okkupation beantwortet: die Armee, das Proletariat (insbesondere das bewaffnete: die Volksmilizen) folgten exakt den Anweisungen von Partei und Regierung. Die Behauptung der drohenden Konterrevolution ist von den führenden Vertretern der CSSR wiederholt zurückgewiesen worden, wird noch unter den heute herrschenden erpresserischen Bedingungen zurückgewiesen.

Es ist verlockend, die Propaganda der Okkupanten und ihrer Apologeten Argument für Argument zu widerlegen — es ist ebenso verlockend wie es falsch wäre. Ein großer Teil dieses Zwecknebels, mit dem die Ereignisse verhüllt werden sollen, hat ja eben die Funktion, von den Tatsachen abzulenken, falsches Bewußtsein herzustellen, kritische Potenz zu binden. Die Leute, die heute lügen, wissen auch, daß sie lügen — oder es trifft auf sie zu, was Oskar Negt für einen der Gründe der Okkupation hält, „das unglücklichste Produkt neurotischer Bürokraten, die Opfer ihrer eigenen gewohnheitsmäßigen Manipulation von Informationen geworden sind“⁴. In beiden Fällen verschwendet man Zeit und Mühe, wenn man diese Leute mit rationaler Argumentation widerlegen will — sie werden sich nicht überzeugen lassen. Wer *tatsächlich* an der Wahrheit interessiert ist, kann sich bereits heute aus einer Fülle von Publikationen ein zutreffendes Bild machen⁵ — wer es nicht tut, mag seine Gründe haben. Die westdeutschen Apologeten der Okkupation tun es nicht, statt dessen kolportieren sie die Schutzbehauptungen der Okkupanten.

Nun ist es das gute Recht jedes Angeklagten, sich mit Lügen zu verteidigen — bei Zeugen hingegen wird derlei u. U. später mit Meineidsverfahren geahndet, auch bei historischen Prozessen. Darüber hinaus arbeitet eine bestimmte Argumentation auch noch den herrschenden Kreisen der Bundesrepublik in die Hände

³ Lothar Boepfle in „was tun“ Nr. 3/68, S. 3.

⁴ „konkret“ Nr. 10/68, S. 11.

⁵ „Reden zum IV. Kongreß des Tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes, Prag, Juni 1967“ edition suhrkamp Nr. 326; nachfolgend zitiert als: Schriftstellerkongreß —

Antonin Liehm „Gespräch an der Moldau“, Molden 1968; zitiert als: Liehm/Gespräch — Christian Schmidt-Häuer u. Adolf Müller „Viva Dubcek“, Kiepenheuer & Witsch 1968; zitiert als: „Viva Dubcek“ —

Klaus Otto Skibowski (Hrsgb.) „Schicksalstage einer Nation“, Econ 1968; zitiert als: Skibowski/Schicksalstage —

„Prag und die Linke“ konkret extra 2, 1968; zitiert als: konkret/Prag — sowie ferner: Leopold Grünwald (Hrsgb.) „CSSR im Umbruch“, Europa Verlag 1968; Josef Svorecky (Hrsgb.) „Nachrichten aus der CSSR“, Suhrkamp 1968; Vladimír Klokocká „Das Prager Geheimpapier“, konkret extra 1, 1968.

und erfüllt gegenaufklärerische Funktionen. Zu reden ist hier von der vorgeblich „neuen Ostpolitik“ der Bundesregierung, die so alte Errungenschaften des kalten Krieges wie Alleinvertretungsanspruch, Nichtanerkennung der Nachkriegsgrenzen und der DDR unverändert bewahrt hat. Die Aufklärung über dieses Täuschungsmanöver der Großen Koalition ist dringend notwendig — statt dessen bringen die Apologeten der Okkupation durchaus richtig gesehene Tatsachen vorsätzlich in einen falschen Zusammenhang, und dieser Zusammenhang beginnt, auf die Tatsachen abzufärben. Leute, die sich bislang von der Neuen Ostpolitik haben täuschen lassen, werden nun erst recht nicht bereit sein, deren wahre Funktion zu durchschauen, nachdem ihnen nämlich diese wahre Funktion als Alibi für das offene Unrecht der Intervention aufgedreht werden soll. Lügen mögen kurze Beine haben — dem politisch Sinnvollen in die Hacken zu treten, sind sie leider immer noch lang genug.

Die Wahrheit über die Neue Ostpolitik hat ihre Chance nur zusammen mit der Wahrheit über die Intervention und der ihr vorausgegangenen Entwicklung in der CSSR — dieser Artikel wird versuchen, seinen Teil dazu beizusteuern. Das Hauptgewicht liegt auf einem Gebiet, über das der Verfasser Kenntnisse und Erfahrungen besitzt, dem Gebiet der Intellektuellen und der Information. Ich bin mir bewußt, dabei vorwiegend Autoren zu zitieren, die von interessierter Seite nach Bedarf und Belieben als Trostkränze, Renegaten, Emigranten, Agenten etc. bezeichnet worden sind oder werden können. Diese Aussicht schreckt mich nicht — sie ist das Pendant zu antikommunistischen Verfahrensweisen, gegen die ich im Laufe meiner Arbeit in der Bundesrepublik unempfindlich geworden bin. Ein gängiger Trick kalter Krieger besteht darin, die Argumente eines Mannes mit einer Behauptung über den Mann selbst zu umgehen — er ist Kommunist: damit erübrigt sich nach einer seltsamen Logik die Prüfung dessen, was er sagt. Meines Erachtens erübrigt sie sich damit nicht. Ein wissenschaftlicher Sozialist arbeitet — wie jeder Wissenschaftler — mit Daten und Informationen, er wird jede nehmen, die er bekommt, und er wird jede auf ihren Wahrheitsgehalt hin prüfen. Die Wahrheit über einige Deformationen des Sozialismus unter Stalin wurde jahrzehntelang nur von Leuten verkündet, die offensichtlich Renegaten waren — der Schock innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung nach dem XX. Parteitag wäre vermeidbar gewesen, wenn man die Aussagen dieser Leute bereits früher einer genauen Prüfung unterzogen hätte. Gleiches gilt für den Schock nach der Okkupation der CSSR.

„Ich habe bereits gesagt, daß die Russische Revolution in jedem von uns einen ungeheuren Vertrauensfonds geschaffen hatte, tief wie ein Meer, auf dem wir schwammen. So tief, daß wir überhaupt nicht bereit waren, irgendeine kritische Meinungsäußerung zuzulassen; im Gegenteil, wir brandmarkten sie a priori als feindliche Verleumdungen. Daher waren wir gegen Zweifel fast immun, und sofern sie auftraten, unterdrückten wir sie energisch. (...) Zweifel dürfen nicht unterdrückt, sondern sie müssen zur Sprache gebracht werden. In den Diskus-

sionen über die dreißiger Jahre wird oft vorgebracht, daß das wichtigste die Unterstützung der UdSSR als die von der feindlichen kapitalistischen Welt eingeschlossene Basis des Sozialismus war. Andererseits wurde jedoch nach der Enthüllung der Dokumente aus der Zeit des Personenkults festgestellt, daß, wenn es damals eine größere Zahl alter Kommunisten gegeben hätte, die gegen diesen unseligen Kurs ihre Stimme erhoben hätten, es nicht zu so schrecklichen Verbrechen und zu derart großem Schaden hätte kommen müssen⁶.

Das ist die Stimme eines Prager Reformers: Eduard Goldstücker legt in dieser selbstkritischen Reflexion einen Teil seiner Motive dar, für eine Veränderung bürokratischer Praktiken einzutreten; weitere Erfahrungen benennt Milan Kundera:

„Ich liebe es nicht, wenn der Stalinismus mit dem Faschismus gleichgesetzt wird. Das ist politisch falsch, aber es erfaßt auch die menschliche Situation nicht, die in beiden Systemen völlig verschieden war. Der Faschismus, begründet auf unverhülltem Antihumanismus, schuf eine moralisch sehr einfache schwarz-weiße Situation. Der Stalinismus hingegen basierte auf einer großartigen humanistischen Bewegung, die sich auch inmitten ihrer stalinistischen Erkrankung viel von ihrer ursprünglichen Haltung, von ihren Gedanken, Parolen, Vokabeln und Träumen bewahrte. Es war eine höchst verwirrende Situation. Die moralische Orientierung war ungemein schwierig, manchmal unmöglich. Der Faschismus ließ die humanitären Prinzipien und Tugenden unangetastet, weil er als ihre Antithese auftrat. Der Stalinismus war für alle Tugenden und Ideale gefährlicher, weil er ursprünglich auf ihnen beruhte und sich schrittweise in ihr Gegenteil verwandelte, die Liebe zur Menschheit wurde zur Grausamkeit den Menschen gegenüber und die Liebe zur Wahrheit zu Denunziation⁷.“

Zu der Bestürzung über diese Entwicklung, die nach dem XX. Parteitag auch offiziell als Deformation verdammt wurde, gesellte sich im Laufe der Jahre die Enttäuschung über die „Entstalinisierung“ — ein Terminus, der die falsche Richtung des geplanten Prozesses bereits deutlich enthält, Laco Novomesky fragte zweifelnd 1965: „Man kann doch die Dinge nicht dadurch lösen, daß man statt Stalin künftig Lenin zitiert . . .“⁸ Zwei Jahre später mußte Goldstücker feststellen: „Die Enthüllung des Personenkults wurde, leider, nicht zu Ende geführt, man drang nicht zum zentralen Problem vor, sie führte nicht zur Rückkehr der Partei zu einer wirklichen inneren Demokratie . . .“⁹

Die Gründe dafür sind bekannt und können in den sozialistischen Staaten, insbesondere in der Sowjetunion, nicht öffentlich diskutiert werden — auch in der CSSR wurden etwa Auszüge aus Büchern Isaac Deutschers erst im Frühjahr 1968 publiziert, ab Nummer 16 vom 13. Juni brachte „Literarny Listy“

⁶ Liehm/Gespräch, S. 242.

⁷ Liehm/Gespräch, S. 124 f.

⁸ Liehm/Gespräch, S. 100.

⁹ Liehm/Gespräch, S. 244.

dann Deutschers „Die unvollendete Revolution 1917—1967“ in Fortsetzungen¹⁰. Darin nennt der Autor die doppelzüngige offizielle Entstalinisierung ein Fiasko — entstanden dadurch, daß nach dem Willen Chruschtschows und der mit ihm herrschenden Gruppe „der Prolog auch der Epilog der Entstalinisierung bleiben sollte“¹¹. Die — politisch notwendig gewordene — Entstalinisierung wurde nicht zuletzt auf einen Mann als Symbol der Deformationen konzentriert, um seine Komplizen zu entlasten — die die Entstalinisierung offiziell betrieben, und an einer genaueren Untersuchung naturgemäß nicht interessiert sein konnten.

„Seit dem Zwanzigsten Kongreß sind sich die Menschen bewußt, wieviel von dem, was sie einst glaubten, aus Fälschungen und Mythen bestand. Sie wollen die Wahrheit wissen, doch verwehrt man ihnen den Zugang zu ihr. Ihre Herrscher haben ihnen gesagt, daß praktisch die ganze Revolutionsgeschichte gefälscht wurde; aber sie haben sie nicht mit den wahren Tatsachen bekannt gemacht. Um nur ein paar Beispiele zu geben: der letzte große Skandal der Stalinära, die sogenannte Ärzteverschwörung, wurde offiziell als eine Erfindung erklärt. Aber wessen Erfindung war sie? War Stalin allein dafür verantwortlich? Und welchem Zweck sollte sie dienen? Diese Fragen sind noch immer unbeantwortet. Chruschtschow hat angedeutet, daß die Sowjetunion ohne die Irrtümer und Fehlkalkulationen Stalins nicht die gewaltigen Verluste hätte erleiden müssen, die ihr im letzten Krieg zugefügt wurden. Aber jene ‚Irrtümer‘ sind nicht zum Gegenstand einer offenen Diskussion gemacht worden. Der Nazi-Sowjet-Pakt von 1939 ist offiziell noch immer ein Tabu. Man hat den Menschen von den Schrecken der Konzentrationslager und den falschen gerichtlichen Anklagen und den erzwungenen Geständnissen berichtet, mit denen die großen Säuberungen inszeniert worden waren. Aber die Opfer der Säuberungen sind bis auf wenige Ausnahmen nicht rehabilitiert worden. Niemand weiß genau, wie viele Menschen in die Lager deportiert wurden; wie viele starben; wie viele hingemetzelt worden sind; und wie viele überlebten. Eine ähnliche Verschwörung des Schweigens umgibt die Umstände der Zwangskollektivierung. Jede dieser Fragen ist gestellt worden, keine wurde beantwortet“¹².

Deutscher weist selbst darauf hin, daß viele Arbeiter „durch die Heuchelei der offiziellen Entstalinisierung derartig vor den Kopf gestoßen worden (sind), daß sie fast wieder für den Stalinkult gewonnen wurden oder überhaupt nichts mehr davon hören wollen und den Wunsch haben, daß die ganze Angelegenheit ein für allemal begraben wird“¹³. Es scheint eine russische Spielart der „Unfähigkeit zu trauern“ zu geben, so wie es ja auch einen hilflosen Antistalinismus gibt — analog dem von W. F. Haug beschriebenen „hilflosen Antifaschismus“. Und so wenig dieser das nur Abgelehnte, aber nicht Analytierte am Wiederaufleben zu hindern vermag, so wenig kann es auch jener.

¹⁰ Siehe Anmerkung 8.

¹¹ Isaac Deutscher „Die unvollendete Revolution 1917 — 1967“, Europäische Verlagsanstalt 1967, S. 122.

¹² Deutscher a. a. O., S. 124 f.

¹³ Deutscher a. a. O., S. 123.

Der Bürger Schriftsteller

In die CSSR waren die Deformationen importiert worden, ihre Pseudo-Korrektur ebenfalls, und in der CSSR erkannte man, daß „der Kampf um die tatsächliche Überwindung des Stalinismus von vornherein verloren ist, wenn er sich innerhalb der vom Stalinismus selbst geschaffenen Struktur und im engen Rahmen der Partei bewegt, ohne in den breiten Massen des Volkes seine Basis zu suchen. Nicht deshalb ist er verloren, weil die Masse der Parteimitglieder sich dagegen stellen würde, sondern weil die Kräfte, die die Partei — nicht nur in ihrem Zentrum, sondern vor allem außerhalb des Zentrums und innerhalb des Sicherheitsapparats — beherrschen, mit Hilfe ihrer zehntausende verlängerten Arme unter solchen Bedingungen immer die Stärkeren bleiben. (. . .) Doch es gibt einen zweiten Weg, der zum Sieg der Partei innerhalb der Partei und zur Erneuerung ihrer gesellschaftlichen Bedeutung führt. Es ist der Weg, der aus den Mauern der Festung Partei herausführt, der die Entstalinisierung der Partei zu einer Sache des Volkes macht, dessen Interessen die Arbeit der Partei dient — was ja eigentlich Sinn und Zweck ihrer Existenz ist“¹⁴.

Auf diesem Weg gingen Schriftsteller voran — genauer, sie flogen häufig voran, nämlich aus der Partei heraus, mit der sie allerdings schon lange die merkwürdigsten Erfahrungen gemacht hatten. („Dabei habe ich bereits vier Parteien mit Verwarnung kassiert. Zuerst machte mich das bange, dann begannen sie mich zu langweilen, und ich wies ständig darauf hin, daß dies doch wirklich die allerletzte Strafe sei, und da ich schon vier habe, verlöre das Ganze seine Logik. Und stets erfuhr ich, daß die letzte ein Irrtum gewesen sei, daß sie in einer Situation erteilt worden sei, die bereits überwunden ist. Ich bin unbeschreiblich neugierig, wie das beim fünften Mal sein wird. Vor dem Ausschluß hat mich wohl vor allem mein Sinn für Humor bewahrt“¹⁵.) Mit Verweis und Verwarnung kam nach dem IV. Schriftstellerkongreß auch Pavel Kohout davon, der m. E. sehr präzise beschrieben hat, aus welchen Gründen ausgerechnet den Schriftstellern die Rolle zugefallen ist, die sie in Prag bis zum 21. August dieses Jahres spielen durften:

„Mißbrauchte Macht vermag alles: Sie kann verhaften, sie kann Informationen zensurieren, Statistiken frisieren, Potemkinische Dörfer errichten. Sie kann aber niemals verhindern, daß jeder Bürger seine eigenen Erfahrungen macht und seine eigenen Anschauungen hat.“

¹⁴ Antonín J. Liehm „Sein und Schein“ in „tagebuch“ Wien, Juli/August 1968, S. 1 — Interessant ist in diesem Zusammenhang die Stellungnahme eines westdeutschen Kommunisten, der im Gespräch die Intervention ablehnte, die Gesamtentwicklung — inklusive Intervention — aber positiv beurteilte, weil sie seiner Meinung nach geeignet ist, auch in der DKP eine Diskussion zu initiieren, die erstarrte Strukturen aufbrechen könnte: eine eigentümliche Perverstärkung der Begriffe, bei der nicht mehr die Partei danach beurteilt wird, wie weit sie Veränderungen der Gesellschaft bewirken kann, sondern umgekehrt gesellschaftliche und politische Abläufe danach bewertet werden, welche Entwicklung der Partei sie ermöglichen könnten — mehr als ein Marx müßte her, um das vom Kopf wieder auf die Füße zu stellen (nur war Hegel ein lohnenderes Objekt für solche Anstrengung).

¹⁵ Jan Skácel in: Liehm/Gespräch S. 281.

Der Bürger Funktionär, der Bürger Beamte und der Bürger Arbeiter kann sie verheimlichen. Er kann sich während der Arbeitszeit seiner Überzeugung entfremden.

Der Bürger Schriftsteller kann das nicht.

Die Realität der Zeit, ihre Ängste und Hoffnungen verlassen ihn auch dann nicht, wenn er sich in sein Arbeitszimmer einschließt. Im Gegenteil. Gerade dann, wenn er schreibt, ist er am intensivsten er selbst. Er kann versuchen, seine Zweifel zu übertönen, er kann — wie es so vielen von uns in den fünfziger Jahren gegangen ist — für eine Weile die Befürchtung hegen, es sei seine Erfahrung gewesen, die versagt hat, aber früher oder später bricht der Konflikt zwischen Verstand und Gewissen aus. Übertönen können ihn nur Zyniker, denen die Literatur ein Handwerk ist wie einer Prostituierten die Liebe¹⁶.

Von denen gibt es genug, die Zeitungen (und Zeitschriften) sind voll von ihnen und ihrem Gezeter wider die bösen Intellektuellen. Derlei Attacken sind zur Zeit in den für die Okkupation verantwortlichen Ländern wieder viel gefragt — geliefert werden sie von einem Intellektuellentyp, den Erich Fried in einem Beitrag für ein demnächst erscheinendes Buch¹⁷ genauer untersucht hat: Intellektuelle mit schlechtem Gewissen. Diese „haben — besonders in Kommunistischen Parteien — ohne es zu wissen oder zu wollen, gelegentlich eine für den Sozialismus höchst schädliche Rolle gespielt. Ihr schlechtes Gewissen wegen ihrer nicht-proletarischen Herkunft, ihres Bildungsvorsprunges oder ihrer relativ angenehmen Arbeit veranlaßte revolutionäre Intellektuelle dieser Art, sowohl im Kapitalismus wie nach dessen Sturz, ihre vermeintlichen Schwächen und Fehler durch ganz besonders bereitwillige Unterordnung unter proletarische Genossen wettzumachen und so gut wie nie ihre eigene Meinung zu verfechten. Nun können aber in vielen Fällen nur Intellektuelle wissen, wie ihre Arbeits- und Forschungsbedingungen, etwa die Organisation eines Wissenschaftsbetriebes, am besten zu gestalten sind. Der Intellektuelle als Büsser wird es kaum wagen, einem proletarischen Genossen zu widersprechen, auch wenn dessen Vorschläge nicht im besten Interesse wissenschaftlicher und künstlerischer Produktionsbedingungen liegen“¹⁸.

Wesentlich schärfer beurteilt Ivan Klíma das so beschriebene Verhalten: „Der Verrat der Wissenden ist schlimmer als der Verrat der Unwissenden. Der Verrat an der Sendung der Intellektuellen, der Verrat der Intellektuellen, die bemüht sind, sich ihre Bedeutung und Stellung zu bewahren, auch wenn ihnen diese nicht mehr gebührt und ihnen gerade dafür gewährt wird, daß sie ihre Sendung nicht

¹⁶ Schriftstellerkongreß S. 136 f.

¹⁷ Paul A. Baran/Erich Fried/Gaston Salvatore „Intellektuelle und Sozialismus“, Wagenbach Verlag, Rotbuch 2, 1968.

¹⁸ Aus dem Manuskript zitiert — Ein mir bekannter westdeutscher Vertreter dieses Typs bezeichnet das hartnäckige Zertrampeln der eigenen Zweifel — das für das hartnäckige auf-der-Stelle-treten der von ihm vorgeblich geförderten Arbeiterbewegung mitverantwortlich ist — ironischerweise als „Festigung des Klassenstandpunkts“.

¹⁹ Liehm/Gespräch S. 291.

erfüllen und Verrat üben¹⁹.“ Solche Worte lösen ein Achselzucken häufig bei den gleichen Leuten aus, die in der Bundesrepublik für ein Bündnis der Arbeiterklasse mit der progressiven Intelligenz plädieren, sich bei Konflikten wie den zur Diskussion stehenden jedoch augenblicklich auf einen eigentümlich verkürzten „Klassenstandpunkt“ zurückziehen. Ihnen besonders sei die Lektüre des folgenden Passus aus dem „Aktionsprogramm der KPC“ vom 5. April 1968 empfohlen (dessen Inhalt übrigens zum offiziellen Credo auch aller Okkupationsmächte gehört, dort aber offenbar nur die Funktion eines Lippenbekenntnisses hat): „Kultur und Kunst sind keine bloße Verzierung des wirtschaftlichen und politischen Lebens, sondern eine Lebensnotwendigkeit der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Wenn die Kultur nachhinkt, so hemmt das den Fortschritt von Politik und Ökonomik, von Demokratie und Freiheit, die Weiterentwicklung des Menschen und (der) menschlichen Beziehungen. *Die Förderung der materiellen und geistigen Kultur obliegt nicht nur der kulturellen Front, sondern muß Sache der gesamten Gesellschaft werden* . . .“²⁰

Für einen kleinen und jungen Staat wie die CSSR ist die Wichtigkeit insbesondere der Literatur aus der eigenen Geschichte deutlich ablesbar. Auf die nationalintegrierende Funktion, die eine kodifizierte Schriftsprache bei um ihre Selbständigkeit ringenden Völkern hat, ist häufig hingewiesen worden. Liehm betont die Herkunft moderner tschechischer Politik aus der Kulturpolitik am Ende des 18. Jahrhunderts²¹. Es gab also — über die generellen Verbindungen hinaus — noch eine spezifisch nationale Tradition, die tschechoslowakische Autoren zu politischen Stellungnahmen verpflichtete, allerdings wurden unter Novotny „ihre Diskussionsbeiträge (...) durchweg von der Zensur zurückgewiesen mit dem Hinweis, der Schriftsteller habe Literatur und keineswegs Politik zu machen. Man müßte hinzufügen, daß diese Parole uns seit dem Jahre 1956 begleitet, als sie fast über Nacht als eine feine Variation des anderen Leitspruchs geboren wurde, demzufolge der Schriftsteller mittels der Literatur vor allem Politik zu machen habe²².“ Hier wird eine typische Schwankung administrativer Kulturpolitik angesprochen, die auf kenntnisloser Konzeptionslosigkeit und Unsicherheit beruht und — weit entfernt von wissenschaftlicher Methodik — eine Praxis betreibt, die Liehm auf dem Schriftstellerkongreß zutreffend beschrieben hat: „Immer wieder stellen wir eigentlich fest, daß dieses oder jenes Werk, dieser oder jener Autor auf diese oder jene Weise schuldig sind, um ein paar Monate oder Jahre später festzustellen, daß sie überhaupt keine Schuld trifft. Immer wieder werden Funktionäre ausgewechselt, die auf dieser oder jener Ebene für den Zustand der Kultur und der Kulturpolitik verantwortlich sind. Sie gehen immer wieder aus denselben Gründen. Und zwar deshalb, weil sie allzu liberal und allzu intolerant waren, sich allzu sehr durch den Druck von unten

beeinflussen ließen und allzu oft administrative Maßnahmen ergriffen. Und dabei unterscheiden sich diese Menschen, wie wir alle wissen, kaum voneinander, ihre Ansichten und ihre Praxis sind sich zum Verwechseln ähnlich²³.“

Diese Ähnlichkeiten gehen über die Grenzen der CSSR weit hinaus. Es war also kein Zufall, daß der IV. Schriftstellerkongreß mit bitterem Verständnis dem Brief Alexander Solschenizyns zuhörte, den Pavel Kohout verlas, und der von Verleumdungskampagnen ohne die Möglichkeit der Erwiderung für den Betroffenen sprach, von Zensurmaßnahmen, Auftrittsverboten etc. — die ganze Skala, die dem deutschen Leser aus den Vorgängen um das XI. Plenum in der DDR nur allzu vertraut ist. Und das gleiche Verständnis fand ein Offener Brief tschechoslowakischer Filmemacher an den Minister für Kultur und Information der CSSR, in dem es hieß: „Wir wissen, daß jede repressive Maßnahme, die sich gegen die Kultur richtet, sofortigen politischen Erfolg zum Ziel hat, aber es ist uns auch bekannt, daß keine spätere Rehabilitierung oder Wiedergutmachung jemals jemandem die schöpferische Kraft wiedergeben kann, deren Entwicklung gewaltsam unterbrochen wurde²⁴.“

Wir alle wissen das, und wir wissen auch, daß es nicht nur für Filmemacher zutrifft, nicht nur für Intellektuelle, sondern für alle. Ein Dichter, der wegen eines Buches für Jahre in Haft sitzt, mag sogar noch eher nach seiner Rehabilitierung Genugtuung im endlichen Ruhm finden (wenn er ihn noch erlebt) — ein Arbeiter kaum. Beide aber sind von dem eingeschränkt, was im Titel des „Ministers für Kultur und Information“ das unsichtbare Bindeglied zwischen den zwei genannten Bereichen darstellt: die Zensur. Ihr Kampf gegen diese Zensur machte die Schriftsteller zu Vorkämpfern der gesellschaftlichen Entwicklung — er machte sie zugleich zu den Sündenböcken für alle, die sich nur durch die Zensur geschützt wissen.

Jene elementaren Freiheiten . . .

Die gleichen Kommunisten in der Bundesrepublik, die die Intellektuellen in der außerparlamentarischen Opposition seit anderthalb Jahren warnen, ihre Bedeutung und ihre Möglichkeiten zu überschätzen (und die von dieser Warnerfunktion so in Anspruch genommen waren, daß sie ihrerseits diese Möglichkeiten oft genug unterschätzten), dieselben Leute also sind heute davon überzeugt, in der CSSR hätte es so etwas wie eine Intellektuellenverschwörung gegeben. Meine Kollegen in der CSSR waren einmal mehr die besseren Marxisten, sie wußten: „Es hat in der Geschichte keine Kulturbewegung gegeben, die, so wenig kon-

¹⁹ In: Skibowski/Schicksalstage S. 17.

²¹ Liehm/Gespräch S. 17 f.

²² Pavel Kohout in: Schriftstellerkongreß S. 22.

²³ Schriftstellerkongreß S. 62 f.

²⁴ Schriftstellerkongreß S. 102.

form sie auch war, fähig gewesen wäre, die Fundamente des Staates und der Gesellschaft zu untergraben. Das vollbringen, wie bekannt, ganz andere Kräfte. Die Kultur vermag bestenfalls zu formulieren und zusammenzufassen, was objektiv existiert²⁵.“ Und objektiv existierte ein Zustand, den Zensur und Manipulation mitgeschaffen hatten — als Waffen einer Bürokratie, die sich so der Kritik und Kontrolle zu entziehen wünschte.

Eine abstrakte linke Kritik hat an der Forderung nach Meinungs- und Pressefreiheit in der CSSR bemängelt, sie stelle einen Rückfall in bürgerliche Vorstellungen dar. Das ist m. E. etwas zu kurz geschlossen. Deutscher etwa kam zu dem Schluß, die Sowjetgesellschaft müsse, um aus eigener Kraft die Revolution zu rehabilitieren, „sich die Kontrolle über ihre Regierung verschaffen und den Staat, der sich so lange hoch über die Gesellschaft erhoben hatte, in ein Instrument des demokratisch ausgedrückten Willens und Interesses des Volkes verwandeln.

Sie muß als erstes die Meinungs- und Vereinsfreiheit wiederherstellen. Das ist ein bescheidener Anspruch, gemessen an den Idealen einer klassenlosen und staatslosen Gesellschaft; und es ist paradox, daß das Sowjetvolk jetzt jene elementaren Freiheiten erstreben muß, die einst in allen liberalen bürgerlichen Programmen eine Rolle spielten, Programmen, die vom Marxismus mit Recht einer schonungslosen Kritik unterworfen wurden²⁶.“ Das Paradox wird in der Folge aufgelöst, wenn Deutscher den qualitativen Unterschied zwischen jenen elementaren Freiheiten in liberalen Programmen bzw. in der postkapitalistischen Gesellschaft herausarbeitet. Können sie in der bürgerlichen Gesellschaft nur *formelle* Freiheiten sein, so müssen sie in der Sowjetgesellschaft entweder real — oder nichtexistent sein. Nach Fortfall der ökonomischen Abhängigkeit der Massen im Sozialismus, nach Fortfall der Macht des Eigentums, bleibt allein die politische Macht als Herrschaftsinstrument, das sich der Staat, d. h. die Bürokratie, allein durch „Unterdrückung der Freiheit des Volkes zu Kritik und Opposition“ sichern kann. Obwohl er eine Abschaffung der Bürokratie zum gegenwärtigen Zeitpunkt für unmöglich hält, glaubt Deutscher an die Möglichkeit demokratischer Kontrolle der politischen Macht:

„Was in der nahen Zukunft möglich scheint, ist, daß die Gesellschaft in der Lage sein sollte, ihre bürgerlichen Freiheiten wiederzugewinnen und eine politische Kontrolle über den Staat einzusetzen. Indem das Sowjetvolk danach strebt, wiederholt es nicht eine der alten Schlachten, die der bürgerliche Liberalismus gegen den Absolutismus gefochten hatte; es setzt vielmehr seinen eigenen großen Kampf von 1917 fort²⁷.“

Es entsprach also durchaus *revolutionärer* Logik, wenn das Aktionsprogramm der KPC die Gewährleistung der *verfassungsmäßigen* Versammlungs- und Ko-

alitionsfreiheit noch für dieses Jahr forderte, ebenso wie die *verfassungsmäßig garantierte* freie Meinungsäußerung. Wiederum fällt auf, daß auch die offiziellen Programme der Okkupanten ähnliche Garantien enthalten — was man der CSSR vorzuwerfen hatte, war, daß sie die Ziele sozialistischer Verfassungen aus dem Reich der Phrasen ins Land der Praxis umsetzen wollte. Denn die hehren Bestimmungen der Verfassung existierten ja schon lange, existierten in einem Land, „in dem es mehr als fünfundzwanzig Jahre lang keine öffentliche Meinung gab, in dem Presse, Rundfunk und Fernsehen seit drei Jahrzehnten praktisch nur einer bestimmten Propaganda und der Verschleierung der Wirklichkeit dienten, ja in dem nicht einmal der Regierung die Summe der Informationen über den Zustand des Landes zur Verfügung stand . . .“²⁸. Die Informationsmanipulation führte dabei zu so krausen Episoden wie der Tagung der Paulusgesellschaft in Marienbad im Sommer 1967, bei dem Marxisten und Katholiken aus ganz Europa miteinander diskutierten — ein großartiges kulturpolitisches Aushängeschild für die CSSR: nur durfte „Literární noviny“ nicht einmal das Referat des tschechoslowakischen Delegierten publizieren . . .

Mit der gesamten Problematik hat sich der Professor für Journalistik an der Komensky-Universität in Bratislava, Josef Weiser, in einem Artikel für das Wiener „tagebuch“ auseinandergesetzt²⁹. Schon im März dieses Jahres stellte er fest, die Problematik der gesellschaftlichen Information lasse sich ohne Übertreibung als Brennpunkt der Demokratisierungsbemühungen bezeichnen. Die Ziele der Reformen beschrieb er in Gestalt einer Marx-Paraphrase: „Auf dem Gebiet der Information soll die Beziehung zwischen der Verwaltung und den Verwaltern kein Verhältnis von Über- und Unterordnung sein, sondern ein Verhältnis von gleichberechtigten Bürgern, intellektuellen Kräften, die bei gegenseitigem Austausch von Erkenntnissen und Ansichten mit rationalen Argumenten arbeiten.“ Weiser fragt auch nach den Bedingungen, unter denen das dogmatische Modell der gesellschaftlichen ‚Information‘ entstehen konnte:

„Die Antwort wird meist in der historischen Situation zu Ende des Jahres 1944 und zu Anfang des Jahres 1945 gesucht, in dem zugespitzten Antagonismus auf der Weltarena, im letzten Widerstand der einheimischen Bourgeoisie und in der Notwendigkeit, in dieser komplizierten Situation die Macht der Arbeiterklasse zu festigen und die tiefen strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft, im sozialen Leben, in der politischen und ideellen Struktur des Landes durchzuführen. Oft wurden die Dinge so dargestellt, als wäre das direkte Organisationssystem der Gesellschaft unter solchen Bedingungen genauso unvermeidlich, ja gesetzmäßig, wie das direktive Informationssystem. Dabei verweist man auf einige unleugbare Positiva, die in jenen Jahren bei der Integrierung der Men-

²⁵ Antonín Liehm in: Liehm/Gespräch S. 67.

²⁶ Deutscher a. a. O. S. 127.

²⁷ Deutscher a. a. O. S. 129.

²⁸ Antonín Liehm in: Liehm/Gespräch S. 91.

²⁹ Josef Weiser „Information und Demokratie“ in „tagebuch“ Wien, März/April 1968, S. 14 ff., alle Weiser-Zitate daher — Für den Nachdruck dieses Artikels im „kürbiskern“ fand sich seinerzeit leider keine Mehrheit.

schen, bei ihrer Ausrichtung auf die Hauptaufgaben erzielt wurden (es wird allerdings nicht die Frage gestellt, ob man mit anderen, besseren Mitteln nicht noch größere Erfolge, und ohne so viele Opfer und Fehler, hätte erreichen können). Es genügt die einfache und heute schon abgedroschene Gegenüberstellung dieser Zeit mit der Zeit der Oktoberrevolution, des Bürgerkrieges in Rußland und der ersten Jahre des Aufbaus, und der „gesetzmäßige“ Zusammenhang zwischen der komplizierten Situation und der unkomplizierten direkten Leitung wird problematisch. Wenn in Rußland die Leninsche Führung in einer viel komplizierteren Lage der Revolution nicht von ihren Grundsätzen abwich, auch nicht von dem Grundsatz, daß die beste Taktik die ist, dem Volk die Wahrheit zu sagen, warum hätte eine solche Taktik in der unvergleichlich günstigeren historischen Situation der Formierung des Blocks der sozialistischen Staaten, die sich auf die siegreiche Sowjetunion stützten, nicht bestehen können?“ Das sind so Fragen. Weiser verweist auf die offenen Debatten der tschechoslowakischen Kommunisten zur Zeit der ersten Republik, da die Bourgeoisie noch alle Macht besaß, er erinnert an die Resolution des IV. Kongresses der Komintern 1922, in der festgelegt wurde, daß in der vom ZK geleiteten Parteipresse die Redakteure, falls sie mit etwas nicht einverstanden sind, „ihre Meinung als Diskussionsbeitrag unter ihrem Namen äußern können.“ Alle diese sozialistischen Traditionen wurden unterdrückt zugunsten eines Organisations- und Informationssystems, das es der delegierten Macht — so Weiser — gestattete, „sich immer mehr der öffentlichen Kontrolle und Abhängigkeit zu entziehen, um, zuerst repräsentiert durch gewählte Organe, später durch deren Leitung und dann durch den Leiter der Leitung, für sich selbst zum Sinn, zum Selbstzweck zu werden. Die Konzentration der Macht wuchs mit der Konzentration der Information. Die Bürger erhielten und gewährten Information nicht im Umfang ihrer durch die Verfassung garantierten weitgehenden Rechte, sondern nur in dem Maß, wie es vom Standpunkt ihrer begrenzten Funktionsaufgabe notwendig war. Die öffentliche Information hatte einen ausgeprägt einseitigen und eng zweckgebundenen Charakter. Von oben kamen hauptsächlich Direktiven und Instruktionen, von unten die Meldung über ihre Erfüllung. (. . .) Nichts durfte über den Rahmen dessen hinausgehen, was das Zentrum schon durchdiskutiert, aller Widersprüche entledigt hatte.“ Ein Spezial-Tabu „stellten die grundsätzlichen Probleme der befreundeten Länder dar: man durfte über sie nicht offen schreiben, weil bei einem solchen System eine jede Stimme, die in der Zeitung veröffentlicht wurde, im Ausland für die Stimme der Regierung gehalten wurde.“ (Dasselbe Problem berührt Goldstücker, wenn er sich dagegen wendet, „jede Äußerung eines Bürgers für einen Staatsakt (zu)halten“³⁰.)

Abschließend faßt Weiser zusammen, wodurch sich die dogmatische Konzeption

der gesellschaftlichen Information drastisch desavouiert hat: „Während sie sich zu der Absicht bekannte, die Bürger des sozialistischen Landes vor fremden Einflüssen zu schützen, hat sie sie in Wirklichkeit diesen Einflüssen doppelt ausgesetzt, indem sie sie in einer isolierten Treibhausatmosphäre hielt, so daß sie der scharfen Luft ideologischer Konfrontation nicht gewachsen waren und in ihrem Informationshunger bei bürgerlichen Quellen Nahrung suchten.“ Eine Informationspolitik, die die Bürger des eigenen Landes der Propaganda des Klassenfeindes in die Arme treibt, fungiert objektiv antisozialistisch — auch die mögliche Alternative, nämlich Entpolitisierung weiter Bevölkerungskreise durch zuwenig bzw. Falschinformationen, ist kaum eine sozialistische Zielvorstellung. (Wer allerdings — wie der Verfasser — das Vergnügen hatte, sich ausgerechnet auch noch von einem ehemaligen Kultusminister der DDR auf einer Frankfurter Buchmesse anhören zu dürfen, schlecht an der Bild-Zeitung sei weniger deren Aufmachung als ihre Tendenz, gegen ein sozialistisches „Bild“ sei wenig zu sagen — der wird über die vielfältigen Bedeutungen des Wortes „sozialistisch“ leicht ins Grübeln kommen.)

Auch eine „sozialistische“ Pressefreiheit ist nichts eindeutiges, bei der Suche nach einer — auch institutionellen — Definition stießen die Reformer in der CSSR auf das Problem, das ihnen überall begegnete: „es ist wohl das größte Verbrechen des Regimes Novotny gewesen, das es nicht gestattete, eine neue Konzeption, eine neue Alternative zu schaffen“³¹. Immerhin gelang es mit Hilfe der Bevölkerung, erste Ansätze zu schaffen: „Die Journalisten gelangten in der Tschechoslowakei im Verlauf weniger Monate an die Spitze der Skala der geachteten Berufe. Sie mußten auf Wunsch ihrer Leser bzw. Hörer eine Vielzahl von Gesprächen in Industriebetrieben und auf dem Land absolvieren, und ein praktisches Ergebnis dieses direkten Kontaktes mit der Öffentlichkeit war unter anderem die Entstehung eines Netzes neuer Institutionen: der Arbeitsausschüsse zum Schutz der Pressefreiheit und später auch der staatsbürgerlichen Freiheiten.

Diese Ausschüsse wurden als historisch neuer, institutionalisierter Ausdruck der Zusammenarbeit von Arbeitern und Intellektuellen zu einer aktiven Form der Kontrolle des politischen Lebens“³². (Noch im vergangenen Jahr sagte Jaroslav Putík: „Der Journalist ist eben ein Angehöriger einer gesellschaftlichen Organisation, ein Angehöriger des Machtapparats. Jedermann weiß, daß er nicht das letzte Wort hat, wenn er überhaupt eins hat. Jeder hütet sich begreiflicherweise auch, ihm gegenüber allzu vertrauensselig zu sein. Oder er zeigt sich absichtlich von der besten Seite, er erwartet Lob und Popularität“³³.)

Weniger begeistert als die Bevölkerung in der CSSR waren die Regierungen der fünf späteren Okkupationsmächte. Eugen Löbl machte in seinem Buch über

³⁰ Liehm/Gespräch S. 234.

³¹ Antonín Liehm in: Liehm/Gespräch S. 89.

³² Adolf Müller in: „Viva Dubcek“ S. 176.

³³ Liehm/Gespräch S. 214.

die Hintergründe des Slansky-Prozesses den Versuch, die Vorzüge einer offenen Erörterung auch zwischenstaatlicher Probleme darzulegen, als er über den Einfluß von Stalin und Berija auf die Prozesse in der CSSR schrieb: „Man muß damit rechnen, daß wohl viele ehrliche Freunde der Sowjetunion befürchten werden, diese Tatsachen könnten, wenn sie jetzt offen ausgesprochen werden, zu einer Trübung unseres Verhältnisses zur UdSSR führen. Ich glaube, daß diese Freunde die Urteilsfähigkeit unserer Bürger unterschätzen. Viele Genossen waren ja auch der Ansicht, daß wir dem Prestige der sowjetischen Kunst schadeten, wenn wir anfangen, sowjetische Filme, Romane und dergleichen kritisch zu werten. Das Gegenteil trifft zu. Unkritische Lobgesänge auf künstlerisch wertlose Erzeugnisse haben auch ein unkritisches Mißtrauen und eine unkritische Ablehnung auch künstlerisch hochwertiger Werke mit sich gebracht. In gleicher Weise schaffen die professionellen, kritiklosen Apologeten Raum für ein unkritisches Aufnehmen auch jeder Verleumdung³⁴.“

Diese Beweisführung ist logisch und durch Erfahrung belegt. Daß sie dennoch auf Mißverständnis stieß, liegt daran, daß in den Okkupanten-Staaten der Riß zwischen offiziellen Parolen und geheimegehaltener Wirklichkeit derart institutionalisiert ist, daß jede rationale Argumentation am gespaltenen Bewußtsein der Vertreter des Bestehenden scheitern muß. Bei einer Zeitschriftenkonferenz in Prag Anfang Dezember des vergangenen Jahres versicherte ein prominenter Kollege von einer literarischen Zeitschrift der DDR, in seinem Staat gäbe es keine Zensur. Jeder weiß, daß in der DDR bestimmte Filme, Bücher etc. nicht erscheinen dürfen, manchmal werden Bücher in den Läden wieder eingesammelt, manchmal die Druckerlaubnis zurückgezogen, wenn bereits die fertigen Druckbögen vorliegen, manche Bücher erhalten nie eine Druckerlaubnis etc. Wenn mein prominenter Gesprächspartner mir diese Praxis *erklärt* hätte, wären wir sicher auf Meinungsunterschiede gekommen — aber wir hätten miteinander reden können. So aber zog er sich hinter die formelle Aussage zurück, in der DDR gäbe es keine „Zensur“ und entzog sich damit der Diskussion (die ohnehin nur noch hätte dazu dienen können, ihn der Unwahrheit zu überführen — eher ein kriminalistisches als ein sozialistisches Thema).

Auf der gleichen Konferenz sprach ich mit einer russischen Kollegin über Solschenizyn, ein Thema, bei dem sie sich emotionell stark engagierte, insbesondere bei dem Versuch, alle Aussagen Solschenizyns als falsch hinzustellen. Auch hier — keine Zensur, keine Rede davon. Aber als sie mich etwas später bat, ihr meinen Gedichtband zu schicken, gab sie mir die Adresse ihrer Redaktion: privat komme es vielleicht nicht an. Warum? Die Reaktion war stumm, aber unwillig und ausweichend.

Vielleicht gibt es Gründe für Zensur — aber diejenigen, die sie ausüben oder über sich ergehen lassen, erscheinen offenbar die Gründe, die sie haben, als in

einer Diskussion nicht vertretbar. Lieber lügen sie. Wenn es aber für die Zensur keine von Sozialisten zu vertretenden Gründe mehr gibt — warum schafft man sie dann in den sozialistischen Ländern nicht ab?

Das sind Fragen, denen Weisers ähnlich. Die Antwort kann nur lauten, daß hier Unrecht durch Geheimhaltung geschützt werden soll, und das dogmatische Modell gesellschaftlicher Information bot anlässlich der Intervention wieder einmal eine Fülle von Beweisen. Die Intentionen der Prager Reformer wurden nie in vollständigen Nachdrucken ihrer Referate, Artikel etc. referiert (die man, wenn man sie für falsch hielt, ja mit Gegenargumentation hätte widerlegen können), sondern man zeichnete das Bild lieber gleich mit Angriffen und Polemiken, die man punktuell mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten garnierte. Man verfuhr mit ihnen, wie man schon immer mit Schriftstellern des eigenen Landes verfahren ist.

Ausführlicher ließ man den Klassengegner zu Wort kommen. Wenn über Prag geschrieben wurde, waren die bevorzugten „Beweise“ für die Intentionen der Reformer und ihre „antisozialistische“ Tendenz die verzerrte Wiedergabe dieser Intentionen durch die bürgerlichkapitalistische Presse — und selbst da noch lieber „Die Welt“ als die „Süddeutsche Zeitung“, lieber der „Bayernkurier“ als „Die Zeit“. In dieser Methode, die sich lieber mit den Träumen des Gegners als mit den Vorschlägen der eigenen Genossen solidarisiert, steckt ein Denkschema, das Theo Pirker im Zusammenhang mit den Moskauer Schauprozessen von 1936 bis 1938 analysiert hat: „... die Bolschewiken waren von ihrer Wahrheit so überzeugt, daß sie bei ihren revolutionären Verbündeten entweder intellektuelle Blindheit voraussetzen — dann waren sie subjektiv ehrlich, objektiv dagegen konterrevolutionär — oder moralische Schwächen annahmen — dann waren sie einfach konterrevolutionäre Agenten³⁵.“ Dreißig Jahre nach den Moskauer Prozessen, acht Jahre nach der Rehabilitierung der Hauptangeklagten, sollte man von seiner Wahrheit weniger überzeugt sein.

Statt dessen betreibt man die gleiche Informationsgebung auch in Ländern, in denen sie nicht der Konsolidierung, sondern der Erringung der Macht dienen soll — obwohl sie das zweite noch weniger kann als das erste. Die Pressestelle der „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“ mußte feststellen: „Mehrere linke Blätter in der Bundesrepublik, deren Redaktionen nur Rechtfertigung und keine Kritik zur Intervention aufbringen konnten, haben zum Thema CSSR in den letzten Wochen eine erschreckend einseitige Informationspolitik betrieben. So wurde z. B. die Erklärung der Kampagne von einigen Blättern entweder geflissentlich ganz übersehen oder so weitgehend aus dem Zusammenhang gerissen, daß die eindeutige Verurteilung der Intervention nicht mehr erkennbar war³⁶.“ (Frau Renate Riemeck diagnostizierte dagegen ein System der Nachrichten-

³⁴ Eugen Löbl/Dusan Pokorny „Die Revolution rehabilitiert ihre Kinder. Hinter den Kulissen des Slansky-Prozesses.“ Europa Verlag 1968, S. 64.

³⁵ Theo Pirker (Hrsgb.) „Die Moskauer Schauprozesse 1936—1938“, dtv Nr. 146, 1963, S. 19.
³⁶ „außerparlamentarische opposition/informationen für demokratie und abrüstung“ Nr. 62, September 68, S. 13.

politik, dank dessen „man sich in der Bundesrepublik überhaupt keine zuverlässigen Informationen verschaffen“ konnte — sie muß wohl nur die oben genannten „linken“ Blätter gelesen haben: und wer sich so von der Gesellschaft isoliert in der er lebt, wird sie schwerlich verändern können . . .)

Welche Klassenkräfte, welche Klasse?

Erfahrungen auf dem Informationssektor machte auch der RC Berlin mit seiner Presseerklärung zur Intervention⁸⁷, in der es u. a. heißt:

„Die Sowjetunion hat einkalkulieren müssen, daß ihre Maßnahmen selbst den traditionellen, ihr verbundenen kommunistischen Parteien in den westeuropäischen Ländern schwer schaden wird. Dies bestätigt den Verdacht, daß sie an der aktiven Unterstützung der westeuropäischen Arbeiterbewegung nicht interessiert ist. Diese Haltung, zusammen mit der bekannten Einstellung zu den nicht nach sowjetischen Muster verlaufenden Revolutionen in der Dritten Welt, zeigt klar, daß die Idee des proletarischen Internationalismus für die Führungsspitze der Sowjetunion hinter einer Strategie der stabilisierenden Erhaltung eigener Herrschaftspositionen zurückgetreten ist.

Somit wird die in der Perspektive der sozialistischen Weltrevolution gewaltsame Unterdrückung des tschechoslowakischen Experiments zu einem Akt der Konterrevolution. Revolutionärer Fortschritt dagegen wäre es, nach der endgültigen Sicherung der Grundstrukturen des Sozialismus die dadurch überflüssig gewordene Herrschaft abzubauen, autoritäre Verwaltungsbürokratie zu ersetzen durch demokratische Selbstverwaltungsorgane, unkontrollierte Parteihierarchien in jedermann transparente und zugängliche politische Entscheidungsgremien zu verwandeln und die wirtschaftlichen Organisationsfragen durch politische Diskussionen auf allen Ebenen der Gesellschaft statt durch eine unkontrollierbare Zentralstelle zu lösen. Nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel wäre eine Vergesellschaftung der Produktionsentscheidungen an der Tagesordnung gewesen, nach der sozialistischen Zentralverwaltung die sozialistische Selbstverwaltung. Eine solche Entwicklung wäre nach unseren Informationen in der CSSR objektiv möglich gewesen. (. . .)

Mit ihrer Entscheidung hat die Sowjetunion klargemacht, daß sie zur Zeit für eine revolutionäre Entwicklung oder Weiterentwicklung weder Beispiel noch Stütze sein wird, und daß ihre eigene Herrschaftsstruktur den Kräften des Sozialismus im Wege steht.“

Diese Presseerklärung ging u. a. auch der Westberliner SED-Zeitung „Die Wahrheit“ zu, die sie nicht druckte, sondern mit einer Stellungnahme eines

Wolfgang Schmidt „im Auftrage der FU-Hochschulgruppe der SED-Westberlin“ brieflich beantwortete. Diese Erklärung endet mit den Sätzen:

„Für den Marxismus sind Revolution und Konterrevolution Klassenkämpfe. Für unsere Autoren (gemeint: der RC., Y. K.) nicht. Welche Klassenkräfte stehen hinter dem Eingreifen der sozialistischen Staaten? Die Bourgeoisie oder das Proletariat, welcher Klasse?

Die RC-Analytiker meinen: Weder die Bourgeoisie oder das Proletariat. Sie meinen, es wäre die — Bürokratie!

Merke: Der gebannte Blick auf die Bürotür ersetzt noch keine Klassenanalyse⁸⁸.“ Der dürrtliche Zynismus sicher auch nicht, aber die rabulistisch gestellte Frage ist wichtig. Nur ist sie in der Analyse des RC Berlin implizit bereits beantwortet — und wenn Wolfgang Schmidt in seinen Lehrbüchern die Bürokratie als gesellschaftlichen Machtfaktor nicht finden kann, genügt vielleicht ein Blick in die Realität? Obschon zu Zeiten des Aristoteles noch nicht allgemein üblich, hat sich das Verfahren unter Wissenschaftlern inzwischen durchgesetzt und als fruchtbar erwiesen. Und realiter kann man feststellen, daß die Bürokraten tatsächlich die Klassenfrage immer so stellen, daß in der Antwort als Sündenbock die Arbeiterklasse herauspringt.

„Die Hauptschuld und der allergrößte Betrug dieser Herrscher ist, daß sie ihre Willkür für den Willen der Arbeiterschaft ausgaben. Wollten wir dieser Vorspiegelung glauben, so müßten wir heute der Arbeiterschaft die Schuld am Niedergang unserer Wirtschaft zusprechen, an den an schuldlosen Menschen verübten Verbrechen, an der Einführung der Zensur, die verhinderte, daß man über all das schreiben konnte, dann wären die Arbeiter schuld an den Fehlinvestitionen, an den Verlusten des Handels, am Wohnungsmangel. Kein vernünftiger Mensch wird selbstverständlich an eine solche Schuld der Arbeiterschaft glauben. Wir alle wissen, insbesondere jeder Arbeiter, daß die Arbeiterschaft praktisch über nichts entschied. Über die Arbeiterfunktionäre ließ jemand anderer abstimmen. Während viele Arbeiter meinten, sie regierten, regierte in ihrem Namen eine eigens erzogene Schicht von Funktionären des Partei- und Staatsapparats⁸⁹.“

Falls dieser Fall in der Theorie nicht vorgesehen sein sollte, muß die Theorie umgehend erweitert werden — sie müßte es schon seit Jahrzehnten. Andernfalls verwandelt sich der wissenschaftliche Sozialismus in einen idealistischen Kanon, der uns erzählt, wie die Dinge sein sollten, anstatt uns zu sagen wie sie sind und wie wir sie dazu bringen, so zu sein wie sie sein sollten. Der so betriebene administrative Sozialismus wird immer wieder an den gleichen Widerspruch geraten: weil man nicht allzu lange erzählen kann, wie es sein sollte, ohne daß jemand auf die Idee kommt zu fragen, warum es denn *nicht* so ist. Oskar Negt merkt dazu an: „Eine Partei, die ihrem Anspruch nach revo-

⁸⁷ In: konkret/Prag, hier zitiert S. 143 f.

⁸⁸ „RC-Bulletin“ II/1968, Diskussions- und Informationsblatt des RC e. V. Berlin, S. 11.

⁸⁹ Manifest der 2000 Worte, in: Skibowski/Schicksalstage S. 22.

lutionäres Subjekt der Veränderung geblieben ist, faktisch jedoch die Revolution nurmehr verwaltet, ist in der Tat auf die uneingeschränkte Verfügung über die Massenmedien angewiesen: sie muß nämlich den manipulierten Massen in einer Art Dauerinterpretation⁴⁰ technokratische Verwaltungsakte als revolutionäre Aktionen begreifbar machen. Der stalinistische Begriff der Masse hat ohnehin viel Ähnlichkeit mit dem westlicher Massenpsychologen. Masse hat etwas Bedrohliches, Unkontrollierbares, Naturhaftes an sich⁴¹.

Die KPC hat versucht, diesen stalinistischen Begriff und die stalinistische Parteipraxis durch sozialistische Begriffe und sozialistische Praxis zu ersetzen. Daß es dabei Fehler gegeben hat, ist unausweichlich: ich plädiere jedoch für historische Kontinuität auch in der Fehlerdiskussion. Es wäre ein unwissenschaftliches Verfahren, die Fehler bei der Rückbildung von Deformationen zu diskutieren, ohne zuvor die Fehler bei der Ausbildung der Deformation zu diskutieren — unaufrichtig ist die Praxis des pauschalen „gewiß, zuvor sind auch Fehler gemacht worden, aber“: und mit diesem *aber* bläht man jeden Splitter zu einem Balken auf. Zuvor sind *Verbrechen* begangen worden, deren Unvermeidbarkeit noch nicht bewiesen ist — während sich die zwangsläufige Ableitung der Fehler der Reformer aus den Folgen jener Verbrechen sehr leicht beweisen läßt.

Bei all diesen unumgänglichen Diskussionen werden uns kanonische Zitate keinen Dienst leisten. Wenig also fruchtet bei Beantwortung gerade auch der Klassenfrage der bloße Hinweis auf die „führende Rolle der Partei“. Alexander Dubcek ist das Problem konkreter angegangen, als er am 6. März dieses Jahres vor Kladnoer Arbeitern sagte: „Die Partei muß stets Dienerin und Instrument des Volkes zur Erreichung aller seiner Ziele und Interessen sein. Die Partei ist kein Gegenstand der Vergötterung, kein Götze, auch wenn wir mit ihr viele Kämpfe und Siege, aber auch Bitterkeit und Fehler und Ungerechtigkeiten erlebt haben. Die Partei ist kein Selbstzweck, und auch ihre führende Rolle ist kein Selbstzweck. Die führende Rolle der Partei bewährt sich in dem Maß, in dem unser Volk sie als politische Führerin betrachtet. Das kann man nicht beschließen. Die führende Stellung der Partei ergibt sich nicht aus ihrer Macht, sondern aus einer richtigen Politik⁴².“

Parteien, deren führende Rolle sich aus ihrer Macht ergibt, haben die Okkupation der CSSR beschlossen. „Die nach leninistischen Maßstäben einzig gültige Instanz des objektiven Klasseninteresses, die Partei (der CSSR, Y. K.), mußten sie umgehen, um ein von jeglicher Realitätskontrolle (wenn man von den anonymen Anrufern absieht, die die Intervention ausgelöst haben sollen) befreites, rein fingiertes Klasseninteresse für die Berechtigung der Intervention geltend

⁴⁰ (Y. K.): Diese Praxis findet sich u. a. beschrieben in dem Satz: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern.“ (11. der Marx'schen Thesen über Feuerbach) — eine ähnliche Haltung nehmen westdeutsche Kommunisten häufig gegenüber Deformationen des Sozialismus in sozialistischen Ländern ein.

⁴¹ konkret/Prag S. 29.

⁴² In: „tagebuch“ Wien, März/April 1968, S. 20.

machen zu können⁴³.“ Dieses fingierte Klasseninteresse lieferte den Vorwand für das was folgte, was immer noch folgt.

Im TASS-Kommuniqué über die sowjetisch-tschechoslowakischen Verhandlungen vom 23. bis 26. August 1968 allerdings liest man: „Dem einmütigen Streben der Völker der UdSSR nach Freundschaft mit den Völkern der sozialistischen Tschechoslowakei Ausdruck gebend, bekräftigten die sowjetischen führenden Repräsentanten ihre Bereitschaft zur umfassendsten und aufrichtigsten Zusammenarbeit auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung, Gleichberechtigung, territorialen Integrität, Unabhängigkeit und sozialistischen Solidarität⁴⁴.“

Ich habe die Worte kursiv hervorgehoben, die einen Gutteil der historischen Werte der internationalen Arbeiterbewegung bezeichnen und mit denen an der zitierten Stelle Schindluder getrieben wurde wie zu Stalins Zeiten. Wer mit den Werten des internationalen Sozialismus lediglich noch seine Erpressungen kaschiert, dem sind diese Worte böhmische Dörfer. Im Klasseninteresse der Arbeiterklasse liegt es, diese Worte von dem unsauberen Gebrauch zu reinigen, den die Okkupanten von ihnen machen. Und man reinigt sie am besten, indem man sie verwirklicht.

⁴³ Oskar Negt in: konkret/Prag.

⁴⁴ In: Skibowski/Schicksalstage S. 167 f.

Christian Geissler Anstelle eines Berichtes aus Prag

(Die die Rede kennen, die ich am 5. Dezember 67 in Prag gehalten habe, und meine Sorgen nach meiner Reise dorthin im April 68, könnten fragen: Woher jetzt dieses Urteil? Antwort: Aus der Sowjet-Union. Ich bin bis zum 21. August 68 jederzeit bereit gewesen, die Chance und die Gefahren zu diskutieren, die ich in der CSSR-Entwicklung gesehen habe. Panzerkanonen, die sich auf die Arbeitermiliz und auf die Parteizentralen eines sozialistischen Landes richten, sind undiskutabel. Hier bekommt Klassenkampf eine neue Qualität. Wir werden lernen, ihn im Interesse der internationalen Klasse vollkommen neu zu organisieren. CG)

Ursprünglich hatte ich, da ich in den ersten Tagen der Okkupation in Prag und im Osten des Landes war, vor, einen Bericht dieser Reise im kürbiskern zu veröffentlichen. Inzwischen ist hierzulande auch ohne die Mitteilung meiner privaten Erfahrung das Wichtigste klar genug und bekannt, übrigens so gut bekannt, daß manchmal Genossen jetzt ganz gewaltige Wege, Umwege, Abwege, Auswege, Fluchtwege, Einbahnstraßen abtragen über vierzig mal vierzig mal vierzig Seiten Geschichte und Taktik und Lenin und Hitzer und Liebknecht und Blessing und Thadden und Glaube und Liebe und doch keine Hoffnung, den tschechoslowakischen Tatsachen aus dem Wege zu kommen; nein, tatsächlich keine Hoffnung. Deshalb: Wer im Dezember 68 noch einen Reisebericht braucht, um zu wissen, daß die Arbeiterklasse und mit ihr die revolutionäre Intelligenz der CSSR in den vergangenen Monaten buchstäblich zu Boden geschlagen, buchstäblich verraten und verkauft worden ist, dem habe vermutlich auch ich durchaus nichts Neues mehr mitzuteilen. Außerdem: Mein Text, wenn ich ihn gründlich mache, würde bestimmte Menschen drüben, bestimmte Gruppen von Arbeitern und Studenten und Literaten, bestimmte klassenbewußte, also revolutionäre Gruppierungen identifizierbar machen. Das würde sie bei den künftigen Verfolgungen unnötig exponieren. Wer unlängst in Prag war, weiß, was an Verrat und Verschleiß der sozialistischen Kraft dieses Landes erst noch bevorsteht. Dies feststellen, die Dinge beim Namen nennen, veranlaßt jetzt manchmal Freunde, mir zu sagen: So setzt du dich zwischen die Stühle! Mag sein, aber

zwischen den Stühlen werden wir stehen lernen. Die Klasse, die seit jeher den Kampf zu führen hat, sitzt nur immer beim Gegner.

Also vorläufig hier von mir keinen Bericht aus Prag. Vielmehr schließe ich mich zunächst einmal Punkt für Punkt dem an, was Yaak Karsunke in seinem Aufsatz feststellt und folgert. Darüberhinaus möchte ich unsere Leser hinweisen auf die Ausgabe 1/3 der Zeitschrift WAS TUN, auf das Juliheft der Zeitschrift DIE INTERNATIONALE (beides zu beziehen über Lothar Boepple, 68 Mannheim 31, Nauheimer Straße 19), auf die Erklärung des berliner RC im BERLINER EXTRADIENST vom 31. 8., auf die Texte von Kadritzke und Meschkat im BERLINER EXTRADIENST vom 24. 8. und auf den Text von Gerd Hirschauer in WERKHEFTE 9/68, München, Landwehrstraße 44.

Ich sollte übrigens eine sehr persönliche Erfahrung dem Leser vielleicht nicht vorenthalten: Ich schäme mich über Freunde, die imstande sind, internationalen Klassenverrat umzu(denken?) in historischen Zweck; und darüber, daß ich jahrelang so etwas für unmöglich gehalten habe trotz aller historischen Beispiele. Scham ist ein sehr altmodisches Ding, kann aber dennoch tatsächlich sprachlos machen. Auch darum also jetzt von mir an dieser Stelle keinen Bericht über Prag. Aber wie soll es weitergehen?

Es geht schon weiter.

In Moskau und in Ostberlin sind inzwischen Gefängnisstrafen verhängt worden, gegen Kommunisten, die den jüngsten Klassenverrat nicht nur nicht mitmachen sondern öffentlich bekämpfen. Gewiß, 'die Schönheit der Macht ist immer neu und vollkommener zu zeigen', schreiben die Klassenbuchführer vom DDR-Schriftstellerverband angesichts der besetzten CSSR (NDL 9/68), aber wir hier drüben von der ganz letzten linken Bank wollen ja erstmal noch gar nicht 'Schönheit', sondern einfach nur wissen, was los ist.

Wie könnten wir da vorankommen?

Ein Mitglied der Kürbiskernredaktion, Hannes Stütz, ist Gründungsmitglied der Deutschen Kommunistischen Partei. Diese Partei hat auf sehr eindeutige Weise erklärt, daß und warum sie freundschaftlich mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands verbunden ist. Ich schlage der Redaktion vor, zu beschließen, daß Hannes Stütz es uns über die politischen Verbindungen der DKP ermöglicht, in Ostberlin Protokolle anzufertigen anhand von Gesprächen mit Freunden und nächsten Angehörigen der verurteilten Kommunisten zum Zwecke der Darstellung der Motive und Gedanken, die junge Kommunisten in der DDR veranlassen, für eine fortschrittliche, also revolutionäre Entwicklung des Sozialismus auch in ihrem Land auf die Straße zu gehen. In diesem Zusammenhang sollten wir dann vielleicht auch gleich mitbeschließen, Hannes Stütz zu beauftragen, die Protokolle der Gerichtsverhandlungen gegen die betreffenden Kommunisten zu beschaffen zwecks Veröffentlichung im kürbiskern. Wir dürfen, meine ich, bei diesem Beschluß davon ausgehen, daß das Gericht eines sozialistischen Landes vor den Sozialisten im Nachbarland nichts zu verbergen hat (und

erst recht nichts zu verbergen hat vor der westdeutschen Arbeiterklasse, die uns ja mal nach diesen Gerichtsverhandlungen fragen könnte), — und davon, daß die Verurteilten gegen eine solche Veröffentlichung nichts einwenden werden, vorausgesetzt, man kann ihnen seitens der SED, also seitens der Avantgarde der deutschen Arbeiterklasse verbindlich zusagen, daß die dort dann von uns Protokollierten nicht auch gleich ins Gefängnis müssen. Kurz und im Ganzen: Gehn wir doch bei der kommenden Redaktionsarbeit hartnäckig von dem aus, was im August an vielen Prager Wänden stand: DIE WAHRHEIT IST REVOLUTIONÄR!, und fügen wir dem vielleicht noch hinzu: DIE LÜGE IST KONTERREVOLUTIONÄR. Das wird dann nicht nur uns Fünf vorwärtsbringen. Sollte sich herausstellen, daß diese Vorschläge nicht zu verwirklichen sind, ich meine die Protokollvorschläge, dann käme es wohl darauf an, dem kritischen und aufmerksamen Leser unserer Zeitschrift einmal ganz genau vorzustellen, wer wen wo unter Angabe welcher Gründe wann zu wessen Gunsten und zu wessen Nachteil gehindert hat, die Fakten in Sachen berliner Kommunistenprozesse 68 zu veröffentlichen. Die Herausarbeitung einer solchen Vorstellung wäre, von allem anderen jetzt einmal abgesehen, eine der Mindestleistungen marxistischer Zeitschriftenmacher zur Sache der tschechoslowakischen Genossen, nämlich zur Sache des WER WEN, also zur Sache des internationalen Klassenkampfes jetzt.

Abschließend: Wir können von Glück sagen, vom tatsächlich politischen Glück, daß im Kürbiskern, wie man sieht, die marxistische Auseinandersetzung heute noch hart geführt werden kann. Gut. Wir dürfen aber andererseits wohl dennoch nicht vollkommen ausschließen, daß meine hier vorgebrachten Arbeitsvorschläge von einer Mehrheit in der Redaktion schließlich doch noch verworfen werden. Für diesen Fall, und *nur* für diesen Fall, — und zwar, weil es von dann an wirklich Wichtigeres, politisch Wichtigeres zu tun gäbe als Kürbiskerne ohne Kern ins bundesdeutsche Mistbeet zu stopfen — würde ich mich gern als Mit-herausgeber von den Lesern verabschieden wollen, von den Lesern, die wissen, was es heißt: Der Kampf geht weiter. Das Land ist (die Länder sind) still, noch.

8191 Dorfen, 31. 10. 68

Oliver Behnssen / Wolf Brannasky Demonstration eines Widerspruchs

28. August 1968

(Für einen Tschechen, für einen Slowaken)

Um nicht wie ein klassenloser
Arbeiter- und Bauernfresser predigen zu müssen,
wieviel Genie gehört heute bereits dazu,
nicht wie ein klassenloser Tschechen- und Slowakenfresser
plaudern zu müssen.

Um nicht wie in Ungarn 1956
auf die einmarschierenden sowjet-russischen
Panzer schießen zu müssen,
wieviel Genie gehört heute bereits dazu,
auf die sowjet-russischen Besatzungstruppen
in der Tschechoslowakei nicht schießen zu müssen.

Um nicht schreien zu müssen
Cojones! Sozialismus und Demokratie!
wieviel Genie gehört heute bereits dazu,
Dubcek, Swoboda, Smrkovsky, Cernik zu rufen,
für einen Tschechen, für einen Slowaken.

Oliver Behnssen

ÜBER PRAG NACHDENKEN

Überlegt's euch mal:

wem das nützt, und was das heißt,
wer da die Fäden zieht,
und wer da wen bescheißt.

Wenn Schütz und Co. über'n Ku-damm demonstrieren
und heuchelnd liberalen Sozialismus postulieren,
wenn der Springer vor lauter Freiheitsdrang vergißt,
daß bei uns die KP noch verboten ist.

Überlegt's euch mal,
überlegt's euch mal!

Wenn dem Nazi-Kanzler die Träne rinnt,
weil die tschechischen Felle davongeschwommen sind.
Wenn die Großfinanz auf den Hradschin schleicht
und dann die Sowjets mit den Nazis vergleicht.

Überlegt's euch mal,
überlegt's euch mal!

Jetzt stirbt in Bonn ein schlauer Plan:
Herr Leber häßt' die Autobahn
ganz gern, ganz schnell gen Prag geführt
und die Tschechen nach westlichem Muster formiert.

Überlegt's euch mal,
überlegt's euch mal!

Du suchst dir da 'nen Standpunkt aus,
bleibst kritisch oder hältst dich raus
und sprichst gerührt von Aggression
und dann schluckt dich die Reaktion.

Überlegt's euch mal,
überlegt's euch mal!

Die alte Clique lädt zum Ball:
Faschismus tanzt mit Kapital.
Mein Freund, wer das nicht haben möchte,
dem — mein' ich — sind auch Panzer recht!

Überlegt's euch mal,
überlegt's euch mal!

Wolf Brannasky

Fred Schmid

Demokratisierung oder Liberalisierung —

Zur ökonomischen Entwicklung in der Tschechoslowakei

Obwohl die Sympathie bundesrepublikanischer Konzern- und Bankherren für den „progressiven Reformkommunisten“ Dubček so groß ist, daß sie ihn als Goldmünze in die Tasche stecken, wissen ihre Zeitungen und Massenmedien nur über die formaldemokratischen Veränderungen im Überbau der tschechoslowakischen Gesellschaft zu berichten, geben aber über die ökonomischen Reformen und die sozialen Probleme der Arbeiter mit nebelhaften Phrasen („rote Marktwirtschaft“, „demokratischer Sozialismus“, „rote Wirtschaftskrise“) ein äußerst verschwommenes Bild. Für Sozialisten ist jedoch die Weiterentwicklung der Ökonomie das Schlüsselproblem für die Bewährung und Entfaltung einer sozialistischen Gesellschaft. Das Abgehen von Klassenpositionen und das Aufgeben sozialistischer Prinzipien auf diesem Gebiet wird unausweichlich zu einer Gefährdung des Sozialismus und der Macht der Arbeiterklasse führen.

Bevor man deshalb an die Beantwortung der Frage geht, ob es sich bei den wirtschaftlichen Reformbestrebungen in der CSSR um eine schöpferische Weiterentwicklung des Sozialismus oder um einen „friedlichen Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus“ (Sweezy) handelt, ist es notwendig, einige Grundprinzipien sozialistischer Wirtschaftsleitung herauszuarbeiten.

Demokratischer Zentralismus

Gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln bedingt zentrale staatliche Disposition über dieses Eigentum in den Grundfragen, um die Einheitlichkeit und Geschlossenheit des volkswirtschaftlichen Entwicklungs- und Reproduktionsprozesses zu garantieren. Staatlicher Zentralismus als Leitungsprinzip der sozialistischen Gesellschaft ist jedoch nicht gleichzusetzen mit bürokratischer Zentralisation oder Dirigismus. Er beinhaltet und bedingt Eigenverantwortung

und Selbstentscheidung der Individuen und Kollektive auf den jeweiligen Entscheidungsstufen: Branche, Betrieb, Brigade, Arbeitsplatz. Dieser demokratische Zentralismus, als dialektische Einheit von Zentralismus und Demokratie, wurde von Lenin unablässig als Grundprinzip der sozialistischen Wirtschaft und gegen die Dezentralisierung als „Krankheit der Übergangsperiode“ propagiert: „Wir sind für den demokratischen Zentralismus. Und man muß sich eindeutig darüber klarwerden, wie sehr sich der demokratische Zentralismus einerseits vom bürokratischen Zentralismus, andererseits vom Anarchismus unterscheidet ... unsere Aufgabe besteht jetzt darin, gerade den demokratischen Zentralismus auf dem Gebiet der Wirtschaft zu verwirklichen, für ein absolut reibungsloses und einheitliches Funktionieren ... zu sorgen!.“

„Unsere Aufgabe“, das war die Aufgabe der Partei der Bolschewiki, die als Instrument der Arbeiterklasse und organisiert aus ihren bewußtesten Kräften, nach der Durchführung der sozialistischen Revolution nun den Aufbau des Sozialismus anleiten sollte. In der Phase der Diktatur des Proletariats als Klassenkampf in spezifischer Form ergeben sich drei, dialektisch vermittelte, Hauptaufgaben für die kommunistische Partei: Erstens, Erhaltung der Macht des Proletariats durch Niederhaltung der Ausbeuterklassen und entschlossene Bekämpfung bürgerlicher Ideologien. Zweitens, Planung und Organisation des sozialistischen Aufbaus durch bewußte und einheitliche Anleitung der staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen und aktive Beteiligung der Arbeiterklasse an diesem Aufbau. Drittens, Überzeugung der Mehrheit des Volkes von der Richtigkeit ihres Programmes und ihrer Taktik.

Sie kann diese Führungsrolle aber nur dann realisieren, wenn sich ihre Politik in Übereinstimmung mit den objektiven Bedürfnissen der Bevölkerung befindet, d. h. wenn sie aktiv und unbeirrt den objektiven Gesetzmäßigkeiten zum Durchbruch verhilft und sich nicht pragmatisch ihr Handeln von jeweils spontanen Konstellationen und Gruppeninteressen (z. B. Forderung nach bürgerlichen Freiheiten) bestimmen läßt. Diese prinzipienlose Nachtrabpolitik verhilft der kommunistischen Partei bestenfalls zu einer vorübergehenden Scheinpopularität bei den Massen, wie das Beispiel der Nach-Januar-Entwicklung der KPC zeigt. Auf der anderen Seite untergräbt eine dogmatische Erstarrung der Partei zur Gralshüterin der Ideologie diesen Führungsanspruch in gleicher Weise und degradiert ihn schließlich zum rein verbalen Anspruch, was sich ebenfalls in der CSSR immer deutlicher abzeichnete durch die späte Überwindung des Stalinismus unter Novotny. Das Mittel, um den genannten Aufgaben gerecht zu werden und die führende Rolle der Kommunistischen Partei als Instrument der Arbeiterklasse beim Aufbau des Sozialismus in die Tat umzusetzen, ist das Prinzip des demokratischen Zentralismus. Dieses Prinzip gilt auf allen gesellschaftlichen Ebenen, auch auf dem Gebiet der materiellen Produktion.

¹ Lenin, Werke Bd. 27, S. 196 f.

Zentralistisches Wirtschaftsmodell

Die konkreten Erscheinungsformen sozialistischer Wirtschaftsleitung sind von historischen Umständen abhängig, wie Stand der Produktivkräfte, Bildung, politische Kräfteverhältnisse und nationale Besonderheiten. Für das Verhältnis von Zentrallleitung und Selbstentscheidung der Produzenten gibt es kein allgemeinverbindliches Modell. So war das ökonomische Modell der UdSSR in der Vergangenheit durch ein hohes Maß an Zentralismus charakterisiert, verbunden mit einer vorwiegend administrativen Steuerung des Wirtschaftsprozesses. Diese Leitungsmethode war in dieser Zeit durchaus rational und dem Entwicklungsstand der Volkswirtschaft adäquat: es bestand die Notwendigkeit einer raschen Entwicklung der Schwerindustrie als Voraussetzung für die Industrialisierung des ganzen Landes, Hebung des Bildungsniveaus, Verteidigung und Überwindung der Kriegsfolgeerscheinungen. Diese Aufgaben konnten nur durch einen konzentrierten Mitteleinsatz in ausgewählte Prioritätssektoren gelöst werden. Die damit verbundene Mangelsituation im Konsumsektor erforderte eine straffe Verwaltung und annähernd gerechte Zuteilung des Wenigen.

Hinzu kam, daß die Arbeiterschaft 1917 zahlenmäßig schwach und ihr Ausbildungsstand niedrig war, so daß der Einsatz von bürgerlichen Spezialisten „im Interesse der Werktätigen“ und „unter Kontrolle der Arbeiterorganisationen“ (Lenin) notwendig wurde. Straffe zentrale Planung wurde hierbei zum Mittel der Wahrung der politischen Macht der Arbeiterklasse auf ökonomischem Gebiet.

Eine solche extensive Periode, gekennzeichnet durch vorwiegend quantitative Erweiterung der Produktionsquellen (Aktivierung von landwirtschaftlichen Arbeitskräften für die Industrie, quantitative Erweiterung des Produktionsapparates, Maximierung des output) kann auch in relativ hochentwickelten Industrieländern wie DDR und CSSR in bestimmten Situationen erforderlich sein. Auch hier bedingte die Überwindung der Kriegsfolgen und die Transformation der Gesellschaftssysteme eine straffe Zentralisierung der Wirtschaftsleitung. Zwar war in der CSSR der Produktionsapparat im wesentlichen unzerstört geblieben, doch mußte er infolge der Spaltung Europas und des damit verbundenen ökonomischen Embargos seitens der kapitalistischen Länder, auf neue Rohstofflieferanten (UdSSR), sowie die Entwicklung einer Grundstoffindustrie umorientiert werden. Durch den Boykott der kapitalistischen Länder verlor die CSSR ihre traditionellen westeuropäischen Absatzmärkte, vor allem Österreich und Deutschland. Daneben galt es, die schwach entwickelte Slowakei auf das Niveau der tschechischen Landesteile anzuheben. Die CSSR erzielte dabei beachtliche Erfolge: Das Wohlstandsgefälle zwischen diesen Landesteilen verminderte sich zusehends (der monatliche Durchschnittslohn in der Industrie betrug 1967 in Böhmen-Mähren 1690 KCS, in der Slowakei 1645; der Anteil der Slowakei am Sozialprodukt stieg in der Zeit von 1948 bis 1965 von 19

auf 25 Prozent) und die Industrieproduktion in der gesamten Tschechoslowakei stieg um das 4^{1/2}-fache gegenüber der Vorkriegszeit. Es bleibt deshalb unverständlich, weshalb Ota Šik diese Periode als „insgesamt negativ“ charakterisiert. Negativ war, daß man das beschriebene Leitungsmodell über die erforderliche Zeit hinaus beibehielt und es nicht rechtzeitig, entsprechend dem veränderten Niveau der Produktivkräfte, umorganisierte. Mit zunehmender Industrialisierung der Volkswirtschaft wird das zentralistische Modell nämlich selbst zum Hemmschuh für eine weitere Entwicklung der Produktivkräfte. Infolge der Komplexität der Wirtschaftsstruktur ist die Zentrale bei der Leitung des Produktionsprozesses zu einer progressiv steigenden Zahl von direkten Anweisungen und Einzelregelungen und zur Aufstellung eines zunehmend detaillierten Planes gezwungen, was zu starken Reibungsverlusten und Fehlfunktionen führt.

Die Symptome der Fehlentwicklung waren in der CSSR bereits Ende der fünfziger Jahre deutlich erkennbar. Zwar blieben die volkswirtschaftlichen Wachstumsraten weiterhin sehr hoch, doch nur auf Kosten eines steigenden Anteils der Akkumulation am Nationaleinkommen infolge sinkender Effizienz der Investitionen. Die bestehenden Produktionsanlagen wurden nicht oder nicht rechtzeitig erneuert und modernisiert, so daß der Maschinenpark zusehends veraltete. Die Folge war: sinkende Arbeitsproduktivität, ungenügende Qualität der Produkte, sowie steigender Materialverbrauch pro Erzeugniseinheit. Die unvollendeten Bauten, die sog. Investruinen, erreichten bereits 1959 96 Prozent der Jahresinvestitionen und die Lagerbestände an unverkäuflichen Fertigwaren wuchsen — bei gleichzeitigem Kaufkraftüberhang — zu Milliardenbeträgen an. Ganz zu schweigen von der ungenügenden Orientierung auf die Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution, insbesondere der komplexen Rationalisierung und der Automation (1967 waren in der CSSR erst 155 elektronische Rechenanlagen im Einsatz; diese Zahl sollte sich bis 1970 auf etwas über 200 erhöhen — im Vergleich dazu verfügte die Wirtschaft in der BRD 1967 bereits über 9323 Elektronenrechner!).

Es hätte also spätestens Anfang der sechziger Jahre die objektive Notwendigkeit bestanden, das Leitungssystem an die veränderte Wirtschafts- und Sozialstruktur des Landes anzupassen. Statt dessen orientierte man auch beim 3. Fünfjahrplan (1961—65) auf den Fetisch Nationaleinkommenszuwachs. Dieser Plan sah bis 1965 einen industriellen Zuwachs von 56 Prozent vor und hätte, infolge der beabsichtigten Vermehrung der schwerindustriellen Produktion um 70 Prozent, die Struktur der Volkswirtschaft weiter verschlechtert. Bereits in den beiden ersten Planjahren sanken aber die Wachstumsraten der Industrieproduktion stark ab², so daß 1962 der Fünfjahrplan abgebrochen wurde und man wieder zu Jahresplänen übergang. Doch erst die akute Krise, hervorgerufen durch die absolute Stagnation des Wachstums (1963: — 0,6 Prozent), erzwang die Erkennt-

² siehe Tabelle Seite 91.

nis, daß man das Leitungsmodell auf eine qualitativ höhere Stufe entwickeln mußte.

Wachstumsraten der industriellen Bruttoproduktion:

	1960	1961	1962	1963	1964
CSSR	12	9	6	—0,6	4
DDR	8	6	6	4	6

Noch deutlicher wird die prekäre Situation am Verlauf des Index des Nationaleinkommens (1960 = 100):

	1960	1961	1962	1963	1964	1965
CSSR	100	107	108	106	106	110
DDR	100	104	106	109	114	119

(Quelle: Statist. Jahrbuch der DDR, 1968)

Es vergingen allerdings nochmals 3 Jahre, bis man sich auf dem XIII. Parteitag der KPC (1966) zu ‚Grundrichtungen‘ für die Weiterentwicklung der Volkswirtschaft durchrang, 3 Jahre nachdem man in der DDR-Wirtschaft das ‚Neue ökonomische System der Planung und Leitung‘ (NÖSPL) eingeführt und kontinuierlich fortentwickelt hatte. Die gesamte Zeit seit dem Auftreten der ersten Schwierigkeiten war gekennzeichnet durch Konzeptionslosigkeit und fehlende Initiative der KPC. Anstatt eine Perspektive für die einzuleitenden Schritte zu entwickeln, ging man den Problemen aus dem Weg, wartete man ab und sägte sich selbst den Ast ab, auf dem man sich ausruhte.

Zum 1. Januar 1967 wurde die CSSR-Wirtschaft dann abrupt auf ein ‚Neues Wirtschaftsmodell‘ umgestellt, ohne Ausarbeitung der damit verbundenen Detailprobleme und konkreten Maßnahmen, ohne diesen Übergang in eine langfristige Prognose der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung einzu beziehen und ohne vorhergehende Diskussion und Aufklärung der Massen^{2a}.

Neue ökonomische Systeme

Sozialistische Produktionsdemokratie

Sowohl die sozialistischen Produktionsverhältnisse als auch der Charakter der modernen Produktivkräfte erfordern eine Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie, d. h. der Arbeiter muß in zunehmendem Maße seine Funktion als Eigentümer der Produktionsmittel wahrnehmen, muß an allen kollektiven Entscheidungen bewußt und aktiv mitwirken können. Im zentralistisch-administrativen System war die Teilnahme der Werktätigen an der Leitung zwar nicht aus-

^{2a} Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß das neue System bereits 1966 probeweise in einigen Betrieben eingeführt wurde, da die gewonnenen Erfahrungen nicht genügend verallgemeinert und in der Öffentlichkeit diskutiert wurden.

geschlossen, infolge des beschriebenen Gewichtes der Zentrale aber stark eingeschränkt.

Mit den Wirtschaftsreformen in den meisten sozialistischen Ländern ist eine Erhöhung der relativen Selbständigkeit der verschiedenen Entscheidungsstufen verbunden. Das NÖSPL der DDR ist durch Pyramidenform der Leitungsfunktionen gekennzeichnet. Ausgehend von der Spitze lassen sich folgende Leistungsstufen unterscheiden: Zentrale (Staatliche Plankommission), Industrieministerium, Branchenleitung (VVB), Betrieb (VEB), Kollektiv (Brigade), Arbeitsplatz. Jede Leistungsebene soll sich nur auf die perspektivischen Grundfragen konzentrieren und nur noch die Ziele der Tätigkeit der untergeordneten Organe festlegen und nicht die dazu nötigen Einzelschritte. Damit bleibt mehr Raum für eigene Entscheidungen und Verantwortung. Umgekehrt bedeutet dieser erhöhte Spielraum für Selbstorganisation und Selbstentscheidung keine Abschwächung der gesamtstaatlichen Macht oder gar Autonomie der Betriebe, sondern die Einheit von Demokratie und Zentralismus entsprechend der höheren wissenschaftlich-technischen Entwicklungsstufe. „Der Plan ist und bleibt das entscheidende Instrument unserer ökonomischen Politik“ betonte Walter Ulbricht anlässlich der Einführung des neuen Systems in der DDR. Und in der Tat soll die zentrale Planung nicht abgebaut, sondern im Gegenteil durch ihre Qualifizierung gestärkt werden. Deshalb geht man in der Zentrale von der bisherigen Detailplanung, die nur von einer scheinbaren Konkretheit war, ab und beschränkt sich auf die Festlegung der für den Gesamtprozeß grundlegenden, zahlenmäßig aber wenigen Fragen, wie Wachstumsrate, Verhältnis von Akkumulation und Konsumtion, Grundproportionen der Investitionen, Strukturpolitik und Planung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Die spezifischen Detailprobleme aber sollen dort gelöst werden, wo dies am sachkundigsten und wirkungsvollsten geschehen kann. Damit ergibt sich für die Individuen und Kollektive verstärkt die Möglichkeit aktiv und schöpferisch am Produktionsprozeß und an der Festlegung der Ziele teilzunehmen, die Qualität der Entscheidungen zu erhöhen und es ist der entscheidende Schritt getan, um Subjektivismus und Bürokratismus aus den Leitungen zu verdrängen.

Die Entfremdung der arbeitenden Menschen kann tendenziell aber nur dann überwunden werden, wenn sie zudem an der Festlegung des ökonomischen Gesamtablaufes und an der Lösung der Grundfragen der betrieblichen Entwicklung beteiligt werden. In der DDR versucht man deshalb über verschiedene Institutionen, wie „ökonomische Aktivs“, „Produktionskomitees“, „gesellschaftliche Räte“, Gewerkschaften und in vielfältigen Formen, wie Planvorbereitung und -diskussion, „sozialistischer Wettbewerb“, „Neuerer- und Erfinderwesen“ u. a., möglichst viele Menschen in die Planung und Gestaltung des Reproduktionsprozesses einzubeziehen.

Allerdings können die Massen ihre demokratischen Rechte nur dann wahrnehmen, wenn sie durch einen entsprechenden Bildungs- und Bewußtseinsstand

dazu befähigt und zur Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung bereit sind.

Unter diesem Gesichtspunkt erscheint sozialistische Produktionsdemokratie nicht zuletzt als Bildungs- und Erziehungsaufgabe und hat wenig zu tun mit dem abstrakt-formalen Demokratieverständnis, wie es in manchen antiautoritären Leerformeln von „Rätestrukturen“ und „Arbeiterselbstverwaltung“ zum Ausdruck kommt.

Die beiden skizzierten Voraussetzungen — sozialistisches Verantwortungsbeußtsein und fachliche Qualifikation der Werktätigen — waren in der CSSR beim Übergang auf die neuen Leitungsmethoden nur ungenügend erfüllt. So hatte die Egalisierung der Löhne, als Folge der utopischen \$-Vorstellung vom „Sieg des Sozialismus in der CSSR und dem allmählichen Übergang zum Kommunismus“ (Gesamtstaatliche Konferenz der KPC, Juli 1960) zu einem abnehmenden Interesse an einer beruflichen Weiterqualifizierung oder der Aufnahme eines Studiums geführt. Das betraf relativ stärker jene Fach- und Studienrichtungen, die zur Anwendung und Weiterentwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts notwendig gewesen wären. 1963 hatten von 11 941 Direktoren und Stellvertretern der Betriebe und Unternehmen nur 2822 eine Hochschulausbildung, 2265 nur eine Volksschulausbildung. Von der Gesamtzahl von 176 546 ingenieurtechnischen Mitarbeitern hatten lediglich 19 546 Hochschulausbildung und 37 772 nur Grundschulausbildung. Diese Tendenz wurde noch verstärkt durch den Verzicht auf politisch-ideologische Arbeit durch die KPC und die gesellschaftlichen Massenorganisationen infolge der Überschätzung des erreichten Bewußtseins und des Glaubens, daß sich das Bewußtsein spontan mit der Erhöhung des materiellen Lebensstandards weiterentwickle³.

Zu Beginn der 60er Jahre wurde der Kandidatenstatus und das Parteilehrjahr in der KPC abgeschafft und auf bewußtseinsfördernde Massenkampagnen verzichtet, so daß die Bereitschaft zur aktiven Mitwirkung und der Entfaltung von schöpferischer Initiative in der Partei und unter den Massen nicht mehr vorangetrieben wurde.

Um so mehr verwunderte es, daß diese inhaltlichen Voraussetzungen einer echten Demokratie unter den „demokratizace“ — Diskussionen der Intellektuellen und Massenmedien keinen Stellenwert haben und die echten Interessen der Arbeiter nicht formuliert werden. Vielmehr sind die Vorstellungen der Intellektuellen über die Lösung der anstehenden sozialen und ökonomisch-technischen Fragen durch gänzliche gesellschaftspolitische Konzeptions- und Perspektivlosigkeit gekennzeichnet, wie dies am deutlichsten in der Antwort Prof. Goldstückers auf die Frage, ob gewisse Formen der Rückkehr eines Privatbesitzes an Produktionsmitteln denkbar wären, zum Ausdruck kommt: „Wir sind am Anfang eines

³ Diese falsche Einschätzung des Bewußtseins der Massen findet man auch bei den meisten Reformern: „Es gibt im Land keine ernst zu nehmenden Kräfte mehr, die die sozialistische Entwicklung bedrohen, die Menschen sind dem Sozialismus in höchstem Maße und aus tiefster Seele ergeben.“ (Ota Šik, Weg und Ziel, April 1968, S. 198)

großen, nicht kurzen Prozesses, und wir möchten, daß in diesem Prozeß nicht sofort alles sich herauskristallisiert. Wir möchten, daß dieser Prozeß bis an die Grenzen seiner Möglichkeiten läuft, wir möchten das Ende offenhalten so lange wie nur irgend möglich. Wir sagen ganz *pragmatisch*, wir werden sehen. Wir werden sehen!“ (Hervorhebung — F. S.)

Dieser bürgerliche Pragmatismus wird besonders deutlich im ‚Manifest der Zweitausend Worte‘ (Sozialismus als Arbeitstitel!), in dem die Lösung der anstehenden ökonomischen und sozialen Probleme, rein technisch, gleichsam klassen-neutral, zur Sache von Experten und Spezialisten gemacht wird. Diese seien nur „an die geeigneten Stellen zu setzen. Bei allen unseren Diskussionen entscheiden zuletzt die Wissenschaftler (!) über unser Schicksal“. Kein Wort von der bewußten Gestaltung des gesellschaftlichen Prozesses durch das gesamte Volk unter Führung der kommunistischen Partei. Kein Wort von der notwendigen Mobilisierung der Werktätigen und ihrer massenhaften Einbeziehung in die Reformdiskussion.

Statt dessen forderte man die Weckung der Initiative der Manager, deren Autonomiebereich entscheidend vergrößert werden sollte. Also Selbstorganisation der Manager wie im Kapitalismus, statt Erweiterung der Selbstentscheidung der Arbeiter. Diese Vorstellung von der „Schlüsselstellung“ der Manager fand auch Eingang in die Reformpläne der einflußreichen Ökonomen und schließlich in das Aktionsprogramm der KPC. Für Eugen Loeb, Direktor der slowakischen Nationalbank waren die Leitungsmaßstäbe amerikanischer Unternehmen das Geheimnis für deren ökonomischen Erfolg und damit Vorbild. Entsprechend wurde das Bildungs- und Qualifikationsproblem auf die Einrichtung von Managerschulen nach westlichem Muster reduziert.

Auch das Problem der Produktionsdemokratie glaubte man mit Anleihen bei kapitalistischen Leitungsmodellen lösen zu können. Das Aktionsprogramm der KPC forderte Organe der Arbeiter gegenüber der Unternehmensleitung, für die es ein Statut vorschlug, das an die Traditionen der Betriebsräte aus den Jahren 1945—1948, also an die vorsozialistische Zeit der CSR, sowie an „die Erfahrungen eines modernen Unternehmertums“ anknüpfen sollte⁴. Ihre inhaltliche Funktion wurde bisher nicht eindeutig definiert. Allerdings wurde aus den Äußerungen der Reformer klar, daß sie nicht als Entscheidungsorgane, sondern mehr als ‚Kontroll- oder Aufsichtsorgane‘ (Šik) gedacht waren, „die sicherstellen sollten, daß jede Form bürokratischer Herrschaft über die Arbeiter ausgeschlossen ist.“ (Srnkovsky, Rudé Právo, 11. 4. 68)

Mit dieser Begrenzung der Funktion dieser Organe auf die von ‚sozialen Überwachungsstellen‘ (Radio Prag, 11. 4. 68), würde die sozialistische Konzeption von der Stellung des Arbeiters als Eigentümer der Produktionsmittel inhaltlich

aufgegeben und die Spaltung in leitende und ausführende Produktionsfaktoren erneut vollzogen. Der Einfluß des Arbeiters wäre beschränkt auf die Bildung einer Gegenmacht zur „Unternehmer“-Willkür, mit ähnlich geringer Durchsetzungskraft, wie die eines Betriebsrates gegenüber einem kapitalistischen Manager, wie der folgende Satz aus dem Aktionsprogramm beweist: „Das (die Bildung dieser Organe — F. S.) ändert allerdings nichts an der unteilbaren Autorität und der Vollmacht der leitenden Funktionäre in der Führung der Unternehmungen, die zusammen mit ihrer Qualifikation und ihren Fähigkeiten zur Leitung die Grundvoraussetzungen für ein erfolgreiches Unternehmertum bilden“ (S. 149).

Die Gefahr der Herausbildung eines Managertums mit all seinen sozialen Konsequenzen bestand um so mehr, als es gleichzeitig bedeutende Kräfte gab, die auf eine Schwächung der Rolle der Gewerkschaften und des Einflusses der Kommunisten in ihnen hinarbeiteten. Vladimir Kabrna, Vorsitzender eines gewerkschaftlichen Betriebsausschusses, berichtete vor dem April-Plenum des ZK der KPC, daß die Parole ‚Gewerkschaften ohne Kommunisten‘ zusehends an Einfluß gewinnt. Einige Betriebsausschüsse seien bereits völlig ohne Kommunisten und sprächen sich u. a. für die Zulassung von Oppositionsparteien aus (Rudé Právo, 7. 4. 68).

Weiterhin wurden Stimmen für die Wiederbelebung der alten Berufsvereinigungen (z. B. Lokomotivführer) und zur Bildung von Betriebsgewerkschaften laut, was zur Syndikalisierung und Dezentralisierung der Arbeiterinteressen geführt hätte. Das Endziel der antisozialistischen Kräfte war zweifelsohne die Spaltung der Arbeiterklasse, wie dies in einem Artikel von Karl Pasek in Literarni listy (18. 4. 68) zum Ausdruck kommt: „Ich nehme an, daß die Existenz von neuen, unabhängigen Gewerkschaften, das bedeutet außerhalb des Monopols des Zentralrats der Gewerkschaften, kein Akt gegen den Staat ist, daß im Gegenteil, solch ein Wettbewerb notwendig und nützlich sein wird, und daß diese Existenz nicht im Widerspruch zum Aktionsprogramm des ZK der KPC steht und daher nicht im Widerspruch zu den neuen Gesetzen und der neuen Verfassung, die vorbereitet wird.“ Lakonischer Kommentar von Radio Freies Europa: „Juristisch mag er (Karel Pasek, F. S.) im Recht sein, aber sogar unter den neuen Bedingungen scheint er ein wenig frühreif zu sein.“ (16. 8. 68)

Selbst wenn dieser Angriff auf die ökonomische Macht der Arbeiterklasse noch rechtzeitig abgewehrt worden wäre, hätte eine konsequente Einführung des aufgezeigten Manager-Leitungssystems nicht mehr Produktionsdemokratie, sondern eine Beschneidung der Arbeiterrechte mit sich gebracht. Um positive Resultate zu erzielen, hätte ein solches System — ohne aktive Teilnahme der Arbeiter am Wirtschaftsgeschehen — auch eines Anreiz- und Repressionsmechanismus wie eine kapitalistische Wirtschaft bedurft. Doch das hielten auch die technokratischen Reformer für unvereinbar mit ihrem Modell eines „demokratischen Sozialismus“. Es gab zwar „Überlegungen bezüglich der Schaffung einer Reservearmee (ein

⁴ Gespräch im Bayerischen Rundfunk.

⁵ Zitiert nach FAZ vom 6. 7. 68

⁶ Aktionsprogramm der KPC, zitiert nach ‚ČSSR im Umbruch‘, Wien 1968, S. 149.

bißchen eigene sozialistische Arbeitslosigkeit⁷), deren Zweck in der automatischen Eliminierung aller negativen Symptome exzessiver Beschäftigung besteht, so des Mangels an Disziplin, des Absinkens der Arbeitsmoral, des schlechten Verhältnisses zum sozialistischen Eigentum usw.⁸ Doch selbst wenn solche frühkapitalistischen Ideen — Arbeitslosigkeit ist gut für die Moral der Arbeiter — eine bestimmte Anziehungskraft bei einigen Ökonomen hatten und wieder andere im Jargon westlicher Unternehmer von „Beseitigung der Drückebergerei“ (Šik) sprachen, so hatte man offensichtlich doch Furcht vor der Reaktion der Arbeiter — die sich auch bereits in einigen Streiks manifestierte — um solche Gedanken zum offiziellen Standpunkt zu machen.

Zudem beschränkte man die Entnivellierung der Löhne auf eine relativ starke Erhöhung der Managergehälter, womit die Anreizwirkung bei der stärkeren Interessierung der Direktoren am Betriebsgeschehen steckenblieb und diese wiederum nicht die unter diesen Bedingungen nötigen Repressions- und Anreizmittel besaßen um die Werktätigen zu stärkerer Arbeitsintensität anzuhalten. Deshalb scheiterte bereits in den Anfängen die Rationalität des ab 1. Januar 1967 eingeführten Systems. Zwar war die Wachstumsrate der industriellen Bruttoproduktion mit 7,1 Prozent noch relativ hoch, doch bereits niedriger als 1966, dem letzten Jahr vor der Reform und sank im ersten Halbjahr 1968 weiter ab ohne Anzeichen für eine bevorstehende Besserung. Die ungenügende Effektivität der Produktion zeigte sich am deutlichsten in einer weiteren Zunahme der Lagerbestände an unverkäuflichen Waren (1966 + 9,1 Mrd. KCS, 1967 + 11,5 Mrd. KCS und damit um 9 Mrd. mehr als geplant⁸; in den beiden ersten Monaten 1968 weitere 5 Mrd. KCS), infolge ungenügender Qualität und Struktur der Waren. Damit verbunden war eine Stagnation und sogar leichter Rückgang (1967: — 1 Prozent) des Exports in westliche Länder, wodurch sich die Devisenbilanz weiter verschlechterte.

Mit der Einführung des ‚Neuen Wirtschaftsmodells‘ war auch eine Umstellung der Großhandelspreise verbunden, die aber nicht, wie in der DDR in 3 Stufen über mehrere Jahre durchkalkuliert, sondern mit Hilfe von Elektronenrechnern in wenigen Tagen pauschal umgerechnet wurden. Die Folge davon war eine Erhöhung der Preise um 30 Prozent, statt der angenommenen 21 Prozent, was zu einem Defizit des Staatshaushalts führte, da die Differenz zwischen erhöhten Großhandelspreisen und gleichgehaltenen Verbraucherpreisen durch staatliche Subventionen abgedeckt wurde. Die Betriebe erzielten ungerechtfertigte Preissteigerungsgewinne, über die sie auf Grund der erhöhten Selbständigkeit (nach dem 1. Jan. 67) selbst verfügen konnten. Ihrer vergrößerten Liquidität stand jedoch kein entsprechendes Angebot gegenüber, so daß sich der inflationäre Druck verstärkte. Die Rolle der zentralen Organe war mit der Reform eingeschränkt worden, eine zentrale Planung in Form von Jahres- oder Perspektiv-

⁷ Nova Mysl, 21/67.

⁸ Damit ging mehr als die Hälfte des Nationaleinkommenszuwachses von 17,3 Mrd. KCS auf Lager.

plänen existierte nur noch verbal. Trotzdem handelte es sich bei diesem System erst um einen Kompromiß zwischen einem zentralistischen und einem liberalistischen Wirtschaftsmodell.

Es ist kennzeichnend für die Entfremdung der Reformer von den tatsächlichen Problemen der Arbeiter, wenn sie den Mißerfolg ihres Experiments nun in der ungenügenden Liberalisierung und im angeblichen Widerstand „konservativer Kräfte“ suchen und nicht begreifen können, daß neue Leitungsmethoden in einer sozialistischen Gesellschaft nur dann effektiv angewandt werden können, wenn die Betroffenen in die Diskussion um die Einführung und weitere Ausgestaltung sowie in die Ausführung aktiv einbezogen werden.

Daneben ist die Diskussion unter den ‚Experten‘ über die Weiterentwicklung der Reform durch einen völligen „Konzeptionsmangel“ gekennzeichnet, wie der Generalsekretär des neugebildeten ‚Wirtschaftsrates der tschechoslowakischen Regierung‘, Komarek, in einem Interview mit Rudé Právo (3.7.68) zugeben mußte. „Im vorigen Jahr wurde an über 30 großen Konzeptionen der Entwicklung der Hauptzweige gearbeitet.“ Eine konkrete Wirtschaftsstrategie existierte nicht für die Tschechoslowakei. „Eine solche Wirtschaftsstrategie muß man beschleunigt, sei es auf dem Wege der stufenweisen Annäherung (und am Anfang auch in beträchtlichem Maß der Pragmatik (!)) formulieren und Schritt für Schritt realisieren.“ Es gebe keine genauen Informationen über die reale Lage der Wirtschaft. Die Regierung habe eine Analyse in Auftrag gegeben.

Die Vorschläge der Reformer sind allgemein und unverbindlich: weitergehende Liberalisierung, ‚Entstaatlichung der Wirtschaft‘ und damit verbunden größere Autonomie für Betriebe und Manager. Der Gewinn in Verbindung mit dem Druck des Marktes soll zum Regulativ der quantitativen und qualitativen Produktion werden.

Gewinn und materielle Interessiertheit

Es ist an dieser Stelle kurz auf die Rolle des Gewinnes in einer sozialistischen Wirtschaft einzugehen. Wie bereits erwähnt, ist mit den Wirtschaftsreformen in den meisten sozialistischen Staaten eine größere operative Selbständigkeit der Individuen und Kollektive verbunden, da sich die zentralen Organe nur noch auf die Festlegung von grundsätzlichen Proportionen und Richtlinien beschränken. Die Aufgabe besteht darin, zu verhindern, daß sich dieser erhöhte Entscheidungsspielraum in eine Anzahl spontan ablaufender, divergierender Prozesse auflöst, die sich letztlich gegen die gesellschaftlichen Zielvorstellungen, wie sie im zentralen Plan ausgedrückt sind, richten. Die Gefahr dieses bewußten oder unbewußten Mißbrauchs des eigenen Entscheidungsspielraumes bestand auch im alten System, wurde aber durch Beschneidung dieses Spielraumes minimiert

und durch administrative Einzelregelungen und -anweisungen korrigiert. Im neuen ökonomischen System der DDR soll diese Vermittlung von gesellschaftlicher Zielstellung und individuellen/kollektiven Dispositionen durch einen ökonomischen Mechanismus, dem „System ökonomischer Hebel“ erfolgen. Durch dieses in sich abgestimmte System werden die verschiedenen Einzelhandlungen zu einer produktiven Einheit integriert. Innerhalb dieses Systems nimmt der Gewinn eine zentrale Stellung ein. Sämtliche anderen Hebel (Preis, Kosten, Zins, Prämie u.a.) stehen mit ihm in Zusammenhang und sind auf ihn bezogen. „Der Gewinn repräsentiert in zusammengefaßter Form die wesentlichsten Seiten der ökonomischen Leistung der Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) und der Betriebe, er wird zu ihrem Gradmesser!“

Unter den linkssektiererisch-trotzkistischen Teilen der APO in der BRD wird in dieser Betonung der zentralen Stellung des Gewinns Revisionismus und eine Rückkehr zum Kapitalismus gesehen. Dabei abstrahieren sie völlig unbegründet von den sozialökonomischen Inhalten der Kategorien wie Gewinn, Zins, Kredit, u. a., die sich jeweils aus den Eigentumsverhältnissen und den völlig entgegengesetzten Primärzielen sozialistischer und kapitalistischer Produktion ergeben. In einer sozialistischen Wirtschaft ist der Gewinn zunächst nur die universelle Kennziffer der Leistung eines Betriebes oder besser: „jene allgemeine Kategorie der Warenproduktion, in der das Mehrprodukt in monetärer Form ausgedrückt wird!“ Auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln wird der Gewinn nicht mehr zum Eigentum des Privatkapitalisten, sondern zum Eigentum der Gesellschaft. In der kapitalistischen Wirtschaft ist mit der privatkapitalistischen Aneignung (Appropriationsfunktion) die Allokationsfunktion des Gewinnes eng verbunden, d. h. die Mittel werden dorthin gelenkt und investiert, wo sie für den Eigentümer eine maximale Rendite erbringen. Diese anarchisch-spontane Mittelenkung wird in der sozialistischen Wirtschaft durch den bewußten Einsatz des Investitionskapitals abgelöst. Als Nutzenskriterium wird der Gewinn bei betrieblichen Investitionsentscheidungen jedoch mit herangezogen.

Entsprechend seiner Funktion als Hauptindikator der Produktion und der ökonomischen Leistung der Betriebe, ist es sinnvoll, den Gewinn als Maßstab für die Prämierung der Einzel- oder kollektiven Leistungen, also für die materielle Interessiertheit zu verwenden. Das setzt allerdings die Anerkennung und Beachtung von persönlichen materiellen Interessen voraus. Von „links“ wird häufig kritisiert, daß diese Ausnutzung der individuellen Interessen zu einer Stimulierung des Leistungsdenkens führe und somit mit dem Sozialismus unvereinbar sei. Solange aber der Aufschwung der gesellschaftlichen Produktivkräfte noch nicht den Stand erreicht hat, der die volle Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen erlaubt, der Sozialismus also noch nicht in sein zweites, höheres Sta-

dium eingetreten ist, solange werden die persönlichen Interessen auch zugleich materielle persönliche Interessen sein. Solange wirkt, wie Marx schon in der Kritik des Gothaer Programms gezeigt hat, das Gesetz der Verteilung nach der Leistung¹¹. Auch Lenin wies darauf hin, daß man mit dem Enthusiasmus und Heroismus allein die Revolution nicht vollenden könne, „sondern mit Hilfe des aus der großen Revolution geborenen Enthusiasmus, auf Grund des persönlichen Interesses, der persönlichen Interessiertheit, der wirtschaftlichen Rechnungsführung“ seien „feste Stege“ zum Sozialismus zu bauen¹².

Aus der grundlegenden Übereinstimmung von persönlichen Interessen und gesellschaftlichen Erfordernissen im Sozialismus darf man nicht den Schluß ziehen, daß Widersprüche zwischen ihnen nicht mehr auftauchen. Es besteht daher die Aufgabe, diese Widersprüche rechtzeitig zu erkennen und eine Übereinstimmung zwischen gesellschaftlichen und persönlichen materiellen Interessen immer wieder konkret herzustellen. Im alten System der Wirtschaftsleitung versuchte man diese Übereinstimmung durch Verknüpfung der materiellen Anreize mit quantitativen Kennziffern wie z. B. Bruttoproduktion zu erreichen. Orientierte sich der Betrieb aber auf die Erfüllung dieser Kennziffer, so bestand die Gefahr, daß dabei die qualitativen Aspekte der Produktion wie Kosten, Qualität, Sortiment, unberücksichtigt blieben. Z. B. erreichten die Betriebe bei Festsetzung der Kennziffer Bruttoproduktion nach Gewicht ihre Planaufgabe, indem sie schwere und materialintensive Erzeugnisse (z. B. nur große Nägel) herstellten, was diesem System den Namen ‚Tonnenideologie‘ einbrachte, seinem Wesen nach eine Divergenz von betrieblichen und gesellschaftlichen Interessen darstellte. Auch Appelle an das Verantwortungsbewußtsein konnten hier nicht viel bewirken, solange das Kennziffernsystem zu einem Verstoß gegen die gesellschaftlichen Interessen stimulierte.

Durch die Verwendung und Ausgestaltung des Gewinns zu einer Kennziffer, die alle wesentlichen qualitativen und quantitativen Aspekte des Reproduktionsprozesses erfaßt, ist nunmehr die Möglichkeit einer weitgehenden Einheit von individuellen/kollektiven Interessen und den gesellschaftlichen Notwendigkeiten erreicht, da nun der Nutzen des Einzelnen zugleich zum Vorteil für die Gesellschaft wird. Zudem wird jetzt das ideelle Interesse des Arbeiters am Aufbau der sozialistischen Gesellschaft mit seinem materiellen Interesse an einem höheren Lebensstandard und beruflichen Fortkommen in Koinzidenz gebracht.

¹¹ Apel/Mittag: Planmäßige Wirtschaftsführung und ökonomische Hebel, Berlin 1964, S. 76.
¹² Liberman, Pravda, 21. 11. 65

¹¹ vgl. zu diesem Problem: Uwe-Jens Heuer, Demokratie und Recht im Neuen Ökonomischen System, Berlin 1965.

¹² Lenin, Werke, Bd. 33, S. 38.

Plan und Markt

Der Gewinn ist als Kennziffer zur Beurteilung der Leistung eines Betriebes für die gesamte Volkswirtschaft auch deshalb geeignet, weil in ihm das Problem der Realisation der Produktion, also das Problem des Marktes enthalten ist. Bei der Kennziffer Bruttoproduktion war der Betrieb der Verantwortung, auf die Bedürfnisstruktur des Marktes Rücksicht nehmen zu müssen, weitgehend enthoben. Für ihn war die Aufgabe mit der Herstellung der Produkte erfüllt. Daß dabei die aufgewendete Arbeit häufig nicht gesellschaftlich notwendig war, zeigten die Lagerbestände an Fertigerzeugnissen und die unvollendeten Anlagen in den einzelnen sozialistischen Ländern.

In den neuen Systemen sollen die Betriebe in einen unmittelbaren Kontakt zu den Abnehmern gebracht werden. Das erfordert von den Betrieben, daß sie eine Analyse der Marktstrukturen und Verbrauchergewohnheiten in ihre Planung einbeziehen. Sie müssen die Entwicklung des Marktes und die daraus sich ergebenden Erfordernisse genau untersuchen und im Produktionsplan berücksichtigen, den Markt somit als Element des Planungsprozesses integrieren. Es ist deshalb falsch, im Markt eine Antithese zum Plan zu sehen, wie es im etwas simplen Sozialismusbegriff mancher Kritiker zum Ausdruck kommt, die in jeder Erwähnung des Marktes bereits eine Rückkehr zum Kapitalismus sehen. Dabei vergessen sie, daß es im Sozialismus schon immer mindestens zwei Märkte gab — Konsum- und Arbeitskräftemarkt — und solange geben muß, als es Ware-Geld-Beziehungen gibt. Die Alternative wäre nur Abschaffung des Geldes und Übergang zu einer naturellen Zuteilungswirtschaft.

„Sozialistische Marktwirtschaft“

Trotzdem ist es für den sozialistischen Charakter einer Volkswirtschaft entscheidend, welchen Stellenwert der Markt in ihr einnimmt, ob er nur — wie beschrieben — ein Element des Planungsprozesses ist und somit der bewußten Leitung unterliegt, oder ob er das Hauptkriterium aller ökonomischen Entscheidungen bildet. Bei Ota Šik und den meisten CSSR-Ökonomen ist der Markt das übergreifende Moment, von dem die entscheidenden Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung ausgehen: „Solange der Markt existiert, muß er das Grundkriterium für die Entwicklung der Produktion sein, die sozialistische nicht ausgenommen“, betont Ota Šik und fordert: „... die Marktwirtschaft mit ihrem Mechanismus von Angebot und Nachfrage ... zum bewegenden Motor der Wirtschaft zu machen¹³.“ Der innere Regulator dieser „sozialistischen Marktwirtschaft“ (Dubček), die Haupttriebkraft, soll der Gewinn sein, weshalb den Betrie-

¹³ Entnommen aus Nova Mysl, Oktober 1964 und „Der Volkswirt“ 29/1968.

ben gestattet sein soll, vollständig über ihren Reingewinn zu verfügen. Um aber diese Anreizwirkung des Gewinnes vollkommen zu Geltung zu bringen, sollte die absolute Autonomie der Betriebe hergestellt werden, die dann als sich selbst verwaltende Wirtschaftseinheiten auf dem inländischen und ausländischen Markt selbständig auftreten und sogar über Kreditaufnahme und Kapitalbeteiligung mit kapitalistischen Unternehmen entscheiden können. „Den Unternehmen muß angesichts eines anspruchsvollen Marktes die Freiheit in allen Fragen eingeräumt werden, die unmittelbar die Leitung des Unternehmens und dessen wirtschaftliche Gebarung betreffen und eine schöpferische Reaktion auf die Bedürfnisse des Marktes ermöglichen¹⁴.“ Da die Betriebe dem „ökonomischen Druck des Marktes“, der gegenseitigen Konkurrenz ausgesetzt werden, würde sich — so glaubte man — diese Selbständigkeit zum Wohle aller Mitglieder der Gesellschaft auswirken. Denn die Betriebe würden nun kostengünstig und qualitätsgerecht produzieren und auf die Nachfragestruktur Rücksicht nehmen. Durch Herausbildung eines Käufermarktes, infolge zunehmender Konkurrenz unter den Verkäufern wollte man die Konsumentensouveränität verwirklichen. Der Käufer würde dann letztlich darüber entscheiden, was volkswirtschaftlich produziert werden soll, ganz nach dem Muster eines „Dollar-Stimmzetteldemokratie“-Modells amerikanischer Ökonomen.

Allerdings mußte nach Ansicht der Reformer noch eine Voraussetzung für die volle Funktionsfähigkeit des Marktes geschaffen werden, nämlich die Preisbildung über den Markt als Maßstab für die Knappheit der Güter. „Die Schaffung solcher ökonomischer Bedingungen (die Bildung von „gleichgewichtigen Marktpreisen“ — F. S.) bedeutet mit anderen Worten, die Schaffung von Bedingungen für ein vollkommeneres Funktionieren des Marktes innerhalb der sozialistischen Wirtschaft¹⁵.“

Zunächst wagte man sich nur an eine teilweise Freigabe der Preise, die man in 3 Kategorien einteilte: Festpreise (64 Prozent der Produkte), Limitpreise, die in Grenzen schwanken konnten (29 Prozent) und freie Preise (7 Prozent). Das war jedoch nur als Durchgangsstadium zur allgemeinen freien Preisbildung gedacht: „Meiner Ansicht nach wird sich die freie Preisbildung mehr und mehr durchsetzen¹⁶“, erklärte Ota Šik.

Eine inflationäre Entwicklung kalkulierte man kühn in das System ein und begrüßte sie sogar, in Verbindung mit Lohnerhöhungen, als dynamisierenden Faktor: „Anders als die Konzeption des Einfrierens von Löhnen und der Preissenkungen, ist die Konzeption der zunehmenden Preise und der noch schneller zunehmenden Nominallöhne dynamischer. Die Regulierung des Lebensstandards durch parallele Lohn- und Preissteigerungen ist psychologisch effektiver als die Politik der linearen Preissenkungen.“ (Rudé Právo, 4. 2. 68).

¹⁴ Aktionsprogramm, a. a. O., S. 148.

¹⁵ Ota Šik in: Neue Richtungen in der tschechoslowakischen Ökonomie, Nr. 2/67.

¹⁶ Ota Šik in: Wirtschaftsdienst, 1966/III, S. 135.

Zudem versprach man sich von der gegenseitigen Konkurrenz der Betriebe auf einem, von monopolistischen Erscheinungen entzerrten Markt, eine preissenkende Wirkung. „In einem so kleinen Land, wie es die CSSR ist, kann man jedoch nicht immer den erforderlichen Konkurrenzdruck innerhalb des Landes erzielen und deshalb muß diese Rolle im wesentlichen der Außenhandel spielen¹⁷.“ Auch vor der letzten Konsequenz dieses Konkurrenzdenkens, Stilllegung von weniger leistungsfähigen Betrieben, schreckte man nicht zurück und hielt sie sogar für die Herausbildung einer leistungsstarken Volkswirtschaft und im Interesse des Verbrauchers für notwendig: „Der Konsument kann seines Rechts nur dann sicher sein, wenn selbständige Betriebe im Wettbewerb miteinander stehen, denen im Falle des Scheiterns der Ruin droht¹⁸.“ Auch Šik hielt die „rigorose Liquidierung ineffizienter Betriebe“ für sinnvoll: „Wir haben eine Menge von Betrieben, die vollkommen unrentabel sind, die beim alten administrativen System weiterexistieren konnten. Niemand hatte die Möglichkeit, solche Betriebe zu liquidieren. In Zukunft kann ein solcher Betrieb, wenn er seine Löhne nicht verdient, nicht mehr existieren. Und das wird gut sein¹⁹.“ In Zukunft entscheidet also der Markt, angeblich „auf der Grundlage objektiver Bedingungen“, ob eine Produktion für die Gesellschaft noch notwendig ist. Und: „Die Gefahr, daß der Betrieb aufhört zu bestehen, ist gleichermaßen ein Attribut der Unabhängigkeit wie das Recht, über den Reingewinn zu verfügen und den Betrieb selbständig zu leiten²⁰.“ Diese autonome Entscheidungsbefugnis der Betriebe bedingte auf der anderen Seite die „Entstaatlichung der Wirtschaft“, die technokratische Trennung von Wirtschaft und Politik: „Ich glaube vor allem, daß die staatlichen Organe sich um die politischen und sozialen Interessen der Gesellschaft kümmern sollten, während ökonomische Organisationen Geschäfte machen und die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bürger befriedigen sollten. ... Nur durch solch eine Trennung zwischen politischer und ökonomischer Macht kann ein wünschenswerter Zustand der Angelegenheiten erreicht werden²¹.“ Der Einfluß der Gesellschaft in der Wirtschaft sollte auf eine indikative Planung beschränkt werden. Die Pläne sollten den „Charakter von Orientierungsplänen“ haben, mit lediglich informativer Bedeutung für die Betriebe, denn „das Unternehmen darf nicht gezwungen werden, seine Pläne zu ändern.“ (Šik). Hinzu kommt, daß mit dem selbständigen Auftreten von Betrieben auf den Auslandsmärkten und der Öffnung des Binnenmarktes für den Konkurrenzkampf ausländischer Konzerne der Staat sein Außenhandelsmonopol faktisch aufgeben und damit die inländische Wirtschaft spontanen Einflüssen und Störversuchen der kapitalistischen Monopole ausgesetzt hätte. „Wir müssen die stufenweise Besei-

¹⁷ Ota Šik in: Neue Richtungen, Nr. 2/67, S. 39.

¹⁸ Eugen Loeb, Kultúrní Zivot, Bratislava, 20. 1. 67.

¹⁹ Ota Šik in: Wirtschaftsdienst a. a. O.

²⁰ Eugen Loeb in: Kultúrní Zivot, Bratislava, 20. 1. 67.

²¹ Smrkovský, Bratislava Pravda, 19. 4. 68.

tigung der bisherigen Schutzmaßnahmen für die Inlandsproduktion beschleunigen und sie dem Druck der Weltkonkurrenz aussetzen²².“ Daß die Konkurrenz mit kapitalistischen Konzernen kein probates Mittel ist, um Struktur- und Modernisierungsprobleme der inländischen Industrie zu lösen, hätte den tschechischen Reformern das Beispiel Jugoslawiens zur Genüge zeigen müssen. Auch hier beseitigte man 1965 im Zusammenhang mit den Wirtschaftsreformen größtenteils das Außenhandelsmonopol und erhoffte sich vom Druck der Weltkonkurrenz Wunderwirkungen auf das Niveau der eigenen Betriebe. Was man sich aber bisher einhandelte, ist nicht sehr ermutigend: 1967 stieg das Handelsbilanzdefizit auf 3,45 Mrd. Dinar, die Arbeitslosenzahl offiziell auf 319 000 (1. Hj. 1968); zwischen 260 000 und 400 000 Jugoslawen müssen Arbeit im Ausland suchen bei gleichzeitiger Nichtauslastung von inländischen Maschinenkapazitäten. 1967 stagnierte die Wirtschaft völlig (Rückgang der Produktion um 0,4 Prozent — Borba, 16. 1. 68).

Trotzdem forderte in der CSSR Frantisek Vlasak, Vorsitzender der Staatl. Planungskommission (die inzwischen aufgelöst wurde), die Einführung des neuen Wirtschaftssystems ... „... ohne jede Halbheit, ohne jeden Kompromiß und mit dem Ziel der völligen Einschaltung der tschechoslowakischen Wirtschaft in die internationale Arbeitsteilung mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen bis zur Konvertierbarkeit der Krone²³.“ Zu diesem Zweck sollen die Binnenpreise an die Preisrelationen der Weltmärkte schrittweise angepaßt werden. Über soviel liberalistische Romantik mokierte sich sogar die ‚Neue Züricher Zeitung‘ (29. 6. 68): Im „Aktionsprogramm der Partei vom April 1968 wird der Außenwirtschaftsproblematik zwar genügend Beachtung geschenkt, doch auf eine Art, die eher an ein Verzeichnis frommer Wünsche mahnt als an reelle Reformrichtlinien.“

Die Liquidation des Demokratischen Zentralismus soll schließlich auch im organisatorischen Aufbau der Wirtschaftsleitung vollzogen werden. Nach einer Übergangszeit wäre es den Unternehmen freigestellt, ob sie Mitglied von Branchenvereinigungen bleiben, aus ihnen austreten und sich selbständig machen, oder ob sie andere Vereinigungen eingehen wollen²⁴. An die Stelle einer einheitlichen Planung und Leitung durch den Staat, soll die Entscheidungsbefugnis autonomer Betriebe treten. Die Rolle des Staates hätte sich auf die Festlegung von Rahmenbedingungen für das Funktionieren des Marktmechanismus und auf wenige indirekte Steuerungen (Preis- und Kreditpolitik) zu beschränken. Kein Wunder, daß es die bourgeoise ‚Neue Züricher Zeitung‘ (28. 6. 68) „faszinierend“ findet, wie der Staat in „einen kontrollierenden Nachtwächter“ verwandelt werden soll. Wie sehr die Reformen mit ihren revisionistischen, entideologisierten Konzeptionen in die Nähe von bürgerlichen Theorien gelangt

²² Cernik am 21. 6. 68 vor Gewerkschaftern.

²³ Volkswirt Nr. 30/1967.

²⁴ vgl. Aktionsprogramm, S. 149.

sind, wird wohl am deutlichsten aus einer Äußerung von Eugen Loeb bei einem Vortrag in Bonn: Er erklärte, „... daß die Tschechoslowakei das marktwirtschaftliche System nie hätte verlassen dürfen und daß die ‚Vergesellschaftung des Privateigentums‘ nur eine von vielen ökonomischen Dimensionen sei, nicht wichtiger als etwa die Revolution im Management oder ähnliches, und keineswegs ein — nach Marx — allheilendes Remedium²⁵.“

So rannten „der rote Erhard der CSSR“ („Der Volkswirt“ über Šik) und seine Anhänger einer liberalistischen Marktromantik hinterher, als hätte Marx nie gelebt, als hätte nicht Lenin bereits nachgewiesen, daß jede Träumerei von einer „Rückkehr zur ‚freien‘, ‚friedlichen‘, ‚ehrlichen‘ Konkurrenz ihrem Wesen nach eine kleinbürgerlich-reaktionäre Kritik des kapitalistischen Imperialismus ist²⁶.“ In ihrer Auswirkung bedeutet eine solche Konzeption die Rückkehr zu einer individualistischen Wirtschaftsform, eine Atomisierung der Volkswirtschaft in konkurrierendes und sich gegenseitig liquidierendes Gruppeneigentum. Die wirtschaftlichen Prozesse werden dem Selbstlauf überlassen, aus dem die volkswirtschaftlichen Proportionen sich spontan und zufällig, aber nicht optimal herausbilden. Als nachträglicher Regulator ist dem Marktmechanismus das Moment des Zeitverzuges wesenseigen — der „gesellschaftliche Verstand“ macht sich hier „erst post festum geltend“ (Karl Marx) — weshalb dieses System der wissenschaftlich-technischen Entwicklung hinterherhinkt. Der Charakter der modernen Produktivkräfte bedingt aber Vorausschau, ideelle Vorwegnahme des zukünftigen Prozesses (Planung) und wissenschaftlich-technischen Verlauf. Das ist auch der Grund, weshalb der moderne Kapitalismus mit seinem ursprünglichen Regelungsprinzip nicht mehr zu Rande kommt und zur Sicherung des Verwertungsprozesses des Kapitals zunehmend Elemente staatlicher Planung in sein System einbaut.

Neben den zeitlichen Verzögerungen bedingt der Marktmechanismus Reibungsverluste bei den Anpassungsprozessen und damit massenhafte Vergeudung von Produktivkräften. Mit der Autonomie der Betriebe werden die betrieblichen gegenüber den gesellschaftlichen Interessen verselbständigt. Konkurrenzdenken, Betriebsegoismus und -geheimnis, Abwerbung von Arbeitskräften, Niederkonkurrieren bis zum Bankrott, kurz „der Wettbewerb in seiner bestialischen Form“ (Lenin) sind die Folge. Die sozialen Ungleichgewichte werden nicht aufgehoben sondern verstärkt: Inflation, Arbeitslosigkeit, Umverteilung der Arbeitskräfte durch Konkurrenz — nicht tendenzielle Aufhebung der Entfremdung, sondern deren Verhärtung — sind voraussehbare Folgen dieses Mechanismus.

Nur durch gesellschaftliche Organisation der Arbeit, durch überbetriebliche Kooperation von Forschung, Entwicklung, Produktion und Absatz ist die wissenschaftlich-technische Revolution zu bewältigen. Nicht die Zersplitterung, sondern die Koordinierung der gesellschaftlichen Arbeit durch volkswirtschaftliche Pla-

nung ist notwendig, um die sozialistische Volkswirtschaft optimalen Wachstumsraten anzunähern. Also nicht Abbau der Planung, sondern Verstärkung ihrer Rolle durch Erhöhung ihres qualitativen Niveaus sind die richtigen Schlussfolgerungen.

Ökonomische Komponente der ‚Neuen Ostpolitik‘

Im Westen erkannte man sehr richtig wohin die Fahrt in der CSSR ging und sparte nicht mit Beifall. ‚Ostspezialist‘ Karl C. Thalheim (Direktor der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des Osteuropa-Instituts in West-Berlin), dem sogar die Konvergenztheorie noch als ein zu großes Zugeständnis an den Sozialismus erscheint, ließ sich aus der Reserve locken: „Wenn aber das, was Herr Šik hier vorgetragen hat, durchgeführt wird, so ist das ein echter Systemwandel, und ich würde darin auch tatsächlich eine Annäherung der Wirtschaftssysteme sehen²⁷.“

Bezüglich der sozialen Konsequenzen dieses Kurses kam man zu viel realistischeren Einschätzungen als die tschechoslowakischen Reformer: „Man kann den Menschen jetzt noch begreiflicher machen, daß die Liquidierung der alten Ordnung Opfer kosten und daß die Früchte der neuen Ordnung erst in Zukunft zu erwarten sind. Die Zukunft ist aber nicht in Monaten, sondern nur in Jahren meßbar. Für die unmittelbare Zukunft heißt es den Gürtel enger schnallen²⁸.“ Die ersten Auswirkungen der neuen Wirtschaftspolitik waren auch bereits zu verzeichnen. Während die Steigerung der Lebenshaltungskosten 1967 mit 1,5 Prozent noch in Grenzen blieb, erhöhten sie sich im ersten Quartal 1968 bereits um 5,2 Prozent. Weitere starke Preissteigerungen waren infolge des Staatshaushaltsdefizits (Ende 1967 über 5 Mrd. KCS), der Überliquidität der Betriebe (Preissteigerungsgewinne) und der bis Anfang April anstehenden Lohnforderungen von 20 Mrd. KCS²⁹ zu erwarten.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt begann ebenfalls kritisch zu werden. Die Furcht der Arbeiter vor Entlassungen nahm infolge des Geredes von der Schließung unrentabler Betriebe zu. Dr. Milan Horalek, Leiter der ökonomischen Abteilung der Akademie der Wissenschaften, erklärte im Mai vor dem Münchner Presseclub, daß im Ergebnis der Reformen in den nächsten 5—7 Jahren über 300 000 Arbeiter ihren Job wechseln müßten. Hinzu kommt, daß die Eingliederung von Jugendlichen, Frauen und Studenten in den Produktionsprozeß „ein ernstes Problem bleibt“. (Ceteka, 20. 2. 68) Auch Šik mußte zugeben, „daß zweifellos gewisse soziale Probleme infolge des (ökonomischen) Drucks aufkommen werden,

²⁵ zitiert nach ‚Neue Züricher Zeitung‘, 17. 7. 68.

²⁶ Lenin, Werke, Band 22, S. 211.

²⁷ Karl C. Thalheim, in: Probleme zentraler Wirtschaftsleitung, München 1967, S. 73.

²⁸ Christ und Welt, 9. 8. 68.

²⁹ Radio Prag, 9. 4. 68.

³⁰ Radio Prag, 5. 6. 68.

aber es blieb nichts anderes übrig³⁰. „Die zunehmende Unruhe unter den Arbeitern zeigte sich bereits in einigen Streiks. Um ihren Reformkurs nicht zu gefährden — vor allem hätte der Widerstand der bewaffneten Arbeitermiliz verhängnisvoll werden können — mußte die Regierung Maßnahmen ergreifen, um das Unbehagen aufzufangen und zu neutralisieren. Am 22. Juni beriet der außenpolitische Ausschuß der Nationalversammlung über ein Paßgesetz, das langfristige und permanente Auslandsaufenthalte und -arbeit gestatten sollte.

Die westdeutsche Bundesregierung erkannte ihre Chance und reagierte prompt. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Josef Stingl, sicherte die Bereitschaft zu, tschechoslowakische Gastarbeiter ohne Formalitäten aufzunehmen. „Die Arbeitsverwaltung ist in diesem Falle so großzügig wie sie es nur sein kann³¹.“ Die Bundesregierung hatte ein großes Interesse an der Fortführung des Reformkurses und wollte sich das erhoffte Endziel gerne etwas kosten lassen. „Der neue Anfang in der Tschechoslowakei, der Windstoß der Reform mit seinen Wirren und Verheißungen, bewegt ganz Europa. Wir sind da zuversichtlich; das kann und wird gelingen; und Nachbarschaftshilfe, falls irgendwann später gewünscht, braucht nicht auszu-bleiben³².“

Diese ‚Nachbarschaftshilfe‘ der Monopolkapitalisten ist konstitutives Element der ‚neuen Ostpolitik‘, einer Konzeption, die an die Stelle der gescheiterten Strategie des Überrollens der sozialistischen Länder, die Strategie der allmählichen ideologischen und politischen Aufweichung und Aushöhlung durch gezielte Einflußnahme setzt³³. Wie früher das ökonomische Korrelat zur ‚rollback‘-Konzeption die westliche Embargo-, Boykott- und Industriesabotagepolitik war, so versucht man heute die sozialistischen Länder ökonomisch vom Westen abhängig zu machen und sie durch gezielte Wirtschaftshilfen gegeneinander auszuspielen und zu entsolidarisieren. Bundestagspräsident Gerstenmaier brachte diesen Wandel zur Taktik auf eine kurze, zynische Formel: „An die Stelle der Angriffswaffe ist weithin das Geld getreten. Ein Staat, der sich nicht voller Illusionen auf die bereitwillige Honorierung seiner Friedensliebe, auf die selbständige Anerkennung seiner Rechtsansprüche und allenfalls auf die internationale Wirkung seiner Kultur verlassen will, der muß sich immer von neuem zu Initiativen entschließen³⁴.“

Wo diese Initiativen ansetzen mußten, machte William Griffith, ein Mitglied von Ex-Präsident Johnsons Braintrust, in einem Artikel in der westdeutschen Zeitschrift Europa-Archiv (13/68) deutlich: „Die technologische Lücke, heute schon ein ernstes Problem für die Tschechoslowakei, wird dort und in anderen osteuropäischen Ländern immer härter empfunden werden, was zu einem Rückgang des sowjetischen Prestiges führen wird. Die Ost-West-Kontakte in der Wirtschaft,

³⁰ zitiert nach Süddeutscher Zeitung vom 7. 8. 68.

³¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. 8. 68.

³² Zum Problem der ‚neuen Ostpolitik‘ siehe Beitrag von F. Hitzer in diesem Heft.

³⁴ In: Industriekurier, 2. 7. 66.

im Tourismus und auf anderen Gebieten werden zunehmen, besonders mit den stärker liberalisierten osteuropäischen Staaten. Das Land, dessen Einfluß in Osteuropa im kommenden Jahrzehnt vermutlich am meisten zunehmen wird, ist die Bundesrepublik Deutschland.“

F. J. Strauß hatte diese Situation für die BRD frühzeitig erkannt und auch die Taktik begriffen, daß „die wirtschaftliche Stärke des Westens“ bei den ökonomischen Schwierigkeiten des Ostens ansetzen müsse. Aber nicht mit der Absicht, diese Schwächen überwinden zu helfen, sondern der Westen „sollte nur solche Projekte unterstützen, die mehr der Auflockerung Europas als der wirtschaftspolitischen Stärkung der osteuropäischen Regimes dienen“. Und: „Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit sollte den kommunistischen Regimen nicht helfen, ihre Macht zu festigen und die Mängel und Lücken in ihrem System zu überwinden: Wirtschaftshilfe sollte an bestimmte Projekte gebunden sein, die diese Länder enger an den Westen als an den Osten binden. Die kommunistischen Regime sollten langsam abgebaut werden. Diesen Prozeß müssen wir fördern und unterstützen³⁵.“ Da das ökonomische Potential der BRD nicht ausreichen würde, um diese Strategie mit dem nötigen Erfolg durchsetzen zu können, sollte die EWG eingeschaltet werden: „Eine wichtige Aufgabe wäre es, wenn die EWG-Staaten, die ohnehin verpflichtet sind, bis 1970 eine gemeinsame Handelspolitik auszuarbeiten, mit Vorrang eine gemeinsame Politik für den Osthandel entwickelten^{36a}.“

Im Falle der CSSR mußte es die Bundesregierung mangels handelspolitischer Einigkeit unter den EWG-Ländern vorerst noch im Alleingang versuchen. Für die Taktik der ökonomischen Einwirkung hatte bereits 1966 der führende Osteuropaexperte im US-State-Department, Prof. Zbigniew Brzezinski, einen regelrechten Stufenplan bis hin zur Rekapitalisierung entwickelt: „Ganz allgemein gesprochen muß sich die ... wirtschaftliche Unterstützung Osteuropas von zwei grundlegenden Erwägungen leiten lassen: sobald ein Land seine äußere Unabhängigkeit von der Sowjetunion verstärkt oder größere innenpolitische Freiheiten gewährt, sollte es belohnt werden. Die Vereinigten Staaten sollten im entgegengesetzten Fall aber auch darauf vorbereitet sein, ihre Hilfsmaßnahmen einzustellen und Sondervergünstigungen ... nicht mehr zu gewähren (S. 190) ... Für die zukünftigen Beziehungen mit Staaten, die ihre nationale Eigenständigkeit wiedererlangt und bekräftigt haben, ist es daher wesentlich, daß der Westen auf eine allmähliche innere Liberalisierung und auf eine multilaterale Verflechtung dieser Länder mit der sich formenden europäischen Gemeinschaft drängt.“ (S. 199) Dazu ist es aber vorher nötig, die führende Rolle der kommunistischen Partei abzubauen: „Bei Ausdehnung des Ost-West-Handels sollte der Westen versuchen, den engen ideologischen Standpunkt der herrschenden kommunistischen Parteien auszuhöhlen ...“ (S. 188) Hätte man auf diese Weise

³⁵ F. J. Strauß, The Grand Design, London 1966.

^{36a} F. J. Strauß, Entwurf für Europa, 1966. S. 42.

erreicht, „daß diese Länder wieder Bestandteil Europas wenigstens erst einmal in dem Sinne werden, wie es die Bezeichnung ‚Zwischeneuropa‘ ausdrückt“ (F. J. Strauß), so stünde auch einem endgültigen Schritt in das imperialistische Lager nichts mehr im Wege: „Diese Länder übten ihre Souveränität wieder frei aus und könnten sich Westeuropa wirtschaftlich und selbst politisch anschließen“³⁶.“ (S. 139)

Die Bundesregierung hielt sich bei ihrem Vorgehen gegenüber der CSSR fast pedantisch an diesen Stufenplan. Erstes Etappenziel war zweifelsohne das Vortreiben der Reformen bis hin zu einer Art staatskapitalistischen Systems. „Mit staatskapitalistischen Marktwirtschaftlern, die nun die Planwirtschaftsideologen ablösen, kann man ein vernünftiges Wort reden. Mit marxistisch-leninistischen Doktrinären nicht. Die Völker, die diese Doktrinäre abschütteln, brauchen eine mit Westdevisen gepolsterte Hand“³⁷.“

Man rechnete in der BRD damit, daß Prag die wirtschaftliche Misere ohne westliche stand-by-Kredite nicht würde überwinden können. Von tschechoslowakischer Seite ließ man Interesse an einem Kredit von 400 bis 500 Mill. Dollar erkennen, wie Luigi Longo nach einer Prag-Reise erklärte. Radio Prag meldete am 17. Mai 1968 in seiner englischsprachigen Sendung, daß man die UdSSR um die Gewährung eines Kredits in harter Währung angegangen habe. Nachdem man der Sowjetunion großzügig die erste Chance gelassen habe, „kann dieses Land (die CSSR — F. S.) wirklich niemand beschuldigen, wenn es nun versucht, sich von der Kooperation mit der sozialistischen Welt zurückzuziehen“. Im Juli 68 reiste Ex-Wehrwirtschaftsführer Blessing für einige Tage nach Prag. Man habe sich in Prag „nicht nur über das schöne Wetter unterhalten“, wußte das ‚Handelsblatt‘ von dieser Reise zu berichten. Und der ‚Industriekurier‘ vom 18. 7. ergänzte: „Die Bemühungen der CSSR um westdeutsche Kredite sind auch nach unseren Informationen schon recht weit gediehen.“

Neben Blessing reisten Scheel, der CDU-Bundestagsabgeordnete Marx und eine Delegation des außenpolitischen Ausschusses des Bundestages (Epple, Müller-Hermann, Marx) nach Prag.

Eine weitere Schaltstelle für bundesrepublikanisch-tschechoslowakische Kontakte war die westdeutsche Handelsmission im Prager Hotel „Jalta“ unter der Leitung von Heipertz. ‚Christian Science Monitor‘ charakterisierte ihre Tätigkeit wie folgt: „Die westdeutsche Handelsmission leistet eine erfolgreiche Arbeit und hat Zugang zu offiziellen Persönlichkeiten in allen Ministerien.“

Neben diesen Kreditbeziehungen bereitete man in Bonn langsam die zweite Etappe der Einflußnahme vor mit dem Ziel der Verflechtung der CSSR mit kapitalistischen Wirtschaftsinstitutionen. Bei den Gesprächen Blessings in Prag, habe auch die Unterstützung „tschechischer Bemühungen um eine Mitgliedschaft im internationalen Währungsfonds (IWF)“ zur Diskussion gestanden, heißt es

³⁶ Z. Brzezinski, Alternative zur Teilung, Köln-Berlin 1966.
³⁷ Christ und Welt, 19. 4. 68.

im Handelsblatt. Und weiter: „Die CSSR wäre dann ... das erste ‚echte‘ Ostblockland im IWF ... und das wiederum könnte Vorbild für weitere Länder jenes Bereiches werden.“

Viele Anzeichen weisen darauf hin, daß die Tschechoslowaken im Begriffe waren, in die aufgestellte Falle zu gehen. Es gab einflußreiche Stimmen, die sich für das Verlassen der sozialistischen Front, für Neutralität und für Mitgliedschaft in kapitalistischen Wirtschaftsorganisationen aussprachen. Im Oktober 1967 wurde eine tschechoslowakische Gesellschaft für wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen mit der BRD gebildet. Ihr Vorsitzender, Dr. Antonín Šnejdarek, erklärte in einem Interview mit dem Deutschlandfunk am 28. 3. 68: „Es ist unmöglich für die Tschechoslowakei, jetzt auf einmal (!) neutral zu werden.“ Aber später „könnte es wirklich zu einer neutralen Zone in Europa kommen“. Im Juni 1968 führte Šnejdarek in Bonn Beratungen über die Entwicklung der westdeutsch-tschechoslowakischen Wirtschaftsbeziehungen. Der stellvertretende Direktor des Prager „Instituts für internationale Politik und Ökonomie“, Dr. Alexander Ort, setzte sich in einem Artikel in Svobodné Slovo (14. 5. 68) für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der BRD noch im Sommer 1968 ein. Mehrfach forderte er die Neubelebung der „Kleinen Entente“, zu der sich die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien nach dem Ersten Weltkrieg unter dem Patronat der Westmächte zusammengeschlossen hatten.

Aber auch die höchsten Regierungsstellen waren gegen die westlichen Verlockungen nicht gefeit. So erklärte Černík in der Pressekonferenz zur Regierungserklärung (15. 5. 68), der IWF-Beitritt sei zwar nicht aktuell, für die Zukunft aber nicht ausgeschlossen. Die CSSR möchte sich an internationalen Wirtschaftsorganisationen beteiligen. Ein Beitritt zur EWG sei nicht von der CSSR abhängig, sondern von deren Mitgliedern.

Die Verharmlosung des internationalen Klassenkampfes und Fehleinschätzung der Strategie des Imperialismus durch die tschechoslowakische Staatsführung wird wohl am deutlichsten in einer Erklärung Außenminister Hajeks (Četeka, 19. 6. 68), in der er darauf hinwies, daß „wir ... in den letzten Reden Willy Brandts realistische Elemente erkennen“; freilich sei es eine Tatsache, „daß Brandt ein Sprecher, aber nicht der einzige Schöpfer der westdeutschen Außenpolitik ist“. Dabei hätte er sich über den wahren Inhalt von Brandt-Reden sehr leicht informieren können: „Es ist unerträglich, daß Westdeutschland nun schon seit mehr als 20 Jahren ohne seine östlichen Provinzen existiert, die einmal seine Kornkammer waren“³⁸.“

³⁸ Rede Willy Brandts zum 100. Geburtstag von Rathenau, Berlin 68.

CSSR und ‚Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe‘ (RGW)

Offensichtlich glaubte man in der CSSR in einer Orientierung der Wirtschaft auf den kapitalistischen Weltmarkt den Schlüssel für die Lösung der eigenen wirtschaftlichen Probleme gefunden zu haben. Vielfach war in der CSSR der Verlust der „natürlichen“ Handelspartner im Westen sowie die Verflechtung mit dem RGW-Bereich, als Ursache für die wirtschaftliche Misere, bedauert worden. Der Handel mit westlichen Industrienationen betrug vor dem Krieg 65 Prozent des Außenhandels, mit den Ländern des heutigen RGW-Bereichs nur 15 Prozent. Heute ist das Verhältnis genau umgekehrt: 65 Prozent RGW, 20 Prozent Westhandel. Die Vertreter dieser Auffassung vergessen jedoch, daß die DDR trotz stärkerer Integration in den sozialistischen Weltmarkt 82 Prozent RGW-Markt, Westhandel nur 11,8 Prozent, infolge rechtzeitiger Reformen und Strukturmaßnahmen ihre ökonomischen Probleme weitgehend gelöst hat, die CSSR trotz ungünstiger Ausgangslage weit hinter sich gelassen hat (Durchschnittseinkommen in der CSSR ca. 400,—, DDR ca. 650,— Mark, bei etwa gleichen Lebenshaltungskosten) und nach einer Prognose des westdeutschen Forschungsbeirates im Jahre 1970 in der Pro-Kopf-Mengenproduktion das Niveau der Bundesrepublik eingeholt haben wird. Offenbar gibt man sich in Prag utopischen Vorstellungen über die Ausweitungsmöglichkeiten des Westhandels hin und vergißt, daß durch das ökonomische Gefälle bereits ein kurzfristig zu tilgendes Defizit von 400 und 700 Mill. Dollar gegenüber den kapitalistischen Ländern besteht und 1967 der Export in diese Länder aus Qualitäts- und Sortimentsgründen stagnierte (Rückgang 1 Prozent). Einschließlich des erhofften Westkredits von 400—500 Mill. Dollar hätte das eine Pro-Kopf-Verschuldung der tschechoslowakischen Bevölkerung zwischen 230,— bis 340,— DM ergeben.

Weiterhin übersieht man in der CSSR, daß der RGW-Bereich stabile und langfristig absehbare Absatz- und Bezugsmärkte für den CSSR-Außenhandel bietet. Insbesondere der Roh- und Brennstofflieferant UdSSR stellt eine wichtige Ergänzung zur Struktur der CSSR-Wirtschaft mit ihrer schmalen Rohstoffbasis dar und befreit sie von der Schwierigkeit, diese Einsatzstoffe gegen Westdevisen auf dem kapitalistischen Weltmarkt erwerben zu müssen. Die Erdölleitung ‚Družba‘, die Erdgasleitung ‚Bratstvo‘ und das Energieverbundnetz ‚Mir‘ sind die entscheidenden Posten in der tschechoslowakischen Energiebilanz. Die UdSSR deckte 1967 den Import an Erdöl zu 99,5 Prozent, an Eisenerz zu 84 Prozent, an Kunstkauschuk zu 63 Prozent, an Buntmetallen zu 53 Prozent und an Baumwolle zu 54 Prozent. Bei den importierten Lebensmitteln betrug der Anteil der UdSSR bei Weizen 91 Prozent, Futtergerste 96 Prozent, Schlachtvieh und Fleisch 38 Prozent (1966). Die Sowjetunion ist Hauptlieferant von Walzmaterial, Werkzeugmaschinen und Dieselloks.

Häufig taucht in der bürgerlichen Presse der Vorwurf auf, die SU wäre bei den Handelsbeziehungen im RGW-Bereich nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht,

würde ihr ökonomisches Übergewicht mißbrauchen und die übrigen RGW-Länder in imperialistischer Weise ausbeuten. Von trotzkistischer Seite wird diese Argumentation dankbar aufgenommen und als ‚Sozialimperialismus‘ propagiert. Abgesehen von dem fehlenden Nachweis der sozioökonomischen Grundlage eines angeblichen Imperialismus in der UdSSR, ist dieser Vorwurf von Sachkenntnis gänzlich ungetrübt und beweist bestenfalls den Antikommunismus seiner Urheber. Die zuständigen tschechoslowakischen Stellen scheinen jedenfalls anderer Ansicht zu sein. So erklärte František Stransky, Sekretär des ständigen Repräsentanten der CSSR im RGW, daß bei der Preisbildung innerhalb des RGW von den von Konjunktüreinflüssen geregelten Preisen der wichtigsten Weltmärkte ausgegangen würde, „wobei nur die Hälfte der Transportkosten in der Relation zum Hauptweltmarkt einkalkuliert wird. Bei Einkäufen großer Mengen bedeutet dies einen ansehnlichen Vorteil für die CSSR“.⁹⁹

Weitere Vorteile ergäben sich daraus, daß die Preise für die ganze Periode langfristiger Abkommen gelten. So waren beispielsweise die Weltmarktpreise für Körnerfrüchte 1966 um 8 Prozent höher als 1958: „Was wir in den vergangenen Jahren zu fühlen bekamen, als wir mehr als 3 Millionen Tonnen Körnerfrüchte auf den kapitalistischen Märkten kaufen mußten.“ Weitere Preise, die in der gleichen Zeit auf den kapitalistischen Märkten gestiegen waren: Wolle + 16 Prozent, Erze + 10 Prozent, NE-Metalle + 78 Prozent. Die Preise für Brennstoffe waren um 8 Prozent gefallen. Trotzdem war es für die CSSR weit günstiger, sowjetisches Rohöl zu beziehen. Nach Berechnungen tschechoslowakischer Wissenschaftler kostet 1 Tonne sowjetisches Erdöl einschließlich der Beförderung zum Ort der Verarbeitung, dem Kombinat ‚Slovnaft‘, 273,52 Kronen. Erdöl aus dem Iran würde nach ihren Angaben bei weitem teurer sein, nämlich 408,62 Kronen pro Tonne.

In der Tat dienen im RGW-Handel die Preisrelationen des Weltmarkts als Grundlage, da bisher noch kein eigenes Preissystem entwickelt werden konnte. Um die ständigen Schwankungen bei Export- und Importpreisen zu verhindern, werden die durchschnittlichen Marktnotierungen eines bestimmten Zeitraums als konstante Preise angenommen, die für eine Reihe von Jahren Gültigkeit haben. Inzwischen muß sogar die Zeitschrift ‚Osteuropäische Rundschau‘ (Nr. 7/68) des CIA-Senders Radio Free Europe zugeben, daß sich die Handelsbedingungen dabei zuungunsten der Sowjetunion entwickeln. Als Rohstoff-, Brennstoff-, Getreidelieferant muß sie die sich zunehmend verschlechternden Austauschrelationen — Terms of Trade — hinnehmen, wie sie sich im Handel kapitalistischer Industrienationen mit den Rohstoffländern der Dritten Welt als Folge neokolonialistischer Ausbeutung entwickeln. So waren 1966 nach der Preisangleichung im RGW-Bereich die sowjetischen Exporte in diese Länder wertmäßig geringer, obwohl das Volumen mengenmäßig gestiegen war, und die Sowjetunion konnte

⁹⁹ ‚Außenhandel der Tschechoslowakei‘, Prag, 1/1968.

weniger Fertigwaren im Austausch für ihre Lieferungen importieren. Hinzu kommt, daß sie für ihre hochwertigen Rohstoffe als Gegenleistung immer kostspieligere Maschinen und Gebrauchsgüter erhielt, die auf dem westlichen Weltmarkt nicht, oder nur zu stark reduzierten Preisen abgesetzt werden könnten. So „... exportiert die Tschechoslowakei eine große Anzahl von Industriewaren, die wegen ihrer — nach Maßstäben des Weltmarktes — unzureichenden Qualität nur im Comecon-Bereich abgesetzt werden können⁴⁹.“ Sowjetische Stellen ließen denn auch verlauten, daß man in Zukunft qualitätsbewußter auftreten und Waren unter der Qualitätsnorm nur bei einem entsprechenden Rabatt akzeptieren werde.

Im Handel mit der CSSR wird die Sowjetunion allerdings in der nächsten Zeit auf eine gewisse Kulanz bedacht sein müssen. Die ökonomische Situation ist derart verfahren, daß sie wohl ohne solidarische Hilfe durch das sozialistische Lager nicht gelöst werden kann. Durch die Anwesenheit der Truppen des Warschauer Vertrages sind zunächst nur den Spekulationen der Kapitalisten auf leichte politische Gewinnmitnahmen bei der tschechoslowakischen Aktie ein Ende gesetzt und die äußeren Bedingungen eines weiteren sozialistischen Weges gesichert. Die Lösung der anstehenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme muß jedoch in erster Linie von den Tschechoslowaken selbst erfolgen. Sie wird um so schwieriger sein, als gegenwärtig die KPC ihre Avantgardefunktion infolge eigener Konzeptionslosigkeit und innerer Zerissenheit nicht wahrnimmt. Die Aufgabe der Kommunisten besteht darin, klare Vorstellungen für die Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie zwischen den Polen ‚Rückfall in den Dogmatismus‘ und ‚revisionistisch-bürgerliche Liberalisierung‘ zu erarbeiten und bei der Verwirklichung die bewußte Mitarbeit des Volkes zu aktivieren und organisieren.

⁴⁹ Neue Züricher Zeitung, 29. 6. 68.

Friedrich Hitzer

Imperialistische Strategie und die Ereignisse in der CSSR

Die linken Kritiker der verbündeten Warschauer Paktstaaten haben sich frühzeitig der falschen Koalition mit den reaktionären Kräften der Bundesrepublik entziehen wollen. Wenn sie diesen Kräften, den Befürwortern der amerikanischen Aggression in Vietnam und Verbündeten aller militärischen und faschistischen Regimes Heuchelei vorwerfen und das Recht verwehren, in der tschechoslowakischen Frage mitzureden, so verkennen sie die Tatsache, daß diese Kräfte die Macht haben, mitzureden und als Vertreter des Großkapitals ihr Interesse wahrnehmen, auch mit Gewalt zu handeln.

In der politischen Auseinandersetzung spielt die Verwertbarkeit prinzipieller Meinungsverschiedenheiten unter verbündeten Kräften eine entscheidende Rolle. Hier ist nun freilich zu fragen, ob das militärische Vorgehen des 21. August die Ursache für die daraufhin eintretenden Reaktionen war. Im historischen Prozeß, der sich vielfältig und widersprüchlich in Menschen, Organisationen und politischen Strömungen spiegelt, ist kein historischer Einschnitt Ursache für die Folgen, sondern Schnittpunkt verschiedener Kausalketten, die das verschärfen und grell hervortreten lassen, was vorher latent vorhanden war. Der 21. August verdeutlichte Positionen, die sich erneut im historischen Prozeß bewähren müssen. Die Widersprüche des Imperialismus werden sich verschärfen, und in gleichem Maß werden die Bekenntnisse zum „wahren“ Sozialismus zunehmen. Aber nicht die bloßen Bekenntnisse zum Sozialismus werden zählen, sondern das praktische Verhalten im internationalen Klassenkampf.

In einer Welt, in der kapitalistische Staaten nur noch international operieren und auf die nationale „Unabhängigkeit“ einen Pfifferling geben, wenn es dem Kapital nützt, käme die „Unabhängigkeit“ sozialistischer Staaten voneinander einer Kapitulation gleich. Schon in der Kritik des Gothaer Programms von Marx/Engels wurden die internationalen Zusammenhänge des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse beschrieben: „Es versteht sich ganz von selbst, daß, um überhaupt kämpfen zu können, die Arbeiterklasse sich bei sich zu Hause organisieren muß als Klasse, und daß das Inland der unmittelbare Schauplatz ihres Kampfes ist. Insofern ist ihr Klassenkampf, nicht dem Inhalt, sondern, wie das ‚Kommunistische Manifest‘ sagt, ‚der Form nach‘ national.

Aber der ‚Rahmen des heutigen nationalen Staates‘, z. B. des Deutschen Reichs, steht selbst wieder ökonomisch ‚im Rahmen des Weltmarkts‘, politisch ‚im Rahmen des Staatensystems‘. Der erste beste Kaufmann weiß, daß der deutsche Handel zugleich ausländischer Handel ist, und die Größe des Herrn Bismarck besteht ja eben in seiner Art internationaler Politik.“¹

Im staatlich organisierten Monopolkapitalismus ist das Kapital in einem Maß international organisiert wie nie zuvor. Für die verbündeten sozialistischen Länder, wie für die sozialistische Bewegung überhaupt, kann deshalb als erstes Kriterium der Beziehungen nicht die nationale Unabhängigkeit, sondern der proletarische Internationalismus gelten.

Man wird fragen, ob es keine Anmaßung sei, über die komplizierten Vorgänge in einem Land von außen her besser urteilen zu können als etwa die von einer Massenbewegung getragene Führung, als die Tausende von Menschen, die nach dem 21. August bestürzt, verletzt und verwirrt fragten — „warum seid ihr gekommen, bei uns gibt es keine Konterrevolution“. Die Spontaneität einer Massenbewegung hat ihre Impulse, die sehr unterschiedlich sein können. Durch die Spontaneität der Massen allein ist die sozialistische Macht nicht gesichert.

Die tschechoslowakische Entwicklung lehrt unter anderem, daß sich der Sozialismus nicht im Vakuum der weltpolitischen Konflikte entfalten kann, sondern an den objektiven Machtverhältnissen zwischen Sozialismus und Imperialismus zu messen ist. Die Beurteilung revolutionärer und konterrevolutionärer Kräfte in der CSSR muß von diesen Machtverhältnissen innerhalb und außerhalb des Landes ausgehen. Dieses Kriterium, das Kriterium des Internationalismus ist die Voraussetzung für den, der sich auch über die komplizierten Vorgänge eines anderen Landes ein Urteil bilden muß.

Der Kampf zwischen Imperialismus und Sozialismus

Die bürgerliche Presse hat in ihre Propaganda einen Teil des antiautoritären Vokabulars übernommen: da gibt es auf der einen Seite die „demokratischen“, „wahren“, „humanen“, „reformerischen“, auf der anderen Seite die „bürokratischen“, „stalinistischen“, „orthodoxen“ und „konservativen“ Sozialisten. An der Sowjetunion und ihren Verbündeten zeigt sich die Absicht, zu verwirren, besonders deutlich: das eine Mal wird ihr vorgeworfen, sie sei gegen den „Reformkommunismus“, das andere Mal wird sie der Komplizenschaft mit den USA bezichtigt. Bei alledem herrscht die Meinung vor, die beiden Weltmächte hätten sich eben bei Jalta den Globus in Einflußsphären aufgeteilt und würden nun in ihren jeweiligen Einflußsphären Polizei spielen, wenn's nützt. Hier wird Macht gleich Macht gesetzt, zumeist weil die Technik und Mittel der Macht im

¹ Marx/Engels, Band 19, S. 23, 24.

Denken der Menschen dominieren. Erst eine grundsätzliche Klärung des weltpolitischen Kräfteverhältnisses macht die Vorgänge in der CSSR begreifbar. Unter Linken besteht Einigkeit darüber, daß wir in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus leben, Uneinigkeit über die Strategie und Taktik der sozialistischen und imperialistischen Kräfte, die Rolle der einzelnen kapitalistischen und sozialistischen Länder und die Schwerpunkte der Auseinandersetzungen.

Karl Marx hat nachgewiesen, daß der Kapitalismus nur bestehen kann, wenn er sich ständig ausdehnt. Profit, Konzentration des Kapitals und Expansion bestimmen das Wesen des kapitalistischen Systems, in welchen Formen es sich auch entfalten mag. Man muß heute kein Marxist sein, um zu erkennen, daß diese objektiven Faktoren die „Bourgeoisie über die ganze Erdkugel jagen. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.“² Aber wie sieht diese Erdkugel heute aus? Das sozialistische Welt-system und die revolutionäre Befreiungsbewegung haben der dem Weltkapitalismus innewohnenden Expansion Grenzen gezogen, die immer enger werden. Das Kapital muß sich aber ausdehnen und drängt deshalb nach einer beständigen Überwindung der ihm gezogenen Grenzen. Durch die Herausforderung des Sozialismus ist der Kapitalismus jedoch gezwungen, seine Strategie nach innen und außen ständig zu wechseln.

Ein entscheidendes Kriterium in der gegenwärtigen kapitalistischen und sozialistischen Entwicklung besteht darin, daß der qualitativ und quantitativ gewaltige Fortschritt der Produktivkräfte unaufhörlich gesteigert wird und nach einem planvollen, vernünftigen Einsatz drängt. Im Kapitalismus vergrößern sich aber die Widersprüche mit der wissenschaftlich-technischen Revolution, weil jene an die Grenzen der Produktionsverhältnisse stößt. Unter kapitalistischen Bedingungen führt deshalb die permanente Revolution der Wissenschaft und Technik zu sozialer Unsicherheit, zu Krisen, Depressionen, zur Politik der Expansion und zum Krieg.

Dieser klassische Teufelskreis des Kapitalismus in seiner imperialistischen Phase ist durch die Existenz des sozialistischen Weltsystems modifiziert worden. Hierbei spielt das Potential der UdSSR und ihrer verbündeten sozialistischen Industrie-Agrarländer die entscheidende Rolle. Die zumeist innenpolitisch bedingten Konflikte innerhalb des sozialistischen Weltsystems, die sich ideologisch äußern — etwa im Maoismus, Fidelismus, Revisionismus usw. — ändern nichts an der Tatsache, daß der Imperialismus angesichts des Potentials der UdSSR und ihrer Verbündeten Selbstmord beginge, wenn er diese Grenzen in direktem Angriff überschritte. Da die Anwendung des heutigen militärischen Potentials einem Selbstmord der Menschheit gleichkäme, kann der Ausgangspunkt für die Bekämpfung des Imperialismus nur die Koexistenz sein. Die friedliche Koexistenz be-

² Marx/Engels: Werke, Band 4, S. 465.

deutet aber keineswegs eine Aufgabe des Klassenkampfes: sie ist seine notwendige Form unter den gegenwärtigen Bedingungen.

John F. Kennedy's „Aufbruch zu neuen Horizonten“ war die Antwort auf diese neuen Bedingungen des internationalen Klassenkampfes. Die Politik des frontalen Antikommunismus war gescheitert. Auf die Politik der friedlichen Koexistenz mußte die entsprechende imperialistische Antwort gefunden werden: man entwarf die Politik der „Entspannung“.

Da nun dieser Politik nahezu alle äußeren Kennzeichen des Kalten Krieges fehlten, meinten sowohl Vertreter der antiautoritären Bewegung als auch einige Exponenten des Kalten Krieges, daß sich die sozialistischen Staaten Europas, vor allem aber die UdSSR und die USA über die restliche Welt einigen würden. Man nahm lediglich die Verschärfung des Klassenkampfes in der Dritten Welt wahr. Dabei stand und steht die Verschärfung dort in engem Zusammenhang mit der Zuspitzung des Kampfes in Europa, wenngleich es sich hier um andere Formen der Auseinandersetzung handelt.

In Europa ist der Imperialismus heute bestrebt, den sozialistischen Staatenverband aufzuspalten und von innen her aufzurollen. In der ersten Etappe wäre hier mit militärischen Mitteln nichts auszurichten. Die Aggression in Vietnam ist aber der Beweis dafür, daß der Imperialismus dort mit allen Mitteln zuschlägt, wo er kann. Die Loslösung eines wirtschaftlich, politisch und strategisch so wichtigen Landes wie etwa der CSSR würde folgerichtig einer Schwächung des sozialistischen Weltsystems und der revolutionären Befreiungsbewegung gleichkommen und einem möglichen militärischen Abenteuer des Imperialismus Vor Schub leisten. Denn das Potential der entwickelten sozialistischen Länder mit der UdSSR als ihrem Kernstück ist auf Grund der vorhandenen Produktivkräfte allein imstande, der technischen Perfektion des Imperialismus die Stirn zu bieten. Diese Länder stellen unter anderem auch die Basis für jede nationale und revolutionäre Befreiungsbewegung. Das gilt für den Kampf des vietnamesischen Volkes wie für den sozialistischen Aufbau Cubas. Der Imperialismus kann also gar nicht umhin, eine globale Antwort auf die hier bestehende Herausforderung zu finden.

Zbigniew Brzezinski, einer der führenden Ostexperten der USA und der außenpolitische Berater von John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson gab diese Antwort in dem Buch „Alternative zur Teilung“ (Köln. 1966). Die „neuen Möglichkeiten für eine gesamteuropäische Politik“ stellen nichts anderes dar, als die Globalstrategie des amerikanischen Imperialismus gegenüber den sozialistischen Ländern Europas. Dieses Buch straft jede Spekulation von einer Komplizenschaft zwischen der UdSSR und den USA Lügen.

Auch die Bonner Politik der „Entspannung“ ist nur als ein Teil der amerikanischen Globalstrategie zu begreifen. Die Umstellung der Bonner Regierung von der Kalten Kriegs- zur Entspannungsstrategie war, wie wir sehen werden, mit Schwierigkeiten verbunden. Das Bedürfnis nach einer globalen Strategie

gegenüber dem sozialistischen Lager war zwar vorhanden, da die Strategie des Kalten Krieges gescheitert war. So meinte etwa Hallstein vor dem Europäischen Parlament in Straßburg: „Wer zweifelt daran, daß die in dieser raschen Steigerung des wirtschaftlichen Potentials sich ausdrückende Kraft nicht, wenn die Zukunft dafür reif ist, benutzt werden wird, . . . um dem nach kommunistischer Vorstellung ohnedies dem Untergang geweihten kapitalistischen Wirtschaftssystem ein Ende zu machen, und zwar ohne Krieg? Gegenüber dieser Gefahr versagt die kleine technische Routine des Alltags. Es gibt nur eine gültige Antwort darauf: Gemeinsames Handeln, und zwar ohne Verzug.“³ Hallstein suchte offenkundig die Antwort in den ihm gewohnten Formen des Kalten Krieges oder der frontalen Block-zu-Block-Politik. Nur vor dem historischen Hintergrund ist es deshalb begreifbar, warum schließlich auch in Bonn die amerikanische Politik des „Brückenschlags nach Osten“ Anerkennung fand.

Die imperialistische Strategie und der Zweite Weltkrieg

Die USA, England und Frankreich der 30er Jahre waren zweifellos bürgerliche Demokratien, was jedoch ihren imperialistischen Charakter nicht ausschloß. Ihre Ablehnung einer von der UdSSR angestrebten Anti-Hitler-Koalition brachte zum Ausdruck, daß sie das faschistische Deutschland als Stoßkraft zur Vernichtung des ersten sozialistischen Landes benutzten. In den ersten Tagen nach dem Überfall des deutschen Faschismus auf die Sowjetunion äußerte sich noch Lord Brabazon of Tara, Mitglied des britischen Kabinetts, vor der Öffentlichkeit, die Westmächte sollten militärisch inaktiv bleiben und abwarten, bis die Deutschen und Russen sich gegenseitig erschöpft hätten.⁴ Auch Harry S. Truman hatte sich seinerzeit in ähnlicher Weise geäußert. Dasselbe Ziel verfolgten die konservativen Vertreter der amerikanischen und britischen Großbourgeoisie. Der Pressekonzern von Randolph Hearst ließ sogar eine unverhüllte Sympathie für den antibolschewistischen Feldzug Hitlers durchblicken — Sympathien im übrigen, die die politische Linie des Imperialismus der 30er Jahre kennzeichnete.

Mit Roosevelt und Churchill konnte sich jedoch jener Teil des Großkapitals durchsetzen, der genau erkannt hatte, daß ein Sieg der Faschisten über die Sowjetunion ihre eigene Position auf dem Weltmarkt gefährdet hätte. Schließlich strebte Hitler-Deutschland eine Weltmachtstellung an. Lord Alanbrooke, Chef des britischen Generalstabs und Spiritus rector der westlichen Militärstrategie, schrieb im Oktober 1943 — also vor der Entscheidung in Stalingrad — in sein Tagebuch: „Die Nachrichten aus Rußland waren nach wie vor der entscheidende Punkt, um den sich unsere ganze Strategie bewegte. Brach Ruß-

³ Bonner Korrespondenz, 1960, Nr. 46/47, S. 4.

⁴ Isaac Deutscher. Stalin. 1962, S. 502.

land zusammen, dann war es mit allen unseren strategischen Plänen vorbei.“⁵ Vorbei wäre es auch mit dem britischen Weltreich gewesen, denn Alanbrooke wußte, daß sich nach einem Sieg der Faschisten an der Ostfront die Armeen aus Rußland und Nordafrika bei den Ölquellen Großbritanniens vereinigt und somit die Hauptschlagader des Empires durchschnitten hätten. Einer weiteren Vereinigung mit dem japanischen Imperialismus, dessen Kriegsschiffe seinerzeit bereits Ceylon belagerten, wäre nichts mehr im Wege gestanden. Das Commonwealth wäre auf die Mutterinsel zusammengeschrunpft, die Japaner hätten nun freie Hand im Pazifik gehabt und bei der deutschen Kontrolle des Atlantik durch U-Boote wäre auch der amerikanische Imperialismus auf absehbare Zeit stark eingegrenzt worden.

Mitnichten hatten Roosevelt und Churchill in Jalta Josef Stalin ganze Gebiete „in den Rachen“ geworfen, wie das die reaktionäre und faschistische Geschichtsschreibung wissen will: der deutsche Faschismus war in erster Linie durch die Sowjetunion zerschlagen worden. Das antifaschistische Bündnis zwischen den imperialistischen Mächten und der Sowjetunion konnte auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit der Zerschlagung des Hitlerfaschismus auch den imperialistischen Plänen der 30er Jahre ein vernichtender Schlag versetzt worden war. Dem Imperialismus waren nun im Ganzen neue Grenzen gezogen. Konnte er sich damit zufrieden geben?

In Walter Lippmanns 1945 erschienenem Buch „Über die Kriegsziele der USA“ — also ein Jahr vor Außenminister Burns' und Churchills Reden über den „Eisernen Vorhang“ — wird das Grundschema der imperialistischen Blockpolitik der Nachkriegsära umrissen, die bereits das Bündnisystem der NATO erkennen läßt. In der „Prawda“ vom 20. 4. 1945 hieß es dazu: „Wenn Herr Lippmann seine ganze Konzeption gut durchdenkt, dann ist er selbst gezwungen, einzugestehen, daß seine Aufteilung der Welt in gigantische, militärisch-politische Blöcke der von ihm ebenfalls gestellten Aufgabe, einen dauerhaften und langwährenden Frieden zu errichten, zuwiderläuft . . . Die Atlantische Gemeinschaft stellt einen solchen riesigen militärisch-politischen Block dar, daß er innerhalb der internationalen Sicherheitsorganisation keinen Platz findet. Wenn Herr Lippmann behauptet, daß es für die Atlantische Gemeinschaft unerträglich wäre, wenn ein Teil Deutschlands zum russischen Block käme, möchte er nicht nur seine Rechnung machen, sondern schlägt einen Plan vor, der die Beziehungen zwischen den Großmächten kompliziere.“

Der Plan wurde Wirklichkeit. Er konnte zu jener Zeit noch nicht in der Massenpropaganda eingesetzt werden. Das verbot die innenpolitische Lage der Westmächte und ihre Glaubwürdigkeit vor der Weltöffentlichkeit. Die Bevölkerung mußte erst allmählich auf den Antikommunismus „umgeschult“ werden, der aus begreiflichen Gründen während des Krieges abgebaut worden war.

⁵ Arthur Bryant, Sieg im Westen. Aus den Kriegstagebüchern des Feldmarschalls Lord Alanbrooke. Düsseldorf, 1960, S. 63.

Die Öffentlichkeit erfuhr seinerzeit nichts davon, daß die USA 1945 vereinbarte Leih-Pacht-Lieferungen an die vom Krieg schwer angeschlagene Sowjetunion einstellte und die westlichen Zonen Deutschlands für die gemeinsam vereinbarten Reparationen an die UdSSR schloß. In der Öffentlichkeit propagierten die ökonomisch erstarkten USA Kapitalhilfe an das vom Krieg zerstörte Europa in der Form des Marshallplans. Auch den osteuropäischen Ländern wurde er angeboten und es war damals wahrhaftig nicht einfach zu durchschauen, daß die am antifaschistischen Kampf beteiligte US-Regierung damit etwas anderes als einen wirtschaftsimperialistischen Plan verfolgte. Gerade in der Tschechoslowakei führte dies zu heftigen Auseinandersetzungen. Hier gab es von den Masaryk- und Benesch-Anhängern bis in die Reihen der KPC selbst eine Front, die den Marshall-Plan zu den amerikanischen Bedingungen übernommen hätte. Diese Auseinandersetzungen führten 1948 zu den Massendemonstrationen der Arbeiterschaft unter der Führung der KPC, die die sozialistischen Grundlagen der CSSR sicherten⁶.

Zbigniew Brzezinski läßt unmißverständlich erkennen, was die amerikanische „Wirtschaftshilfe“ von damals bedeutete und heute anstrebt: „Als Antwort auf die Einladung, dem Marshall-Plan beizutreten, schlug Molotow 1947 vor, einzelnen kommunistischen Staaten Hilfe zu leisten und diesen die freie Verwendung der gewährten Mittel zu überlassen. Dieser Vorschlag war damals inakzeptabel, und es gibt keinen Grund zu der Annahme, daß er heute akzeptabel wäre.“

Natürlich ist Wirtschaftshilfe für den Imperialismus inakzeptabel, und der Marshallplan war nichts anderes als mit Hilfe wirtschaftlicher Mittel die Herrschaft des Kapitals mit allen Folgen zu sichern. Man konnte sich ausrechnen, daß die vom Faschismus stark zerstörte Sowjetunion als großer Bündnispartner kleiner sozialistischer Länder nicht den reichen Onkel spielen konnte, der den sozialistischen Aufbau mit möglichst viel Spenden unterstützte. Es ist ebenso unbestreitbar, daß diese erschwerten Voraussetzungen einer Abwehr des Imperialismus mit den Deformationen der letzten Stalinperiode zusammenfielen.

Die wirtschaftlichen und politischen Probleme sollten jedoch auch unter dem Gesichtspunkt der amerikanischen Rüstungspolitik gesehen werden. Noch 1962 argumentierte der damalige Senator Hubert Humphrey, daß „größere Rüstungsanstrengungen der USA die Sowjetunion zwingen würden, „mehr für ihre Rüstung aufzuwenden.“ Da die Sowjetunion kapitalschwach sei, würde die Rüstungsverstärkung ihre Wirtschaft gefährden. „Die Unordnung der sowje-

⁶ Ein Merkmal der konterrevolutionären und revisionistischen Strömungen in der CSSR der letzten Monate war die Diskreditierung der Entscheidungen des Jahres 1948. Jan Prochazka, Mitglied des ZK, äußerte in einem Interview mit der Agence France Presse, daß die Tschechoslowakei zwanzig Jahre lang keine eigene Außenpolitik gehabt habe und fügte hinzu: „Im Jahr 1948 haben wir den Zug versäumt“ (SZ vom 10. 5. 68). Es sei hier nur am Rande erwähnt, daß in der „freien Presse“ der Periode nach dem Januar Prochazka von führender tschechoslowakischer Seite nicht widersprochen wurde, dagegen einer TASS-Erklärung, die sich mit Prochazkas Meinung kritisch auseinandersetzte.

⁷ Z. Brzezinski. Alternative zur Teilung, s. o., S. 189.

tischen Wirtschaft aber würde zu internen Spannungen führen, die dem Westen nur wünschenswert sein könnten⁸.“ Nach demselben Muster ist der Beamte des Pentagon Henry Rowans zu verstehen, der 1961 erklärte, neben dem Aufbau einer starken Militärmacht der USA sei „wirtschaftlicher Druck auszuüben, der soziale Unruhen in dem sowjetischen System erregt⁹.“

Der amerikanische Imperialismus nutzte zunächst sein Potential einerseits zu einem raschen Aufbau kapitalistischer Überflußgesellschaften, andererseits zur massiven antikomunistischen Politik der militärischen Einkreisung und eines konsequenten Wirtschaftsembargos. Schon 1946 wurde von der US-Regierung ein Ausfuhrverbot angeblich strategisch bedeutsamer Waffen eingeführt. Zeitweilig gelang es der amerikanischen Regierung den Export in die sozialistischen Länder völlig zu unterbinden. Sie verlangte über die vom US-Imperialismus beherrschten internationalen Organisationen von allen kapitalistischen Ländern, sich der Handelsblockade anzuschließen. (Dieser Handelskrieg wird heute gegen Cuba, teilweise gegen China geführt.)

Gerade die von den Herrschenden der USA aufgerüsteten deutschen Imperialisten hielten sich in ihren auf die Macht des amerikanischen Imperialismus gesetzten und durch ihn gleichermaßen kontrollierten Plänen besonders streng an die antikomunistische Strategie und Taktik. Hier gab es auch genug Spezialisten in Wirtschaft, Verwaltung und Politik, die in der Bekämpfung des Kommunismus hervorragende Leistungen aufzuweisen hatten, sei es noch aus der Weimarer Republik oder der Zeit des Hitlerfaschismus. Noch bis 1962 spekulierte Adenauer auf das Wirtschaftsembargo, als er die Lieferung westdeutscher Röhren an die UdSSR torpedierte, eine Spekulation, die indessen lediglich japanischen und englischen Konzernen nützte.

Die führenden Kreise des internationalen Großkapitals rechneten mit den nationalistischen, antikomunistischen und antirussischen Strömungen, die in fast allen osteuropäischen Ländern auf eine lange Vorgeschichte zurückblicken konnten. In der Massenpropaganda wurde die „freie Welt“, das „Abendland“ dem „totalitären“ kommunistischen Regime gegenübergestellt, von der man annahm, daß sie in den Mangelwirtschaften der sozialistischen Länder als Leitbild wirksam werden könnten.

In der ersten Phase des Kalten Krieges lautete die außenpolitische Doktrin des Imperialismus „Eindämmung“ des Kommunismus (nach G. F. Kennan), da man es inzwischen verstanden hatte, die Befreiung der osteuropäischen Länder vom Faschismus als „Besetzung“ der UdSSR zu denunzieren. Der Koreakrieg markierte den ersten Versuch, in einem militärischen Direktgang die für den Imperialismus verlorenen Gebiete wiederzuerobern. Der Versuch scheiterte. Da der Koreakrieg jedoch als „kommunistische Aggression“ hingestellt wurde,

⁸ F. Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus. 1965, S. 235.
⁹ ebenda, S. 235.

bot dies eine folgerichtige Weiterentwicklung von der Politik der „Eindämmung“ zur Politik des „Zurückrollens“ unter John F. Dulles.

Diese Strategie fiel in die unmittelbare Zeit nach Stalins Tod, in der man auf tiefgreifende Erschütterungen innerhalb des sozialistischen Weltsystems setzte. Diese Erschütterungen sollten zu schnellen „revolutionären“ Umwälzungen führen. Höhepunkt jener Entwicklung waren die Ereignisse von 1956 in Polen und Ungarn, bei denen es sich — woran inzwischen nicht mehr gezweifelt werden kann —, um eine eindeutig antisozialistische Erhebung handelte.

Vom Kalten Krieg zum „Brückenschlag nach Osten“

Die amerikanischen Imperialisten hatten danach anhaltende Schwierigkeiten mit ihren sonst so gehorsamen Lehrlingen in Bonn. Jene nahmen nach wie vor an, daß „eine Politik der Pressionen und der Isolierung die Auflösung des kommunistischen Blocks beschleunige (diese Ansicht gab Dulles 1957 endgültig auf), oder daß, wenn sich diese Auflösung in einem einzelnen kommunistischen Land vollziehe, die Sowjetunion nicht mehr den Status quo ante herstellen könne (wie dies 1956 in Ungarn geschehen war)¹⁰.“

Brzezinski, der seinen antikomunistischen Fanatismus kaltblütig zu artikulieren versteht, rügt die Vertreter des „heiligen antikomunistischen Feldzuges“ in der BRD: „Hier wird der Osten als homogener, monolithischer, von Moskau beherrschter Block gesehen, in dem Osteuropa eher eine Bedrohung des Westens als das Gegenteil darstellt. Daher werden alle Bemühungen, die Beziehungen zum Osten zu verbessern, abgelehnt. Man bringt diese mit dem ‚weichen‘ Kurs in Verbindung, der seit 1961 in Washington herrschte (die Kennedy-Strategie. F. H.) und behauptet, der Westen könne nur durch einen anhaltenden Druck auf den Osten und den gleichzeitig stattfindenden Aufbau eines mächtigen Europas seine Ziele erreichen¹¹.“

Man erinnere sich an die Klagelieder in der Springer-Presse und Kreisen der CDU/CSU über eine „russisch-amerikanische“ Einigung in der Deutschlandfrage. Brzezinski weist dies entschieden zurück: „Eine ‚harte‘ Politik (gegenüber den sozialistischen Ländern) würde ... die deutsch-amerikanischen Beziehungen trüben und die osteuropäischen Staaten stärker in die Arme der Sowjetunion treiben, die dann ihre Stellung an der Elbe weiter festigen könnte¹².“ In der „Entspannungspolitik“ müsse, wie Brzezinski betont, „die schöpferische Initiative vom Westen, insbesondere von den Vereinigten Staaten, ausgehen^{13 14}.“

¹⁰ Alternative zur Teilung, S. 134–35.

¹¹ Alternative zur Teilung, S. 134.

¹² Alternative zur Teilung, S. 136.

¹³ Alternative zur Teilung, S. 14.

¹⁴ Nachdem die westdeutsche Variante der imperialistischen Politik der „Entspannung“ — die „neue Ostpolitik“ — am 21. August 1968 scheiterte, ist es nur zu begreiflich, daß der CDU-Minister Stücklen verzweifelt meinte, es wäre nun doch gleich besser, wenn die BRD der 51. Staat der USA werde.

Die „Rückkehr der Weltpolitik nach Europa“ (Brzezinski) war für den Imperialismus lebensnotwendig. Die Antwort auf die Politik der friedlichen Koexistenz wurde in der Politik des „Brückenschlags nach Osten“ gefunden.

Wer von einer Komplizenschaft zwischen den USA und der UdSSR spricht, verkennet den Charakter der gegenwärtigen Auseinandersetzungen. Brzezinski: „Die Entspannung stellt unvermeidlich die sowjetische Herrschaft in Osteuropa in Frage. Eine Zeit längerer Stabilität mit den ideologischen Veränderungen eines ‚friedlichen Übergangs zum Sozialismus‘ . . . demoralisiert sogar die kommunistischen Kader¹⁵.“ Brzezinski beschreibt aus der Sicht eines imperialistischen Strategen lediglich, daß es eine ideologische Koexistenz nicht geben kann, daß er jedoch eine einseitige Bereitschaft dazu von sozialistischer Seite erwarte. In einem Vortrag beim Prager „Institut für internationale Politik und Ökonomie“ am 14. 6. 1968 erklärte er, seine Überlegungen gingen davon aus, daß sich „der Leninismus überholt hat“. Anlässlich des 150. Geburtstages von Karl Marx, hielt C. Cisař, Sekretär des ZK der KPC und der Verantwortliche des ZK für Jugend-erziehung, eine Rede, in der er den Leninismus für die CSSR zurückwies; diese Rede wurde in der gesamten Presse, in Funk, Fernsehen usw. gefeiert¹⁶.

Mit einem außergewöhnlichen Sinn für „Differenzierung“ der Stärken und Mängel in den sozialistischen Ländern, beschreibt Brzezinski, wie er sich die Umwandlung des Sozialismus vorstellt^{17,18}.

Das Ziel des amerikanischen Imperialismus ist unmißverständlich: „Die sowjetische Stellung in Osteuropa muß so weit ausgehöhlt werden, bis die osteuropäischen Staaten nicht länger als willige Werkzeuge fungieren und Ostdeutschland zu einer isolierten, ausschließlich auf sowjetischen Garnisonen begründeten Sowjetkolonie geworden ist. Es liegt offenbar in der Macht der Vereinigten Staaten und Westdeutschlands, die Entwicklungen in dieser Richtung hin zu beeinflussen¹⁹.“

Der Ansatz war eine Neuauflage der ökonomischen Verführung nach dem Modell des Marshall-Planes: „Im Gegensatz zu Osteuropa läßt sich zur Zeit schwerlich irgendein politischer Vorteil darin sehen, der Sowjetunion langfristige Kredite einzuräumen. Der Westen hat kein politisches Interesse daran, die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion zu fördern oder mittelbar wirtschaftliche Hilfsprogramme der Sowjets zu unterstützen, die darauf abzielen, in den Entwicklungsländern den westlichen Einfluß zurückzudrängen und das sowjetische Prestige zu erhöhen, ganz zu schweigen von den Waffenausfuhr-

¹⁵ Alternative zur Teilung, S. 155.

¹⁶ B. Hartmann, Die Ereignisse der CSSR aus marxistischer Sicht. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 9/68, S. 939.

¹⁷ Alternative zur Teilung, S. 175.

¹⁸ Brzezinski geht selbst auf die revolutionäre Jugend und ihren Einsatz in der Dritten Welt ein. „So könnte es nützlich sein, die polnische und die deutsche Jugend zu gemeinsamen Unternehmen in der ‚Dritten Welt‘ zu ermutigen.“ (Alternative zur Teilung, S. 179). Hier ist die Ablenkung vom Klassenkampfcharakter zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern, sowie dem innerhalb der kapitalistischen Länder selbst deutlich gemacht, solange der Kampf um die Befreiung der Dritten Welt isoliert von der weltpolitischen Konstellation angesehen wird.

¹⁹ Alternative zur Teilung, S. 186.

ren und den Bemühungen, Umsturzversuche zu unterstützen²⁰.“ Gegenüber andern sozialistischen Ländern gelten jedoch folgende Gesichtspunkte: „Ganz allgemein gesprochen muß sich die amerikanische Politik einer wirtschaftlichen Unterstützung Osteuropas von zwei grundlegenden Erwägungen leiten lassen: Sobald ein Land seine äußere Unabhängigkeit von der Sowjetunion verstärkt oder größere innenpolitische Freiheiten gewährt, sollte es belohnt werden. Die Vereinigten Staaten sollten im entgegengesetzten Fall aber auch darauf vorbereitet sein, ihre Hilfsmaßnahmen einzustellen und Sondervergünstigungen, wie etwa die Meistbegünstigungsklausel (sie ist für die osteuropäischen Länder von lebenswichtiger Bedeutung), nicht mehr zu gewähren²¹.“

Brzezinski war im übrigen nicht erst 1968, sondern schon 1964 und 1965 als Gast und Dozent in der CSSR gewesen, wo er wiederholt die Thesen des „Brückenschlags“ erläuterte, die von seinen Gesprächspartnern auch schwerlich mißverstanden werden konnten. Waren sie überrumpelt worden? Hatte man in Prag keine Gelegenheit zur öffentlichen Zurückweisung der Thesen Brzezinskis? Dr. Antonín Snejdárek, Brzezinskis Gastgeber und Leiter des „Instituts für internationale Politik und Ökonomie“, erklärte am 28. März 1968 in einem Interview mit dem „Deutschlandfunk“: „Es ist unmöglich für die Tschechoslowakei, jetzt auf einmal neutral zu werden.“ Es könnte indessen später zu „einer neutralen Zone in Europa kommen“. In welche Richtung diese Neutralität gehen sollte, wird noch im einzelnen zu zeigen sein. An dieser Stelle sei Ivan Svitak, einer der Motoren der Liberalisierung, erwähnt. Gründer und treibende Kraft des „Clubs der engagierten Parteilosen“ prophezeite er nach dem 21. August in einem Interview mit dem Bayerischen Fernsehen den „baldigen Sturz des ‚sowjetischen Imperiums‘“. Svitak hat inzwischen beim Osteuropa-Institut der Columbia-University eine Professur erhalten. Leiter dieses Instituts ist Professor Zbigniew Brzezinski.

Die „neue Ostpolitik“ der Bundesregierung

Ich machte schon darauf aufmerksam, daß es schwer war, bei den westdeutschen Imperialisten den amerikanischen „Brückenschlag nach Osten“ durchzusetzen. Zwar hatte es schon bei Schröder und Erhard Ansätze gegeben, die Hallsteindoktrin abzuschwächen und die Ausschaltung der DDR auf andere Weise zu betreiben. Es war die Zeit, in der die Diskussion über die „Versöhnung mit unseren slawischen Nachbarn“ Schlagzeilen machte. Allerdings war die Erhard- und Schrödersche „Versöhnungspolitik“ bald der Unglaubwürdigkeit überführt. Die Bonner Außenpolitik war in eine hoffnungslose Sackgasse geraten. Das ewige „Nein“ zu jedem Angebot von sozialistischer Seite ging allmählich

²⁰ ebenda, S. 192.

²¹ Alternative zur Teilung, S. 190.

sogar breiteren Kreisen in der Bundesrepublik auf die Nerven, ganz zu schweigen von der Weltöffentlichkeit.

Mit dem Eintritt der SPD in die Große Koalition sollte sich dies vorübergehend verändern. Die Funktion der SPD in der Großen Koalition wurde bereits in „kürbiskern“ 3/68 dargestellt (J. Mader: „Strategie und politische Aktion“). Die „neue“ Ost-Politik spielte jedenfalls in der tschechoslowakischen Entwicklung eine hervorragende Rolle.

Die Gesamtstrategie des deutschen Imperialismus formulierte jedoch Franz-Joseph Strauß in seinem Buch „Entwurf für Europa“ (1966), zu dem „Herausforderung und Antwort“ (1968) eine Fortsetzung darstellt. Die hier ausgebreitete Konzeption setzt die imperialistische Tradition Deutschlands auch insofern fort, daß sie durchaus größenwahnsinnige Merkmale aufweist. Die Europäisierung der Deutschlandfrage bedeutet nicht weniger als den Hegemonialanspruch in Europa, der neben der deutschen Vorherrschaft in Westeuropa auch die Liquidierung des Sozialismus in Osteuropa vorsieht. Strauß hat zwar den direkten antikomunistischen Feldzug zurückgestellt, schlägt aber in getreuer Anlehnung an die Strategie des „Brückenschlags“ eine stufenweise Erosion des Sozialismus durch Einwirkung von außen vor. Dabei kommt es ihm in erster Linie darauf an, die ost- und südosteuropäischen Völker an Westeuropa heranzuführen und die sozialistischen Regimes langsam abzubauen. In Stellungnahmen aller Vertreter der Großen Koalition, insbesondere in den Reden von Kiesinger, war die Formel von den „langen Fristen“, auf die man sich bei der „Veränderung des Status quo“ einzustellen habe, zu einem festen Bestandteil der politischen Terminologie geworden. Strauß erinnert daran, daß „Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, Rumänien usw. genauso zu Europa gehören wie die Schweiz, Holland oder Belgien“²². Er fügt aber hinzu: „Man wird kaum eine rasche Lösung erwarten können, sondern eher in Dimensionen eines historischen Prozesses denken müssen“²³. Ernst Majonica, Vorsitzender des Außenpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU, stützt sich ebenfalls auf die Konzeption Brzezinskis, wenn er schreibt: „Das Sprengmittel, das die Einheit des kommunistischen Blocks gefährdet, ist der Nationalismus... Die notwendige Lösung scheint mir... nur über den Weg des Ansprechens des nationalen Egoismus denkbar zu sein“²⁴.

Weitere Aussagen zur westdeutschen Ostpolitik machen jedoch das Ziel der „neuen“ Ostpolitik auch in detaillierten Beschreibungen der ideologischen Diversion deutlich.

Alard von Schack, ein westdeutscher Ostexperte und Leiter der Evangelischen Akademie in Arnoldshain, schlug nach einer Reise in die Tschechoslowakei vor, man möge „bezüglich des Münchner Abkommens eine weitgehende Erklärung

²² F. J. Strauß, „Entwurf für Europa“. Stuttgart 1966, S. 46.

²³ ebenda, S. 44.

²⁴ E. Majonica, Deutsche Außenpolitik, Probleme und Entscheidungen. Stuttgart. 1965. S. 130, 177.

abgeben, die mit ihrem Prestige verträglich ist und die individuellen Rechte nicht präjudiziert²⁵.“ Weiter führte Schack in diesem Artikel aus, daß man eventuelle diplomatische Beziehungen zur CSSR durch großzügige ökonomische Angebote schmackhaft machen könne; dies könnte der Bundesrepublik den Anschein friedlicher Bestrebungen verschaffen und sie auch in der deutschen Frage voranbringen²⁶.

Der „Brückenbauer“ Alard von Schack hatte indessen noch viel präziser und unverblümter seine Haltung zum Sozialismus geäußert: „Wie bei uns das Entstehen von Revolutionslagen zu verhindern ist und bestehende Revolutionslagen gemildert und beseitigt werden müssen, so sind auf der Gegenseite im unerbittlichen geistigen Wettbewerb der Koexistenz Revolutionslagen zu schaffen und zu ‚verschärfen‘.“

Unser Gedankengut ist in das öffentliche Leben der kommunistischen Staaten mit allen Mitteln der modernen Propaganda auf psychologisch geschickte Weise einzuschleusen. Unter Ausnutzung nationaler Verschiedenheiten, religiöser Überlieferungen, auch menschlicher Schwächen wie der Neugier, der weiblichen Eitelkeit, der Sehnsucht nach Vergnügen ist die Indifferenz zu den Zielen der kommunistischen Staatsführung zu fördern. Wirtschaftliche, moralische und andere Mißstände, die für die kommunistische Staatsführung typisch sind, sind schonungslos aufzuzeigen mit dem Ziel, die Bevölkerung bis zum passiven Widerstand („Arbeite langsam!“) und zur Sabotage zu bringen. Geht dann der kommunistische Staat gegen einzelne Abtrünnige vor, so sind seine Maßnahmen, die als ungerecht erscheinen, möglichst allgemein bekanntzumachen, damit Mitleid und neue Abneigung gegen das kommunistische System erweckt werden. Zu den geistig Schaffenden eines kommunistischen Staates ist auf Kongressen, auf Reisen usw. Verbindung aufzunehmen. Diskussionen sind nicht zu scheuen. Der Postverkehr und der kulturelle Austausch sind zu fördern, da der Westen hoffen kann, daß besonders die Jugend in vielen kommunistischen Staaten durch das bloße Kennenlernen ihrer Umwelt und durch die Möglichkeiten kritischen Vergleichs den Idealen ihrer Staatsführung entfremdet wird, die in der Abschließung am besten existieren. Die Menschen in den kommunistischen Staaten werden auf diese Weise zu bewußten oder unbewußten Trägern westlicher Ideen, es wird das Gefühl allgemeinen Unbehagens geschaffen, das Voraussetzung ist für die — sich ohne Gewaltanwendung abwickelnde — innere Veränderung und Umwälzung in diesen Staatswesen. Durch pausenlose, den Gegner ermüdende Arbeit sind diese natürlichen Entwicklungen zu beschleunigen. Im Falle des Quasi-Staates ‚DDR‘ kommt hinzu, daß die Bevölkerung unter der Trennung vom freien Teile Deutschlands leidet und in hohem Maße nicht nur gegen die Besatzungsmacht, sondern gegen die von dieser eingesetzten Frontvögte der SED aufgebracht ist. Die Revolutionslage ist also für

²⁵ Deutschland und die Tschechoslowakei. In: Außenpolitik, Stuttgart. 1966. Nr. 10, S. 607—613.

²⁶ ebenda.

uns besonders günstig, es ergeben sich gute Möglichkeiten zur Verbreitung von Kristallisationsparolen mit dem Ziel, die Autorität der dort Regierenden zu untergraben. Es ist in diesem Falle nur notwendig, darauf zu achten, daß der geistige Kampf nicht ungewollt oder spontan (wie am 17. Juni 1953) in einen offenen Aufstand, der erfolglos bleiben müßte, umschlägt. Strategisches Ziel ist es vielmehr, die ‚DDR‘ der Sowjetunion auf die Dauer zu einer solchen Last zu machen, daß sie sich eines Tages doch bereit findet, ihr die Freiheit und Selbstbestimmung wiederzugeben, wenn dafür andere Vorteile winken . . .²⁷

Zum Thema Kulturpolitik sei ein Zitat von Bertold Martin, Vorsitzender des kulturpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU, wiedergegeben: „Die Kultur ist eine Dimension der Außenpolitik, so wie Wirtschaftsdiplomatie, so wie militärische Macht . . . Das bedeutet, daß der Status quo sich in den 20 Jahren nach dem Krieg verhärtet hat. Heute heißt die Frage, wie dieser Status quo aufgelockert werden kann. Alle diplomatischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bemühungen laufen darauf hinaus. Man sieht, wie schwer die deutsche Situation ist. Das Ost-West-Verhältnis wird nicht mehr an der Wiedervereinigung gemessen, sondern an anderen Fragen, wie z. B. der Atomsperrvertrag zeigt. Deutschland ist in der Ost-West-Auseinandersetzung nicht mehr so ungeheuer wichtig, wie es einmal war, sondern ist ständig in der Gefahr, als störendes Element und als Hindernis in der Entspannungspolitik zu erscheinen. Das sei gesagt, weil so die Schwierigkeiten und die Problematik unserer Lage am ehesten beleuchtet werden . . . Die Formulierung lautet heute eigentlich nicht mehr Wiedervereinigung Deutschlands, sondern Wiedervereinigung Europas und darin Wiedervereinigung Deutschlands. Das ist der Ansatz der Politik, den man in Regierungserklärungen überall wiederfindet . . . Die Kulturpolitik hat immer dieselben Aufgaben gehabt, nämlich ein objektives Bild von Deutschland zu vermitteln, darüber hinaus Sympathie und Vertrauen zu erwerben. Speziell im Hinblick auf die osteuropäischen Staaten hat sie den Angstkomplex abzubauen, den es in diesen Ländern objektiv gibt. . . . Man muß sich nach neuen Methoden und Mitteln umsehen, beweglich, erfindungs- und einfallsreich sein und bleiben . . .

Das Alleinvertretungsrecht der Bundesregierung wird sinnlos und substanzlos, wenn wir nicht selber davon ausgehen, daß es nur eine deutsche gewachsene Kultur nach wie vor gibt. Das fordert selbstverständlich ein bestimmtes Verhalten zur Kultur in Osteuropa heraus. Deutsche Kulturpolitik darf es sich nirgendwo nehmen lassen, die echten Leistungen, die auf dem Boden der ‚DDR‘ geschehen, zu fördern und herauszustellen. Unser Ziel muß sein, eine gemeinsame humanistische deutsche Kultur in der Welt darzustellen und dadurch glaubhaft zu machen, daß die Maxime dieses Landes die Alleinvertretung ist . . . Polen und die Tschechoslowakei verfügen über eine große Literatur und echte

²⁷ A. v. Schack: Der geistige Kampf in der Koexistenz. Außenpolitik. Stuttgart. Heft 11, 1962, S. 765–775.

kulturelle Leistungen. Diese beiden Staaten und Völker stehen uns in der Diskussion und in der Entwicklung, was die Intellektuellen angeht, zweifellos am nächsten. Beide Literaturen drücken sich in einer Sprache aus, die nicht ohne weiteres weltfähig ist. Die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß sowohl die polnische als auch die tschechische Literatur ihren Weg zur Weltgültigkeit über die deutsche Sprache findet. . . . Es gibt pfiffige Leute, die sagen, die Tschechen exportieren ununterbrochen in die Bundesrepublik Deutschland. An allen Litfaßsäulen sieht man ein Kammerorchester usw., während wir nichts hinüberbringen. Das ist das Problem der Einbahnstraße, die ich zunächst einmal nicht für schlecht halte. Die tschechische Präsenz in Deutschland bedeutet Statuserhöhung der tschechischen Künstler im eigenen Lande, vermehrt die Bewegungsfähigkeit und erlaubt uns, sie in einem ganz besonderen Sinne anzusprechen . . . Den Verkehr mit den Intellektuellen unterschätzen wir keineswegs. Im Gegenteil. Alle Bewegungen im Ostblock gehen von den Intellektuellen aus, ob das der Oktober in Warschau war, ob das Prag ist — immer haben wir dasselbe Gefälle von Intellektuellen, von den Professoren, Literaten, Künstlern, Museumsdirektoren abwärts. Sie sind diejenigen, welche die Entwürfe liefern, die schließlich auch zu politischen Veränderungen führen werden . . . Es geht im ganzen darum, ein vertrauensvolles Verhältnis mit unseren Nachbarn, mit denen wir lange zusammen gelebt haben, wiederzufinden. Es geht um die Frage einer Neuordnung in Europa²⁸.

Es wäre gewiß eine interessante Statistik, die „Einbahnstraße“ von der Bertold Martin schreibt, aufzuschlüsseln. Ich erinnere nur daran, daß alle meinungsbildenden Medien der Bundesrepublik tschechoslowakischen „Reformern“ einen Platz einräumten, den heute bereits westdeutsche Linksliberale nur noch ausnahmsweise erhalten. Die pausenlosen Wiedergaben von manchen Vertretern dieses „demokratischen Sozialismus“, die ebensoviel Nationalstolz gegenüber den „Orthodoxen“ wie Anbieterungen an die bürgerlichen Massenmedien der BRD aufbrachten und von denen selten ein entschiedenes Wort über den Abbau der Demokratie in unserem Land zu hören war, die verbalen Bekenntnisse zum Sozialismus vor Leuten, die den Sozialismus nur dann lieben, wenn er abgeschafft wird, das waren schon mehr als die zu erwartenden Übertreibungen bei der Korrektur schwerer Fehler der Vergangenheit.

Es ist besonders bedauerlich, daß ein Mann wie Eduard Goldstücker, der bei der westdeutschen Linken als ein Verbündeter galt, nun plötzlich seine Partner zu Gesprächen über Sozialismus und Demokratie bei der Münchner Hanns-Seidel-Stiftung, einer exklusiven CSU-Gesellschaft, sah. Was bewog zum Beispiel den „Volksboten“ vom 29. Juni 1968, einem auf dem rechten Flügel der CSU stehenden Vertriebenen-Blatt, zu folgender Bewertung von Goldstückers Rede am 20. Juni 1968? „Es ist zu hoffen, daß die Hanns-Seidel-Stiftung im

²⁸ B. Martin. Kulturbeziehungen. In: Politik. Vierteljahresschrift des unteilbaren Deutschland, Heft 4/67.

Sinne ihres Stifters recht bald weitere Gäste aus der CSSR zu Podiumsgesprächen einladen wird, die sich im Sinne der Schirmherrschaft der sudetendeutschen Volksgruppe durch den Freistaat Bayern dann mit Fragen und Anliegen der Sudetendeutschen beschäftigen und auf diese Weise „der außerparlamentarischen Opposition“ den Wind aus den Segeln nehmen werden!“ Goldstücker war und ist bestimmt kein Freund der Politik der sudetendeutschen Landsmannschaften oder der CSU. Aber gerade deshalb ist es bemerkenswert, daß er vor führenden Vertretern der Reaktion seine Kritik an der „Schicht der alten Berufsfunktionäre“ darlegte. Unter solchen Umständen war es auch weiter nicht verwunderlich, wenn ein Prager Lehrerchor Heinrich Lübke ein Ständchen darbot.

F. J. Strauß, einem Chefstrategen des deutschen Imperialismus, war es auch von Anfang an klar, daß die CDU/CSU das Säbelgerassel des Kalten Krieges besorgt hatte und hiezulande wie in den sozialistischen Ländern mit einer „neuen Ostpolitik“ auf keine Glaubwürdigkeit stoßen würde. Dazu brauchte man die Sozialdemokraten und mit dem ehemaligen Spanienkämpfer und antifaschistischen Emigranten Brandt war der geeignete Emmissär gegeben. War nun Brandts „neue Ostpolitik“ tatsächlich ein ehrlich gemeinter „Brückenschlag“, der auf die konservativen und reaktionären Kräfte in der Koalition aus taktischen Gründen Rücksicht nehmen mußte?

Am 10. Mai 1968 bekannte sich Willy Brandt in einer Rede anlässlich des 90. Geburtstages von Gustav Stresemann zu dessen außenpolitischen Prinzipien und sagte unter anderem: „daß Stresemanns Vorbehalte im Osten keine Gewaltlösung im Sinne hatten, beweisen die Schiedsverträge, die Deutschland nicht nur mit Frankreich und Belgien, sondern auch mit Polen und der Tschechoslowakei schloß.“ Brandt zitierte bei diesem Jubiläum aus einer vertraulichen Rede Stresemanns, die jener nach dem Abschluß von Locarno am 22. November 1925 vor dem Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hielt. Darin hatte Stresemann bekräftigt, die „Wiedererlangung deutschen Landes im Osten“ als einen „Hebel“ zu betrachten, der in einem machtpolitisch günstigen Moment angesetzt werden sollte. Brandt identifizierte sich in seiner diesjährigen Rede mit der friedlichen Zielsetzung der „Schiedsverträge“, mußte also wissen, was Stresemann dazu in seiner Rede selbst gesagt hatte: „Wir würden bezüglich des Schiedsvertrages mit Dänemark von denselben Gesichtspunkten ausgehen wie bei den Schiedsverträgen mit dem Osten und Südosten, nämlich daß wir einen Schiedsvertrag selbstverständlich schließen, daß aber dieser Schiedsvertrag irgendeine Anerkennung der Grenze oder Ausschließung der Kriegsmöglichkeiten nicht in sich begreift.“

Mit seinem Bekenntnis zur Stresemannschen Politik von Locarno hat aber Brandt selbst eingestanden, daß die Angebote von Gewaltsverzichtserklärungen (= Schiedsverträge) die Regelung der Grenzfragen ausklammern und als machtpolitischer Hebel dienen sollten. Hier beißt keine Maus den Faden ab — Brandt ist bewußt ein Instrument des westdeutschen Imperialismus.

Die Analyse des deutschen Imperialismus ist für Außenstehende schwer nachvollziehbar. In einem Land, in dem Nationalismus und Neonazismus von der NPD bis in die Vertriebenenverbände und die CDU/CSU reichen, scheint eine Massenpartei wie die SPD, die nach wie vor den größten Einfluß auf die Gewerkschaften hat, ein wahres Kernstück der Demokratie zu sein. Doch es gehört gerade zu den Traditionen des deutschen Imperialismus, daß im objektiven und subjektiven Zusammenspiel zwischen der Reaktion und der rechten Sozialdemokratie seine größte Gefahr besteht.

Eine wichtige Grundlage ihrer Außen- und Innenpolitik stellte für den revisionistischen Flügel der Prager Reformer die Analyse der SPD in der Großen Koalition dar. Sie betrachteten den Eintritt der SPD in die Koalition und vor allem die „neue Ostpolitik“ als eine Entwicklung nach links. Während Diskussionen und Pläne zwischen westdeutschen Sozialdemokraten und ihren tschechoslowakischen Kollegen florierten, handelten die konterrevolutionären Gruppen im Inneren in Verbindung mit den äußeren Organisationen und Gruppen. Die rechten SPD-Führer konzentrierten alle Kräfte auf die CSSR. Bekanntlich waren Gewerkschafts- und SPD-Funktionären jahrelang offizielle Reisen in sozialistische Länder durch Resolutionen untersagt. Um die Zeit der Großen Koalition purzelten nun die Gewerkschaftsbeschlüsse für Ostkontakte in einem noch nie dagewesenen Ausmaß. In den ersten Monaten des Jahres 1967 reisten allein 2500 westdeutsche Gewerkschafter in die CSSR. Diese Reisen waren natürlich ein zweischneidiges Schwert, und so gab es für alle Fälle „Richtlinien für Reisende in sozialistische Länder“, die vom DGB-Bundesvorstand herausgegeben wurden²⁹. Anfang 1967 wurde von führenden Funktionären der IG-Metall die „Deutsche Gesellschaft zur Unterstützung kultureller und menschlicher Beziehungen zur CSSR“ gegründet. Der Generalsekretär dieser Gesellschaft, Arno Schwarting vom Hauptvorstand der IG-Metall, erklärte beispielsweise beim 4. Kongreß der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung in einem Interview für die Gewerkschaftszeitung „Práce“, daß das Münchner Abkommen ein „verbrecherischer Akt“ gewesen und so zu behandeln sei, als habe es nie existiert³⁰. Was hätten die Springer-Zeitungen geschrieben, wenn ein führender Gewerkschafter etwa vor drei Jahren in Prag eine solche Aussage öffentlich geäußert hätte? Wichtiger als diese Frage ist jedoch, warum Schwarting eine ähnliche Erklärung nicht in der Bundesrepublik öffentlich abgab, oder was entscheidend wäre, vom Hauptvorstand der IG-Metall aus eine dementisprechende Kampagne mit politischer Begründung bei der Arbeiterschaft durchgeführt wird. Warum wurden die „Ostkontakte“ beim Gewerkschaftstag der IG-Metall im September durch Beschluß und entsprechend angeheiztem Antikommunismus unterbrochen? Warum lehnte der Hauptvorstand einer so mächtigen und selbstbewußten Gewerkschaft die Anträge auf eine Aufhebung des KP-Verbots ab? Warum setzte er sich für eine weitere Unterstützung der „konzertierten Aktion“ ein?

²⁹ Gewerkschaftsspiegel. Westberlin 1967, Heft 3.

³⁰ nach DWI, 3/67, S. 72.

Zweifellos trat die Mehrheit der westdeutschen Gewerkschafter für eine tatsächliche Verbesserung der Beziehungen und eine wirkliche Entspannung mit den sozialistischen Ländern ein. Gerade bei der IG-Metall gab es bis zum Gewerkschaftstag im September 1968 eine relativ unabhängige Position gegenüber der Politik der SPD-Führung. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß der gewerkschaftliche Einsatz für Ostkontakte von der Hoffnung auf einen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus ausging. Trotz alledem ist es unverkennbar, daß die herrschenden Kreise des Großkapitals und die SPD-Führung derartige Illusionen über eine Konvergenz der beiden Systeme gezielten einsetzten und mit ähnlichen Illusionen in der CSSR rechnen konnten. Zu verführerisch war die Ideologie von der „Gleichheit der technischen Entwicklung“, der „Herrschaft der Manager“ auf beiden Seiten. Damit ließen sich leicht die Fragen der politischen Macht und des Eigentums an Produktionsmitteln verschleiern: „Die Maschinen sind ganz unparteiisch; für sie sind Ost und West, links und rechts, kapitalistisch oder kommunistisch keine Begriffe, mit denen sich arbeiten ließe. Am Ende ergibt sich die Liquidierung der großen Polarität, welche die Geschichte unserer Welt heute beherrscht³¹.“ Brzezinski erkannte aber den Wert der Konvergenztheorie genau, als er schrieb: „Die Grundthese der Konvergenztheorie besagt nichts anderes, als daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten einander ähnlich werden. Jedoch stellt sich dies so dar, daß der Wandel beinahe ausschließlich auf Seiten der Sowjetunion gesehen wird³².“ Bei der ideologischen Vorbereitung des außenpolitischen Kurswechsels der CSSR auf die Bundesregierung übten die Gewerkschafter als Vertreter der offiziellen SPD-Politik jedenfalls einen starken Einfluß aus. Die Verbindungen auf dieser Ebene schienen sich auch bereits eingespielt zu haben: Antonín Snejdárek, der nun neben seinem Institut auch Vorsitzender der „tschechoslowakischen Gesellschaft für Kontakte mit den wissenschaftlichen Instituten und Organisationen in der BRD“ geworden war, wandte sich beispielsweise in einem von „Rudé Právo“ am 17. 8. 1968 wiedergegebenen Brief an den „Generalsekretär der deutsch-tschechoslowakischen Gesellschaft in Frankfurt am Main, Schwarzing, mit einer Antwort auf die Erklärung dieser Gesellschaft, die das Verbot des sudetendeutschen Treffens in Schirnding forderte. Snejdárek unterschreibt die Bereitschaft des tschechoslowakischen Volkes, in Frieden und Freundschaft mit allen realistisch denkenden und friedlichen Kräften in der BRD zusammenzuarbeiten und unterstreicht die Bereitschaft zu gemeinsamem Kampf gegen die Kräfte, die vor 30 Jahren schon einmal Unheil brachten.“ Wie man in den Wald hineinrief, hallte es zurück. Dieser Brief ist nur eines der vielen Beispiele, wie man in der CSSR mit Hilfe einer begrüßenswerten Position die außenpolitische

Umorientierung auf die SPD tarnte. Denn mit den „realistisch denkenden und friedlichen Kräften in der BRD“ waren die Anhänger der „neuen Ostpolitik“ gemeint. Weitere Beispiele werden dies verdeutlichen.

Von den ungezählten Lobeshymnen der bürgerlichen Presse über die tschechoslowakischen Reformer seien einige charakteristische herausgegriffen. Am 1. Juli 1968 schrieb die FAZ: „Auf der einen Seite ist es nur allzu evident, daß man in der Tschechoslowakei heute schon sehr viel weiter ist als je zuvor in Ungarn oder Polen. Die legislativen Konsequenzen dieser Woche sind nur ein erster Anfang eines Weges, der in der Tschechoslowakei notwendig zu einer Umorientierung ‚weg von Moskau‘ führen muß.“ Der reaktionäre Osteuropaexperte Klaus Mehnert erklärte am 30. März 1968 im westdeutschen Fernsehen zur Entwicklung in der CSSR: „Dies bedeutet die Entwicklung in eine Richtung, die Lenin auf das äußerste erregen würde, auf den Sozialdemokratismus in der CSSR . . . Es läge also durchaus in der Logik der Dinge, wenn eines Tages auch dort ein, sagen wir, Sozialdemokratismus die Zügel übernehme.“

Am 16. Juli 1968 schrieb W. Long, UPI-Korrespondent aus Bonn: „Westdeutschland geht dazu über, in der Tschechoslowakei einen politischen Brückenkopf anzulegen. Hat also Willy Brandt nicht allen Grund, unverblümt zu erklären, daß er durch Verstärkung der Kontakte seiner Partei und der Gewerkschaften mit den entsprechenden Organisationen in der CSSR den Lauf der Ereignisse beeinflussen möchte, damit die Tschechoslowakei letzten Endes zu einer ‚in ihrem Wesen sozialdemokratischen Außen- und Innenpolitik‘ übergehe.“

Zeitungen und Zeitschriften wie „Svobodné Slovo“, „Literární listy“, „Reporter“, „Mladá Fronta“ propagierten unverhüllt einen außenpolitischen Kurswechsel, den man unter die Losung „Freundschaft mit allen ohne Ausnahme“ (Pravda, Bratislava) zusammenfassen kann. Die Möglichkeit einer derartigen „Freundschaft“ begründete „Literární listy“ (13/68) folgendermaßen: „Europa droht keine Kriegsgefahr und demzufolge entbehren die Rufe nach der Einheit des sozialistischen Lagers angesichts der Gefahr eines Kriegsüberfalls jeder ernsten Begründung.“ „Mladá Fronta“ plädierte am 8. Juli dafür, daß die Tschechoslowakei „in dieser unruhigen Welt die Rolle einer Schweiz wählen“ sollte. Die Stimmen, die offen das Bündnis mit dem Westen und eine Wiedereinführung des Kapitalismus wünschten, sollen hier unberücksichtigt bleiben. Sie machten nicht das Wesen des „Prager Frühlings“ aus.

Offizielle Vertreter der KPC und des Staates stellten wiederholt fest, daß sie eine Neutralität für die CSSR ablehnten. Wie wurde diese Politik jedoch im Zentralorgan der KPC vertreten? Wie sahen die Informationen über die Außenpolitik der Bundesrepublik in „Rudé Právo“ aus? Bestritten wurde diese Informationspolitik nahezu ausschließlich durch die Nachrichtenagentur Ceteka. Ein Überblick über die Meldungen aus dem Zeitraum vom 1. Juli bis zum 21. August 1968 ergibt folgendes Bild:

³¹ P. Bertaux: Denkmachines, Kybernetik und Planung. In: Der Griff nach der Zukunft. München. 1964, S. 51.

³² S. P. Huntington und Z. Brzezinski: Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten. Konvergenz oder Evolution der sozialen und politischen Strukturen. In: Europa-Archiv. Frankfurt a. M., Nr. 12, 1964, S. 428.

1. 7.: „Herbert Wehner erklärt, das Münchner Abkommen sei ungültig. ‚Die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland kennen die vernichtenden Folgen dieses Abkommens‘, fuhr Wehner fort. ‚Diese Kräfte verurteilen nicht nur jene Politik, die zum Krieg führte, sondern wollen das eigene Volk und die benachbarten Völker davor bewahren, daß sie nochmals in eine solche Gemeinschaft gezogen werden.‘ Minister Wehner kommentierte gleichzeitig die Erklärung des sowjetischen Außenministers Gromyko zum Austausch von Gewaltverzichtserklärungen. Wehner führte aus, daß die Bundesregierung von den existierenden Bedingungen ausgeht und mit ihren Vorschlägen zum Gewaltverzicht beitragen will, zur Abschaffung von Gewalt und der Drohung mit Gewalt bei der Lösung aller internationalen Fragen.“
2. 7.: „Kiesinger sprach mit ungewöhnlicher Nachdenklichkeit über die Notwendigkeit, in den Anstrengungen um die ‚Vereinigung Europas‘ fortzufahren. ‚Wir dürfen nicht das letzte und große Ziel unserer Anstrengungen aus dem Auge verlieren, die politische Vereinigung Europas‘. Nach seinen Worten über das ‚vereinigte Europa‘ bleibt es freilich in der Hauptsache nur Westeuropa, welches ein politisches, wirtschaftliches und militärisches Gegengewicht zur Sowjetunion und den Vereinigten Staaten sein soll.“
3. 7.: In einem Interview der Ceteka mit Dr. Púdlak, dem Ersten Stellvertreter des Außenministers wird der offizielle Standpunkt der UdSSR in der Deutschland- und Europafrage wiedergegeben. Diesem Standpunkt stellt Ceteka kommentarlos Wehners Meinung in der Meldung vom 1. 7. gegenüber.
4. 7.: „Pläne zur Umrüstung der Bundeswehr. Die Flugzeugindustrie will im internationalen Maßstab konkurrieren.“
6. 7.: Staatssekretär Duckwitz zum Atomwaffensperrvertrag. Die Bedingung einer Bonner Unterschrift sei der Schutz der BRD vor einem Atomüberfall. Mit der Unterschrift könne man jedoch im Herbst rechnen. „Duckwitz betonte das außerordentliche Interesse der Regierung am Vertrag, aber die Regierung kann nicht akzeptieren, was die friedliche Nutzung der Kernenergie behindert.“
6. 7.: Auf die Frage des Ceteka-Korrespondenten nach dem Münchner Abkommen habe Kiesinger erklärt, „der Streit darüber ist begreiflich.“ Kiesinger verurteile die Bedingungen, unter denen der Vertrag zustandegekommen sei. Es gebe jedoch ähnliche Verträge, die auch nicht für null und nichtig erklärt worden seien. „Für unsere Politik existiert das Münchner Abkommen nicht. Es läßt sich ein Einverständnis finden, von wann an der Vertrag gilt.“ Die Beziehungen zur Sowjetunion hielte der Kanzler für „unbefriedigend“, wobei er betonte, daß dies „nicht die Schuld der Bundesregierung“ sei.
13. 7.: Anlässlich der Veröffentlichung des diplomatischen Briefwechsels zwischen Bonn und Moskau durch die „Iswestija“ wird Brandt zitiert, der die Bedingungen der UdSSR in der Deutschlandfrage aufzählt, „mit denen sich Brandt aber nicht befassen wolle“. Er wiederholte, daß die westdeutsche Regierung die Gewalt als Mittel internationaler Auseinandersetzungen zurückweise, und

sagte, „daß die Bundesregierung gewillt sei, solche Erklärungen mit allen Mitgliedern des Warschauer Paktes auszutauschen. Dabei lege man die Hauptbetonung auf die Verhandlungen mit der Sowjetunion und hoffe, daß der Dialog nicht unterbrochen werde.“

14. 7.: Anfang einer Artikelserie mit der Überschrift: „Die internationale Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokraten in Westeuropa. Zwischen Regierung und Opposition.“ Außer den sozialdemokratischen Parteien anderer westeuropäischer Länder wird auch die SPD beurteilt, in der Hauptsache durch die Selbstdarstellung von Wischniewski und Eppler. Der Autor in „Rudé Právo“ kommentiert die Rolle der SPD unter anderem auf folgende Weise: „In der Bundesrepublik steht die SPD freilich allein — auch durch eigene Schuld —; ihr potentieller politischer Verbündeter (KPD) hat keine legalen Möglichkeiten.“

21. 7.: Brandt kritisiert die Manöver in der Nähe der CSSR: Die Manöver „Schwarzer Löwe“ seien in dieser Gegend unpassend, nicht nur im direkten, sondern auch übertragenen Sinne des Wortes.

21. 7.: In einer Zusammenstellung aus Meldungen und Meinung der Weltpresse berichtet Ceteka über die „Welle der Solidarität“ mit Dubček, wobei einleitend festgestellt wird, daß diese Überschrift der FAZ entnommen sei, aus deren Artikel die Kerngedanken zitiert werden: „Die kommunistische Partei der CSSR und ihre führenden Kader waren schon lange nicht mehr so fest wie in diesem Augenblick, wo A. Dubček sich mit aller Kraft vor der ganzen Öffentlichkeit gegen die politische Einmischung Moskaus, Warschaus und Ostberlins verwahrt.“

„Der eigene Korrespondent der Zeitung ‚Die Welt‘ schreibt aus Prag: ‚In dem altertümlichen Spanischen Saal der Prager Burg errang Dubček einen großen Sieg ... !‘ (Der folgende Satz aus der ‚Welt‘ wird durch ‚Rudé Právo‘ hervorgehoben): „... In Prag herrscht die Überzeugung, daß der Slowake Dubček jetzt stärker ist als irgendwann vorher; die sogenannte konservative Opposition im ZK scheint hoffnungslos in die Defensive gedrängt zu sein.“ (Aus dem abschließenden Satz geht nicht mehr hervor, ob es noch Zitat aus der ‚Welt‘ oder bereits Kommentar von Ceteka ist): „Damit wurde den Anti-Dubček-Kräften, vor allem in der DDR das letzte Argument genommen, daß in der tschechoslowakischen KP eine ‚große Opposition‘ gegen die neue Ära in Prag existiere.“ Neben anderen Presseauschnitten findet sich auf derselben Seite zu Meinungen aus der DDR folgende Überschrift: „Berlin: Die Presse desinformiert wieder.“

23. 7.: Aus dem „Generalanzeiger“ und der „Neuen Rheinzeitung“ wird zu den Manövern „Schwarzer Löwe“ unter anderem herausgegriffen, diese Manöver seien ein „Elephant im Porzellanladen“.

24. 7.: In einer Meldung mit der Überschrift „Egerländer Provokation in Schirnding“ werden kritische Stimmen offizieller westdeutscher Politiker zitiert, wobei Willy Brandt besonders positiv herausgestellt wird.

1. 8.: In der regelmäßigen Spalte „Wir zitieren ohne Kommentar“ erscheint ein

Beitrag aus der „Welt“ mit der Überschrift „Was tut sich in der Bundeswehr?“. Der Leser erfährt auf diese Weise, daß man sich auch in der „Welt“ damit auseinandersetze, daß der „Bürger in Uniform“ nicht so richtig funktioniere.

1. 8.: In einem Bericht von einer Pressekonferenz aus Bonn zum Thema „Außenpolitik der Bundesrepublik“ wird zunächst Kiesinger zitiert, der versucht habe, aufkommende Widersprüche zu glätten. Ausführlich zitiert und hervorgehoben wird Willy Brandt: „Brandt unterstrich, daß die westdeutsche Politik gegenüber den sozialistischen Ländern folgende Ergebnisse erreicht habe: die Position der Bundesrepublik im Westen und den nichtkommunistischen Ländern hat sich verbessert. Sie hat die Beziehungen zu einigen osteuropäischen Ländern verbessert und die Propaganda gegen die Bundesrepublik erschwert.“

2. 8.: In der Meldung „Widersprüche zwischen den Partnern der Großen Koalition“ hebt Ceteka hervor, daß die Außenpolitik der CDU/CSU für eine harte Politik gegenüber dem Osten sei. „Der innenpolitische Streit berührt vor allem die sozialdemokratische Forderung, daß das Recht der Arbeitenden auf Mitbestimmung in den Fabriken ausgeweitet wird.“ Ceteka verweist abschließend auf die Differenzen, die sich bis zu den Wahlen verschärfen würden und zitiert aus der „Frankfurter Rundschau“ zum Thema: „Konservative Kräfte und Willy Brandt.“

6. 8.: Zu der Reaktion der westdeutschen Presse auf die Konferenzen von Cierna und Bratislava werden die Meinungen der FAZ und der Frankfurter Rundschau wiedergegeben: die „Bundesrepublik werde in die Rolle des Sünders“ gedrängt. Ceteka schließt mit einem Zitat aus der „Rundschau“ ab: „Die Pressefreiheit in der CSSR ist größer als in Frankreich.“

9. 8.: Die Erklärung eines Sprechers vom Außenministerium der CSSR wird unter der Überschrift zusammengefaßt: „Die Aktivität der Revanchisten verhindert die Normalisierung der Beziehungen mit der BRD.“ Lobend erwähnt wird die Kritik offizieller westdeutscher Sprecher am Treffen der Sudetendeutschen Landsmannschaften in Schirnding.

9. 8.: Im Pressespiegel zu den Bonner Stimmen über Bratislava heißt es: „Der ‚Vorwärts‘ hält es für entscheidend, daß die Prager Reformer in den Reformen fortschreiten. Man muß jetzt keine Intervention mehr befürchten. Die letzten sowjetischen Soldaten haben am Wochenende das Land verlassen und Dubček, Smrkowsky und die übrigen können des Vertrauens des Volkes sicher sein, denn gerade dieses Volk zeigte eine überraschende politische Reife dadurch, daß es die Möglichkeiten erkannte und sie voll ausnützte.“

13. 8.: Ceteka zitiert westdeutsche Stimmen zu den Vorschlägen der DDR. In der Zusammenstellung aus der FAZ und der „Welt“ ergibt sich der Tenor — „nichts Neues aus Ostberlin“.

15. 8.: „Sudetendeutsche Eingriffe lassen keine Ruhe an unseren Grenzen.“

16. 8.: Ceteka berichtet über Forderungen der Bundeswehr und verweist auf

die Forderungen nach besseren Führungskräften, die als „Teil einer rechtsgerichteten Kampagne“ bezeichnet werden und die „Politik der Entspannung“ gefährden würden.

18. 8.: In der Meldung „Bemühungen um Kontakte von BRD und DDR“ wird lediglich der Standpunkt der Bundesregierung wiedergegeben. Abschließend wird der Sprecher der SPD, Wischniewski, zitiert, der betont habe, daß nur die SPD diese „glaubwürdige Politik“ durchführen könne.

21. 8.: Zu dem Treffen auf Ministerebene zwischen BRD und DDR wird ausschließlich die Meinung der Bundesregierung zitiert, speziell die der SPD. Ceteka hebt besonders hervor, daß 69 Prozent der Wähler dafür seien.

Die wiedergegebenen Überschriften, Zitate und Zusammenfassungen der offiziellen Informationspolitik des Zentralorgans der KPC sind ausnahmslos ohne Kommentar abgedruckt worden. Hier handelt es sich also keineswegs um eine unbewußte Haltung, sondern um eine bewußte Übernahme des innen- und außenpolitischen Schemas der SPD-Führung. Inwieweit hier Absprachen vorlagen, ist unerheblich für diese Analyse. Es sei lediglich der Parlamentarisch-Politische Pressebericht (SPD) vom 29. 7. 1968 zitiert, in dem es im Bericht eines Prager Beobachters heißt: „Besonders positiv wird in diesem Rahmen die Position der deutschen Sozialdemokraten bewertet, bei denen man ein bemerkenswertes Einfühlungsvermögen in die Prinzipien und Realitäten einer aktuellen Ostpolitik feststellt. Hier schlägt nach Prager Ansicht die Tatsache wesentlich zu Buch, daß die ersten Besuche und Gespräche bereits vor drei Jahren stattgefunden haben.“

Der verbale Radikalismus gegen konservative, neonazistische und revanchistische Kräfte wurde tunlichst gepflegt, damit die „fortschrittliche“ Politik der SPD-Führung in der Großen Koalition besonders akzentuiert werden konnte. Auf die Nazis, die Sudetendeutschen Landsmannschaften, auf den Standort der Manöver „Schwarzer Löwe“ schimpfte man sich gemeinsam aus und lenkte auf diese Weise vom Gesamtkonzept des Imperialismus ab. Die SPD-Führung galt eben als die wichtigste demokratische Kraft zwischen „Macht und Opposition“. Dabei nahm man auch offenkundige Falschmeldungen hin, wie etwa die Haltung der SPD zur Mitbestimmung und die Lage der Arbeitenden in den Fabriken. Es fällt auch auf, daß die Berichterstattung aus Westdeutschland in der Zeit vom 24. und 30. Juli plötzlich ausfällt. Welche Meldungen der Ceteka aus Bonn hatte man zurückgehalten? Seltsam mutet es den Leser an, wenn er dann nach sechs Tagen wieder zum ersten Mal aus der Bundesrepublik erfährt: „Künstliches Fleisch im Verkauf“ (30. 7.) oder „Westdeutsche Probleme mit der Butter“ (31. 7.) — während es in Westdeutschland fast nur noch ein Problem zu geben schien: die CSSR.

Genaue Darstellungen der „neuen Ostpolitik“ in dem untersuchten Zeitraum waren selten. Vor allem waren sie namentlich gezeichnet, so daß dem Leser suggeriert wurde, sie seien eben subjektiv und „konservativ“ gefärbt. Dazu

kam, daß die Berichterstattung in „Rudé Právo“ die „Politik der Entspannung“ in Europa wirklich durch die Politik der SPD in der Großen Koalition verwirklicht sah, während die Position der UdSSR und der verbündeten Warschauer Paktstaaten faktisch als „orthodox“, „stalinistisch“ und „entspannungsfeindlich“ erschien. Die „neutralen“ Gegenüberstellungen westdeutscher und sowjetischer Meinungen in „Rudé Právo“ lassen dies erkennen. Anderslautende offizielle Verlautbarungen der Führung des Staates und der KPC erhielten somit den Charakter taktischer Zugeständnisse an die Sowjetunion, auf die man ja wohl noch einige Zeit Rücksicht nehmen müsse.

Es darf also keineswegs verwundern, wenn in dieser „Rudé Právo“ vom 24. August gefordert wurde: „Die neutrale Tschechoslowakische Sozialistische Republik bedeutet Freiheit!“ „Wir wollen Neutralität!“ Das war nicht die Reaktion auf den 21. August, sondern die Konsequenz eines politischen Programms.

Wenn auch in fast allen Bereichen des politischen und gesellschaftlichen Lebens in der Tschechoslowakei neben einem leidenschaftlichen Enthusiasmus zur notwendigen Erneuerung die allmähliche Aufweichung sozialistischer Prinzipien und die Kapitulation vor der imperialistischen Offensive nachweisbar sind, so ist damit nicht die Frage nach deren Ursachen beantwortet. Zu jeder Zeit ergreift der Imperialismus genau die Maßnahmen, die den Sozialismus an seinen Schwächen treffen und je nach Lage innerer und äußerer Machtkonstellationen ablösen sollen. Die Spielräume, die bei der Abwehr dieser Maßnahmen gegeben sind, erlauben keine nachlässigen und vor allem im Bereich der Wirtschaft fehlerhaften Methoden. Dabei sollte nie vergessen werden, daß das wirtschaftliche Potential einer Bundesrepublik mit ihrer vielfältigen und verführerisch schönen Konsumgüterindustrie auf die Bevölkerung in sozialistischen Ländern eine gewaltige Faszination ausübt, zumal dort bis heute jener Sektor aus politökonomischen Gründen, die durch den internationalen Klassenkampf bedingt sind, schwächer entwickelt ist.

Gerade in der CSSR spielten bei der Korrektur früherer Fehler die krassen Abweichungen von sozialistischen und damit humanistischen Normen in der letzten Periode der Stalinzeit eine nicht zu unterschätzende Rolle. Es hatte in der Tat eine Praxis gegeben, in der die unerläßliche Kritik an den größeren und kleineren Mängeln des sozialistischen Alltags sogleich mit dem Stigma der Verschwörung versehen wurde und damit jede Kritik am Imperialismus und die Gefahr der tatsächlichen Verschwörung allmählich unwirksam gemacht hatte. Auf diese Weise konnten sich oft opportunistisches, karrieristisches und bürokratisches Verhalten als kämpferische Haltungen tarnen, wobei bekanntlich derartige Haltungen gar nicht einmal bewußt, sondern gewohnheitsgemäß eingenommen wurden.

Der Antisowjetismus in der CSSR hat gewiß eine längere Vorgeschichte als die Monate nach dem Januar 1968 und besonders nach dem 21. August 1968. Viele Fehler wurden bereits in den Jahren vor dem Januar auf das Konto der UdSSR

gebucht, wobei Richtiges mit Falschem vermenget wurde und einen Wust von Vorurteilen erzeugte. Da mit Kategorien wie „Konservative“ und „Reformer“, „Demokratie und Sozialismus“ die Vergangenheit bewältigt wurde, entstand folgerichtig eine Welle des Nationalismus und es war nur noch ein kleiner Schritt zur Unterscheidung zwischen „Kollaborateuren“ und „Patrioten“. Damit wurde aber jede sachliche Auseinandersetzung, jede Kritik gegenüber neuen Fehlern abgekanzelt und schließlich zum Verstummen gebracht. Die Pressefreiheit in der CSSR bedeutete letztlich, daß eine Gruppe von Leuten, die den Meinungsapparat kontrollierten, bestimmten, was „Konservativer“ und „Reformer“, was „Freiheit“ und „Sozialismus“ sei. Das verschärfte die Spaltung der KPC. Die Popularitätswelle für Dubček, Svoboda und Smrkowsky überdeckte diese Spaltung. Wer diese Popularität rational zu erklären versuchte, war bereits als „konservativ“ abgestempelt. Schließlich waren die notwendigen Reformen in ein Klima geraten, in dem der Nationalismus einer widerstandslosen Öffnung zur Bundesrepublik gleichkam, deren Herrschende in dieser Konstellation objektiv zum Verbündeten der Reformer wurden.

Es gibt nun einmal unter den verschärften Bedingungen des Kampfes mit dem Imperialismus kein ideales Rezept, wie die jahrhundertealte Hoffnung der Menschen auf die Abschaffung aller Mängel zu verwirklichen sei. Solange die soziale Revolution in den entwickelten Ländern des Kapitalismus nicht vollzogen ist, können sich die sozialistischen Länder die Bedingungen ihres Aufbaus und der ständig notwendigen Reformen nicht gänzlich selbst geben. Und in diesem Kampf ist viel Alltag enthalten, in dem die Überzeugung für eine sozialistische Menschheit vielen Prüfungen ausgesetzt ist.

Das „Wall Street Journal“ schrieb über die Entwicklung der CSSR: „Europa steht folgerichtig im Mittelpunkt der Auslandsinteressen der Vereinigten Staaten, und wenn dort tatsächlich Schritte unternommen würden in Richtung auf Selbstbestimmung in Osteuropa, dann wäre dies ein Gewinn für Washington und eine Schlappe für Moskau. Das könnte das Kräfteverhältnis in Europa verändern.“

Die Tschechoslowakei war objektiv auf dem Weg zu dieser „Selbstbestimmung“. Natürlich hätten die Kräfte der Konterrevolution nicht so schnell losgeschlagen: die Verbindungen zwischen den tschechoslowakischen Revisionisten und den rechten Sozialdemokraten der Bundesrepublik hätten die Entwicklung — von den meisten Menschen mit vielen idealen Hoffnungen und von besten Absichten verfolgt — reibungslos vorangetrieben. Für Brzezinski hätte zunächst das Modell Jugoslawien genügt. Und in Jugoslawien sind bekanntlich bis heute die Großbetriebe nicht reprivatisiert worden.

Die Zeitschrift „U. S. News and World Report“ vom 23. 9. 1968 beschrieb die jugoslawischen Widersprüche in eindringlicher Weise: „Die stark deflationistische Politik hat zur Stabilisierung der Preise geführt, aber das wirtschaftliche Wachstum praktisch zum Stillstand gebracht . . . Die halbe Bevölkerung dieses

sozialistischen Landes lebt von Einnahmen aus privat investiertem Kapital. Ein großer Teil dieser Einnahmen ist nicht gemeldet und somit unversteuert. Das Ergebnis ist ein Paradoxon. Es befindet sich vier- bis fünfmal so viel Geld in privaten Händen als auf den Bankkonten sozialistischer Betriebe.“ Dasselbe Nachrichtenmagazin schrieb außerdem, daß sich „die Tschechoslowakei in einen Korridor verwandeln würde, durch den die Truppen des Westens direkt bis an die Schwelle Rußlands gelangen könnten.“ Die jugoslawische Partei- und Staatsführung hat heute nichts dagegen, wenn sie vom stellvertretenden amerikanischen Außenminister Katzenbach Schutz für „Unabhängigkeit“ und „Neutralität“ ihres Staates zugesprochen erhält.

Die Führung des Staates, der KPC und ein großer Teil der Tschechen und Slowaken hatten die Gefahren des Imperialismus nicht mehr ernst genommen. Solange sie dies nicht einsehen wollen, können sie nicht begreifen, daß das militärische Vorgehen der verbündeten Warschauer Paktstaaten die sozialistischen Reformen in der CSSR schützte. Im übrigen gibt es für mich keinen Zweifel, daß der Imperialismus die geringste Veränderung des Kräfteverhältnisses zu Ungunsten des sozialistischen Staatenverbandes irgendwann zu einem Abenteuer benutzt hätte — und wohin ein europäisches Vietnam führen würde, ist nicht auszudenken.

Wie steht es aber um die Einsicht in diese Zusammenhänge in der Bundesrepublik? Heinrich Albertz, der ehemalige Bürgermeister von West-Berlin, gab auf seine Weise zu erkennen, daß die „neue Ostpolitik“ in Wirklichkeit den Status quo zu verändern trachte. Am 22. Juli 1968 sagte er in einem Vortrag bei der Münchner „Stätte der Begegnung“ über diese Politik: „Wir stecken in einer Sackgasse . . . Wir kommen nicht umhin, unter die Urkunde der militärischen Kapitulation die politische Unterschrift zu setzen.“ Marcel Hepp, Chefredakteur des „Bayernkurier“ und Koreferent von Albertz, ließ die Stimme seines Herrn F. J. Strauß vernehmen, als er die Leute rügte, die es für realistisch hielten, das anzuerkennen, was sei. Diese Leute — die „Anerkennungspartei“ — würden nach Hepp davon ausgehen, daß Deutschland den Krieg verloren habe: „Vor 23 Jahren haben wir den Krieg verloren“, doch heute seien wir militärisch und ökonomisch stark und mit dem mächtigsten Land der Welt verbündet. Realistische Politik sei es also, das zu fordern, was man bekommen könnte. In ähnlicher Weise muß man sich die Argumentation der Kiesingers und Wehners vorstellen, die wiederholt zu erkennen geben, daß sie nicht „kapitulieren“ wollen. Es ist unerheblich, ob sich die Vertreter des deutschen Imperialismus aus Beschränktheit nicht ausrechnen können, was mit unserem Volk geschieht, wenn sie die aggressive Außenpolitik der herrschenden Minderheiten durchsetzen wollen. Es ist auch unerheblich, ob Heinrich Albertz die Anerkennung eines sozialistischen deutschen Staates als „Kapitulation“ bezeichnet. Sehr erheblich dagegen ist die Politik aller fortschrittlichen Kräfte unseres Landes. Karl Marx und Friedrich Engels haben die Befreiung der Arbeiterklasse nie isoliert von der politischen Verant-

wortung für die ganze Nation betrachtet. Gerade die westdeutschen Demokraten und Sozialisten müssen heute ihre kolossale Verantwortung erkennen: ein neues Abenteuer des deutschen Imperialismus würde unser Volk auslöschen. Vor 1933 richtete sich der Antisowjetismus scheinbar nur gegen die Sowjetunion. 1945 schlug er — seit Stalingrad für jeden erkennbar — auf uns zurück. Heute richtet sich der Antisowjetismus nur noch gegen unser eigenes Volk. Wir müssen verhindern, daß Brecht als schauriger Prophet in den Geschichtsannalen anderer Völker figuriert: „Das große Karthago führte drei Kriege. Es war noch mächtig nach dem ersten, noch bewohnbar nach dem zweiten, nach dem dritten nicht mehr auffindbar.“

Elvira Högemann-Ledwohn Auf dem Rückweg zum Kapitalismus?

Nach wiederholten und mißglückten Anläufen begann die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei im Januar 1968, unter die Fehlentwicklungen der 50er Jahre einen Schlußstrich zu ziehen, unter die seit Jahren verschleppte wirtschaftliche Stagnation und politische Routine, um mit einem neuen Leitungssystem in der Wirtschaft wie im Staat Anschluß an die moderne wissenschaftlich-technische Entwicklung zu finden und jenes Potential an politischer Aktivität der Arbeitenden wiederzugewinnen, ohne das die KPC niemals an die Macht gekommen wäre. Wie man aus der Misere herauskommen könne, dazu hatte auch die neue im Januar gewählte Parteiführung kein Konzept. Sie war von vornherein stark darauf angewiesen, zu experimentieren und die neu eingeschlagene Richtung immer wieder kritisch zu überprüfen. Nach ihrem Selbstverständnis als der führenden Kraft in einer den Sozialismus aufbauenden Gesellschaft wäre es Sache der Kommunistischen Partei gewesen, die Etappen des Erneuerungsprozesses im Land zu ermitteln, Teilaufgaben und notwendige Änderungen im öffentlichen Leben nach allseitiger Analyse und Diskussion zum Beschluß vorzulegen und die wegweisenden Ideen für die langfristige Entwicklung der sozialistischen Tschechoslowakei zu formulieren. Mit ihren Kräften schließlich hätte sie eine zielbewußte Aktivität zur Überwindung der Krise organisieren können, um diesen ihren Führungsanspruch, der sich aus dem Charakter der sozialistischen Umwälzung als einer Revolution der Arbeiterklasse herleitet, einzulösen.

In Wirklichkeit war jedoch das hervorstechendste Merkmal des politischen Lebens in der CSSR nach dem Januar das Entstehen neuer politischer Kräfte, die die Losungen der nächstliegenden Ziele des politischen Prozesses ausgaben und einen immer größeren Einfluß gewannen. In der Tschechoslowakei vollzog sich eine innere Machtverschiebung, die die westlichen Staatsmänner mit höchstem Interesse verfolgten.

Wo kamen die neuen politischen Kräfte her? Ihr im Ganzen einheitliches Auftreten und ihre rasche Organisierung sind nicht denkbar ohne die geistige Vorbereitung innerhalb der tschechoslowakischen Intelligenz, vor allem ihres literarisch-soziologisch gebildeten Teils, wo sich seit langem eine äußerst kritische Haltung zu den bestehenden Zuständen in den Kunstwerken und ihrer

Rezeption artikulierte. Daß sich innerhalb dieser Schicht langsam eigenständiges, sozusagen inoffizielles politisches Potential herausbildete, ist kein Zufall. Seit 1948 wirkten mehrere schwerwiegende Fehler bei der Bündnispolitik der Arbeiterpartei gegenüber anderen arbeitenden Klassen und Schichten zusammen: Nach der Übernahme der Macht durch die sozialistischen Parteien, nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel verschwinden die ehemaligen Eigentümer nicht spurlos, sondern ihre Anschauungen und ihre Lebensweise wirken noch eine Zeitlang nach, werden bewußt oder unbewußt im Umkreis der ehemals besitzenden Schichten konserviert. Da die KPC die Sozialisierung auch des Kleineigentums in den frühen fünfziger Jahren in perfektionistischer Weise vorangetrieben hatte, war ein Anlaß für eine solche Konservierung alter Anschauungen als Antwort auf die vom gesellschaftlichen Bewußtsein der Betroffenen nicht akzeptierten Enteignung gegeben. Augenfällig äußert sich das im Herabsehen auf die weniger qualifizierten machtausübenden Arbeiterfunktionäre und dem gleichzeitigen Beharren auf der Überlegenheit der eigenen Bildung, im Nachtrauern um die früheren bürgerlichen Verhältnisse und einer allgemeinen Orientierung nach „dem Westen“. Die Schicht der Intelligenz jedoch, obwohl der Herkunft nach traditionell mit dem Kleinbürgertum verbunden, schien zunächst von jeder Feindseligkeit gegen den Sozialismus ausgenommen, denn gerade ihre besten Vertreter hatten sich schon zur Zeit der ersten Republik für den Sozialismus engagiert. Jedoch als dann die neue Gesellschaft in der CSSR aufgebaut wurde, fand die Intelligenz darin nur einen formal zugewiesenen Platz. Daß qualifizierte Kenntnisse nach 1948 generell unterschätzt wurden, drückte sich nicht nur in dem gleichmacherischen Lohnsystem aus, sondern am schwerwiegendsten in der Tatsache, daß die Probleme einer wissenschaftlich begründeten und planvoll gesteuerten Weiterentwicklung der sozialistischen Gesellschaft, ihrer Produktionsweise und ihrer gesellschaftlichen Beziehungen von der KPC permanent unterschätzt und in die gesellschaftliche Praxis nicht einbezogen wurden. Eben dies führte zu der verfahrenen Situation der CSSR Mitte der 60er Jahre. Der Intelligenz fehlte eine sehr wichtige Erfahrung: an der Seite der Arbeiterklasse und für sie Entwicklungsaufgaben der sozialistischen Gesellschaft zu lösen.

Der geringe materielle Anreiz für das Studium bewirkte auch, daß sich die soziale Zusammensetzung der Intelligenz nicht so veränderte wie es eigentlich der neuen gesellschaftlichen Lage entsprochen hätte. Als entscheidender Faktor der Abkapselung der Intelligenz in der CSSR-Gesellschaft der fünfziger und beginnenden sechziger Jahre und ihrer Perspektivenlosigkeit ist aber zu werten, daß die KPC seit 1956 keine Diskussion um prinzipielle ideologische Fragen mehr führte, wie sie auch innerhalb der eigenen Reihen auf eine marxistische Bildung der Mitglieder verzichtete. Der Formalismus der ohnehin inhaltsleeren Bündnispolitik gegenüber der Intelligenz wurde dadurch noch verfestigt. Trotz der sozialistischen Ausgangsposition vieler Intellektueller konnte so eine reale

Verbundenheit mit dem Prozeß der sozialistischen Entwicklung nur bei Einzelnen mit sehr hoch entwickeltem marxistischem Bewußtsein entstehen, aber Ersatzideologien — der Vereinzelung, der intellektuellen Überheblichkeit und der nationalen Schwärmerei — konnten sich relativ leicht ausbreiten, besonders dann, als es im öffentlichen Leben zu handfesten Schwierigkeiten und Reibungen kam.

Welche Ansichten breiteten sich unter den Intellektuellen, die nach dem Januar die Wortführer des politischen Prozesses waren, aus?

Dies zu erkennen dient die Analyse eines Buches, das — wie der Herausgeber schreibt — repräsentativ sei als „Plädoyer für den demokratischen Sozialismus“. Die „Reden zum IV. Kongreß des Tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes, Prag, Juni 1967“¹ geben das wohl spektakulärste Ereignis der Vorbereitungszeit des Januar wieder und vermitteln ein zusammenhängendes Bild der Denkweise und politischen Wünsche der zukünftigen Reformatoren. Das Nachwort von P. Kohout macht die Auswahl des Bandes faktisch zu einer Selbstdarstellung reformistischer Ideen und ihrer Grundprämissen.

Der Leser dieser Reden, aus der westlichen Presse gewohnt, alle Wortführer als überzeugte Kommunisten apostrophiert zu sehen, wird zunächst einmal verblüfft durch ihre vordergründig nationale Grundhaltung. Die „tschechische Frage“ geistert durch die meisten Diskussionsbeiträge; die aktuellen Probleme der CSSR-Gesellschaft und der heutigen Welt werden daher unter der schiefen Optik der „Existenzfrage der Nation“ ins Auge gefaßt.

Der erste Beitrag, von Milan Kundera, sieht die nationale Existenz erhalten durch die Kulturtat der tschechischen Intellektuellen, die im 19. Jahrhundert die tschechische Sprache wieder literaturfähig machten und die auch heute „die Verantwortung für das Sein der Nation“ trügen (S. 19). „Darum entzieht jeder, der durch Bigotterie, Vandalismus, Kulturlosigkeit, mangelnde Freisinnigkeit der anhebenden kulturellen Entfaltung den Boden entzieht, ihn auch unmittelbar dem Sein der Nation“. (ebd.) So betrachtet, sind die Schriftsteller die eigentliche Nation, sie bilden ihre wesentliche Substanz. Die Frage liegt nahe: Wozu sind die Übrigen da? Kundera stellt eine solche Frage nicht.

Bei seiner Grundthese ist es auch nicht zwingend, die Vermittlungsprozesse zwischen Schriftstellern und Nation zu behandeln — außer im Problem des Vandalismus, das für Kundera dann auftaucht, wenn ein nicht genügend gebildeter Mensch einen Film nicht versteht oder wenn ein Bürgerausschuß ein altes, kulturell wertvolles Haus abreißen lassen will.

Diese Betrachtungsweise zielt keineswegs auf kleinkarierten Provinzialismus, sondern auf Weltoffenheit, denn Kundera kommt es auf den Rang der tschechischen Kultur innerhalb der Weltkultur an. Hier bewegt ihn der Verlust, daß „Antike und Christentum“ aus dem Bewußtsein der jungen tschechischen Ge-

bildeten geschwunden sind. Wer diesen Verlust für nicht gar so tragisch halten sollte, angesichts der Wichtigkeit viel dringenderer Fragen in der heutigen Kultur, wird belehrt: „Es existiert schließlich eine feste Kontinuität europäischen Denkens, die trotz aller denkerischen Revolutionen besteht.“ (S. 14/15) Einleuchtender hätte das auch ein Mitglied der Abendländischen Akademie nicht sagen können. Hier ist schon ein bestimmtes Bild von den Verhältnissen in Europa impliziert, das die Konfrontation der Gesellschaftssysteme nicht nur völlig außer acht läßt, sondern auch nach verbindenden „europäischen“ Elementen sucht, die angeblich allen „denkerischen Revolutionen“ zum Trotz ihre Kontinuität im Bildungsgut der Antike und im Christentum finden. Sogar die fortschrittliche bürgerliche Tradition — wie etwa die Aufklärung — fällt hier wohl unter die nicht weiter ausgeführten „denkerischen Revolutionen“, über die hinweg das ewige Abendland mit seinen Mythen sich erhält. — Beim Styx, ein revolutionäres Weltbild!

Weitere Erläuterungen zum Bild der heutigen Welt gibt der Beitrag von Pavel Kohout. Er führt ihn mit einer historischen Parallele zur Situation der Tschechoslowakei 1938 ein, welche er im Nahostkrieg 1967 sieht. — Hätte nämlich die Tschechoslowakei damals den ersten Schuß abgegeben, sie hätte als Aggressor dagestanden, wie heute das kleine Land im Nahen Osten. — Tatsächlich, eine verblüffend ähnliche Situation. Wer sind die Araber des Herrn Kohout?

In der Bundesrepublik können sie nicht beheimatet sein, denn da herrscht — seiner Ansicht nach — zur Zeit eine „ganz aktuelle, rührende, große, aber vorläufig völlig unfruchtbare Regierungskoalition“ (S. 26). Zu näherer Interpretation der Verhältnisse in der BRD veranlaßt P. Kohout die Forderung nach Aufhebung der Zensur und uneingeschränkter Freiheit der Meinungsäußerungen für die CSSR. Er leitet seine Forderung so ab: In den bürgerlichen Demokratien — auch der Bundesrepublik — sei die Meinungskonfrontation völlig alltäglich. „Ihr Ergebnis ist die politische Aktivierung der Jugend, die, nebenbei gesagt, unter den Bedingungen des freien Meinungsaustauschs nach dem Kriege geboren wurde.“ (ebd.) — Warum ist es nur den Bewohnern der Bundesrepublik bisher entgangen: Täglich schreiben Kommunisten in BILD, konfrontieren dort demokratisch ihre Meinung mit der des Monopolisten Axel Springer, die APO füllt seitenweise die ZEIT, wenn nicht gerade der Platz dort für einen Beitrag von Pavel Kohout verwendet wird. Der KPD-Prozeß war in dieser Sicht wahrscheinlich ein unkonventionelles Mittel, sozialistische Meinungen in der BRD publik zu machen. Sogar die Wahrheit über den Schah haben die Westberliner Studenten „in der Presse erfahren“, meint Pavel Kohout, was sie dann zu den berühmten Demonstrationen veranlaßt habe.

Was soll man noch dazu sagen, wenn sogar die Aktionen der Oppositionellen in diesem Land, die gegen das herrschende System der BRD gerichtet sind, jemandem, der im benachbarten sozialistischen Land Mitglied der Kommunisti-

¹ ed. suhrkamp, 1968.

schen Partei ist, Anlaß geben, auf eben dieses kapitalistische System und ganz speziell seine Manipulationstechniken als Vorbild hinzuweisen? Sogar die Kritik Kohouts am Schahbesuch in der Tschechoslowakei und der dort unterlassenen Information über den Herrscher des Iran wird entwertet durch diesen Bezug auf das Informationssystem der Bundesrepublik und Westberlins.

Sicher ist dieser Redner und späterer Wortführer der Nachjanuarphase kein „Agent“ des Kapitalismus, nur leider aus Unfähigkeit, über die Probleme seines Landes von einem sozialistischen Standpunkt aus nachzudenken — wozu auch eine präzise Einschätzung der Rundumbedingungen gehört — macht er bei seinen Forderungen politische Anleihen beim System des Kapitalismus, wobei es naturgemäß ohne kräftige Schönfärberei nicht abgeht. Wie aber Kohout die Frage der Meinungsfreiheit stellt, ist sie nicht relevant für eine Gesellschaft, die ihrem erklärten Willen nach den Sozialismus nicht abbauen, sondern festigen will.

Wenn Kohout über den Sozialismus spricht, klingen große Worte auf: „Über ihre moralische Berechtigung (der sozialistischen Revolution. EHL.) und Lebensfähigkeit wird ausschließlich auf dem Kampffeld des Herzens und des Verbandes entschieden.“ (S. 29) — Ausschließlich auf der Basis dieses Kampffeldes kann sich Kohout sicher im gegenwärtigen weltweiten Wettkampf der gesellschaftlichen Systeme mit manchem eingeschworenen Antikommunisten einigen. Wie erfreulich für die antikommunistischen Strategien, daß es Kohout gar nicht um so materiellen Kleinkram wie Produktionsziffern, Machtverhältnisse, Waffen geht, sondern daß er ausschließlich auf einem rein geistigen Kampffeld für den Sozialismus eintreten möchte . . . Allein dafür könnten sie ihn zum „fortschrittlichen Kommunisten“ erklären, der so ganz anders ist als die im eigenen Land, weil Kohout die ekelhaft profanen Kategorien wie Klassenkampf und Macht verschiedener Klassen längst hinter sich gelassen hat und unbestreitbare Leistungen des Kapitalismus (wie das Manipulationssystem!) ehrlich zu würdigen weiß. Bieten sich da nicht Möglichkeiten der Zusammenarbeit?

Ernsthaft und ausführlich befaßt sich der Kongreß mit der Stellung des Schriftstellers in der Gesellschaft. Alexander Kliment zieht gegen die offizielle Kulturpolitik der KPC zu Felde, die den Künstlern das politische Engagement untersagen und ihre Tätigkeit auf rein kulturelle Dinge eingrenzen wolle. (Was die kämpferischen Fähigkeiten der alten KPC-Führung angesichts abweichender Meinungen in wenig schmeichelhaftem Licht erscheinen läßt.) Die Kritik A. Kliments allerdings geht nicht in Richtung auf die besonderen Probleme der Kultur im Sozialismus, sondern er wendet seinen Blick nach rückwärts und nimmt dabei die gleiche bildungsbürgerliche Attitude ein, die auch schon in den „Vandalismus“-Passagen bei Kundera erschien. Kliments Angriff auf die Methoden der Kulturfunktionäre spricht von „amusischen Menschen“, die „Menschenglück und -leid weniger durchleben“ (S. 30) und daher nicht berechtigt wären, den Schrift-

stellern ihre Engagement zu untersagen. Die Situation des Schriftstellers sei immer dadurch bestimmt, daß stets von neuem ein Widerspruch zwischen jeder offiziellen Ideologie und dem Gewissen des Schriftstellers auftrete. Wobei sich der Schriftsteller durch eine ganz besondere innere Verfassung auszeichne, die ihn von den anderen amusischen Menschen unterscheide: „Eine längst bekannte Tatsache ist auch, daß der Schriftsteller nie Politiker, Führer und Organisator sein möchte, sonst würde er sich nicht mit seinen schwarzen Gedanken zum weißen Papier setzen und im Labyrinth der Welt die einsamen verwandten Seelen suchen.“ (S. 33) — Das erinnert an lang bekannte kulturelle Werte, an ein nicht geringes dichterisches Vorbild und zugleich ein Vorbild für eine bestimmte Haltung des Dichters zur Welt, die unter den Gebildeten in Deutschland schon lange allherd geistige und praktische Verheerungen anrichtet: „Selig, wer sich vor der Welt / ohne Haß verschließt . . .“ usw.

Was besagt es für die Prämissen des Redners, wenn — verbunden mit der Forderung nach mehr Spielraum für Meinungsäußerungen der Schriftsteller im Sozialismus — man einen Aspekt des goetheschen Werkes wiederbelebt findet, mit dessen Hilfe innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft die gesamte Klassik und folgende Literatur zu einer salzlosen, rein idealen Kost, die nicht von dieser Welt ist, herabgewürdigt werden konnte?

Aus den Diskussionsbeiträgen wird ersichtlich, daß sowohl Kundera wie Kohout und Kliment von einer im philosophischen Sinne idealistischen Position aus die Funktion des Schriftstellers bestimmen, ohne sich um die realen und praktischen gesellschaftlichen Verhältnisse zu kümmern. Dabei werden gesellschaftliche Revolutionen zu „denkerischen“ (Kundera), das Vorhandensein der Zensur in der CSSR zu einem Beweis, daß man „geistesgeschichtlich von der Neuzeit ins Mittelalter“ zurückgehe und damit das „fundamentale ethische Prinzip der Kultur“ verletze. Pavel Kohout formuliert das Ziel des tschechoslowakischen Sozialismus dementsprechend: „Die Tschechoslowakei . . . hat eine einmalige und gleichzeitig einzige Gelegenheit: daß dieser spezifische Weg zur sozialistischen Freiheit des Geistes wird.“ (S. 29)

— Wessen Geistes? Zunächst einmal des Geistes von Pavel Kohout und der anderen Schriftsteller. Über andre Geister — außer Antike und Christentum und im weiteren noch den Geist der ersten Republik — wird in den abgedruckten Beiträgen nicht diskutiert. Man kann daher vermuten, hier sei die Freiheit der Geistigen gemeint, die die spezifisch tschechische Auslegung des Sozialismus werden soll.

— Was wird mit denen, die dieser Geist noch nicht ergriffen hat?

Das Problem ist umfassend: nicht nur die Stellung der Kultur in der Gesellschaft ist zu diskutieren, sondern die Art der Kultur für die sozialistische Gesellschaft. Und: wenn nicht für diese Gesellschaft — für wen dann?

Auf dem Kongreß wird bei der Formulierung der Position der Schriftsteller ihr weltabgewandtes und bildungselitäres Wesen betont, und die Berechtigung

dieser Besonderheiten wird von keinem der Beiträge in Zweifel gezogen. Auch die Kultur selbst hat diesen elitären Zug, den die „Vandalen“ nicht verstehen, was wiederum ihre Ansprüche in den Augen der Gebildeten undiskutabel macht. Auch in E. Goldstückers Diskussionsbeitrag, der vermittelnde Zwischentöne zum Beitrag Hendrychs (bei Suhrkamp nicht abgedruckt, da er nicht zu den „Reformern“ gehört) sucht, wird das prinzipielle Problem, die Beziehungen zwischen dem Schriftsteller und der *gesamten* Gesellschaft, umgangen.

Die so formulierte Position der Schriftsteller erweist sich als verallgemeinerungsfähig für die Lage aller Intellektuellen. Man findet sie nach dem Januar wieder in der Betonung der autonomen Rolle der gebildeten Fachleute, die eine selbstständige Technokratenschicht propagiert, losgelöst von aller Wechselbeziehung mit der sozialistischen Gesellschaft². (So z. B. in den Grundsätzen des tschechisch-mährischen Studentenverbandes, im Manifest der 2000 Worte.)

— Wenn man für die Verwirklichung des Sozialismus ist — was die meisten Redner erklären — sollte es mindestens einen Gedanken wert sein, daß diese Gesellschaft es sich zum Ziel gesetzt hat, durch sinnvolle Entwicklung der Produktivkräfte und Qualifizierung aller ihrer Mitglieder das bei der Einführung der neuen Produktionsverhältnisse noch bestehende kulturelle Gefälle abzubauen. Dieser Prozeß setzt sofort nach der politischen Revolution mit der Abschaffung des Bildungsprivilegs ein, entwickelt sich aber nicht im Selbstlauf, sondern nur durch die bewußte Tätigkeit aller Beteiligten. Davon sind die Schriftsteller nicht ausgeschlossen. Wenn also das Bekenntnis zum Sozialismus nicht bloß verbalen Charakter haben soll, müßte der Schriftsteller gerade im Interesse einer wirklichen Demokratisierung sich auch für die Fragen der Entfaltung der Produktivkräfte und der allseitigen Qualifizierung aller interessieren und in diesen Prozessen, die tendenziell die Schranke zwischen geistiger und körperlicher Arbeit zu Fall bringen sollen, seine Funktion genau bestimmen.

Statt dessen treffen wir bei diesem Kongreß auf Schritt und Tritt Leute, die mit verklärtem Blick in die Vergangenheit schauen und so daran gehindert sind, einen sozialistischen Standpunkt zu finden.

Bei Antonín Liehm z. B. wird die sich wandelnde Kulturpolitik der verschiedenen historischen Epochen abgehandelt. Das Hauptkennzeichen der Kultur im Kapitalismus sieht er im „Liberalismus“, wo der Künstler frei, aber vom Markt abhängig sei. Die Kultur des „Liberalismus“ sei zwar elitär, jedoch hat „die Konsumgesellschaft der letzten 20 Jahre diese Situation verändert. Der Charakter des kapitalistischen Marktes veränderte sich, die Kultur wurde zur Konsumware, es stellte sich heraus, daß die billige Massenaufgabe von Büchern oder Kunstpublikationen in großen Staaten oder in großen Spracheinheiten zum einträglichen Geschäft werden kann, und so führte der Liberalismus schließlich auf seine Weise zu einer Demokratisierung der Kultur, die tatsächlich

² Vgl. den Artikel von Fred Schmid.

imponierend ist und die uns vielfach mit Neid erfüllt. Selbstverständlich gilt auch in der Konsumgesellschaft weiter der Liberalismus des Kunstmarktes in dem Sinn, daß der Konsummarkt manchmal nicht nur unbestreitbare Werte durchsetzen und erhalten kann, sondern auch allerlei modische Ware, die von allen möglichen Skandalen u. ä. lebt.“ (S. 61) Sollte Antonín Liehm die letzten zwei Frankfurter Buchmessen besucht haben, wird er sich wohl indigniert gefragt haben, was denn da einige Linksintellektuelle bei dieser großen Schau einer demokratisierten Kultur zu randalieren haben ... Wenn es so steht mit dem Kulturgeschäft im Kapitalismus, wie es Liehm deutet, dann müßte der Bertelsmann-Konzern, dieser große „Demokratisierer“ der Kultur, bloß noch die paar „manchmals“ aus seinem Verlagsprogramm streichen, damit er vom Markt, vom „Konsummarkt“ gar (vielleicht vom Konsumenten?) nicht mehr so abhängig ist. Die Aufgaben einer sozialistischen Kulturpolitik sieht Liehm auf seine Art: sie müsse die Kultur „vom Diktat der Macht und des Marktes“ befreien. Da offenbar die Bildungsgüter auf ewig unabhängig von ihren Adressaten zustande kommen sollen, bemißt sich demnach die Aufgabe des Staates gleichfalls auf das Zutreiben von Konsumenten. Die Bestätigung dieser elitär-beschränkten Konzeption der Kultur liefert die Bemerkung, daß der Überlegenheitsbeweis des Sozialismus in Erfüllung dieser von Liehm formulierten kulturpolitischen Aufgabe zu erbringen ist, da auf wirtschaftlichem Gebiet die CSSR demnächst nichts Wegweisendes leisten können. — Das macht den Bruch dieser Position mit der sozialistischen Realität vollends deutlich: Denn wenn die Wirtschaft in der Tschechoslowakei sich nicht weiter entwickelt, und das materielle wie das Bildungsniveau der Bevölkerung nicht steigt, dann wird die Kultur weiter rückständig elitär bleiben, statt sozialistisch zu werden.

Das beschriebene Selbstverständnis dieser Kulturschaffenden verleiht auch einem öfter angeführten ideologischen Postulat einen gewissen Sinn: Der niemals theoretisch abgeleitete, als ewig und dem Wesen beider Dinge entsprechend angesehene unversöhnliche Gegensatz von „Geist“ und „Macht“ hat wenigstens einen realen Kern, solange die elitäre Kulturkonzeption den erklärten Zielen des Sozialismus widerspricht und widersprechen muß, wenn der sozialistische Staat den Anspruch noch nicht aufgegeben hat, daß die Kultur und andere Güter gesellschaftlich angeeignet werden sollen.

Die Analyse der kulturpolitischen Problematik scheint mir in diesem Zusammenhang wichtig, weil man die Überlegungen der Schriftsteller auf ihrem eigenen Gebiet als den Angelpunkt ihres Denkens über die Gesellschaft ansehen kann. Die Position keines der Beiträge kann als sozialistisch bezeichnet werden, die Standortbestimmung der Autoren ist innerhalb des Bezugsrahmens, in dem sie leben, reaktionär, weil sie im Kern elitär ist.

Auf den ersten Blick erscheint es widerspruchsvoll, daß die Redner trotz ihrer elitären Grundposition, die sie mehrfach ihre existentielle Einsamkeit beschwören läßt, politische Ideen vorbringen — die ja nur dann sinnvoll sind, wenn man

an gesellschaftliche Praxis, an realen Einfluß zumindest denkt. Der Ewigkeitswert des Widerspruchs von Geist und Macht relativiert sich schon auf dem Kongreß zu einer Festlegung der Bedingungen („Spielregeln“), unter denen die Redner eine politische Praxis betreiben und betrieben sehen wollen. Näheres kann man in dem Beitrag Vaculíks erfahren. Der geistige Vater dieser Geist-Macht-Theorie, dessen Ansichten in der CSSR-Intelligenz seit Jahren diskutiert werden, formulierte nach drei Monaten Demokratisierung diesen Widerspruch unter dem Aspekt einer politischen Praxis der Intellektuellen um: „Der den Sozialismus bejahende Intellektuelle weiß, daß keine Idee ohne Organisation zu realisieren ist. Er weiß zugleich, daß jede Organisation diese Idee deformiert. Soll er daher, als Intellektueller, das Risiko der Organisation auf sich nehmen, oder, um seine Seele zu retten, draußen bleiben?“ (Ernst Fischer; ZEIT, 15. 3. 1968). Der eigentliche Konflikt wird hier als der Konflikt zwischen Intellektuellen und ideenlosen „Orthodoxen“ gesehen; er entzündet sich an der unterschiedlichen Beurteilung der heutigen Welt. Dieser Konflikt ist auch unausweichlich, wenn man hört, wie Ernst Fischer die heutige Weltlage interpretiert: „... daß wir nicht nur antagonistischen Gesellschaftssystemen angehören, sondern wie nie zuvor in einer Welt leben.“ (ebd.) — Mir scheint, daß E. Fischer den Antagonismus der Gesellschaftssysteme als rein statische Tatsache hinnimmt und sie nicht sieht als Teil eines weltgeschichtlichen Prozesses, über dessen Richtung man als Marxist doch eine Meinung haben sollte. Diese Statik des gesellschaftlichen Antagonismus immer wieder zu bestätigen, sei — meint E. Fischer — die besondere Aufgabe der Intellektuellen in Ost und West: „Die Einheit der Welt in allen ihren Gegensätzen anzustreben, zu demonstrieren, zu verteidigen, obliegt in erster Reihe den Intellektuellen...“ (ebd.) — Der Verlust jeglicher revolutionären Perspektive müßte nicht noch belegt werden durch die Namen der Bundesgenossen, die Fischer für sein Vorhaben der Verteidigung der *einen* Welt sieht: Johannes XXIII, Teilhard de Chardin, Palmiro Togliatti und — Rudolf Augstein. Von hier bis zur neuesten Spielart der westlichen, gegen den wissenschaftlichen Sozialismus konzipierten Ideologie, die ihren Wert innerhalb der Strategie des westlichen Brückenschlags in die sozialistischen Länder hat, bis zur Konvergenztheorie also, ist es nur noch ein halber Schritt.

Auf dem Schriftstellerkongreß wurden einige Reden gehalten, die nicht bloß politische Randbemerkungen enthielten, sondern historische und gesellschaftliche Fragen zentral behandeln. Sie geben besonders reichen Aufschluß über die Denkweise von „Reformkommunisten“.

Ludvík Vaculík beschäftigt dabei das Thema der Macht als „ein besonderes menschliches Phänomen“ (S. 107) und als „spezifisch menschliche(r) Situation“ (S. 108), welche die Gesundheit von Herrschenden und Beherrschten bedroht. Vaculík fordert, den wissenschaftlichen Sozialismus um eine „Psychologie der Macht“ zu ergänzen, was theoretisch dann unabweisbar wird, wenn man die Macht für ein wesentlich psychologisches Phänomen hält. „Die Macht bevorzugt

natürlich Menschen, die ihrer inneren Verfassung nach so sind wie sie“, „für den Dienst an der Macht eignen sich natürlicherweise Menschen, die es nach Macht dürstet, ferner Menschen, die ihrem ganzen Charakter nach gehorsam sind...“ usw. (S. 112)

Allerdings sieht Vaculík den Ablauf der Geschichte nicht allein vom Vorhandensein der Macht bestimmt. Denn die Erfahrung mit der Macht habe „die Menschheit“ dazu geführt, „Betriebsregeln“ festzulegen. (S. 107) Diese Regeln seien „formale Demokratie“. Nach L. Vaculík ist also Demokratie erst ganz formal da und in sie greifen dann die Klasseninteressen und mancherlei psychologische Interessen ein. Wer der Meinung anhängen sollte, daß demokratische Regeln aus den Klassenkämpfen unter ganz bestimmten historischen Bedingungen entstanden sind und daß in ihre Formulierung jeweils diese Bedingungen miteingingen (in das bundesrepublikanische Grundgesetz von 1949 beispielsweise der schwache Abglanz der historischen Erfahrung von 1945), muß zur Kenntnis nehmen: „Diese Regeln an sich sind weder kapitalistisch noch sozialistisch...“ (S. 108). Sondern rein formal. — Wenn Demokratie als etwas Formales begriffen wird, kann sie auch durch die Gewährung von Formalien verwirklicht werden. Mit dem Inhalt der durch das Gesellschaftssystem geschaffenen Beziehungen zwischen den Menschen hat das nichts mehr zu tun. Damit preist Vaculík aber gerade den bürgerlichen Begriff von Demokratie an, der zwangsläufig formal ist, weil man erst die Grundverhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft ändern müßte, wollte man ihn inhaltlich fassen.

Gerade dieses formale Verständnis von Demokratie sollte sich nach dem Januar in vielerlei Form ausbreiten. Es liegt auch Vaculíks späterem Werk, dem „Manifest der 2000 Worte“, zugrunde. Die Frage des Klassencharakters der Macht wird von Vaculík ausdrücklich „beiseite gelassen“, weil er sie unter dem Gesichtspunkt der Notwendigkeit einer Psychologie der Macht „unter die Problematik der Macht überhaupt subsumiert“. (113) Genauso betreffen Vaculíks weitere Forderungen an den Staat Dinge, die ihm als Formalien wertvoll erscheinen: Anständige Verkehrsregeln zwischen Kunst und Macht und die gewisse „Kultur in der Politik“ (S. 125), „eine kultivierte Durchführung dessen, was für den organisierten Gang des Staates sicher unerlässlich ist.“ (S. 124)

Diese Ideen setzen voraus, daß der sozialistische Staat nicht als ein Instrument der gesellschaftlichen Interessen der Arbeiter handelt, daß er keine Entwicklungen zu leiten hat, die zur Verwirklichung dieser Interessen führen, sondern daß er als liberaler Nachtwächter über der Gesellschaft thront, in einer möglichst kultivierten Weise Pässe ausstellt u. ä.

Die bewußte Trennung der eigenen Position von den auf der Tagesordnung der CSSR stehenden realen Entwicklungsproblemen des Sozialismus zugunsten formaler Garantien überzeitlicher „Spielregeln“ ist hier vollzogen. Vaculík entwickelt an dieser Stelle kein positives Programm, wie eine Gesellschaft seiner Vorstellung aussehen müßte. Er gibt aber mit dem Rückblick in die nationale

Geschichte dem Leser eine Orientierung, welche Form des Staates er erstrebt, indem er die vorgebliche Kontinuität der tragenden Ideen des tschechoslowakischen Staates herausstreicht. „Die Kontinuität der Vorstellung von einem sozialen Staat verwandelte sich nach dem Kriege direkt in ein Programm des Sozialismus.“ (S. 126)

— So einfach geht das: Die Kontinuität der Idee verwandelte sich. Und zufällig gleich nach dem Kriege. Was die Kontinuität, die nationale zumal, alles bewirkt: In der ersten Republik entwickelte sich zwar die kapitalistische Produktionsweise bis hin zum Aufkommen einheimischer Monopole wie dem des Schuhkönigs Bat'a, der einen ganzen Landstrich unter seiner Botmäßigkeit hielt, und zu dem Einfluß ausländischer Großkonzerne, von denen die CSR mit ihrer spezialisierten Wirtschaft abhängig wurde, jedoch rein geistig blieb das damalige „staatliche Gebilde“ davon unbefleckt, da es „im Fühlen und Denken seiner Bürger keine bedeutsamen Aversionen gegenüber den Idealen des Sozialismus ansammelte.“ (S. 125) — Nun wissen wir wenigstens, daß die harten sozialen Kämpfe, die die tschechische Arbeiterbewegung in der ersten Republik ausfocht, kein Ausdruck angesammelter Aversionen der Herrschenden gegenüber den Idealen des Sozialismus waren. Sollte das die Grundlage der Kontinuität sein?

Wenn sogar die bürgerliche Republik Sympathien für den Sozialismus hatte, warum soll dann Vaculík sich gegen ihn aussprechen? Abschließend erklärt er, er wolle „nicht den Sozialismus vor den Kopf stoßen“ mit seiner Kritik. Angesichts des Vorhergehenden, in dem der Sozialismus um solche Gedanken bereichert wurde, die ihn schlechterdings unkenntlich machen, ist dieses Bekenntnis nichts weiter als eine leere opportunistische Floskel, die ein Jahr später im Manifest der 2000 Worte in noch sinnentleerter Form wiederkehrt als „unsere gemeinsame Sache, die den Arbeitstitel ‚Sozialismus‘ trägt.“ (FAZ, 6. 7. 68)

Soviel zur geistigen Vorbereitung der reformerischen Ideen innerhalb der Schicht der tschechoslowakischen Gesellschaft, die unter sich einen hohen Grad der Kommunikation hatte und schon im Laufe des Jahres 1967 dafür sorgte, daß diese Reden verbreitet wurden.

Aus den relativ einheitlichen Ergebnissen des meinungsbildenden Prozesses innerhalb der Intelligenz erklärt sich die große Bedeutung, die schlagartig die Publikationsorgane nach dem Januar für den weiteren Verlauf des Reformprozesses erlangten. Unter ihnen spielte die Zeitung des Schriftstellerverbandes, die seit Ende Februar wieder erschien, eine aktive Rolle. In ihr findet man die reformerischen Kongreßredner als Autoren wieder.

Diese Presse entfaltete eine eigenständige politische Aktivität. Sie setzte gezielte Fragen auf die Tagesordnung des politischen Lebens. Sie wirkte als eigene politische Kraft.

In der Anfangszeit konzentrierte sich ihre Aktivität darauf, bestimmte Leute in verantwortlichen Funktionen öffentlich anzugreifen, um sie durch Kritik zum Rücktritt zu bringen. Dies hatte großen Erfolg: In allen gesellschaftlichen

Organisationen, allen Parteien vollzog sich eine Wachablösung, zu der die Initiative von den Journalisten ausging. In der Tschechoslowakischen Volkspartei wurde die innere Reformierung in Gang gesetzt, nachdem die Redakteure des Parteiblattes „Lidova demokracie“ ihre Forderungen gegenüber der Partei veröffentlicht hatten. (15. 3.) Der Vorsitzende der Partei und langjähriger Minister Josef Plojhar wurde zunächst innerhalb kirchlicher Organisationen angegriffen und trat von seinen Ämtern zurück. Er wurde zum Ehrenvorsitzenden der Partei gewählt und seine weitere Tätigkeit als Minister wurde gebilligt. Dazu die offizielle Prager Darstellung des Demokratisierungsprozesses von Januar bis Mai: „1. 4.: Die Redaktion der Tageszeitung ‚Lidova demokracie‘ ... kann sich mit der Wahl von Dr. Josef Plojhar zum Ehrenvorsitzenden der Tschechoslowakischen Volkspartei und mit der Zustimmung zur Ausübung der Funktion in der Regierung nicht identifizieren“ ... („CSSR. Der Weg zum demokratischen Sozialismus.“ Pragopress Features, Prag, 1968, S. 38.) Am 6. 4. spricht sich der Zentralausschuß der Partei dagegen aus, weiter in der Regierung durch Plojhar vertreten zu sein und „zieht seinen Beschluß zurück, durch den er zum Ehrenvorsitzenden der Partei gewählt wurde.“ (ebd. S. 45) Ähnlich verläuft der Fall des Justizministers A. Neumann, der zugleich Vorsitzender der Sozialistischen Partei war. Eine breite Kampagne führte schließlich zum Rücktritt des Präsidenten Novotný. Dabei ist der „Druck der öffentlichen Meinung“ (Rudé právo, 14. 3. 68) ein gewichtiges Argument für die geforderten Rücktritte. Diese Öffentlichkeit wird aber wiederum vorwiegend von Leuten des gleichen Milieus hergestellt. Rudé právo veröffentlichte am 27. 3. einen Brief von Kulturschaffenden an das ZK der KPC. Dabei geht es darum, daß der neue Präsidentschaftskandidat die Anforderungen erfüllen soll, die „unsere gesamte Öffentlichkeit endlich wieder das Recht hat zu stellen.“ — Wer ist diese Öffentlichkeit — wenn nicht vor allem die Journalisten selbst? Sie entscheiden, nach ihren eigenen Kriterien, welche Meinungen öffentlich gemacht werden und welche nicht. Der zitierte Brief enthält außerdem Forderungen zur Neubesetzung des Amtes des Ministerpräsidenten, des Ministeriums des Inneren und der Verteidigung.

Die allgemeine Rücktrittswelle wird von der Presse systematisch in Gang gehalten. Sozusagen ein Punktfeuer konzentrierte sich für einige Zeit auf den Außenminister Dávid, der in den 60er Jahren sein Amt übernommen hatte. Die Vorwürfe zielen weniger auf seine Person als auf seinen Arbeitsstil und auch auf den Inhalt der von ihm vertretenen Außenpolitik: ihm wird vorgehalten, er habe die schöpferische Initiative der Mitarbeiter des Ministeriums unterdrückt. Ende März bringt die Zeitung „Lidova demokracie“ einen Brief von Mitarbeitern des „Instituts für internationale Politik und Ökonomie“, in dem die Ernennung eines neuen Außenministers gefordert wird: „Für das bisherige dogmatische und unelastische Vorgehen der tschechoslowakischen Diplomatie trägt vor allem der Außenminister Dávid die Verantwortung.“ Rudé

právo publiziert am 28. 3. die Meinung der Außenpolitikredakteure des slowakischen Journalistenverbandes, die sich zu dem Bestreben bekennen, „ein eigenes Profil unserer Außenpolitik“ durchzusetzen. Sie befürchten allerdings, daß die Person des gegenwärtigen Außenministers das verhindern werde und verwundern sich darüber, daß er bisher nicht zurücktrat.

Die am 8. 4. 68 neu gebildete Regierung hatte J. Hájek zum Außenminister. Es wurden auch politische Persönlichkeiten in der Presse propagiert. „Zemědělské noviny“ wirbt am 6. 4. für die Wahl von Ota Šik und Josef Borůvka, „die buchstäblich die Lieblinge der breiten Volksschichten geworden sind“, in das Präsidium des ZK der KPC. Es sei nicht zufriedenstellend, daß sie für andere Funktionen vorgesehen seien. (Beide gehörten der am 8. 4. gebildeten Regierung an.) Außerdem entspräche das Präsidium des ZK in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nicht den Wünschen des Verfassers und dem Prozeß seit dem Januar.

Als auch nach dem Maiplenum, das ein neues Präsidium wählte, noch drei als „konservativ“ apostrophierte Mitglieder im Parteipräsidium blieben, vereinigten sich die Pressestimmen zu einer heftigen Kritik an ihnen. In Zusammenhang damit ist die Kampagne der Presse für einen möglichst baldigen Parteitag der KPC zu sehen, auf dem ein neues ZK gewählt werden müßte. — Die Führung der KPC war ursprünglich für einen Parteitag Anfang 1969, weil sie meinte, man müsse die Lösungen der Fragen gründlich vorbereiten, damit über sie qualifiziert entschieden werden könne. Sie beugte sich jedoch auf dem Maiplenum der Kampagne der Journalisten — an der auch Redakteure der Parteizeitung „Rudé právo“ teilnahmen — und berief den Parteitag für September 68 ein. Damit traf sie eine Entscheidung über den Inhalt des Parteitags.

Trotzdem gaben sich die Wortführer der Demokratisierung nicht zufrieden und brachten die Idee eines außerordentlichen sofortigen Parteitags unter die Leute. „Literární listy“ am 18. 7.: „Die progressiven Kräfte betrachten das ZK nicht für zuständig, über ganz gleich welche Grundsatzfrage zu entscheiden . . . Dieses ZK ist nach den Konferenzen bereits ein Organ, das völlig ungeeignet ist zur Entscheidung ganz gleich welcher Frage. Dem Versuch einer solchen Lösung (daß das ZK etwas entscheidet — EHL) würden die Progressiven durch die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Parteitags entgegenstehen.“ Schon am 6. 6. schrieb das ursprünglich von den Gewerkschaften herausgegebene Organ „Práce“, dessen Redakteure im Verlauf des Frühjahrs in sich ganz andere Interessen entdeckten als die der Gewerkschafter, daß es sich vom Plenum des ZK die Beantwortung zweier Fragen erhofft hätte: wann der außerordentliche Parteitag einberufen werde und wie lange noch sich kompromittierte Mitglieder des ZK in diesem Gremium halten. Der Verfasser mißbilligt, daß das Plenum nicht „markant antikonservativ“ war. „Wenn man auch nicht sagen kann, daß die Konservativen auf dem Plenum die Oberhand gewannen, so stießen ihre Äußerungen doch nicht auf so entschiedenen Widerspruch und so

scharfe Verurteilung, wie man erwarten konnte.“ Seine Kritik an den drei „Konservativen“ bringt keine sachlichen Argumente über etwaige unterschiedliche Entwicklungskonzeptionen des Sozialismus, sondern kreidet an, daß sie „im Januar das Regime der persönlichen Macht direkt verbissen verteidigten und heute nur mit Selbstverleugnung und sehr formal ihre Übereinstimmung damit zum Ausdruck bringen, was wir Demokratisierungsprozeß nennen.“

Das Maiplenum hatte übrigens auf das Vorhandensein antisozialistischer Kräfte und die daraus erwachsende Gefahr hingewiesen. Es ist hauptsächlich den einmütigen Kampagnen der Massenmedien zu danken, daß der nötige und fällige Neuanfang einer weiteren Entwicklungsphase des Sozialismus in der CSSR umfunktioniert wurde in die Frage des möglichst völligen Austauschs von verantwortlichen Personen, eine Kampagne, die den Kontakt mit den objektiv ungelösten Problemen sehr bald verlor. So kam es zu einer Machtverschiebung mit rein formalen Argumenten, ohne ein Anbieten klarer Konzepte, ohne daß die gesellschaftspolitischen Konsequenzen der einzelnen Änderungen ausgewiesen worden wären — im Gegenteil, die gegenläufigen politischen Strömungen versicherten einander, daß ja alle für den Sozialismus seien. Ein gemeinsames Suchen nach dem besten Konzept kam erst gar nicht zustande. Die KPC, die die Ausarbeitung eines solchen neuen Konzepts eigentlich hätte anführen sollen, ließ sich von den Publikationsorganen in eine immer abhängigere Stellung drängen.

Wenn erst einmal die wirklichen Fragen der Gesellschaftsentwicklung aus der Diskussion sind und der weitere Prozeß hauptsächlich zu einer Frage von Personen gemacht ist, die in der Öffentlichkeit ein gutes oder schlechtes Image haben, dann sind alle Politiker abhängig von ihrem öffentlichen Ansehen, vom Wohlwollen der Journalisten, die Sympathisches oder Unsympathisches über sie bringen. Es kann vorkommen, daß sie ihr Verhalten darauf einrichten und über wichtige gesellschaftliche Einsichten dabei hinweggehen.

Ich halte es nicht für einen Maßstab von Demokratie, wie weit die Übereinstimmung zwischen der Presse und manchen Politikern nach dem Januar ging, sondern für den Ausdruck eines bestimmten Kräfteverhältnisses im politischen Gefüge der Tschechoslowakei. Die Bevölkerung kann erst dann qualifiziert entscheiden, wenn Alternativen entwickelt und faßbar geworden sind. Die jahrelang überlebten Verhältnisse vor dem Januar wollte niemand mehr, unklar aber blieb, auch in den Köpfen der Arbeitenden, wie der weitere Entwicklungsweg verlaufen sollte, nicht zuletzt wegen der einseitigen Informationspolitik und der Agitation der Journalisten im Sinne dessen, was „wir den Demokratisierungsprozeß nennen“. (s. o.) Die Publizisten nützten ihre neue selbständige Stellung zu Manipulationen gegen Leute, die ihnen nicht angenehm waren. „Rudé právo“ brachte am 2. 7. eine Meldung, die sich mit dem ZK-Mitglied Indra befaßt. Es handelt sich um ein Dementi des Sekretariats des ZK der KPC. Das Sekretariat „hält es für nötig“, meldet das Zentralorgan, „die angeführte

Information für unwahr zu erklären.“ Die Information wird auf diese Weise zum zweiten Mal gedruckt und lautet: „J. Hanzelka habe in Ostrava gesagt: ‚Meine Informationen sind so, daß der Genosse Indra im ZK den konservativen Flügel bildet, das Szenarium einzelner Etappen auf dem Parteitag macht und schließlich hinter den Kulissen gebührend einige Diskussionsbeiträge vorbereitet.‘“ Dennoch hatte diese Art der Meinungskonfrontation die weitere Manipulation nicht überflüssig gemacht, die Indra um ein Mandat zum Parteitag brachte. Die „Süddeutsche Zeitung“ veröffentlichte darüber am 24./25. 8. eine Meldung, nach der die Falschinformation des Rundfunks, Indra sei bei einer Delegiertenwahl bereits durchgefallen, bewirkte, daß er nicht als Kandidat aufgestellt wurde.

Über den Machtkampf um Spitzenpositionen hinaus wurde die Losung, Leute auszutauschen, auch auf den unteren Ebenen des politischen Lebens propagiert und zum Gegenstand der Wiederbelebung der Aktivität an der Basis gemacht, auch dort mit dem Effekt, daß die wesentlichen Fragen umgangen werden konnten. Das „Manifest der 2000 Worte“ bringt zum Ausdruck, daß es sich für die Unterzeichner hierbei um die Bedingung der Weiterführung des Demokratisierungsprozesses handelt.

Mit gleicher Einhelligkeit und Konzentration wurde in den Massenmedien auch die Kampagne um ein neues Pressegesetz geführt, das die individuelle Meinungsfreiheit der Journalisten sichern sollte, die seit dem Januar gängige Praxis geworden war. In der Jahresmitte wurde das entsprechende Gesetz beschlossen. Damit war der Zustand institutionalisiert, daß die Presse einen eigenständigen politischen Machtfaktor darstellte.

Mir ist nicht bekannt, daß eine Diskussion oder eine Initiative dafür entfaltet worden wäre, die Herausgeber und Leser mehr an der Gestaltung der Massenmedien zu beteiligen und ihre direkte Verantwortung für das Gesicht der Zeitung ihrer Organisation, etwa der Gewerkschaften, zu erhöhen. Ein System von Arbeiterkorrespondenten kam gar nicht in den Bereich des Möglichen. In einigen Fabriken wurden akklamative „Clubs zur Verteidigung der Meinungsfreiheit“ gebildet. Die Reform blieb, entsprechend den Ansichten ihrer Wortführer, elitär. Sie sicherte das faktisch seit Januar bestehende Privileg einer Gruppe Intellektueller, ihrer Meinung öffentlich zu machen. Oldřich Švestka bestätigt in „Rudé právo“ am 18. 7., daß Arbeiter in den Massenmedien nur äußerst selten zu Wort kommen, und daß, wenn eine Meinung aus ihrem Kreis zitiert wird, die Gefahr der Manipulation naheliegt.

In einer weiteren Etappe der Entwicklung veränderten neu entstandene Organisationen die politische Landschaft in der CSSR. Die relativ große Mobilität und die innere Vorbereitung innerhalb der Intellektuellenschicht erlaubte es, rasche Initiativen zu entwickeln: Es entsteht der „Club parteiloser Schriftsteller“ und als eine Massenorganisation des Schriftstellerverbandes die „Clubs kritischen Denkens“ (nach einem Beschluß des Präsidiums des Schriftstellerverbandes), deren Aufgabe es sein soll, für Meinungsfreiheit einzutreten. Neben dem allgemeinen

Jugendverband CSM, der seine „Monopolstellung“ freiwillig aufgibt, entstehen eine Reihe neuer Jugendorganisationen, einige davon in Anlehnung an die nichtkommunistischen Parteien. Als erstes konstituieren sich zwei geographisch getrennte Studentenverbände. Der tschechisch-mährische Verband unterstützt u. a. folgende Prinzipien: „Das sozialistische Eigentum an Produktionsmitteln und ein qualifiziertes Management der ökonomischen Sphäre unserer Gesellschaft. Das Ziel dieses Managements soll die ökonomische Stabilität und Existenzsicherung aller Bürger sein.“ (Aus dem Werbematerial der Union der Universitätsstudenten von Böhmen und Mähren: „New Organizations of Students of Czechoslovakia“.) Die Organisation hatte sich entschlossen, außerhalb der Nationalen Front zu bleiben, solange dort die Führungsrolle der KPC gelte. In der gleichen Richtung wirkte der „Club engagierter Parteiloser“, dabei auf die Rolle einer oppositionellen Partei zusteuernd. Der Pragkorrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ will wissen, daß es „gewisse Kreise innerhalb der kommunistischen Partei“ waren, die mit dieser Gründung „ihre eigenen Apparatschiks unter Druck zu setzen suchten“ (SZ v. 21. 5. 68). Diese Kommunisten erwägen — laut SZ — ob man nicht das politische Leben um einen „dialektischen Prozeß“ in Form des Gegensatzes von Regierung und Opposition bereichern solle. Wenn das stimmt, hätten sie sich damit fraglos über die Grundlage des politischen Systems in der CSSR hinweggesetzt. Es wäre eine Diskussion wert gewesen, ob, warum und zur Freisetzung welcher politischen Richtungen diese Grundlagen hätten geändert werden müssen. Diese Grundlagen bestanden in dem Bündnis aller prosozialistischen Kräfte. (Die Nationale Front in ihrer jetzigen Form entstand 1948, als sich die Partner des antifaschistischen Bündnisses erneut zusammenschlossen, um für den Aufbau des Sozialismus zu arbeiten.) Eine oppositionelle Partei kann letztlich nur eine antisozialistische Zielsetzung haben — sonst wäre ihre Existenz außerhalb des prosozialistischen Bündnisses sinnlos. — Als ein formales Demokratisierungsattribut wurde aber diese Forderung nach Opposition und dem Umbau des politischen Systems immer weiter in der Diskussion gehalten. Eine inhaltliche Diskussion wurde nicht geführt. Die Wortführer dieses Ziels konnten nicht ohne Grund hoffen, die Staats- und Parteiführung der KPC werde auch in diesem Punkt schließlich nachgeben müssen, wenn die Zeit dafür reif sei. Ein besonders feines Verständnis für derartige Prozesse der inneren Machtverschiebung bewies Prof. Ivan Sviták, führendes Mitglied des KAN (Club der engagierten Parteilosen) und des Clubs 231 (der aus Platzgründen hier nicht näher behandelt wird) in dem Manifest der engagierten Parteilosen: „Der Club der engagierten Parteilosen muß ebenso vorgehen wie ein Mungo im Kampf gegen eine große Schlange, die doppelt so stark wie er ist. Der Mungo manövriert dauernd, zieht sich öfter zurück, greift an und geht wieder zur Verteidigung über. Er wartet eine Situation ab, bei der es ihm möglich wird, die Schlange an ihrer empfindlichsten Stelle zu packen und ihr den Garaus zu machen.“

KAN und seine angeblichen Taufpaten in der KPC standen jedoch mit Ideen der Umwälzung des politischen Systems nicht allein. Auch die Bündnisparteien in der Nationalen Front entwickelten nach der Ablösung ihrer bisherigen Führungen neue Selbstdarstellungen, die das Bündnis zumindest relativierten. In der Darstellung der Entwicklung nach dem Januar aus Prager Sicht wird das neue Programm der Sozialistischen Partei folgendermaßen zusammengefaßt: „Die Sozialistische Partei der Tschechoslowakei ist eine nichtmarxistische, sozialistische Partei, für die der Ausgangspunkt des demokratischen Systems das Individuum bleibt, ... der Hauptsinn des Wirtschaftslebens ist die Befriedigung von Interessen und Bedürfnissen des Individuums“. (CSSR, Der Weg zum demokratischen Sozialismus, S. 52.) Nach vorausgegangenen Änderungen in der Organisation der Christen faßt auch die Volkspartei ihr Programm neu: „Die Tschechoslowakische Volkspartei ist eine unabhängige demokratische Partei, die sich zur christlichen Weltanschauung bekennt. Den gegenwärtigen Zustand faßt sie als pluralistischen Sozialismus auf...“ (ebd. S. 83). Noch im Frühjahr beginnen die Gründungsausschüsse für eine Sozialdemokratische Partei zu arbeiten. Obwohl einige frühere Sozialdemokraten erklären, sie hielten die Gründung einer solchen Partei für unangebracht und stünden nach wie vor zu der Vereinigung der Sozialdemokratie mit der Kommunistischen Partei im Jahre 1948, bestätigt ein Artikel in Rudé právo vom 9. 7. 68, daß die Gründungsausschüsse weiter ihre Tätigkeit entfalten.

L'Express vom 6. Mai, zitiert Antonín Liehm: „In der Tschechoslowakei steht heute die Frage der Machtergreifung.“

Das nächste Ziel all dieser neu entstehenden politischen Kräfte faßt derselbe A. Liehm in einem am 12. 7. in der ZEIT erschienenen Artikel programmatisch zusammen als die Forderung nach Transformation des politischen Systems der CSSR von dem Bündnis unter Führung der KPC weg zur Einführung „der Demokratie“, worunter er ein System konkurrierender Parteien versteht. Liehm macht dazu konkrete Vorschläge mit einem Dreistufenplan der Ablösung der Nationalen Front, Änderung der Verfassung und Wählbarkeit aller bis dahin entstandenen Parteien.

Die Entscheidung für oder gegen Oppositionsparteien war eine Grundsatzfrage, in der die KPC ihre führende Position, die sie noch in ihrem Aktionsprogramm beanspruchte, prinzipiell hätte verteidigen müssen, damit Illusionen über die politische Zukunft des Landes sich erst gar nicht ausbreiten konnten. (Wie dies offenbar in den sozialdemokratischen Gründungsausschüssen geschah, auf die das Nichtverständnis ihrer früheren Genossen gar keinen Eindruck machte.) Die Führung der KPC überspielte jedoch diese grundsätzliche Frage diplomatisch, indem sie die Forderung nach einer politischen Opposition auf halbem Wege zu ihrer eigenen machte: Sie propagierte die Einrichtung einer „Opponentur“ auf allen Ebenen und umging damit die grundsätzliche Klärung. Es wurde

versäumt, die rein formalen Positionen einer formalen Demokratisierung zu kritisieren, in breiteren Kreisen wieder ein Verständnis für Klassenprobleme in der Politik zu wecken und den Sinn des Klassenbündnisses für die sozialistische Entwicklung wieder allgemein bewußt zu machen.

In der theoretischen Zeitschrift der österreichischen Kommunistischen Partei wird dazu die Meinung vertreten, während des Prozesses seit dem Januar, den die Zeitschrift ohne Einschränkungen unterstützt, seien erstmalig die Programme der westeuropäischen kommunistischen Parteien verwirklicht worden. (Weg und Ziel, Mai 68, S. 215/216.) Ausgehend von jenen Programmen könnte man einwenden, daß die Frage einer Oppositionspartei keine grundsätzliche Bedeutung habe, denn mehrere westeuropäische kommunistische Parteien haben in der Tat erklärt, die Entwicklung zum Sozialismus könne sich in ihren Ländern unter den Bedingungen der Konkurrenz verschiedener Parteien vollziehen. Diese kommunistischen Parteien wollen, soweit es in ihrer Macht liegt, die Form der Überwindung des Kapitalismus zu bestimmen, einen solchen Weg anstreben. Der Programmpunkt ist eingeordnet in die Strategie einer schrittweisen Eingengung der kapitalistischen Positionen in Wirtschaft und Politik, wodurch die akzeptierte Opposition einen realen gesellschaftlichen Hintergrund für die Phase der schrittweisen Entmachtung des Kapitalismus erhält. Es muß betont werden, daß es sich bei dieser Strategie darum handelt, wie man zum Sozialismus kommt, daß also die westeuropäischen Programme von einer völlig anderen Situation ausgehen als der der CSSR von heute, wo der Übergang zum Sozialismus 20 Jahre zurückliegt. Wollte man diesen Punkt insgesamt für die CSSR übernehmen, würde das die Annullierung der 20 Jahre sozialistischer Entwicklung bedeuten. Es gab Bürger der CSSR, die erklärten, diese Entwicklung sei ganz umsonst gewesen. Konsequenterweise müßte man dann die Anfangssituation vor dem Februar 1948 künstlich wieder herstellen — ein unter den gegebenen Umständen zweifellos rückschrittliches Programm.

Gegenüber der für die Gesellschaftsordnung der Tschechoslowakei entscheidenden Zäsur von 1948 veränderte sich die „öffentliche Meinung“ und ihr nachfolgend das öffentliche Leben in sehr merkwürdiger Weise. Schon auf dem Schriftstellerkongreß wurde nach der Kontinuität der übergreifenden Staatsidee gesucht; zum 118. Geburtstag von T. G. Masaryk im März initiierten tschechische Zeitungen — mit Ausnahme von Rudé právo — eine Wiederauferstehungskampagne, die sich in einem reichen Angebot an Masarykbildern im Handel fortsetzte.

Das nachträgliche Verwischen des Neuanfangs der sozialistischen Gesellschaftsordnung setzt sich bei der Zulassung der alten Pfadfinderorganisation in organisatorisches Potenzial um. Ende März tauchten die Pfadfinder auf diese Weise wieder im politischen Leben auf: „Auf einem Aktiv von mehr als 1000 Mitarbeitern der Organisation ‚Junák‘ ... wurde von Juristen festgestellt, daß die Organisation juristisch nicht zu existieren aufhörte, obwohl sie durch einen

Beschluß des Zentralaussschusses des CSM aufgelöst worden war. Aus diesem Grund wird die „Junák“-Organisation ihre Tätigkeit fortsetzen.“ (CSSR. Der Weg zum demokratischen Sozialismus, S. 35.) Wiederum keine inhaltliche Diskussion, was die Funktion der Pfadfinderorganisation war und jetzt sein könnte und ob sie im Sinne des Sozialismus wünschenswert wäre! Auch diese Frage wird auf der formalen Ebene, durch einen juristischen Kniff gelöst, der allerdings, einmal installiert, unabsehbare Konsequenzen haben kann. Er kann das Wiederaufstehen jeder Organisation aus der Zeit vor 1948 ermöglichen und damit im politischen Kräfteverhältnis 20 Jahre Sozialismus allmählich rückgängig machen. Das heißt: Statt vergangener Fehler wird der Sozialismus aus der Entwicklung herauskorrigiert. Ein Fall solcher juristischer Wiederbelebung wurde auf die Wiederherstellung alter Eigentumsformen ausgedehnt. (Dieser Fall fand Eingang in die CSSR — offizielle Darstellung des „Weges zum demokratischen Sozialismus“, wurde also im Sinne der Entwicklung aufgefaßt.) Ende April forderte die wieder aktiv gewordene Touristenorganisation die Rückgabe ihrer ehemaligen Liegenschaften. (CSSR. Der Weg zum demokratischen Sozialismus, S. 64.) Sieht man diesen Schritt als Präzedenzfall an, dann ist mit ihm ein legaler Weg zur Wiederherstellung alter Besitzverhältnisse gewiesen. Die neuen Tendenzen des politischen Lebens wirkten auch in die bestehenden Institutionen und Organisationen hinein. Das Ziel war erklärtermaßen die Veränderung der bisherigen Machtverhältnisse. Das zeigt die Haltung der Sozialistischen Partei zu den Betriebsorganisationen der Parteien und den Gewerkschaften. Am 9. 6. veröffentlicht „Svobodné slovo“ eine Stellungnahme dieser Partei, wo es heißt, man solle „unabhängige Gewerkschaftsorgane berufen, die diese Interessen (aller Werktätigen — EHL) wirklich sowohl gegen die Betriebsleitungen als auch gegen die Monopolprivilegien der Betriebsorganisationen der politischen Parteien verteidigen“.

Sollte also der politische Pluralismus auch unter den organisierten Arbeitern eingerichtet werden? Die KPC wäre dann nicht mehr die Partei, in der sich die bewußtesten Arbeiter politisch organisieren, und der Gesichtspunkt der Arbeitereinheit, der die tschechoslowakischen Sozialdemokraten und Kommunisten 1948 veranlaßte, ihre Parteien zu fusionieren, wäre damit eliminiert. Auch diese Art von Pluralismus wäre ein weiterer Schritt zur Wiederherstellung der Verhältnisse der bürgerlichen Republik.

Der gleiche Artikel in „Svobodné slovo“ forderte auch eine Umorganisation der Volksmilizen. Diese Losung greift auch die Zeitung „Student“ am 10. 6. auf, wobei ihre Argumentation für die Auflösung der Milizen Beachtung verdient. Nachdem der Autor die Möglichkeit erwähnt hat, daß die Milizen „von irgendwelchen verrückten Apparateleuten gegen die Demokratisierung und Demokratie mißbraucht werden“ können, läßt er die bedrohliche Vision eines Bürgerkrieges aufscheinen: „Im Falle, daß die Milizen ausschließlich kommunistisch sind, werden auch andere politische Parteien und der ‚Club der engagierten Parteilosens‘

ihre eigenen Milizen zum Schutz der Demokratie errichten können?“ — Der Pluralismus hat eben seine eigene Konsequenz. Um sie wieder etwas zu mildern — entsprechend dem Bild vom Mungo und der Schlange — schlägt der Autor aber einen „Kompromiß“ vor: „Oder wird man die Milizen auflösen als verdächtiges Überbleibsel aus der Zeit der Deformationen?“

— Die Milizen wurden 1948 gebildet zum Schutz des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, zum Schutz der neuen Verhältnisse durch die Arbeiter. Für den Autor des Artikels hat die „Zeit der Deformationen“ früh angefangen: mit dem Sozialismus selbst.

Luigi Longo beurteilte Anfang Mai nach seiner Rückkehr aus der CSSR Tätigkeit und Gewicht der antisozialistischen Kräfte folgendermaßen: „... es gibt noch ideologische Überbleibsel der Vergangenheit. Im Land leben noch einige Hunderttausend Menschen, die durch den Sozialismus enteignet wurden und ihn daher ablehnen. Diese Menschen finden Rückhalt in der Nachbarschaft der westlichen Welt mit ihren militärischen Kräften und ihren Instrumenten der ideologischen und propagandistischen Beeinflussung.“ (Aus dem Bericht Longos im Gramsci-Institut, abgedruckt in „Weg und Ziel“, Juli/August 68, S. 349/350.) ... „Im Trubel dieser Wochen und im stürmischen Prozeß der Demokratisierung zeigten sich, in Verbindung mit der gerechten Verurteilung der früheren Fehler, auch Tendenzen einer allgemeinen Verwerfung der ganzen Vergangenheit und mehr oder minder verhüllte Versuche, die sozialistischen Grundlagen der Gesellschaft selbst in Frage zu stellen. Das bereitet nicht nur den Kommunisten Sorgen, sondern allen demokratischen Elementen, denen die sozialen und nationalen Interessen der Tschechoslowakei am Herzen liegen. Die Genossen wollen die Erneuerungstendenzen fördern, aber auch nicht die Augen verschließen vor den Gefahren, die sich offen oder verhüllt manifestieren. In dieser Hinsicht decken sich ihre Besorgnisse mit denen der anderen sozialistischen Länder.“ (S. 351.) Wenn solche Besorgnisse auch bei der KPC bestanden, welche praktischen Schritte hatte dann die KPC gegen diese Gefahr gerade im Interesse eines sinnvollen Demokratisierungsprozesses unternommen? Die FAZ beurteilt rückblickend die Position der KPC gegenüber den antisozialistischen Kräften. Die Partei habe „noch vor kurzem als charakteristisch für den eigenen, spezifisch ‚sozialistischen‘ Weg der tschechoslowakischen Reformkommunisten die Hereinnahme des ganzen Volkes und aller Strömungen nicht nur befürwortet, sondern überhaupt als ‚letzte Chance‘ für den Kommunismus in der Tschechoslowakei bezeichnet.“ (FAZ, 12. 10. 68.) Die Interpretation der FAZ entspricht weit mehr der realen Praxis der KPC vor dem 21. 8. als die Darstellung Luigi Longos, der die sozialistische Harmonie herausstellt.

Im einzelnen wurde schon dargestellt, wie in der Frage des Parteitagstermins und der Frage der politischen Opposition die Parteiführung vor ihren Opponenten zurückwich, anstatt mit Selbstbewußtsein ihre eigene Position zu vertreten.

Indem die Auseinandersetzung vermieden wurde, drangen Haltungen, die der formulierten Politik der KPC widersprachen, schließlich auch in die Partei ein. Prinzipielle Bedeutung kommt dabei der Wiederaufnahme der wegen ihrer Reden auf dem IV. Schriftstellerkongreß aus der KPC ausgeschlossenen Mitglieder Liehm, Klima und Vaculík zu, sowie der Aufhebung aller parteiinternen Verfahren gegen Kohout und Kundera. (Durch Beschluß der umbesetzten Zentralen Kontroll- und Revisionskommission vom 23. 3.) Da von einer Revidierung des von den Schriftstellern vertretenen Standpunktes nichts bekannt ist — Kohouts Nachwort vom September bekräftigt diese Positionen noch einmal — heißt das, der Standpunkt der Redner wird als vereinbar mit dem der KPC angesehen. Eine Menge an „neuem“ Gedankengut geht so in die kommunistische Partei mit der ausdrücklichen Billigung ihrer leitenden Organe ein: die Haltung zum Nahostkrieg, die jedes antiimperialistische Engagement, jede Überlegung in dieser Richtung vermissen läßt, die Einschätzung der Bundesrepublik, bei der der aggressive Charakter der Politik der Großen Koalition verschwiegen, verharmlost oder aus der Sicht der SPD übernommen wird, die Einschätzung der Bundesregierung, die Kohout „rührend“ fand (umgekehrt sicher auch), eine Position, die in den herrschenden Verhältnissen der Bundesrepublik ihre Vorbilder für Änderungen im eigenen Land suchte und sich nicht zu schade war, noch im Manipulationsapparat des Springerkonzerns und im Zustand unserer Kulturindustrie das Mindestmaß der eigenen Freiheit zu sehen. Akzeptiert waren damit auch das elitäre Selbstverständnis der Redner und ihre nationale und bildungsbürgerliche Optik bei der Betrachtung wichtiger gesellschaftlicher Fragen der CSSR.

Über den inneren Zustand der Partei und noch mehr über ihr äußeres Gesicht, an dem die Redakteure des „Rudé právo“ jetzt auf eigene Faust mitformen, geben die Darstellungen der Bezirks- und Kreiskonferenzen einigen Aufschluß. Im Kreis dieser Berichte steht ein Interview mit einem slowakischen Arbeiter, einem Parteifunktionär, der vom Reporter als „Multiplikator“ kommunistischer Absichten in seinem Arbeitsbereich im positivem Sinne vorgestellt wird. Er wird nach seinen Wünschen für den Parteitag gefragt und antwortet, daß er u. a. eine Haltung zum Außenhandel erwarte: „Ich habe dabei besonders unsere vielleicht zu großzügige Hilfe für die Entwicklungsländer im Sinn.“ (Rudé právo, 2. 7. 68.) Einen Kommentar dazu gibt das Zentralorgan nicht.

Die „führende Rolle“ der Intellektuellen hatte auch innerhalb der KPC ihre Auswirkungen. In dem Bericht über die Kreiskonferenz in Ustí nad Labem heißt es, daß von den 130 zum Parteitag gewählten Delegierten 22 Arbeiter waren, was „der Zusammensetzung der nordtschechischen Parteiorganisation nicht entspricht.“ (Rudé právo, 3. 7. 68.)

Am gleichen Tag faßt E. Šip in der Zeitung die Diskussionen der Kreiskonferenzen in einem Artikel zusammen. Er lobt die neue Art der Diskussion, bei der eine „Umwertung aller Werte“ vor sich gehe. Unbedingt müßten weitere Leute

abgelöst werden. (Dieser Punkt macht einen wesentlichen Teil des Artikels aus.) Die Stellungnahme der Konferenzen zu den antisozialistischen Kräften gibt der Autor so wieder: „Die Delegierten ... betonten dabei, daß vielerorts ihr Gewicht (der antisozialistischen Kräfte — EHL) übertrieben wird, was die Aufmerksamkeit von den Gesichtern der kompromittierten Leute abzieht, welche die Republik in eine politische und wirtschaftliche Katastrophe geführt hätten.“ Das war u. a. die Antwort von „Rudé právo“ auf das „Manifest der 2000 Worte“, das zur Bildung einer Gegenmacht außerhalb des bestehenden politischen Systems auffordert und in seiner hohen Auflage — die regulären Nummern von 4 Tageszeitungen und Sonderdrucke — bis in den letzten Winkel des Landes gedrungen war! In keinem Bericht gibt es einen Hinweis, daß untersucht und bewertet worden wäre, welche Taktik die antisozialistischen Kräfte unter den gegebenen Umständen in der CSSR verfolgen. So konnte auch nicht festgestellt werden, was denn an politischer Aktivität und ausgegebenen Losungen sich gegen die sozialistischen Grundlagen des Landes richtete.

Sorglos die zunehmende Instabilität der kommunistischen Position in der Tschechoslowakei verkennend, antwortet am 30. 7. „Rudé právo“ auf einen Artikel der Moskauer „Prawda“. Die „Prawda“ hatte der KPC vorgeworfen, sie greife sozialdemokratische Losungen auf, vor allem die des „demokratischen Sozialismus“, die innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung als Instrument des Antikommunismus bewußt zur Verhinderung gemeinsamer Aktionen angewendet wurde und wird. (Das trifft besonders für die Situation in den westeuropäischen Ländern nach 1945 zu.) In seiner Antwort weist Ilja Šetlík jede Verbindung und Übereinstimmung mit der Taktik der Sozialistischen Internationale zurück, da in der CSSR der Kapitalismus nicht nur entmachtet, sondern sozusagen spurlos verschwunden sei. Es sei „physisch nicht möglich“, den Kapitalismus in der CSSR zu restaurieren, denn die ehemaligen Ausbeuterklassen seien „durch einen ökonomischen und historischen Prozeß verschwunden, nicht durch ein Dekret“. —

Angesichts der formalen Enteignungspolitik der 50er Jahre und ihrer Folgen bleibt Šetlíks Argument oberflächlich und illusionär. Auf die Betrachtungsweise Luigi Longos (in dem angeführten Bericht), der ein Wechselspiel sieht von traditionellen Restpositionen des Kapitalismus im Land und der gezielten Einwirkung von außen, läßt sich der Autor erst gar nicht ein. Šetlík trifft den Kern des Problems, wenn er ausführt, daß die Garantie des Sozialismus die politische Macht der Arbeiterklasse sei — also nicht allein die Sozialisierung der Produktionsmittel — wie viele Reformer meinten. Jedoch anstatt nun zu prüfen, wie es mit der Garantie dieser Macht der Arbeiterklasse zur Stunde in der CSSR steht, schließt Šetlík den Gedanken mit dem Hinweis ab, das sei in der DDR „genauso wie bei uns“. Durch diese Gleichsetzung macht er aber seine eigene Argumentation problematisch und sogar unaufrichtig. Denn gerade die offensichtlichen Unterschiede der Sicherung der politischen Macht der Arbeiter-

klasse gehörten unter die damals aktuellen Streitpunkte zwischen den sozialistischen Ländern. Eine Prüfung dessen, wie sich die neuentstandenen politischen Strömungen und ihre Tendenzen auf die politische Macht der Arbeiterklasse auswirkten, hätte die Richtung des Reformkurses in Frage gestellt. Gerade das aber lief dem vorgefaßten Ziel des Artikels zuwider.

Die Stelle, an der der Autor die Augen vor der Realität verschließt, ist damit deutlich markiert. Außerdem zeigte sich, wie schwach eine Rechtfertigung für den besonderen Verlauf des Reformprozesses war, wenn sich ein Reformler auf eine marxistische Argumentation einließ.

An anderer Stelle legen die Autoren der Parteizeitung der KPC wie andere Reformler durchaus keinen Wert auf übereinstimmende Verhältnisse in der CSSR und den verbündeten Ländern. Besonders häufig wurde hingegen die Ansicht vertreten, die CSSR müsse von der Nachahmung des „sowjetischen Modells“ des Sozialismus loskommen, um einen eigenen tschechoslowakischen Weg zu finden. Dabei wird die Frage der politischen Macht der Arbeiterklasse und der Garantien dieser Macht unter den gegebenen Umständen erst gar nicht gestellt. Die Idee findet ihren Weg in das Zentralorgan der KPC. Am 14. 7. bringt „Rudé právo“ einen Artikel über die „Dritte russische Revolution“, die die Verfasser im Aufstand der Sozialrevolutionäre vom Juli 1918 sehen. (Die Sozialrevolutionäre traten für die Weiterführung des Krieges ein.) Der Aufstand wurde seinerzeit mit allen Mitteln der politischen Macht der Arbeiterklasse unterdrückt. Die tschechischen Verfasser jenes Artikels nennen aber dies Ergebnis „tragisch“, weil es die KPdSU zu eben dem sowjetischen Modell des Sozialismus „getrieben“ habe, „gerade so, wie diese Umstände die Partei zwangen, auf undemokratischem und hartem Weg die Freiheit der Fraktionen und politischen Gruppierungen in der Partei zu liquidieren.“ — Die Geschichtsfälschung unterstreicht die manipulative Argumentation der Verfasser: wenn sogar die KPdSU durch „die Umstände“ dahin getrieben wurde, die Freiheit der Fraktionen abzuschaffen — die im Selbstverständnis der leninistischen Parteien nie bestand (näheres dazu bei Lenin, „Ein Schritt vorwärts, zwei zurück“, 1904) — dann besteht eigentlich kein Grund mehr, diese Freiheit nicht in der KPC einzuführen. Wiederum wurde eine Prinzipienfrage zu einer historischen Zufälligkeit heruntergespielt. Daß es ihnen um die Abschaffung des bislang für Staat und Partei verbindlichen Grundsatzes des demokratischen Zentralismus ging, verschwiegen die Autoren.

Eine Änderung in diesem Punkte riet auch Zb. Brzezinski den Pragern an, als er am 14. 6. in einem Prager Institut einen Vortrag hielt. Er machte zu seiner Ausgangsthese, daß der Leninismus für eine entwickelte moderne Gesellschaft keine Gültigkeit mehr habe. Welches Interesse verfolgt der politische Berater Johnsons und Humphreys, wenn er solch einen Ratschlag gibt? Der demokratische Zentralismus garantiert u. a. die Festigkeit der politischen Macht der Arbeiterklasse, und es ist selbstverständlich nicht zu verlangen, daß sich Brze-

zinski über die Sicherung dieser Garantie konstruktive Gedanken macht — das müssen die Kommunisten schon selber tun.

Was man sich aber von solch einer Entwicklung der KPC wie der gesamten CSSR „weg vom Leninismus“ versprechen kann, wenn man Antikommunist von Beruf ist, hat ein Kollege Brzezinskis, Klaus Mehnert, in einem Fernsehgespräch am 30. 3. 68 ausgesprochen. Er stellte in der CSSR eine Entwicklung zum „Sozialdemokratismus“ fest und meinte, wenn sich die Tschechoslowakei auf den Sozialdemokratismus hin bewege, so sei es gar keine Frage mehr, daß es für uns mit einer sozialdemokratischen, wenn auch formell vielleicht immer noch kommunistischen Tschechoslowakei sehr viel leichter zu sprechen sein werde. Mehnert stellte seine Interessenlage selbst klar. Was sich jedoch der Sekretär des ZK der KPC, Čisáň, davon sprach, wenn er mit solchen Ideen der Abschaffung des Leninismus übereinstimmte, ist weniger leicht auszumachen.

Es handelte sich hierbei keineswegs um eine abstrakte Diskussion, sondern um den Angelpunkt der Forderungen nach Einrichtung eines Pluralismus in allen Bereichen, die sich bei den Parteien in den Angriffen auf die Nationale Front äußerten und innerhalb der KPC in der Forderung nach Zulassung von Fraktionsbildung. Dem letzten Punkt kam aber der Statutenentwurf der KPC für den Septemberparteitag weit entgegen.

Der Prozeß des Zurückweichens der KPC vor den Wortführern dieser Demokratisierung geht schließlich so weit, daß die Parteizeitung, nachdem sie die Gedenkartikel auf T. G. Masaryk im Frühjahr mit Schweigen übergangen hatte, sich schließlich auch den Bestrebungen anschließt, die Ideen von Masaryk in das Selbstverständnis des sozialistischen Staates mit hineinzunehmen. Der Artikel aus „Rudé právo“ vom 21. 8. soll hier ganz resümiert werden, weil er deutlicher als jeder abgeleitete Beweis den Verfall der kommunistischen Position angibt. „T. G. Masaryk und unser Heute nach dem Januar“: Der Artikel geht anfangs näher auf den Wandel in Masaryks Verständnis von Demokratie ein. Er habe zuerst nach amerikanischem Vorbild die individuellen Freiheiten als Grundlage der Demokratie angesehen, sei aber dann zu der Forderung nach „sozialer Demokratie und Wirtschaftsdemokratie“ gekommen. Darunter habe er vor allem Sozialgesetzgebung, Sozialversicherung und die physische wie moralische Volksgesundheit verstanden, was über den amerikanischen Demokratiebegriff weit hinausgehe. Jedoch seien Masaryks Pläne wegen der „labilen europäischen Lage“ in den 20er und 30er Jahren nicht zu verwirklichen gewesen. Grundlegend sei für ihn das republikanische System mit seinen Parteien geblieben. Er habe jedoch gewußt, daß diese Parteien innerlich schnell degenerieren, und deswegen stärkte er die „Opponentur gegen diesen Mechanismus der Parteidemokratie“. Masaryk habe als Gegengewicht einen „braintrust“ sowie einzelne Politiker um sich gesammelt, die ihm bei der Durchsetzung seiner Ideen halfen. Weniger der etwas offene Schluß des Artikels, man dürfe Masaryk nicht länger mit Schweigen übergehen, als die Darstellung seiner Ideen und Methoden zei-

gen, wie sehr auch das Zentralorgan der unkritischen Betrachtung der ersten Republik erlegen war. „Sozialismus“ ist in solcher Sichtweise offenbar nichts prinzipiell Bedeutsames mehr, das sich lohnte, gegen Masaryks Vorstellungen von Sozialgesetzgebung und Volksgesundheit deutlich abzuheben³.

Auch ein auf die nationale Geschichte fixierter tschechischer Kommunist könnte wissen, daß die Erscheinungsformen kapitalistischer Herrschaft sowohl amerikanische als — etwa — schwedische Zustände umfassen, wie sie Masaryk bestenfalls vorschwebten.

Der nicht weiter spezifizierte Hinweis auf die labile europäische Lage bietet ein trauriges Beispiel „wertneutraler“ Sichtweise, handelt es sich doch nur um eine weltumfassende Wirtschaftskrise des Kapitalismus und den immer mächtiger werdenden Faschismus, der Masaryk zwang, seine sozialen Ideen ausschließlich in seinen Büchern zu vergegenständlichen. Gab es für ihn damals vielleicht eine Alternative? Oder hatten die Arbeiterparteien auch — unter dem Druck der „labilen europäischen Lage“ — auf eine sozialistische Perspektive verzichtet? Man sollte meinen, es wäre die ureigene Sache der KPC, der ideologischen Vergoldung der ersten Republik und ihres Staatschefs entgegenzutreten und damit auch den Sinn des Übergangs zum Sozialismus 1948, der offensichtlich vielen reformfreudigen Politikern entfallen war oder auf den sie keinen so großen Wert legten, wieder bekannter zu machen und damit auch klarzustellen, daß kein Entwicklungsweg der CSSR zu diesen Zuständen zurückführe.

Wenn aber auch die Kommunistische Partei sich als unfähig erweist, sozialistische Positionen zu verteidigen, im Gegenteil, ihre eigenen Positionen eine nach der anderen aufgibt — wer soll da noch die Grundlagen des Sozialismus in der CSSR schützen? Im Land selbst war keine politische Kraft zu sehen, die dazu in der Lage war — aber manche, die, zurückhaltend gesagt, dazu nicht bereit waren. Wenn man die für einen Sozialisten nicht gerade erfreuliche Entwicklung in der CSSR insgesamt betrachtet, dann bleibt es unverständlich, wie manche Kommunisten und manche Kommunistischen Parteien nicht nur die Intervention der Verbündeten verurteilen — wobei es allerdings der Verständigung innerhalb der kommunistischen Bewegung nützen würde, wenn sie angäben, auf welche Weise anders die Erosion der politischen Macht der Arbeiterklasse in der CSSR hätte verhindert werden können — sondern daß manche auch eine Rechtfertigung für alles das aussprechen, was in den vergangenen Monaten in der CSSR geschah.

³ Von einem „konservativen“ Standpunkt aus illustriert eine Ballade von Bert Brecht den historischen Kontext: „Ballade von den Osseger Witwen“, 1934. Die Witwen umgekommener Bergleute demonstrierten in Prag, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

... „Die Osseger Witwen im Witfrauenkleid
Zum Parlament sind sie vorgedrungen.
Was wollt ihr tun für unsere Kinder, liebe Leut?
Sie haben Hunger und müssen essen heut!
Nun, da haben die Herren Deputierten eine Rede geschwungen.
Das, haben die Herren Deputierten gesagt,
Das können wir tun für die Osseger Witwen.“

(B. Brecht, 100 Gedichte, Berlin 1954, S. 83).

Die Haltung der KPO, auf die ich näher eingehen möchte, weil sie leichter und vollständiger zugänglich ist als die der KPI, KPF und der KP Schwedens, liefert ein Beispiel für tatsachenblinde Betrachtungsweisen. Im Mai drückt die theoretische Zeitschrift „Weg und Ziel“ die illusionäre Hoffnung aus, die Wirtschaftsreformen würden zu einer Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung führen — die offensiblen sozialen Schwierigkeiten der tschechoslowakischen Wirtschaftsreform werden nicht einmal erwähnt — und sieht die „drei entscheidenden Problemgruppen“, die zu lösen sind, in „notwendige(n) Wirtschaftsreformen, Verhältnis zu den Intellektuellen, Stellung der Slowaken“ (WuZ, Mai 68, S. 215).

Für entscheidend wird von der theoretischen Zeitschrift der KPO nicht angesehen — wenigstens wird das nicht gesagt — daß es sich in der CSSR um einen komplexen Übergang zu einer neuen Entwicklungsphase des Sozialismus handelt, wobei neue Formen des wirtschaftlichen und staatlichen Leitungsmodells gefunden werden müssen, verbunden mit neuen Formen der Initiative der Massen und der unmittelbaren Einbeziehung der Arbeitenden in alle öffentlichen Angelegenheiten zum Zweck der Erhöhung der Produktivität dieser Gesellschaft. Eine Kritik der Formalität der in der CSSR umlaufenden Vorstellungen von Demokratie wird nicht vorgenommen, im Gegenteil: „Der Durchbruch sozialistischen Wollens in den entwickelten kapitalistischen Ländern hängt nicht zuletzt davon ab, daß die sozialistischen Staaten einen eindeutigen Anschauungsunterricht von der Überlegenheit des Sozialismus in der Entfaltung der Demokratie liefern. Die Umwälzung in der CSSR ist die bedeutendste Lektion dieses Anschauungsunterrichts seit Jahren.“ (ebd.) Den Inhalt des ersten Satzes möchte ich unterstützen. Strittig ist jedoch, daß der Prozeß nach dem Januar dies geleistet hätte. Der Anschauungsunterricht in Demokratie müßte sich doch, wenn er nicht lebensfremd sein soll, gerade auf die realen Mängel des kapitalistischen, demokratischen Formalismus beziehen und eigene praktikable Antworten anbieten.

Aus der Sicht der BRD könnte man die entscheidenden Mängel an Demokratie im heutigen System des Kapitalismus so charakterisieren (ohne Anspruch auf Vollständigkeit): Die arbeitende Bevölkerung ist vom Prozeß der Meinungsbildung wie vom Zustandekommen der politischen Entscheidungen ausgeschlossen, im Parlament werden Scheinalternativen vertreten, die gesellschaftlichen Verhältnisse dieses Landes werden gestützt durch die Wirtschaftspolitik des Staates, die den Großunternehmen Extraprofite schenkt und den Arbeitern Lohnbegrenzungen anzubieten hat, eine aggressive Politik zur Änderung des Status quo widerspricht den Interessen der Bevölkerung am Frieden und geht außerdem mit steigenden Militärlasten auf ihre Lasten. In den Fabriken wird Tag für Tag das gesellschaftliche Machtverhältnis zwischen Arbeitern und Kapitalistenklasse reproduziert und in der Betriebshierarchie, unverschleiert durch jeden demokratischen Formalismus, anschaulich gemacht: Vertrauensleute der Gewerkschaft haben keinen Kündigungsschutz, politische Betätigung im

Betrieb ist verboten, der Unternehmer aber kann unliebsame Betriebskandidaten Tage vor der Wahl feuern ...

Anschauungsunterricht in Demokratie? Nichts wäre nötiger als das. Es hieße aber das Problem grob und unzulässig beschränken, wollte man diesen Anschauungsunterricht in der formalen Kopie der Formen suchen, die in der kapitalistischen Gesellschaft notwendig formal sind, und wollte man seinen Ehrgeiz darin setzen, diesen Formalismus in seinem reibungslosen Ablauf womöglich zu über treffen. Wenn man das aber nicht will, sondern eine tatsächliche Weiterentwicklung der sozialistischen Verhältnisse, die auch zu den konkreten Verhältnissen in der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Ländern eine gesellschaftliche Alternative vorstellen, dann werden auch die Autoren in „Weg und Ziel“ die von den tschechischen Reformern vertretenen Ziele genauer prüfen müssen, bevor sie aussprechen, daß „die Intervention ... ein Schlag gegen die Vorstellungswelt der westeuropäischen Kommunisten“ sei, „der das Aktionsprogramm und die Praxis der tschechoslowakischen Kommunisten am nächsten kamen“. (WuZ, Oktober 68, S. 459.) Wirklich die ganze Praxis? Sollte man nicht besser wieder damit anfangen, zu differenzieren nach den Klassenverhältnissen, in denen man die Forderung nach Demokratie in politische Aktion umsetzen will? Im heutigen staatsmonopolistischen Kapitalismus ist selbst die Erhaltung des demokratischen Formalismus den Interessen der Herrschenden entgegengesetzt, weil er sie in der Abwicklung ihrer komplizierter gewordenen Geschäfte stört. Andererseits können die Institutionen formaler Demokratie von den antikapitalistischen Kräften in den westlichen Ländern dazu benutzt werden, Klassenfragen und -konflikte durchsichtig zu machen und das jeweilige Kräfteverhältnis zur Anschauung zu bringen. Die Verschleierung der wahren Interessenlage in unserer Gesellschaft, die das gegenwärtige Herrschaftssystem wesentlich stützt, kann damit durchbrochen werden.

Von diesen Zielen ist direkt nur dann etwas auf die Situation der Tschechoslowakei übertragbar, wenn man die unterschiedlichen Klassenverhältnisse außer acht lassen will.

Wie völlig man aber über alle Klassenfragen hinweggehen und sie mit großen Worten zudecken kann, zeigt die Erklärung österreichischer Kommunisten, die als „Freunde des ‚Tagebuch‘“ unterzeichnen. Die Intervention ist dort ein „Tag der Schändung der sozialistischen Ideale“, ein „unerhörter Treu- und Rechtsbruch“ und eine „Aggression“. Auch die Aufnahme der Diskussion erscheint als unerhörter Eingriff und „gewaltsame Verhinderung der unter der Führung der KPC stehenden Demokratisierungs- und Erneuerungsbewegung in der CSSR“. — „Dies war der Sinn der nicht erst in diesen Wochen, sondern schon unmittelbar nach dem Jännerplenar begonnenen ‚ideologischen‘ sowjetischen Kampagne gegen die sozialistische Demokratie in der CSSR.“

Die durch alle diese Vorkommnisse herausgereizten antisowjetischen Gefühle der Unterzeichner führen sie dahin, für „ein neues Beginnen“ in der inter-

nationalen Arbeiterbewegung, eine „radikale Abkehr von überholten Denkschemen und Methoden“ einzutreten. Also noch ein „dritter Weg“? Nicht schlechter als andere linke Antikommunisten mit schon älterer Erfahrung richten sie den Hauptstoß ihrer Emotionen gegen die Sowjetunion, eine politische Zielrichtung, die bei dem „Neubeginnen“ der kommunistischen Bewegung erhalten bleiben soll.

„Die Wahrheit wird siegen“ schließt, wie so manche andere Verlautbarung zu dem Thema, auch dieses Manifest, und es bleibt zu fragen, wessen Wahrheit bei diesem aus der hussitischen Bewegung stammenden Satz nun gemeint ist.

Ist es die der staatstragenden moralisch-religiösen Ideologie der ersten Republik, die Masaryk in seinen Schriften propagierte und für die auch Hus herangezogen wurde?

Oder ist es die Wahrheit der hussitischen Bewegung, ihr religiöser Protest, ihr nationales Selbstbewußtsein oder die in ihr enthaltene soziale Rebellion? Mit welchem Flügel der hussitischen Bewegung identifiziert sich das Zitat dieses Wahlspruchs? Die gemäßigte Prager Richtung der Hussiten repräsentierte das wohlhabende Bürgertum und Teile des heimischen Adels; das radikale plebejische Element hatte sein Zentrum in Tábor und versuchte dort ernst zu machen mit seinen utopisch-urchristlichen Idealen. Beide Richtungen zusammen waren militärisch nicht zu besiegen. Jedoch folgerichtig den historischen Interessen nach fielen die Prager den Taboriten in den Rücken, trafen ein eigenes Abkommen mit dem deutschen Kaiser und gaben die Radikalen preis.

Für damals wie heute gilt, daß es keine historische Wahrheit außerhalb der Klassenkämpfe der jeweiligen Zeit gibt. Wer also vergißt, seine Position bewußt innerhalb der aktuellen Klassenverhältnisse zu markieren, der wird von denen eingeordnet, an deren Seite er subjektiv vielleicht gar nicht stehen möchte.

In den Ereignissen in der CSSR ist nicht zuletzt ein Ansatzpunkt zu sehen für die notwendige Diskussion der heutigen Klassenverhältnisse in Europa, damit verbunden über prinzipielle Fragen der Strategie der Arbeiterbewegung. Prag oder Tábor — wessen Wahrheit also heute?

Und welche wird siegen?

Nguyễn Hun Nghi
Antwort an einen deutschen Genossen

Lieber Freund,

in Ihrem letzten Brief sprachen Sie von der Generaloffensive und den Simultanaufständen, die vom südvietnamesischen Volk unter der Führung der Nationalen Befreiungsfront gegen die US-Imperialisten und ihre Lakaïen geführt werden. Sie sagten, daß Sie die Bedeutung dieser großen Offensive, die nun schon mehr als sechs Monate dauert, wegen der widersprüchlichen Information schlecht einschätzen können. Sie fragen sich, wie sie möglich war und warum sie uns nicht schnell den endgültigen Sieg brachte.

Sie berühren hier Probleme, deren Wichtigkeit und Folgen ungeheuer sind, kurzfristig ebenso wie auf lange Sicht. Die Generaloffensive und die Simultanaufstände, die von der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams geführt werden, haben eine Bedeutung und Auswirkungen, daß man noch lange von ihnen sprechen wird, — bei uns und anderswo. Ich gestehe Ihnen, daß Ihre Fragen mich in eine gewisse Verlegenheit bringen. Ich werde mein Bestes versuchen, um Ihnen zu sagen, wie ich darüber denke. Betrachten Sie bitte das folgende als Überlegungen zu einigen Gesichtspunkten der Ereignisse. Hoffen wir, daß die Nationale Befreiungsfront bald eine Bilanz und eine allgemeine Synthese der Erfahrungen dieser letzten heldenhaften Monate veröffentlichen wird.

Wenn etwas in aller Öffentlichkeit in die Augen springt, dann ist es der endgültige Bankrott der neokolonialistischen US-Politik und ihrer militärischen Strategie in Südvietnam. Wie Sie wissen, wollte der US-Imperialismus aus Südvietnam ein neokoloniales Unterdrückungs- und Ausbeutungsmodell und ein Modell militärischer Repression machen. Der tödliche Schlag, den unser Volk dem alten Kolonialsystem in Dien Bien Phu versetzt hatte, forderte dringend die Bildung eines Austauschsystems, um die Völker der alten Kolonien weiter unterdrücken und ausbeuten zu können. Der US-Imperialismus rühmte sich, die Lösung gefunden zu haben. Er hat sie in Südvietnam erprobt. Seit 1954 errichtet er dort ein Kolonialsystem neuen Typs, ein mit dem Schein der Unabhängigkeit getarntes Kolonialsystem. Anders gesagt, er versuchte, das südvietnamesische Volk nicht direkt zu unterdrücken und zu beherrschen, sondern mit Hilfe einer Marionettenarmee und einer Marionettenregierung, die sich mit dem Gehabe der Unabhängigkeit schmücken, in denen aber in Wirklichkeit er die Fäden in der Hand hält. Unter schamloser Verletzung des Genfer Abkommens gründete er die sogenannte Republik von Südvietnam mit einer Marionettenregierung und einer Marionettenarmee. Das ist das Modell der „genialen“ Lösung, die sie

Nguyễn Hun Nghi: Antwort an einen deutschen Genossen

gefunden hatten, um das alte Kolonialsystem zu ersetzen und den stürmischen Zorn der von ihnen unterdrückten und ausgebeuteten Völker einzudämmen. Der Prüfstein des neokolonialen Systems ist die Konsolidierung der Marionettenmacht. Wenn die Marionettenmacht zusammenbricht, wenn die Mitglieder der Marionettenregierung ihr Verrätergesicht zeigen als die Lakaïen des US-Imperialismus, dann bricht die von der US-Propaganda so viel gerühmte neokoloniale Politik auch zusammen und die koloniale Unterdrückung des US-Imperialismus zeigt sich in ihrer ganzen Blöße. Dann ist, wie unser Dichter To Huu sagt „Dien Bien Phu nur die erste Lektion“.

Das ist es, was nun in Südvietnam während der großen Offensive des Têt in aller Klarheit eingetreten ist. Die Marionettenmacht ist unwiderruflich zusammengebrochen. Nehmen wir ein Beispiel: die Stadt Huê. Westliche Journalisten die dort waren, berichteten, daß die US-Imperialisten und ihre Marionetten mehrere Tage benötigten, um einen Colonel zu finden, der sich bereit erklärte, Bürgermeister der Stadt zu werden. Daß der Colonel seinerseits lange suchen mußte, um einen Adjutanten zu finden. Daß sie schließlich an dem Tag, an dem sie in die Stadt eindringen, nicht einen Bogen Papier aufreiben konnten, um ihre Protokolle aufzuzeichnen. Wer wird da noch glauben, daß ein solcher Spaßvogel die Bevölkerung repräsentiert. Dies zeigt, bis zu welchem Punkt die große Offensive die Marionettenverwaltung pulverisiert und ihren Despotismus in den Städten entwurzelt hat. Die Bildung des Bündnisses der nationalen demokratischen Friedenskräfte versetzt der neokolonialistischen US-Politik in den Städten Südvietnams einen entscheidenden, tödlichen Schlag. Die Marionettenmacht zeigt sich von nun an von ihrer unverblühtesten Seite: eine Handvoll notorischer Verräter und unverbesserlicher Folterknechte, grausame und ergebene Agenten des US-Imperialismus.

Auf dem Land ist die Lage für die amerikanischen Marionetten noch katastrophaler. Der für die „Befriedung“ verantwortliche US-Mann hat öffentlich erklärt, daß man alles wieder völlig von vorne beginnen müsse. Das bedeutet: öffentlich zugeben, daß jetzt alle ländlichen Gebiete durch die Nationale Befreiungsfront befreit worden sind. Dabei ist die „Befriedung“ das einzige Mittel der US-Imperialisten, die Marionettenmacht Fuß fassen zu lassen und zu konsolidieren. Sie ist also der Prüfstein der neokolonialistischen Politik in Südvietnam. Die US-Imperialisten wissen das im übrigen sehr gut und haben es immer öffentlich erklärt: in der Perspektive hänge für sie der Ausgang des Krieges vom Erfolg oder vom Mißerfolg der „Befriedung“ ab. Anders gesagt: das neokolonialistische US-System funktioniert oder zerfällt, je nachdem, ob die Marionettenregierung Fuß fassen kann oder Schiffbruch erleidet. Die große Offensive und die Simultanaufstände zeigen, daß sie dabei ist, „mit erhöhter Geschwindigkeit“ auseinanderzufallen. Selbst wenn man sich an die Kriterien unserer Feinde hält, hat der US-Imperialismus in der Perspektive den Krieg in Südvietnam verloren. Seine „geniale“ Lösung, mit der der revolutionäre Strom

der von ihm unterdrückten und ausgebeuteten Völker eingedämmt werden sollte, hat in Südvietnam Bankrott gemacht. Sie werden sicher darin mit mir übereinstimmen, daß das eine Feststellung von einiger Wichtigkeit ist. Mit unserem Sieg wird der US-Neokolonialismus nicht mehr lange die unterdrückten Völker betrügen können. Wenn seine Maske fällt, enthüllen sich auch seine Hauptschwäche und die Möglichkeiten, ihn zu besiegen. Die US-Imperialisten wollten mit ihrer neokolonialistischen Politik in Südvietnam dem alten besiegten Kolonialsystem ein Austauschmodell anbieten. Der Sieg des vietnamesischen Volkes zeigt klar, daß dieses neue Modell der verschleierten kolonialen Unterdrückung ebenso wie das alte zur Niederlage verdammt ist.

Getreu ihrer aggressiven und barbarischen Natur wollten die US-Imperialisten aus Vietnam ein Modell kollektiven Terrorismus' und massiver Repressalien machen. Erinnern Sie sich noch an die arroganten Erklärungen von Johnson und seiner Obersten? Sie hatten die Absicht, aus dem systematischen Völkermord in zynischer Weise eine Erpressung gegen alle Völker zu machen, zu beweisen, daß ihre aggressive und verbrecherische militärische Stärke fähig sei, jeden beliebigen revolutionären Krieg in Feuer und Blut zu ersticken, zu zeigen, was es die unterdrückten und ausgebeuteten Völker kostete, sich von ihrem Joch zu befreien, ein Anrecht auf Unabhängigkeit, Demokratie und echten Frieden, auf ein freies, besseres, würdigeres, menschlicheres Leben zu erheben. Anders gesagt, sie wollten Vietnam als ein Modell bewaffneter Repression hinstellen. Sie zählten dabei auf ihre sogenannte unbesiegbare Luftwaffe, ihre Feuerkraft und die auf den Hubschraubern beruhende Beweglichkeit ihrer Truppen. Seit mehr als drei Jahren nutzten sie restlos ihre militärischen Trümpfe in Vietnam aus. Und nun beweisen die Generaloffensive und die Simultanaufstände der Bevölkerung und der bewaffneten Volksbefreiungskräfte, daß diese militärischen Trümpfe sie nicht vor ihrer Niederlage gerettet haben. Jetzt wissen es alle Völker: die entscheidende militärische Allmacht der US-Luftwaffe ist ein Mythos. Wenn man versteht, sie zu bekämpfen, ist sie nicht nur erträglich, sondern liefert auch eine gute Quelle an Grundstoffen für die Fabrikation von Kämmen, Ringen, Füllfederhaltern, Blumenvasen und anderen in einem friedlichen und vertrauensvollen Leben angenehmen Dingen. Ebenso steht es mit der Feuerkraft der US-Armee. In Khe Sanh hatten die Marinetruppen und andere US-Elite-truppen es mit einer regelrechten Stellungsschlacht zu tun, in der ihre Feuerkraft voll zum Zuge kommen konnte. Johnson war davon so sehr überzeugt, daß er feierlich erklärte, daß „Khe Sanh gehalten werden könne und müsse“. Die Erfahrung zeigt, daß sie, trotz ihrer Feuerkraft und den sie begleitenden Prahlereien, in Khe Sanh eine beißende Niederlage erwartete. Was die Beweglichkeit ihrer Armee betrifft, so ist alles, was sie ihnen im Augenblick gestattet, „zu ihrer mittelalterlichen Strategie zurückzukehren, die darin besteht, ihre Festungen zu halten“ — wie es treffend ein amerikanischer Journalist formuliert hat.

Die Nationale Befreiungsfront kontrolliert inzwischen alle ländlichen Zonen und gebirgigen Gebiete; sie umzingelt alle US-Stützpunkte ständig in Südvietnam, greift sie an und führt in den Städten aktiv den bewaffneten Kampf. Die US-Armee ähnelt einem geblendeten Koloß, der in seine Höhle gedrängt ist und angsterfüllt die sich wiederholenden Schläge eines besonders kämpferischen und einfallsreichen Gegners erwartet. Wie groß auch seine Stärke ist, er muß am Ende unausweichlich zusammenbrechen. Selbstverständlich wird er noch, bevor er fällt, völlig ziellos Schläge ausführen und noch mehr Verbrechen von unaussprechlicher Grausamkeit begehen. Das vietnamesische Volk befindet sich in einer guten Position auf dem Weg, der zum völligen Sieg führt. Angesichts eines zahlreichen, gut ausgestatteten, äußerst grausamen und perfiden Feindes wird es unterdessen noch viele Opfer bringen und viele Hindernisse überwinden müssen. Aber der totale Sieg ist, mehr als eine Gewißheit, eine Realität geworden. Eine großartige Realität, die das vietnamesische Volk mit seinen eigenen Händen geschmiedet hat, im Süden unter der Führung der Nationalen Befreiungsfront, im Norden unter der Führung der Partei der Werktätigen und der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam, mit der wirksamen Unterstützung und der mächtigsten Solidarität des ganzen sozialistischen Lagers, aller Völker, besonders des amerikanischen Volkes, und aller für Frieden und Gerechtigkeit eintretenden Regierungen in der Welt.

Wie ist das möglich? Es gibt viele Gründe dafür. Einige davon sind meiner Meinung nach grundsätzlicher Natur:

— Das vietnamesische Volk führt einen gerechten Krieg für eine gerechte Sache. Es ist die Sache der Unabhängigkeit, der Souveränität, der Einheit und der territorialen Integrität von Vietnam, den grundlegenden nationalen Rechten des vietnamesischen Volkes, die von der Genfer Konferenz international anerkannt worden sind, und die auch die Grundlagen eines echten, auf Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt begründeten Friedens sind.

— Dem vietnamesischen Volk kommt eine klarsehende politische und militärische Führung zugute, im Süden mit der Nationalen Befreiungsfront, sowie im Norden mit der Partei der Werktätigen und der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam.

— Das vietnamesische Volk verfügt über eine unerschöpfliche Kraft der nationalen Einheit und der unbesiegbaren Kraft des Volkskrieges.

— Dem vietnamesischen Volk kommt die wirksame brüderliche Unterstützung aller Länder des sozialistischen Lagers, die mächtige Solidarität aller Frieden und Gerechtigkeit liebenden Völker der Welt, auch des amerikanischen Volkes, zugute.

Eine gerechte Sache, der eine politisch und militärisch richtige Führung dient, die auf der unerschöpflichen Kraft der nationalen Einheit und der unbesiegbaren Praxis des Volkskrieges begründet ist, dazu der den Süden in legitimer Weise unterstützende Norden, und der den Norden verteidigende Süden, mit der

Unterstützung aller fortschrittlichen Völker der Welt, — das ist meiner Meinung nach der Schlüssel zu unserem Sieg.

Seit ihrer Gründung am 20. Dezember 1960 hat die Nationale Befreiungsfront in ihrem Manifest und in ihrem Programm (von 1960) klar die neokolonialistische und faschistische Natur des Regimes dargestellt, das 1954 von den US-Imperialisten in einer das Genfer Abkommen verletzenden Weise in Südvietnam gegründet wurde. Sie hat klar gezeigt, wer die Feinde des vietnamesischen Volkes sind und die konkrete Grundlage geschaffen, auf der die nationale Einheit gegen den US-Imperialismus und seine Lakaien beruht.

Zur Charakterisierung des Unterdrückungs- und Ausbeutungssystems der US-Imperialisten in Vietnam sagt das Manifest: „Sie bedienen sich der Verwaltung Ngo Dinh Diem, um unsere Kompatrioten in grausamer Weise zu unterdrücken und auszubeuten, um die Spaltung unseres Landes zu verewigen und den Süden in einen militärischen Stützpunkt im Hinblick auf Kriegsvorbereitungen in Südostasien zu verwandeln.“ „Die Räuber und Verräter haben sich zusammengetan, um ein diktatorisches Regime von unaussprechlicher Grausamkeit auf die Beine zu stellen. Sie terrorisieren und massakrieren alle Kompatrioten, alle Partisanen der Demokratie und beseitigen alle Freiheiten des Menschen. Sie saugen die Arbeiter aus, die Bauern und die arbeitenden Massen und ersticken die Industrie und den Handel des Landes. Sie haben eine dekadente, entartete Kultur eingeführt und vergiften auf diese Art unser Volk, verderben unsere Sitten und fügen unserer Moral Schaden zu. Sie legen es fieberhaft darauf an, ihre bewaffneten Kräfte zu vermehren, militärische Stützpunkte zu bauen. Sie benutzen die Armee als Repressionsinstrument gegen die Bevölkerung und dienen den Aggressionsplänen der amerikanischen Imperialisten.“ Die neokolonialistische, faschistische und militaristische Natur des Regimes, seine Funktionsweise und die sozialen Existenzbedingungen, die es den Klassen und Schichten der Bevölkerung auferlegt, sind klar dargestellt. Aus dieser objektiven Situation ergibt sich, daß „gegenwärtig die gefährlichsten Feinde unseres Volkes die amerikanischen Aggressoren und das von diesen ausgehaltene Marionettenregime sind.“ (Programm 1967.) Das gemeinsame Streben aller Klassen, aller sozialen Schichten in Südvietnam ist also: „Unabhängigkeit, Demokratie, Frieden, Neutralität, Prosperität und friedliche Wiedervereinigung des Vaterlandes.“ Da die ganze Nation gemeinsame Bestrebungen hat, ist die große nationale Einheit die Kraft, die deren Verwirklichung garantiert, und das beste Mittel, das zu erreichen ist (im Programm 1967), so formuliert: „Es ist die Pflicht unserer südvietnamesischen Bevölkerung, sich zu erheben, die Revolution durchzuführen und den Krieg des Volkes zu führen, um die Aggressoren zu vernichten, sie über unsere Grenze zu jagen und die Unabhängigkeit sowie die nationale Souveränität wiederzuerlangen.“

Seit ihrem Manifest von 1960 hat die Nationale Befreiungsfront von Südvietnam den folgenden Aufruf verbreitet: „Kompatrioten, Arbeiter, Bauern und

Werktätige, — mit der Unterdrückung und der Sklaverei, die euch erdrücken, muß Schluß gemacht werden, ihr seid mehr als 10 Millionen, erhebt euch in einem Elan des Enthusiasmus, um euer Heim und euer Land zu verteidigen. — Intellektuelle, — die Diktatoren haben die grundlegenden Freiheiten des Menschen beseitigt. Unsere Kompatrioten leben im Elend und in der Erniedrigung. Für eine große Sache — erhebt euch entschlossen! — Industrielle und Händler, — ein Land, das den ausländischen Haien zum Opfer fällt, kann keine unabhängige und souveräne Wirtschaft haben. Vereinigt euch in den Reihen des nationalen Kampfes! — Kompatrioten der nationalen Minderheiten, gläubige Kompatrioten, die Einheit ist das Leben, die Teilung der Tod! Brecht alle Teilungsmanöver der amerikanischen Diemisten! Ellbogen an Ellbogen mit dem ganzen Volk — kämpft für die Unabhängigkeit, die Freiheit und die Gleichheit der Nationalitäten! Hohe Würdenträger, das Interesse der Nation muß an erster Stelle stehen. Unterstützt ohne Einschränkung den Kampf, um die Aggressoren und die grausamen Verräter zu stürzen! — Soldaten und patriotische Offiziere, ihr habt die Waffen in der Hand. Hört den heiligen Ruf des Vaterlandes. Stellt euch entschlossen in die Reihen des Volkes! Eure Mitbürger vertrauen eurem Patriotismus! — Junge Männer und Mädchen, ihr seid die Zukunft des Landes. Stellt das ganze Feuer eures Alters in den Dienst des Vaterlandes. — Kompatrioten im Ausland, wendet euch dem geliebten Vaterland zu, bringt euren aktiven Beitrag zu unserem heiligen Kampf für die nationale Befreiung.“ Gleichzeitig hat die Nationale Befreiungsfront ein konkretes und ausführliches politisches Programm vorgestellt, das den konkreten Anforderungen der Situation in Südvietnam angepaßt ist und damit voll und ganz den legitimen Ansprüchen aller Klassen und aller Schichten der Bevölkerung entspricht. Das Programm von 1960 wurde durch die Erfahrung mehrerer Jahre revolutionären Kampfes entwickelt und bereichert: die Nationale Befreiungsfront hat im August 1967 ein historisches Dokument von entscheidender Bedeutung für den Erfolg des augenblicklichen Kampfes und die Zukunft des Volkes in Südvietnam veröffentlicht. Sicher haben Sie schon ein Exemplar dieses Programms. Es bildet die konkrete Grundlage, auf der das revolutionäre Bündnis aller Klassen und aller sozialen Schichten in Südvietnam beruht und sich entwickelt, sowohl im augenblicklichen Kampf um den Sieg über den US-Imperialismus, wie im zukünftigen Kampf um die „Schaffung eines unabhängigen, demokratischen, friedlichen, neutralen und blühenden Südvietnams, mit Kurs auf die friedliche Wiedervereinigung des Vaterlandes.“

In diesem Programm sind die lebensnotwendigen und legitimen Interessen aller Klassen und Schichten der Bevölkerung von Südvietnam niedergelegt. Die Interessendivergenzen sind in gerechter Weise entsprechend den Forderungen des nationalen Interesses geregelt.

Gegenüber der Bauernschaft, die mit mehr als 70 Prozent der Bevölkerung die treibende Kraft der Revolution bildet, fordert die Nationale Befreiungsfront:

„Durchführung der Agrarpolitik, Verwirklichung der Losung ‚Das Land denjenigen, die es bebauen‘.“ Gleichzeitig fordert sie „Ermutigung der Eigentümer von Industriepflanzenplantagen oder Obstplantagen, ihren Betrieb weiterzuführen“, „Achtung des legitimen Eigentumsrechts am Boden der Kirche, der Pagode und der Caodai-Sekte.“

Gegenüber dem Proletariat und den anderen Werktätigen: „Gewährleistung des Rechts für Arbeiter und Angestellte, bei der Leitung der Betriebe mitzuwirken“, „Verkündigung eines Arbeitsgesetzes, Festsetzung des regulären Arbeitstages auf acht Stunden und Erlaß einer Ordnung über Urlaub und Freizeit. Festsetzung eines allgemeinen Lohnes und Einführung einer Belohnung zur Steigerung der Produktivität“, „Einführung eines geeigneten Entgeltsystems für Lehrlinge“, „Verbesserung der Lebensbedingungen in den Wohngebieten der Werktätigen“, „Strenges Verbot körperlicher Züchtigung von Arbeitern und Werktätigen“, desgleichen „strenges Verbot des Abzuges von Strafgeldern vom Lohn und von Entlassungen ohne ausreichenden Grund“. Gegenüber dem Kleinbürgertum und der nationalen Bourgeoisie, die der Invasion des Marktes durch die US-Monopole ausgesetzt ist: „Beendigung der Verknechtungspolitik und Beseitigung des Wirtschaftsmonopols der amerikanischen Imperialisten. Beschlagnahme und Verstaatlichung der Vermögenswerte der amerikanischen Imperialisten und ihrer unverbesserlichen, hartnäckigen Lakaien“, „Schutz des Rechts der Bürger auf Eigentum an Produktionsmitteln und anderen Gütern im Einklang mit den Gesetzen des Staates“, „der Staat soll die Industrie- und Handelsbourgeoisie ermutigen, zur Entwicklung der Industrie, des Gewerbes und des Handwerks beizutragen. Verwirklichung des freien Unternehmertums, das gewinnbringend für das Land und für das Volk ist, Durchführung einer Zollpolitik, die geeignet ist, die Inlandproduktion zu fördern und zu schützen“, „entsprechende Berücksichtigung der Interessen der kleinen Geschäftsleute und der Kleineigentümer in geeigneter Weise“. Wenn Konflikte auftauchen, so ist die „Regelung von Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern durch Verhandlungen und durch Vermittlung der demokratischen nationalen Verwaltung“ vorgesehen.

Gegenüber den nationalen Minderheiten: „Alle Nationalitäten genießen gleiche Rechte und haben gleiche Pflichten.“ „Die nationalen Minderheiten haben das Recht, ihre Sprache und ihre Schrift anzuwenden, um ihre nationale Kultur und ihre nationale Kunst zu entfalten und ihre Sitten und Bräuche zu erhalten und weiter zu entwickeln.“ „In den Orten mit einer hohen Konzentration nationaler Minderheiten, in denen die notwendigen Bedingungen erfüllt sind, sollen autonome Gebiete innerhalb des freien, unabhängigen Vietnam gegründet werden.“ Gegenüber den Religionen: „Die Glaubensfreiheit, und die Freiheit der Religionsausübung respektieren. Pagoden, Kirchen, Tempel und Heiligtümer schützen. Alle Religionen genießen gleiche Rechte, es gibt keine Diskriminierung.“ Gegenüber den Beamten der Marionettenverwaltung, den Soldaten und Offizie-

ren der Marionettenarmee: „Die unverbesserlichen grausamen Lakaien, die den amerikanischen Imperialisten ergeben sind, streng bestrafen.“ Aber: „Die Offiziere und Soldaten der Marionettenarmee, sowie Beamte und Angestellte des Marionettenregimes, die zur gerechten Sache zurückfinden, werden gut aufgenommen; den Überläufern und Kriegsgefangenen sind Milde und eine humane Behandlung angedeihen zu lassen.“ Nach dem Sieg: „Die Beamten des Marionettenregimes, die sich freiwillig verpflichten, nach der Befreiung Südvietnams dem Vaterland und dem Volk weiterhin im Staatsapparat zu dienen, sollen als Gleichberechtigte behandelt werden.“

Gegenüber den amerikanischen Soldaten und den Satelliten-Soldaten: „Die amerikanischen und Satelliten-Kriegsgefangenen werden gut behandelt, und wenn die Bedingungen dies gestatten, sollen sie bei der Rückkehr zu ihren Angehörigen unterstützt werden.“ „Die amerikanischen und Satelliten-Kriegsgefangenen sollen ebenso behandelt werden wie die Marionetten-Kriegsgefangenen.“

Es gibt noch eine Reihe anderer Klauseln und, was das wichtigste ist, alle diese Klauseln werden bereits seit Jahren in den befreiten Gebieten Südvietnams angewandt. Die Anwendung dieser konkreten politischen Linie ist gerade die Grundlage für die immer wachsenden Kräfte der Nationalen Befreiungsfront. Wie Sie beim Lesen des Programms sehen können, ist kein wichtiges Problem übergangen worden, kein legitimes Interesse wurde vergessen, darunter auch das der Marionettensoldaten, der amerikanischen und Satellitensoldaten. Das politische Programm der Nationalen Befreiungsfront von Südvietnam gründet sich auf die wissenschaftliche Bestimmung der konkreten sozialen Existenzbedingungen und die tiefgreifenden Bestrebungen jeder Nationalität, jeder Klasse und jeder sozialen Schicht in Südvietnam. Es ist ein Musterbeispiel des revolutionären Klassenbündnisses. Es ist die tiefgehende Kraft und der Kompaß der südvietnamesischen Revolution. Jede Nationalität, jede Klasse, jede Schicht der Bevölkerung findet hier ihre legitimen und lebensnotwendigen Interessen, ihre tiefgehenden Bestrebungen in einer Sprache ausgedrückt, die sie versteht. *Ohne dieses konkrete, der konkreten Situation in Südvietnam angepaßte politische Programm könnte es keine wirklich feste nationale Einheit geben — der Sieg über den US-Imperialismus wäre unmöglich.*

Das revolutionäre Bündnis der Klassen und Nationalitäten, das auf ihre legitimen Interessen gegründet und dem nationalen Interesse konform ist, bildet gewiß einen wesentlichen Faktor im revolutionären Kampf in Südvietnam. Aber dem vietnamesischen Volk kommt auch ein anderer Trumpf in diesem Kampf zugute: Seine heldenhafte Tradition nationaler Einheit, für den Sieg gegen die fremde Aggression und für die Verteidigung der Unabhängigkeit seines Vaterlandes. In seiner viertausendjährigen Geschichte hat das vietnamesische Volk mehr als einmal die Unabhängigkeit seines Vaterlandes dank der nationalen Einheit gerettet: gegen die Invasionen des mongolischen Feudalismus im 13. Jahrhundert, die chinesischen im 15. Jahrhundert und die der Manschou

im 19. Jahrhundert. Diese lange Tradition hat jeden patriotischen Vietnamesen, welcher Klasse er auch angehört, gelehrt: Die Unabhängigkeit und die nationale Souveränität verlieren, bedeutet, alles zu verlieren. Diese lange Tradition von Unabhängigkeit und Patriotismus hat jeden Vietnamesen gelehrt, daß in einem bestimmten Moment der Geschichte das nationale Interesse über allem steht und daß kein Opfer zu schwer ist, wenn es sich um die Unabhängigkeit und die Freiheit handelt. Diese lange Tradition nationaler patriotischer Einheit bildet einen äußerst wichtigen Faktor in unserem siegreichen Kampf.

Das sind einige Gedanken, lieber Freund, die mir beim Lesen Ihres Briefes durch den Kopf gingen, und da ich die Gelegenheit habe, diesen Brief in der Zeitschrift „kürbiskern“ zu veröffentlichen, möchte ich allen unseren Freunden in Deutschland unsere heißen Grüße und unsere tiefe Dankbarkeit für die Unterstützung aussprechen, die sie unserem gerechten Kampf entgegenbringen.
Paris, im Oktober 1968

Janis Ritsos
Zwei Gedichte

Die Rede

Eine schwarze, breite Maske hängt an der Wand.
Hinter den hohlen Augen und dem Mund
der Schatten der Maske. Später
hing aus der Öffnung des Mundes
eine dicke, rote Zunge. Die Öffnung schloß sich.
Die Augen füllten sich mit zwei gewölbten Gläsern
vollkommen schwarz. Auf ihnen spiegelt sich
die Flamme der Kerze, neben dem nackten Bett.
Aber was wollte jene rote Zunge sagen,
feucht, hangend, unaufhörlich schleichend,
gleich der Zunge der Stummen, mit einem Ausdruck
des Erstickens, des Spottes, der Verschlagenheit?

Der Verdächtige

Er verriegelte die Tür. Ängstlich blickte er um sich
und steckte den Schlüssel in die Tasche. In dieser Stellung
verhaftete man ihn.
Monate lang wurd' er geplagt. Bis er, eines abends, gestand
(und es wurde bewiesen), daß der Schlüssel und das Haus
ihm gehörten. Aber niemand begriff,
warum er den Schlüssel versteckt hatte. Und so
blieb er, trotz Freispruch, für alle verdächtig.

Protokoll Griechen in Schweden

(Im folgenden dokumentieren wir den Text eines Dokumentarfilms von *Peter Nestler*, der in einem Brief an uns schrieb:

Griechen in Schweden wurde für das schwedische TV gedreht — 16 mm schwarz-weiß, 35 Minuten lang, Kamera Curt Cronwall.

In einem Raum des griechischen Klubs in Stockholm — eine Einrichtung, die sich die Griechen geschaffen haben, um sich nach der Arbeit zu treffen; es wird billig Essen ausgegeben, Veranstaltungen werden durchgeführt etc. — *äußern sich vor der Kamera acht griechische Antifaschisten*. Das ist der Film. Plus Fotos und Archivmaterial:

Ein griechischer Student hat die Texte vom Griechischen ins Schwedische übersetzt. Ich dann ins Deutsche. Ob man den Film senden wird, ist noch nicht entschieden. Außer diesem Film habe ich seit *Im Ruhrgebiet* — Sendung am 5. VIII. 68 — für das schwedische TV einen kurzen Film in Farbe gedreht: *Sightseeing* — über Schweden, USA und den Krieg in Vietnam — und ein Programm auf Videoband *Gesellschaftliches Verbrechen* — über IG Farben, Dow Chemical und CBU. Diese zwei und *Griechen in Schweden* im Rahmen des geringen Kurs-Budgets für die TV-2-Ausbildung — nächstes Jahr startet hier das 2. Programm. Deshalb sind die Chancen schlecht für eine Sendung.)

A = Jurist; B = Techniker; C = Arbeiter; D = Angestellter; E = Arbeiter; F = Buchbinder; G = Maler.

(A: Einleitung und historischer Überblick, in schwedischer Sprache)

B: Ich war auch in der Widerstandsbewegung, seit Ende 1942. Anfangs war ich in den Reservetruppen der ELAS organisiert. Wir kamen nach Lamia, wo die Kämpfe mit den Engländern begannen.

A: Aber das waren unsere Alliierten?

B: Ja, am Anfang — aber später, nachdem wir über Athen Kontrolle hatten, landeten sie Truppen in Patras: eine englische Einheit mit General Scobie an der Spitze. Sie kamen nach Athen und wollten unsere Truppen entwaffnen und selbst die Führung übernehmen. Auf jeden Fall: Der Vertrag von War-

kiza kam zustande und da befand ich mich in einem kleinen Dorf in der Nähe von Trikala. Da legten wir die Waffen nieder, weinend.

C: Nach dem Vertrag von Warkiza legten wir die Waffen am 15. März 1945 nieder. Nachdem wir die Waffen niedergelegt hatten und nach Hause zurückkehrten, begannen Terrorgruppen von der Rechten zu verfolgen, ins Gefängnis zu schicken und zu töten. Und nachdem unser Leben in Gefahr war, waren wir gezwungen zu Guerillakrieg überzugehen, uns zu verteidigen. 1949, nach der Auflösung des zweiten sogenannten Guerillakrieges, kehrte ich nach Hause zurück, und von dort wurde ich zur Insel Makronissos geschickt.

A: Was ist Makronissos?

C: Makronissos ist eine Insel vor Athen, wohin alle Gegner des Regimes geschickt wurden, und durch organisierte Gewalt wollten die uns zwingen, unserer politischen Überzeugung abzusagen.

A: Habt ihr dort gelitten?

C: Natürlich haben wir da gelitten. Jeden Abend wurden die gefoltert, die ihrer politischen Überzeugung nicht absagen wollten, bis sie bewusstlos wurden. Mehrere starben. Diese Insel, die ein Lager war, wo die meisten, die hingeschickt wurden, ausgerottet wurden, wurde von den Machthabenden Ausbildungslager genannt, aber in Wirklichkeit war es eine Insel der Ausrottung. Unter anderem: im Sommer 1949 kamen 800 Intellektuelle nach Makronissos, von Ikaria. Die Folterungen begannen sofort und nach einer Stunde waren alle zusammengebrochen, 21 starben auf der Stelle, 300 wurden wahnsinnig, der Rest blieb invalid fürs Leben.

A: Und was passierte dir?

D: Mir passierte dasselbe und schlimmeres. Ich hatte das Unglück, 14 Jahre politischer Gefangener zu sein; 4 Jahre wartete ich täglich auf das Exekutionskommando, nachdem ich zum Tode verurteilt war. Teilweise begann die Verfolgung in Griechenland schon 1936 in Zusammenhang mit der Diktatur von Metaxas, als Massen von Griechen sich im Gefängnis befanden, und die Metaxas dann den Deutschen auslieferte. Sechzig Prozent von ihnen starben an Hunger, viele wurden hingerichtet, andere erkrankten und ein Teil floh und vereinigte sich mit der Widerstandsarmee, der sogenannten ELAS. Auch ich war mit in der ELAS — da sang ich „vorwärts ELAS für Griechenland“. Ich nahm teil an Kämpfen gegen Deutsche, Italiener, Bulgaren. Unglücklicherweise auch gegen Griechen, die Verräter waren, Metaxas fünfte Falange. Das war der schwerste Kampf für uns Griechen.

Als wir unsere Waffen niederlegten, glaubten wir, daß wir frei waren und unabhängig. Aber unglücklicherweise wurde es eine neue Okkupation. Die Reaktion setzte ihren Willen mit Gewalt durch. Von 1945 bis 1947 wurden wir verfolgt. Statt dem Lorbeerkrantz für unseren Einsatz im Widerstand wurden wir gefangengenommen. Ich wurde zum Tode verurteilt. Ich saß 14 Jahre im Gefängnis. Ich war in Jura, dieser Hölleinsel. Sechzig Prozent

erkrankten an Netritis. — Die Insel ist ohne Wasser und ohne Pflanzen, da gibt es nur Steine. Da sind eine Menge Gräber, wo meine Mitkämpfer begraben sind. Wir tranken Salzwasser und sangen: „Jura und Salzwasser kann ich nie vergessen.“ Hier in Schweden hat man festgestellt, daß ich rückenkrank bin.

Jetzt haben wir wieder das Unglück gehabt mit der neuen Diktatur, diese Obersten, die in einer Nacht auf den Willen des griechischen Volkes traten, aber wieder leistet Griechenlands Volk Widerstand durch Widerstandsorganisationen: in der Patriotischen Front, PAK usw.

Ich war in der Gewerkschaftsbewegung für Tabakerntearbeiter, Vertreter für 800 Arbeiter. Die Rektionäre versuchten mich zu bestechen, zu erpressen, damit ich meine Kollegen verraten sollte, aber ich habe ihnen eine Sache gesagt: ich bin ein ehrlicher Mensch und ehrlich werde ich sterben.

E: Von 1943 bis 1945 war ich in der ELAS-Armee, am 15. März legten wir die Waffen nieder und glaubten frei zu sein. Aber unglücklicherweise wurden wir nach drei Monaten ins Gefängnis geworfen und 1946 wurden wir zur Insel Makronissos geschickt. Wir waren die ersten, die auf diese Insel geschickt wurden.

D: Weißt du, wie Karamanlis und Kanelopoulos diese Insel nannten?

E: Ja, das Parthenon von heute. Es war ein Oberst, der dieses Lager gegründet hat. Wir waren acht Meter voneinander isoliert. Wir glaubten noch immer, daß wir Soldaten seien, aber sie nahmen uns alle Sachen. Um Wasser zu bekommen, mußten wir vor einer Tonne Schlange stehen, und wer vor den anderen da war, wurde von den Wachen geschlagen. 1947 wurde ich mit 106 anderen zum Militärgericht geschickt. 45 wurden zum Tode verurteilt. Dann wurden sie begnadigt, aber 7 von ihnen starben an den Folterungen. Zum Prozeß war kein Zeuge zugelassen. 1949 schickte man mich nach Hause. 1964 kam ich nach Schweden und 1967, am 21. April, durchsuchte die Polizei mein Haus nach Waffen.

F: Die Anwendung verschiedener Foltermethoden ist eine Schande für unser Land. Ich erlebte selbst, als ich von der Sicherheitspolizei im September 1947 verhaftet worden war, daß große Kraft nötig war (trotzdem ich jung war), die Folterungen auszuhalten. Eine typische Foltermethode war „Hängen“. Man wurde gefesselt kopfüber vom Haus der Sicherheitspolizei runtergehängt, 6 Stockwerke hoch, um uns zu zwingen, eine Loyalitätserklärung zu unterschreiben. Diese Loyalitätserklärung, die sie haben wollten, diente dazu, unsere Überzeugung und Ideale, die den ihren nicht glichen, zu brechen. Aber unsere Ideale waren viel menschlicher als ihre. Ich wurde dann nach Ikaria geführt und dort war ich 45 Tage isoliert. Es ist schwer, alles zu berichten, was uns in diesen Jahren passiert ist. Eine typische Torturmethode waren Säcke — mit Katzen und dem Gefangenen zusammen, die ins Wasser geworfen wurden. Eine andere, rein psychische Folterung war Schein-Hinrichtung,

und sie schlugen uns die ganze Zeit. Essen und Wasser fehlte immer. Es ist furchtbar, sich an alles zu erinnern, was wir erlebt haben. Typisch ist folgendes: Loudemis, ein Schriftsteller, der selbst politischer Gefangener war, schrieb an den Vorsitzenden des Schriftstellerverbandes, Palealagos: „Die müssen wissen, daß: wenn sie uns Befehl geben, mit dem rechten Fuß aus dem Zelt zu gehen, dann können sie sicher sein, daß wir mit dem linken gehen.“

G: Drei Tage nach dem Coup wurde ich verhaftet und nach einem kurzen Verhör in den Lokalen der Sicherheitspolizei wurde ich zur Rennbahn geführt, wo mehrere andere waren. Die waren drei Tage ohne Wasser und ohne Essen. Wir mußten gruppenweise zur Toilette gehen (zehn). Bevor wir unsere Notdurft verrichten konnten, wurden wir unter Waffendrohung zurückgeführt. Bei so einer Episode wurde ein Mann ermordet, Panagiotis Elis. Da wurde Elias Iliou, Parlamentsabgeordneter, hart geschlagen. Das war der Anfang seiner Folterungen, die damit endeten, daß er heute auf dem Totenbett liegt. Bei der Sicherheitspolizei blieb ich zwei Tage.

Eines Abends wurde gerufen, daß wir in 10 Minuten fertig sein sollten. Aufgeschreckt sammelten wir unsere Kleider zusammen. Sie gaben uns Befehl, raus zu gehen und auf Panzerautos zu steigen. Ich stellte fest, daß auf jeder Ecke und Terrasse Soldaten mit Maschinengewehren postiert waren, den Finger am Abzug. Nach dem Aufsteigen bekamen wir Befehl, nicht einmal die Augenwimpern zu bewegen — „sonst schießen wir“. Dann wurden wir in den Autos dreimal um Athen und Piräus gefahren. Sie wollten uns einschüchtern. Dann wurden wir zum Hafen Skaramaga gebracht und in den Lastraum eines Schiffs verladen. Das Boot fuhr uns zu einem unbekannten Ziel. Man fuhr uns nach Jura. Da gab es kein Wasser und keine Bäume. Das Wasser kam mit einem Schiff. Es reichte nicht für die 6500 Gefangenen, die da waren. In Jura gab es Parlamentsabgeordnete, Intellektuelle, Künstler und alle Progressiven, die es in Griechenland gab. Nach einigen Tagen konnte ich dieser Hölle entkommen und reiste ins Ausland. Zusammen mit meinen Landsleuten setzte ich von hier aus den Kampf gegen die Diktatur fort.

H: Es gibt keine Familie in Griechenland, die nicht einen Verwandten hatte, der Partisan war, einen Verwandten, der von den Faschisten im Gefängnis gefoltert wurde. Im Mai 67 lernte ich die Keller der Polizei und das Gefängnis kennen. Unter glücklichen Umständen entging ich der Strafe des Militärgerichts. Im Gefängnis traf ich Menschen in jedem Alter und von allen Gesellschaftsschichten. Da habe ich begriffen, was diese Affen, diese Faschisten, zu tun versuchen. Sie dienen ihren Herren in Amerika. Es gibt Menschen, die gefangengehalten werden, ohne daß eine bestimmte Anklage gegen sie gerichtet wurde. Im Militärgericht begriff ich, was das Recht der Militärs bedeutet. Es ist unmöglich für einen Verhafteten, einen Rechtsanwalt zu finden, der ihn verteidigt. Der Rechtsanwalt, der als Verteidiger kommt, ist

entweder faschistischer Berufspolitiker der Vergangenheit, oder Militärjurist. Diese Rechtsanwälte beginnen mit einer Hymne auf die Diktatur, und dann bitten sie das Gericht, dem Angeklagten Milde zu erweisen. Abgesehen davon, was der Angeklagte getan hat und welche Stellung er während des Prozesses einnimmt, hat das Gericht immer schon vorher das Urteil fertig auf Grund der Ideologie des Verhafteten oder seiner Verwandtschaft mit einem Kommunisten. Für das Gericht reicht ein kommunistischer Großvater, daß du verurteilt wirst. Ein rein faschistischer Prozeß. Der Vorsitzende des Gerichts fragt einen Zeugen: „Hast du den Angeklagten für den Kommunismus reden gehört?“ Zeuge: „Nein, er ist ein ordentlicher Mensch.“ Der Vorsitzende schreibt, der Lakai schreibt ... Der Königliche Beobachter fragt: „Hast du ihn gegen den Kommunismus reden gehört?“ Zeuge: „Nein. Ich rede auch nicht gegen den Kommunismus.“ Königlicher Beobachter: „Schreib das ins Protokoll!“ und zum Zeugen: „Ich bin ein Kamel, hörst du, ich werde für dich auch eine Gerichtsverhandlung besorgen.“ Zeuge (der 70 Jahre alt ist): „Ich bin 70 Jahre. Du kannst mit mir machen, was du willst.“

Eine andere Episode: Der Vorsitzende: „Magst du dieses Regime?“ Der Verhaftete: „Magst du es selber?“ Vorsitzender: „Ja, ich mag es.“ Der Verhaftete: „Wäre ich Militär Richter, würde ich es auch mögen.“ Der Verteidiger des Verhafteten: „Raus hier! Nein — sperrt ihn ein, meine ich!“

Der Königliche Beobachter benutzt jede Gelegenheit, um alle zu verurteilen, die am Kampf gegen die deutschen Okkupanten während des zweiten Weltkrieges teilgenommen hatten. Touristen, die nach Griechenland fahren, können nicht sehen, was in Griechenland geschieht. Aber die müssen eine Sache wissen: Menschen werden gefoltert, jede Minute, jede Stunde, jeden Tag. Sie werden im guten Einverständnis mit den Imperialisten und mit ihren neuen Foltermethoden gefoltert. Die eingesperrt sind, werden gefoltert. Die „frei“ sind, werden gefoltert. Griechenland ist ein Gefängnis. Aber das griechische Volk leistet Widerstand mit allen Mitteln, die sie jetzt zur Verfügung haben, und das wird sich in der Zukunft zeigen.

Sebastian Peren Wahlen in Griechenland

Anderthalb Jahre sind vergangen, seitdem am 21. April 1967 das Militär in Griechenland die politische Macht usurpierte.

Die „Revolution“ von rechts wendet sich, wie sich versteht, gegen die jüngst vergangene Geschichte Griechenlands. Die Fehler und Schwächen der demokratischen Institutionen, der Egoismus des politischen Bewußtseins, die Herrschaft des „Mobs“ auf der Straße, um in ihrer Sprache zu reden, will sie beendet haben. Das jüngst Vergangene wird bis zur Farce verzerrt, um die eigene Legitimation zu erweisen. Gegen das „Korrupte“, das „Degenerierte“, „Anarchistische“ der politischen Zustände will sie vom neuen „Positiven“ einen neuen politischen Anfang setzen. Am Rande der Katastrophe, wie diese Pseudorevolution den 20. 4. 1967 schildert, läßt sie ihr Eingreifen als ultima ratio erscheinen, als Rettung Griechenlands vor der „kommunistischen Gefahr“. Das propagandistische Geschichtsbild des Militärs verschweigt alles, was zu einer Diskussion der letzten Jahre griechischer Politik führen könnte. Die verhinderte Wahl vom Mai 1967 hätte, wie ausländische Beobachter meinen, folgende Stimm-ergebnisse erbracht: 50 Prozent Zentrums-Partei, 15 Prozent EDA, 30 Prozent Rechtsliberal.

Die neue Verfassung Griechenlands, die das Militär das größte Werk der „Revolution“ bezeichnet, nennt Pattakos in einem Atemzug mit der altgriechischen Demokratie. Diese Pseudorevolution reiht sich schon jetzt selbst ein in die großen Tage des griechischen Volkes. Am 1. 9., dem nationalen Tag der Tapferkeit des griechischen Militärs, fand im Stadion nach der Truppenparade eine große Geschichtsrevue statt. In ihr lud die Regierung die Griechen zu einer seltsamen Geschichtsbetrachtung ein. Sie spannte den geschichtlichen Bogen von den Thermophylen bis zum 21. 4. 1967. Damals waren es die Perser, heute sind die Kommunisten der Feind, an dem sich die griechische Tapferkeit beweisen konnte. Die Verfassung standardisiert den Griechen als einen Typus Mensch, der sicher und ungefährdet in sich selber ruht. Diesem Menschenbild korrespondiert eine „Wertauffassung“, die Ordnung und Ruhe zu den höchsten Maximen des Landes erklärt, als abstrakte Normen.

Was ihr ungleich ist, differierende Wertvorstellungen, wird als antinational diffamiert. Ihre Auseinandersetzung mit der europäischen Linken besteht darin, einen Index aufzustellen, auf dem über 300 Namen verzeichnet sind. Nicht nur

Marx und Lenin, auch B. Brecht, Peter Weiss, Henry Miller sollen den Griechen heute vorenthalten werden. Dagegen wird eine Zeitung, die schon von ihrem Titel der „4. August“ sich als rechtsextremistisch zu erkennen gibt, offen gehandelt.

Ich versuchte Pattakos auf den Brief von Günter Grass hin anzusprechen, indem dieser um die Freilassung von Janis Ritsos, des griechischen Literaturpreisträgers von 1957, nachgesucht hatte. Seine Antwort war bezeichnend: Die Griechische Regierung nimmt nur Gesuche griechischer Bürger, nicht aber die ihrer ausländischen Protektoren entgegen.

Die vom Europarat beauftragten drei international bekannten Professoren des Rechts bezeichneten die griechische Verfassung als undemokratisch. Pattakos erwiderte, der Europarat sei ein Insekt auf den Hörnern des griechischen Stiers. Der Außenminister fand eine etwas mildere, diplomatischere Sprache. Die Entscheidung des Europarates sei verständlich, da die Mitglieder des Europarates als Parlamentarier ihrer Heimatländer ein instinktives Solidaritätsgefühl gegenüber ihren griechischen Kollegen entwickeln mußten.

Die Einheit der Nation wird beschworen, aber die „nationale“ Politik sieht so aus, daß der von den USA finanzierte Partner der Nato zu einem beliebten Absatzmarkt ausländischer Produkte wird. Noch nie zuvor erhielten auswärtige Unternehmergruppen derartige Steuervergünstigungen und die Möglichkeit einer Kapitaleinfuhr für Fristen von 5 bis 10 Jahren, wie im Griechenland der Papadopoulos und Pattakos.

Pesmazoglo, Professor der Ökonomie an der Universität Athen, der wegen „antinationalen“ Verhaltens von seiner Professur suspendiert wurde und Griechenlands Experte für den Anschluß an den gemeinsamen Markt ist, erklärte: Die Regierung läßt jede vernünftige Auswahl gegenüber den ausländischen Firmengruppen vermissen; ohne wirkliche Nachprüfung der ökonomischen Nützlichkeit gewährt sie diesen freien Eintritt in unser Land.

Die Militärjunta hat das progressive Schulprogramm der Papandreou-Regierung von 1964 sofort nach ihrem Machtantritt rückgängig gemacht. Papandreou hatte 1964 damit begonnen, das griechische Schulsystem zu modernisieren. Er erweiterte die Schulpflicht von 6 auf 9 Jahre, ließ neue, bessere Schulbücher drucken und führte das Dimotiki, die griechische Volkssprache, auch als Schulsprache der ersten Volksschuljahre ein. Die Fremdsprachen und naturwissenschaftlichen Fächer traten mehr in den Vordergrund des Schulplanes. Das Altgriechisch sollte nur noch in den abschließenden 3 Jahren auf dem Lyzeum gelehrt werden. Die nationale Regierung verringerte die Schulpflicht wieder auf 6 Jahre, ließ die neugedruckten Schulbücher einziehen und bestimmte das Katarevousa, eine Art mittelalterliches Griechisch zur öffentlichen Lehrsprache in den Schulen. Die Regierung, erfüllt von den Bildungsgedanken des 19. Jahrhunderts, verpflichtet die Schulen auf das antik-christliche Erbe, so daß nun Altgriechisch von der ersten Klasse des Gymnasiums an unterrichtet wird. Neben dieser Betonung des

antik-christlichen steht der pseudonationale Gedanke im Vordergrund, was folgende Szene, die sich alltäglich auf den griechischen Schulhöfen abspielt, verdeutlicht.

Die Schüler stehen in Gruppen auf dem Schulhof. Die Nationalflagge wird emporgezogen, die Kinder singen die Nationalhymne, bevor sie in die Klasse eintreten. Das Nationale und das Christliche sind die Ideen der ideologischen Bevormundung, durch die die Militärregierung jeden Fortschritt und den Anschluß Griechenlands an ein modernes aufgeklärtes Bildungssystem verhindert.

Das Ressentiment gegen jede Form von Subjektivismus spricht aus einem Artikel, den Staatssekretär Ladas am 24. 7. 1968 verfaßte. Folgender Sachverhalt liegt dem Artikel zugrunde: Am 3. 8. 1968 sollten sich drei Journalisten wegen Sittegefährdung verantworten und zwar der Journalist G. Psychas, der Editor P. Lambrios und der Journalist J. Lampsos. Der Prozeß wurde wegen Fernbleibens einer der drei Journalisten auf unbestimmte Zeit verschoben. Was war geschehen? Das Ereignis war über Wochen Gesprächsthema in Athen. Die Zeitung Elkones hatte einen Artikel über die Sexualität durch die Jahrhunderte verfaßt. Dieser hatte schon die Zensur passiert. Als Ladas diesen Artikel las, ließ er die drei genannten Journalisten zu sich kommen, ohrfeigte sie im Gespräch und ließ sie abführen. Vor dem Gerichtstermin am 3. 8. schrieb er einen Artikel, der am 24. 7. 1968 abgedruckt wurde. In diesem Artikel führte er aus: Sie, d. h. die Verantwortlichen für diesen Artikel, haben Schmutz in das Gesicht der griechischen Geschichte geworfen. — Wir übergeben diese Verräter dem Heiligen, den großen und weisen Männern der Geschichte der Öffentlichkeit, um ihnen ins Gesicht zu speien. — Der Artikel ist eine Beleidigung der nationalen Figuren, auf die Griechenland stolz ist. Wir erklären, daß diese Kreaturen, die das Schaffen der Großen der Nation beschmutzen und gegen das nationale Erbe und die traditionellen Moralwerte der Rasse vorgehen, als Verräter an der Revolution bezeichnet werden. Damit griff der Unterstaatssekretär in grober Willkür in ein schwebendes Verfahren ein und zeigte der Öffentlichkeit, welchen Wert die Regierung auf demokratische Grundsätze legt. Sein Artikel aber, der Sprache nach, die er benutzt, entlarvt eine „geistige Haltung“, in deren Wortschatz sich auf gedrängtem Raum das gesamte Vokabular des Faschismus befindet.

Die der Nation auferlegte Norm wird zur strafrechtlichen Gültigkeit erhoben. Unter anderem bezieht sich dies auch auf ein normatives sexuelles Verhalten, das sich pseudoreligiös und pseudomoralisch verbrämt.

Politischer Terror, Einschüchterungen und Indoktrinierung der Bevölkerung sind die politischen Methoden, mit denen sich die Militärdiktatur an der Macht hält. Jaros und Leros, kleine Inseln, die zu den Zykladen gehören, und viele Gefängnisse des Landes sind heute die Unterkünfte der politischen Opposition. Politische Opposition besteht aber nicht nur aus den „gefährlichen Kommunisten“, wie sie die Regierung nennt, sondern aus politischen Gruppen von Rechtsliberalen bis Linken. In mehreren Fällen hat die Polizei nicht vor Mor-

den zurückgeschreckt. Die Leiche von Nikivoros Mandilaras, dem bekannten Rechtsanwalt am Appellationsgericht in Athen, ist am Strand von Rhodos aufgefunden worden.

Am Tag des Referendums, so berichtet eine Provinzzeitung aus Kreta, erschoss ein Mann des Heimatschutzverbandes einen als Anhänger Papandreos bekannten Einheimischen auf offener Straße. Ein Junge, der den Vorfall beobachtet hatte, und erschreckt hinzueilte, wurde ebenfalls lebensgefährlich verletzt. Dieser Mann wurde zwar als wahnsinnig erklärt, die Regierung tut aber nichts, diese gemeingefährlichen Verbände zu verbieten.

An der Basis wird die Diktatur durch die Polizeiorgane gestützt. Seit ihrer faschistischen Vergangenheit aus der Zeit von Metaxas waren sie ein gefährlicher Faktor in Griechenland geblieben, auf den jede Diktatur als einen notwendigen Gehilfen zurückgreifen konnte. Geschützt wird dieses Regime auch durch die Militärgerichte, die mit Hilfe der Notstandsverordnungen hohe Freiheitsstrafen zwischen 1 und 10 Jahren aussprechen. Den Angeklagten, die in den meisten Fällen spurlos verschwinden, wird erst kurz vor der Gerichtsverhandlung ein Rechtsanwalt gewährt, der aber dann zur Verteidigung nichts anderes ausführen kann, als einige beschwichtigende Hinweise auf die gute Erziehung des jeweiligen Angeklagten. Viele andere aber werden ohne jede Gerichtsverhandlung interniert und solange festgehalten, bis sie eine demütigende Loyalitätserklärung unterschrieben haben.

Bei sogenannten gefährlichen Fällen greift die Polizei zur Erpressung von Geständnissen oder weiterer Aussagen zur Folter, wie wir von Amnesty International, vielen privaten Personen, Briefen, die ins Ausland gelangt sind, wissen. Diese Art von Folterungen, die ich hier nicht beschreiben will, sind im Höchstmaß sadistisch und beweisen, daß nur die unterdrückte Psyche, die sich nun an den angeblichen Volksverrättern rächt, in einer derartigen Weise der Diktatur dienen kann. Besonders die Studenten und Studentinnen, die Wortführer von sozialen und politischen Reformen in Griechenland, sind grausam mißhandelt worden.

Gestützt wird dieses Regime von Tausenden von Spitzeln, die auch in den Cafés sitzen, unbemerkt verdächtigen Personen folgen, jedes allzulaut gesprochene Wort registrieren und ihren Rapport am Abend gegen eine Bezahlung von 20,— DM hinterbringen: Die Bevölkerung ist dort nach ihrer politischen Gesinnung katalogisiert.

Vor der Verfassungsabstimmung wurde vielen Lizenzinhabern mit dem Entzug ihrer Lizenz gedroht, falls sie sich gegen die Nation aussprechen würden. Auf dem Lande ging man noch massiver und offener gegen die Bevölkerung vor, so bedrohte man sie mit Wasser- und Stromentzug, falls nicht ein Votum mit über 95 Prozent zustandekäme. Vielen Oppositionellen wurde empfohlen, offen zu stimmen, da sie ja ihr Votum für die Nation nicht zu verbergen brauchten. Wochen vor der Abstimmung waren in Rundfunk, Fernsehen und Zeitungen,

Lobpreisungen auf die Verfassung und nichts als das zu hören. Das Votum für die Verfassung wurde mit Griechenland gleichgesetzt, das Nein als antinational gebrandmarkt. Elektoros Kosmos hatte vorher den politischen Terror gegen jegliche Opposition legitimiert: Die Kritik an der Verfassung bedeute kommunistische Agitation.

Am Tag des Referendums wehte vor dem Parlament, den großen Plätzen der Stadt, die Fahne Griechenlands. Auf den Lichtsäulen der Straßen, im Abstand von 30 m drei kleine Nationalflaggen, in der Mitte das Staatssymbol der Regierung: der Soldat des 21. April, dahinter der Phönix aus der Asche steigend. Je mehr sich das Militär der demokratischen Kontrolle entzieht, je stärker hüllt es sich ein in mythologischen Glanz.

Vor dem Piräus, dem Hafen Athens, dasselbe Bild. Große blaue Flaggen mit weißer Aufschrift „Ja zur Verfassung“. An verschiedenen Plakaten fehlten sie nicht — die verfälschten Symbole nationaler und revolutionärer Befreiungsbewegungen: Mutter mit Kind, der Arbeiter mit Spitzhacke, das Schulkind wurden zu Symbolen des Volkes aufgeladen. Ein anderes auf blauem Grund, eine weiße Säule mit 3 x Ja, darüber Griechenland. Das Plakat der Friedens-taube soll von Papadopoulos selbst ausgewählt worden sein. Darunter die Worte: Alle für Ruhe und Einheit. Auf den Dörfern waren alle Geschäfte mehrfach mit diesen Plakaten überzogen.

Am Abstimmungstag hatte ich die Möglichkeit, die Abstimmung zu beobachten. Ich fuhr in ein kleines Straßendorf unweit von Theben. Am Abend vor der Abstimmung, am Samstag, dem 28. Sept., waren die Straßen um 7 Uhr menschenleer. Polizei patrouillierte die Straße. In einem Lokal saßen Polizisten, in dem anderen die Wahlaufsichtspersonen des nächsten Tages. Sonst weit und breit keine Menschenseele. Am nächsten Morgen ging ich früh zum nächsten Wahllokal. Heute war ich ein Fremder hier, der überraschend in dieses Dorf eingekehrt war. Ich war in den abgesteckten Rahmen dieser Abstimmung eingebrochen und hatte den für alle selbstverständlichen Modus der Wahl durch-eingebracht. Gebärden und Gesten der Leute verrieten mir, wie sehr sie erstaunt waren, überhaupt demokratisch wählen zu können. Viele lachten gezwungen und unbeholfen über diese neue Möglichkeit. Dennoch nahmen viele auch in meinem Beisein mein Votum und zeigten es dem Wahlleiter vor. Der hintere Teil des Wahlraumes war mit einem blauen Vorhang abgeteilt, die geheime Wahlkabine bezeichnend. Auf dem Vorhang ein Plakat, auf blauem Grund die Landkarte Griechenlands, davor der Soldat des 21. April. Vor der Wahlkabine ein Soldat mit aufgepflanztem Bajonett. In der Wahlkabine das Bild des Regierungschefs und andere Plakate. Auf der Wandtafel las ich das „Ja“ und Griechenland. Als ich am Abend den Regierungssprecher Stamatopoulos auf diese Art psychologischen Drucks gegenüber der Bevölkerung ansprach, sagte er unverhohlen, die Regierung nimmt es sich heraus, das „Ja“ mit Griechenland zu identifizieren. Im übrigen hatten auch in diesem Wahllokal Staats-

beamte die Aufsicht über die Wahl. Einen Rechtsanwalt hatte man hier wie in den meisten Dörfern nicht für notwendig erachtet: Während in früheren Zeiten 8000 Rechtsanwälte quer durch das Land geschickt wurden, hatte die griechische Regierung dieses Mal nur 600 vom Areopag auswählen lassen.

In einem Wahllokal in Piräus mußte man erst durch ein Spalier von Soldaten gehen, bis man in einen kleinen Innenhof gelangte, wo die Wähler in verschiedenen Gruppen aufgestellt waren. Ein Bild wie in einem Kasernenhof. In diesem Wahllokal waren die Vorhänge zu den Wahlecken nicht zugezogen. Als ich hereinkam, stand ein Mann in dem geöffneten Vorhang. Er sah mich hereinkommen, zuckte recht deutlich mit den Achseln und wies auf den Wahlraum. Was ich gesehen habe, läßt mich auf das Wahlverfahren im ganzen schließen. Aus guten Berichten weiß ich, daß es in vielen Wahllokalen überhaupt keine Wahlkabinen gab oder doch nur recht dürftige. In einer Stadt im Pelopones wurde den Menschen nur ein „Ja“ in die Hand gedrückt. In vielen anderen Orten wurden die, die als oppositionell bekannt waren, aufgefordert, offen zu wählen. Pattakos hatte zwei Tage vor der Abstimmung den ausländischen Journalisten und dem griechischen Volk eine demokratische Abstimmung zugesagt. Nach den Berichten können wir nur von einer Farce demokratischer Abstimmung sprechen. Eine Tragikomödie hatte stattgefunden, in der die Wähler als gezwungene Statisten für ein diktatorisches Wahlergebnis von 92,2 Prozent mitspielen mußten. Viele Politiker, die eine Kritik an der Regierung gewagt hatten, wie der Abgeordnete der Rechten Georgis Rallis oder der Zentrumsabgeordnete Mavros, wurden gefangengesetzt, und zwar gleich am nächsten Tag nach ihrer politischen Rede. Die politischen Führer der zwei großen Parteien Cannelopoulos und Papandreou wurden monatelang unter strengen Hausarrest gestellt. Bei ihrer Freilassung sagte der Ministerpräsident, als unverhohlene Einschüchterung, er hoffe, sie würden sich nicht wieder das Bein brechen. Die Zeitungen, unter strenger Zensur gehalten, glichen einander aufs Wort. Kein Artikel war in diesen Zeitungen erlaubt, der in einer rationalen Erörterung ein Nein zur Verfassung nahegelegt oder gefordert hätte. Die Kritikfeindlichkeit dieser Regierung konnte Professor Pesmazoglou erfahren, der eine Kritik an der Wirtschaftspolitik der Regierung allen Athener Zeitungen versandt hatte; dieser Artikel wurde von der Pressezensur zum Abdruck nicht freigegeben. Im Gegensatz dazu veröffentlichte der Koordinationsminister Makarezos eine Erwiderung auf den unveröffentlichten Artikel, die den Sinn des den Lesern nicht bekannten Briefes in gröbster Form entstellte.

Die Zensur wurde auf alle Produkte des geistigen Lebens ausgeübt. Auf Filme, Buchpublikationen, Theaterstücke. In den letzten 1½ Jahren gab es keine bedeutenden Buchpublikationen mehr. Sozialistische Stücke auf dem Theater sind verboten. Experimentelle Stücke sind untersagt. Dafür gibt es neuerdings eine Menge von sentimental historischen Stücken, die schon längst in die Theaterhistorie gehören, aber durch die Zeitumstände begünstigt, eine neue unerwartete „Renaiss-

sance“ erleben durfte. Das Klima für ein international bedeutendes griechisches Filmschaffen ist auf dem Nullpunkt angelangt, was die Filmfestspiele von Saloniki beweisen: Während in den letzten Jahren vor dem 21. April 1967 noch ein Dutzend griechischer Filme international diskutiert wurde, muß man sich heute auf einem von der nationalen Regierung veranstalteten Festival nach diskutierbaren Beiträgen geradezu umsehen. Viele Filmkritiker aus Athen waren auch deshalb erst gar nicht nach Saloniki gereist.

Sofort nach der Machtergreifung besetzten die Militärs die wichtigsten Stellen der Gesellschaft mit Leuten ihrer Wahl. Mit Hilfe der Ausnahme Gesetze und anderer Verordnungen wurde das akademische Leben neu reguliert. Die Entlassung oder Anstellung von Mitgliedern der Universitäten, Instituten oder Staatsunternehmungen werden nun von der moralischen Qualifikation und der nationalen Gesinnung abhängig gemacht. Über 80 Professoren wurden entlassen, 70 Richter, von denen 6 dem höchsten griechischen Gericht angehörten. Zu ihnen, die unter dem Vorwand einer Säuberung des akademischen Lebens zeitweilig oder ganz entlassen wurden, gehören die auch in Europa sehr bekannten Ökonomen, die Professoren Pezmazoglous und Solotas von der Universität Athen. Ungefähr 45 Prozent der Kräfte des archäologischen Lehrkörpers sind bisher entlassen worden.

Viele Institute, Gremien oder Vereinigungen, die vor dem Putsch eine liberale Funktion in der griechischen Gesellschaft innehatten, sind aufgelöst worden. So das Soziologische Institut, die Lehrervereinigung und Studentenvereinigungen. Im Falle der Studentenverbände hat jetzt allein die Rechtsradikale des 4. August die Führung und Beeinflussung der Studentenschaft übernommen. Sie nennt sich nach dem Datum der Machtergreifung des Diktators Metaxas. Dennoch findet die Regierung nicht genügend Mitarbeiter, um die leeren Stellen mit Leuten ihrer Wahl zu besetzen. Die griechische Intelligenz kollaboriert nicht mit der Militärdiktatur. Die Zeit für unbedenkliche Karrieremacher und für diejenigen, die unter regulären Bedingungen nicht weiterkamen, ist gegeben. Z. B.: Herr Thanos, der auf Grund der Plagiate bei seiner Doktorarbeit und bei verschiedenen anderen Artikeln international bekannt wurde, erlebte nach dem Putsch eine geradezu kometenhafte Karriere. Er ist heute erster Direktor der Bank von Griechenland. Oder Herr Camperis, einst Ankläger im Aspidaprozeß, ist nun zum höchsten Richter des Areopags ernannt worden.

Die neue Verfassung bedeutet die ideologische Absicherung der Diktatur. Paragraph 130 und 131 sichern die vollkommene Selbständigkeit des Militärs, das nicht einer demokratischen Kontrolle unterworfen ist. Es ist nicht auf die Verfassung verpflichtet, sondern wie es im Text heißt, dient der Nation.

Die Unabhängigkeit der Parlamentsabgeordneten ist durch einen scheinbar harmlosen Paragraphen eingeschränkt. Bei Beleidigung, sei es willkürlich oder nicht, kann gegen einen Abgeordneten ohne Aufhebung seiner Immunität durch ein Gericht ermittelt werden. Diese Rechtsnorm kann von einem Gericht politisch

gewendet werden, wie es gerade opportun ist. Das Pressegesetz ist wohl das antiliberalste Europas. Gegenüber einer Zeitung oder einem Journalisten kann bei zweimaliger Verurteilung in fünf Jahren ein Einzug der Zeitung oder Berufsverbot ausgesprochen werden.

Die Gewaltenteilung ist in dieser Verfassung nicht durchgeführt. Das neu-geschaffene Verfassungsgericht, dem die Kontrolle der Parteien, die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze und Erlasse zusteht, wird vom Ministerrat ernannt. Das höchste richterliche Gremium, dem eine allumfassende Entscheidungsbefugnis zugesprochen ist, ist von der Exekutive abhängig.

Mit § 24 müßte sich eigentlich eine internationale Rechtskommission befassen: „Die Ausübung der persönlichen Rechte und Freiheiten eines jeden ist nur im Rahmen der Grenzen zulässig, die allen anderen Bürgern den Genuß derselben Rechte und Freiheiten gewährleistet und die Interessen der sozialen Gemeinschaft schützen. Wer das Asyl seiner Wohnung, die Freiheit der Meinungsäußerung, besonders durch die Presse, die Vertraulichkeit der Nachrichtenmittel, die Versammlungsfreiheit, die Freiheit zur Gründung von Vereinigungen und Verbänden, von Personen und das Recht auf Privateigentum zum Kampfe gegen die Staatsformen der königlichen Demokratie oder die persönlichen Freiheiten oder zur Bedrohung nationaler Unabhängigkeit benutzt, dem werden diese oder auch alle in der vorliegenden Verfassung garantierten Gesetze genommen. Die Feststellung des Mißbrauchs, die daraus erfolgende Aberkennung der persönlichen Rechte und die Ausdehnung ihrer Beraubung werden durch Beschluß des Verfassungsgerichtes bekanntgegeben, wie das Gesetz es bestimmt.“

Der drakonische Gesetzgeber im Militärgewand hat mit dieser Verfassung dem griechischen Leben erneut eine Zwangsjacke auferlegt. Eine Verfassung, deren einzelne Artikel sich gegenseitig zu einem umfassenden repressiven System von Sätzen absichern und stützen. Die Regierung, wie sie in den letzten Paragraphen ankündigt, wird auch die nächsten Wahlen durchführen. Aus dieser verfassungsmäßigen Bestimmung und aus den oben erörterten Paragraphen wird offenbar, daß diese Regierung ihr illegales Überdauern verfassungsmäßig legalisiert haben will.

Ein internationales Rechtsbewußtsein, das wirksam gegenüber einer solchen Verletzung europäischer Rechtsnormen einschreiten könnte, liegt utopisch weit entfernt von uns. Der Europarat hat keinen effektiven Einfluß auf die inneren Zustände in Griechenland, die Nato läßt nicht nur die Gesetzlosigkeit einer solchen Regierung zu, sondern liefert noch Waffen, mit denen das Militär sich behaupten kann. Die Amerikaner finanzieren zum großen Teil das Militär Griechenlands, da Griechenland selbst ein solches Militär nicht unterhalten kann. Griechenland wird nach Europa und Übersee geöffnet sein, gegenüber den USA und der Bundesrepublik, den Protektoren dieser Diktatur, und dem ausländischen Kapital. Griechenland ist in seiner politischen, sozialen und kulturellen Entwicklung vielleicht um Jahrzehnte zurückgeworfen.

Yaak Karsunke
Große APO-Koalition

Unsere Wahlbündnis-Debatte in *kürbiskern* 4/68 wurde auf etwas eigenwillige Art zum Abschluß gebracht: das apo-diktische „PS zu Nachtrag II“ von Manfred Vosz machte sich auf halber Strecke ans Zensurenverteilen. Dieses Verfahren spricht — in mehr als einer Hinsicht — für sich, sein Verfasser spricht aber auch für andere mit, unter diesem Aspekt scheint nähere Betrachtung denn doch nützlich.

Beginnen müssen wir mit einer Klärung des Begriffs der „Diskussion“ — das Wort wird sowohl wissenschaftlich wie religiös verwendet. Bei wissenschaftlichem Gebrauch diskutiert man, und kommt am Ende zum Ergebnis, bei religiösen Diskussionen steht das Resultat bereits vorher fest und wird in einem missionarischen Ritual lediglich bestätigt. Werden bei wissenschaftlichen Diskussionen konträre Auffassungen durch rationale Argumentation auf eine objektiv richtige Lösung hin modifiziert, so müssen hingegen bei religiösen Diskussionen alle dem bereits fixierten Ergebnis entgegenstehenden Meinungen als irregeleitet und störend begriffen werden. So erscheine ich denn auch bei Vosz als Agent einer Konzeption, die ich *durchsetzen* möchte, aber nicht *aufdecke*, sondern mit meiner Forderung nach Diskussion *vertusche*. (Was nicht völlig zutreffend referiert ist: ich hatte eben beklagt, daß der Wahltermin die Diskussion verhindert.) Undenkbar ist für Vosz, was wissenschaftlichen Sozialisten vertraut ist: daß einer eine Lösung wirklich *sucht* und nicht nur vorgibt zu suchen, während er die für richtig gehaltene Lösung längst in der Tasche hat. Diskussion im wissenschaftlichen Sinne wäre z. B. eine solche kollektive Suche nach der optimalen Lösung bestehender Probleme.

Diese Diskussion ist nicht geführt worden. Die Befürworter eines Wahlbündnisses traten nicht nur mit Vorschlägen an die Öffentlichkeit, sondern zugleich mit der festen Absicht, sie zu verwirklichen — unbeschadet der Tatsache, ob sich dafür eine Mehrheit finden würde oder nicht. Ein solches Verfahren ist eher administrativ zu nennen als radikaldemokratisch — es war der Versuch, das Potential der außerparlamentarischen Opposition insgesamt institutionell zu übernehmen, ohne inhaltliche Diskussion. Nicht unternommen wurde der Versuch, eine einheitliche Meinung herzustellen: die Befürworter prellten vor und luden dann zum Anschluß ein, wie es H. J. Schulz in Nummer 3 der Monatszeitung „was tun“ beschrieben hat:

„Einige Organisationen haben sich ohne viel Gerede festgelegt. Sie sind vielleicht noch bereit, über die Teilnahme verschiedener Gruppen und die Organisation des Wahlbündnisses zu sprechen. Das alles klingt sehr demokratisch. Aber entscheidend bleibt allein der Entschluß, an den Wahlen teilzunehmen, ohne vorher eine breite Diskussion darüber geführt zu haben. Sie wird nun mit dem Argument abgewürgt, man habe keine Zeit mehr und jetzt sei der letzte Termin erreicht, wolle man den Wahlkampf noch vorbereiten. Dieser Termin war an sich früh genug bekannt und die Diskussionen hätten früher eingeleitet werden können. Nun aber steht der Wahlzug schon unter Dampf, und es geht nur noch um die Dekoration der Fensterplätze. Sonst bleibt nur Zustimmung oder Ablehnung. Wieder einmal sind vollendete Tatsachen geschaffen worden. Und nun werden die Leute, die dafür verantwortlich sind, wortreich die traditionelle Uneinigkeit der Linken beklagen, die sie immer wieder zur Erfolglosigkeit verdamme.“

Bei den Klagen bleibt es nicht: Manfred Vosz kündigt bereits an, daß demnächst „die Auseinandersetzung mit opportunistischen und linkssektiererischen Auffassungen im eigenen Lager an Schärfe zunehmen wird“. Das nun sagt einiges über die Breite eines Bündnisses, dessen Stimmfang-Opportunismus bis zu den Beamten und dem städtischen Mittelstand zielt, und dessen Initiatoren ihren sektiererischen Charakter durch die Art bewiesen, wie sie ihre in kleinen Gremien gefaßten Beschlüsse sorgfältig vor einer offenen Diskussion innerhalb der *gesamten* Linken in der Bundesrepublik abzuschirmen trachteten. Fehlende politische Überzeugungskraft wurde statt dessen manipulativ ersetzt: so lancierten interessierte Kreise in der Tagespresse die Falschmeldung, die „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“ habe sich dem Wahlbündnis angeschlossen. Hier war ein schnelles und striktes Dementi die Folge — eher gelang es mancherorts einigen Organisationen, sich selbst zur Vertretung der gesamten außerparlamentarischen Opposition zu ernennen, eine Fiktion, die sich spätestens am Wahlsonntag 1969 von selbst entlarven wird — und dann dem Gegner dienen kann, die gesamte außerparlamentarische Opposition mit Hinweis auf die paar Stimmenprocente als bedeutungslos abzutun.

Das Feldgeschrei dieser Organisationen lautet „Einheit der APO!“ — ein Ziel, das durch Manipulation allerdings nicht zu erreichen ist. Ersatzweise begnügt man sich nun mit einer Großen APO-Koalition, die nach Bonner Muster ausklammert, was sie nicht lösen kann. Die militärische Aktion von fünf Staaten des Warschauer Pakts in der CSSR stellte z. B. so ein unlösbares Problem dar; die bei der Behandlung dieses Themas gemachten Erfahrungen sollten nicht vergessen werden. Nach anfänglich erbitterten Auseinandersetzungen, in denen Befürworter des Wahlbündnisses häufig auch als Befürworter der Intervention auftraten, wurde klar, daß relevante Teile der außerparlamentarischen Opposition von ihrer eindeutigen Verurteilung der Intervention nicht abzubringen sein würden. Also wurde die CSSR ausgeklammert, die selben Leute, die einen gestern noch als Antikommunisten bezeichnet und mit Strauß und Kiesinger in einen Topf ge-

worfen hatten, fischten einen anderntags als *Bündnispartner* wieder aus diesem Topf heraus — Einigkeit macht stark.

Der humorige Aspekt dieser Prozedur kann aber nicht über den Ernst unserer politischen Situation hinwegtäuschen. Die traditionellen politischen Kampfmittel haben sich — inklusive Wahlbeteiligung — in der Bundesrepublik als wenig effektiv erwiesen. Der ideologische Gegner ist bekämpft worden — besiegt worden ist er nicht. Es bleibt ein Gewinn, daß der Kampf in letzter Zeit intensiviert wurde; es gibt Ansätze zu neuen Formen und Möglichkeiten: *sie* sollten weitergetrieben werden. Die *tatsächliche* und *durchdachte* Alternative, die das Wahlbündnis leider nicht darstellt, muß geschaffen werden.

Vosz fragt, was diese Alternative sei, was ich konkret anzubieten habe. Keine fertige Alternative, soviel ist sicher. Hätte ich eine, sollte man ihr und mir mit Mißtrauen begegnen, wie ich es mit jedem fertigen Patentrezept tue. Anzubieten habe ich meine Erfahrungen und Kenntnisse, eine gewisse Skepsis ihnen gegenüber, und meine Bereitschaft zur Diskussion, d. h. zur Teilnahme an einer kollektiven Anstrengung ohne vorher fixiertes Resultat. Eine solche Diskussion braucht Zeit, der Gegner wird in dieser Zeit handeln. Ob man diesem Handeln effektiv begegnet, indem man alte Fehler wiederholt, wage ich zu bezweifeln. Auch wenn man sie schnell und straff wiederholt, bleiben es Fehler. Man sollte ihre Ursachen diskutieren und bei dieser Diskussion mit Fakten und Argumenten aufwarten und nicht mit Unterstellungen. Man sollte keine fertigen Rezepte verlangen — ich möchte an einige Sätze erinnern, die Prof. Dr. Thießen im Interview mit der FDJ-Zeitschrift „Forum“ gesagt hat (nachgedruckt in *kürbiskern* 2/68): „Nehmen wir an, ein intelligenter Arbeiter — oder auch ein Wissenschaftler, das ist hier ohne Belang — hat das Gefühl, daß er etwas Neuem auf die Spur gekommen ist. Wie oft verlangen wir von ihm gleich, das auch sofort klassisch zu formulieren. Dabei ist einem mit den sogenannten klassischen Formulierungen, den vorformulierten Vokabeln vom publizistischen Fließband nicht geholfen. Gerade die neuen Probleme lassen sich nicht immer sofort und glatt formulieren. Nicht immer gewandt reden zu können, bedeutet nicht, daß nicht in der richtigen Richtung gedacht wird. Deshalb jemanden abschätzig zu behandeln, ist ein großer Fehler, ebenso wie jemandem mißtrauisch zu begegnen, der sich nicht konventioneller Formulierungen bedient. In diesen Fällen werden die Initiative und wichtige Gedanken, die wir gerade entwickeln wollen, im Keim erstickt, statt daß sie an das Licht gefördert werden.“

Der Dampf, unter dem der Wahlzug steht, droht viel Initiative und einige wichtige Gedanken zu ersticken, zumindest zu vernebeln. Wenn er sich verzogen hat, wird man weitersehen. Zu bedauern bleibt, daß Ansätze zu einer inhaltlichen Einheit der außerparlamentarischen Opposition verschüttet worden sind zugunsten einer schematisch formalen. Feldgeschrei und Beschwörung können die Diskussion nur stören, nicht ersetzen. Hoffen wir, daß sie sie nicht verhindern werden. Geführt werden sollte diese Diskussion nach *wissenschaftlichen* Prinzipien

— Theorie und Praxis der Wahlbündnisbefürworter lassen diese bisher weitgehend vermissen und behelfen sich mit Methoden, die in mancher Beziehung *klassisch* genannt werden können. Es ist ihnen zu wünschen, daß die Wahl Niederlage so glimpflich ausfällt wie der Autounfall am Ende von Hermann Kants „Aula“, nach dem Robert Iswall das Fazit zieht: „Hier ist niemand tot, und hier ist auch niemand zornig, und hier wird schon noch geredet werden.“ Was weiteren Diskussionsbeiträgen als Motto vorgeschlagen sei: vielleicht auch zu reden über das, was Geißler und ich im vorigen Heft an Argumenten beigebracht haben. Noch stehen Gegenargumente aus.

Hannes Stütz
Wählen oder Nichtwählen?

— Antwort an Yaak Karsunke —

Frisch aufgeklärt über die Unterschiede zwischen wissenschaftlicher und religiöser Diskussion, möchte ich auch mein Scherflein in den Klingelbeutel werfen. Dabei bitte ich um Milde, wenn ich mir zur Frage „1969 Wählen oder Nichtwählen“ bereits eine Meinung gebildet habe.

Die Marxisten der Bundesrepublik haben bis jetzt noch keine einheitliche sozialistische Partei geschaffen. Durch möglichst große Aktionseinheit bei gleichzeitiger theoretischer Auseinandersetzung ist diesem Ziel näherzukommen. Bis dahin kann es allerdings passieren, daß sich die verschiedensten Organisationen und Kreise regelmäßig oder unregelmäßig treffen, diskutieren, mit Vorschlägen an die Öffentlichkeit treten, sogar mit der Absicht, diese zu verwirklichen, und das alles, ohne vorher Karsunke gehört zu haben (dies ganz ohne Absicht). Sollte sich für den Vorschlag, den Notstandsplanern 1969 mit einem Wahlbündnis Alternativkandidaten entgegenzustellen, wirklich keine Mehrheit finden, wäre seine Realisierung sowieso unmöglich. Wer soll hier wen und wie „administrieren“? Und „Potentiale“ „institutionell“ „übernehmen“? Etwa die „Sektierer“? (Als da sind: Abendroth, die Vereinigung Unabhängiger Sozialisten, Hofmann, die DKP, Niemöller, Günter Wallraff, die DFU, Vorsitzende Republikanischer Clubs, sozialistische Studenten, aktive Gewerkschafter, Betriebsräte usw.) Sie alle hätten ihre Beschlüsse sorgfältig vor einer offenen Diskussion in der gesamten Linken abgesichert? Nicht einmal, wenn Karsunke die gesamte Linke tatsächlich mit sich identifiziert, würde das zutreffen. Hier entfalten Begriffe wie „institutionell“, „administrieren“, „Manipulation“, „klassisch“, „typisch“ ein repressives Eigenleben, das weder ihnen noch dem Thema bekommt. Wenn „Manipulation“ nur noch eine Umschreibung für „Ich kann niemanden überzeugen“ ist, dann wäre definitorischer Aufwand auch für diesen Begriff durchaus zu rechtfertigen.

Was dabei herauskommt, liest sich dann so: (es) „wurde klar, daß relevante Teile der außerparlamentarischen Opposition von ihrer eindeutigen Verurteilung der Intervention nicht abzubringen sein würden“ (zur Frage CSSR). Richtig müßte der Satz lauten: Es wurde klar, daß relevante Teile der außerparlamentarischen Opposition von ihrer Befürwortung der Intervention nicht abzubringen sein würden, denn sie waren es, die Befürworter, die in den ersten

Tagen und Wochen nach dem Eingreifen der Warschauer-Pakt-Staaten einem politischen und moralischen Druck ausgesetzt waren, der an manchen Punkten den Boden der Rationalität verlassen hatte. Das mögliche Ergebnis einer Diskussion wurde, speziell von Kommunisten, als Bekenntnis vorneweg verlangt, ansonsten sei eine weitere Zusammenarbeit in Frage gestellt. (Über wissenschaftliche und religiöse Diskussion siehe den vorhergehenden Beitrag.) Wenn die Befürworter der Intervention unter anderem auch auf die verheerende Koalition Bild — Kiesinger — Teile der APO hinwiesen, dann nie, um einen Bündnispartner, sondern um eine politische Konstellation zu denunzieren. Von dieser Seite wurde das Bündnis nie in Frage gestellt. Allerdings wird auch das von Karsunke attackiert, weil ihm die Ausklammerung bestimmter Probleme die Verfahrensweise der Bonner Koalition zu sein scheint. (Daß diese Verfahrensweise Beträchtliches zur Stärkung des Kapitals in diesem Lande erbracht hat, sei hier nur bescheiden angemerkt, weil es ja nachgerade unpopulär wird, Verfahrensweisen auch auf ihren Inhalt und ihre Ergebnisse hin zu untersuchen.) Da niemand die Bündnisfähigkeit der Verurteiler der Intervention je bezweifelt hat, konnten sie auch nicht anderntags als Bündnispartner *wieder* herausgefischt werden. Vielleicht sieht die Situation bei Karsunke anders aus, der am 22. August auf einer Protestkundgebung ‚Solidarität mit Prag‘ erklärte: „Die CSSR ist eine Lektion — wir sollten sie lernen. Die Geschichte, die wir machen, sollte über die hinweggehen, die dieser Lektion mit Ausflüchten und Lügen entgehen wollen. Wir werden uns von ihnen trennen müssen — ein großer Verlust wird es nicht sein. Wir sollten uns nicht von Namen blenden lassen, nicht von Traditionen, nicht von einem zitatgespickten Vokabular. ‚Wenn die‘, hat Fidel Castro gesagt, ‚die sich Kommunisten nennen, ihre Pflicht nicht erfüllen, werden wir die unterstützen, die im Kampf wie Kommunisten handeln‘.“ (Zitiert nach Sonderdruck zu „apo-press“ Nr. 13, München.)

Wenn Karsunke seine Meinung seit dem 22. 8. geändert hat, aus welchen Gründen immer, so ist das seine Sache. Er sollte aber die Ereignisse nicht einfach mit vertauschten Rollen referieren und sich über seinen nachträglich umgeschriebenen Part auch noch gekränkt oder amüsiert zeigen.

Im letzten Heft des „kürbiskern“ standen neben den Beiträgen von Geißler/Karsunke auch die von Hofmann/Hitzer/Vosz, die letzten drei mit einem Umfang von 14 Seiten, wovon der Beitrag Vosz, auch in der Überschrift als ‚PS zu Nachtrag II‘ gekennzeichnet, genau eineinhalb Seiten ausmachte, eine teilweise polemisierende Anmerkung zu Karsunkes Nachtrag II. Niemand spricht einem Angesprochenen das Recht auf Antwort ab, aber wenn es Karsunke tatsächlich um das Ausdiskutieren der Aktion Bundestagswahl 69 geht und er gleichzeitig feststellt, daß die Zeit dafür nicht unbeschränkt ist, dann hätten wohl auch die Argumente von Prof. Hofmann und Hitzer eine Aufnahme in seinen Diskussionsbeitrag erfordert. Der Platz dafür stand auf den vorhergehenden Seiten zur Verfügung. Die Diskussion würde dann unter Umständen den politischen

Tagesfragen entsprechender verlaufen, die m. E. lauten: Soll dieses Wahlbündnis nicht doch mit einer sozialistischen Zielsetzung antreten? Wie stark sind die bürgerlichen Kräfte, die es mittragen? Wenn auch die dem Bündnis zugrunde liegende Analyse der Bundesrepublik und die daraus resultierenden nächsten Aufgaben der Linken richtig sind: Erkennen die Bürger dieses Staates in einem demokratischen Programm, das sich ja dem Regierungsvokabular nicht immer entziehen kann, eine Alternative? Sind die Erfahrungen der hessischen Kommunalwahlen ausgewertet, wo die SDO angeblich dort die höchsten Stimmenanteile errang, wo sie mit einer sozialistischen Perspektive auftrat? Stimmt es, daß diese Erfahrung auch in der baden-württembergischen Landtagswahl zu machen war? Diese ganze Problematik ist Karsunke *einen* Relativsatz wert, auch dieser nur als Hieb auf Vosz' Feststellung, „daß als Folge der reaktionären und neofaschistischen Offensive“ (dieser Teil wird nicht zitiert, das Zitat beginnt mit:) „die Auseinandersetzung mit opportunistischen und linkssektiererischen Auffassungen im eigenen Lager an Schärfe zunehmen wird“. Ersetzt man, wie Karsunke, den ersten Teil durch die Einleitung ‚Manfred Vosz kündigt bereits an, daß demnächst „die Auseinandersetzung ... zunehmen wird“‘, dann verändert sich der dort konstatierte Sachverhalt in eine Drohung. Jemandem, der die Kühnheit hat, ausgerechnet dem Wahlbündnis spalterische Funktion zu bescheinigen und der großzügigen Umgang mit dem Wort ‚Sektierer‘ pflegt, wäre eine gelassene Reaktion auf diesen Satz wohl angestanden. Aber zwanzig Zeilen, in denen polemisiert wird, sind wichtiger als vierzehn Seiten Argumentation und scheinbar willkommener Anlaß, eine Lektion zu erteilen, die man selbst noch nicht gelernt hat. Auf der Strecke bleibt die Diskussion über die Wahlalternative, die man ja führen statt nur fordern könnte, und wäre sie erst einmal sachlich, hätte vielleicht sogar Wissenschaftlichkeit eine Chance. Immerhin — wir bieten so das Beispiel einer Diskussion, die weit zurückhängt hinter den aktuellen Aufgaben, die trotzdem nicht prinzipiell ist, sondern lediglich prinzipielle Fragen zu subjektiver Gymnastik mißbraucht und die in ihrem Effekt ihren Anspruch genau ins Gegenteil verkehrt. Zur Nachahmung möchten wir sie nicht empfehlen. Vielleicht kann sie dadurch noch einen Sinn bekommen.

Ich habe eingangs das Thema ‚1969 Wählen oder Nichtwählen‘ formuliert, obwohl es eigentlich heißen müßte ‚Soll die Außerparlamentarische Opposition 1969 bei den Bundestagswahlen kandidieren?‘ Die Identität beider Fragen war für die Bildung meiner Meinung ein wichtiger Punkt. Sind die in der Außerparlamentarischen Opposition wirksamen Kräfte nicht in der Lage, für 1969 eine wählbare Alternative anzubieten, dann bedeutet das, daß erstens die bisher aktiven Teile der Apo nicht wählen können und dürfen, und daß dies zweitens auf einen noch nicht genau zu erfassenden Kreis von Sympathisierenden zutrifft. Die reale Konsequenz: Der politisch bewußteste Teil unserer Bevölkerung trifft sich mit dem apolitischen in der Wahlenthaltung. Hat das etwas

zu besagen? Der subjektive Faktor ist schließlich in beiden Gruppierungen grundverschieden. Zwischenüberlegung: Vielleicht reagieren die Apolitischen sogar instinktiv richtig, so daß das seltsame Zusammentreffen erklärt wäre: Der aktive, bewußte Wahlboykott trifft sich mit dem zwar passiven, aber objektiv zum selben Ergebnis kommenden Leck-mich-am-Arsch-Standpunkt. Aber: Erfahrungsgemäß bewegen sich die Nichtwähler, auch wenn ihre Reihen quer durch die soziale Hierarchie gehen, meistens in konservativen Denkprogrammen. Wenn hier jemand erntet, dann allenfalls die NPD. Ich erinnere an den Slogan, mit dem die NPD in ihren ersten Wahlkampf zog. Er hieß: „Man kann wieder wählen.“

Es gibt keinen Zweifel daran, daß die Apo Ausbauchancen zunächst nur auf einem Feld hat: bei den konstanten Wahlgängern, und da wahrscheinlich bei denen, die bisher am bewußtesten zur Wahl gingen, überwiegend bei SPD-Wählern. Die Protokolle z. B. des letzten Gewerkschaftstages der IG Metall sind in dieser Hinsicht sehr aufschlußreich. Was die äußeren Ergebnisse angeht, war es der Gewerkschaftstag der SPD. Interessant ist aber die Qualität vieler kritischer Diskussionsbeiträge und das knappe Abstimmungsergebnis für die Konzentrierte Aktion: 200 : 163. Hier artikuliert sich, und nicht nur in der IGM, eine Opposition gegen die Politik der SPD-Führung, die jedoch ihrerseits alles daransetzt (und mit Erfolg, wie der Ablauf des IGM-Tages gezeigt hat) ihre Linie durchzuboxen. Wie die Bourgeoisie die Situation einschätzt, belegt ein Kommentar der FAZ vom 4. 11. 69: „Die Auseinandersetzung über die Mitbestimmung ist zwar von der entscheidenden Phase noch ein Stück entfernt. (...) Andererseits stimmt nun auch die radikale Linke ... mit lauterem Tönen in den Mitbestimmungschor ein. Damit erhält die Diskussion eine neue wichtige Nuance. (...) Während führende Gewerkschaftler den Eindruck erwecken, sie würden sich als Mitbestimmende in einer freien Wirtschaft nahtlos in dieses Ordnungssystem einpassen, geben Funktionäre der mittleren und unteren Führungsschicht zu erkennen, daß es ihnen im Grunde darum geht, im Betrieb Gegenmachtpositionen aufzurichten, also den Klassenkampf in die Entscheidungsgremien der Betriebe hineinzutragen. (...) Der kürzlich abgehaltene Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier hat deutlich gemacht, wie weit die Übereinstimmung der geschickt formulierten kommunistischen Mitbestimmungsideen mit den Ansichten weiter Kreise in den gewerkschaftlichen Funktionärsschichten gehen kann.“ Frage: Was machen z. B. die 163 Delegierten des IGM-Tages, die gegen die Konzentrierte Aktion gestimmt haben, in der nächsten Bundestagswahl? Wird eine Alternative nicht geboten, sind sie entweder zur SPD-Wahl oder zur Stimmenthaltung gezwungen. In die Rolle des Bankiers A. versetzt würde mich das erste erfreuen und das zweite beruhigen. Meine Freude würde dem Umstand gelten, daß es mir gelungen ist, einen bewußten und für die Meinungsbildung in den Betrieben bedeutsamen Teil der Arbeiterklasse weiter hinter eine korrupte Führung zu spannen, meine Ruhe der Tat-

sache, daß ein Gegner sich ins Austragsstüberl zurückzieht. Das Fehlen einer wählbaren Alternative hat für den Teil der Bevölkerung, den die Außerparlamentarische Opposition als nächsten erreichen muß (und kann), im Augenblick nur zwei mögliche Ergebnisse: Disziplinierung oder Resignation. Ein Wahlboykott erschiene mir überhaupt erst diskutabel, wenn die der Apo am nächsten stehenden Kräfte 1. die Klassenrolle der SPD-Führung auf der anderen Seite der Barrikade erkannt hätten, ebenso 2. den Herrschaftscharakter des bürgerlichen Parlamentarismus, wenn 3. darüber hinaus sich in den Betrieben, Schulen und Universitäten breite Aktivitäten entwickelt hätten, die durch synchronisierten Druck auf die unmittelbaren Exponenten der Herrschaft an konkreten Punkten demokratische Veränderungen erkämpft hätten, die eine eigene Dynamik entfalteten und den Charakter der Herrschaft in Frage stellten, und wenn 4. die Großbourgeoisie dieser Situation nicht anders zu begegnen wüßte als mit durch Prozentklauseln und Wahlrechtskniffe abgesicherten Stimmzettelsammlungen. Von diesen Voraussetzungen sind gegenwärtig die erste bei einem kleinen Teil der Arbeiter gegeben, die besten Ansätze zur dritten an den Hochschulen. Die Demokratisierungskampagne ist an der Basis noch nicht angekommen, wenn auch die Bedingungen für ihr Übergreifen nicht ungünstig sind. Gestreikt wird im allgemeinen immer noch erst bei letzter Zuspitzung der Situation, bei groben Eingriffen in das Lohnniveau, bei drohendem Verlust der Arbeitsplätze oder bei einseitiger Veränderung der Arbeitsbedingungen. Unterhalb dieser Explosionsschwelle sammelt sich eine Menge von Konfliktstoffen, zu deren Lösung im Sinne der Arbeiter durch die Arbeiter wir beizutragen hätten. Das erfordert die Entwicklung der Initiative von unten, reformerisch gesprochen der Mitbestimmung am Arbeitsplatz, Herausbildung neuer Aktionsformen im Betrieb, die über den Protest hinausgehen, trotzdem möglicherweise unterhalb der Streikschwelle liegen und praktisch in konkreten Einzelfragen vollendete Tatsachen im Sinne der Arbeiter schaffen, die nur durch Entlassung der gesamten Belegschaft rückgängig gemacht werden könnten. Das wiederum bedingt eine hohe Solidarität der Arbeiter eines Betriebes mit ihren Sprechern. Nicht zufällig häufen sich in letzter Zeit die Entlassungen politisch aktiver Arbeiter. Die Unternehmer sind peinlichst darauf bedacht, mögliche Kristallisationspunkte demokratischer Aktionen zu entfernen. Solange solche Entlassungen weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich gehen können und die sich oftmals mit ihren entlassenen Kollegen solidarisierenden Belegschaften einer übel informierenden und demagogischen Betriebsleitung ausgesetzt sind, solange ist es wohl korrekt, zu behaupten, daß die Demokratisierungskampagne an der Basis noch nicht angekommen ist. Wenn wir überhaupt wollen, daß sie dort ankommt, ist es nur logisch, den nächsten Ansatzpunkt zu suchen. Diesen Punkt vergeben wir aber für geraume Zeit, wenn wir in der nächsten Bundestagswahl keine Alternative bieten. Wollte man sie auslassen, bedürfte es dazu einer theoretischen Gewaltkur, die die

realen Bedingungen des Klassenkampfes, seine subjektiven und objektiven, nicht mehr in ihre großen Entwürfe einzubauen weiß.

Das sind in Umrissen einige für die Bildung meiner Meinung wichtige Überlegungen. Ich bin nun konfrontiert mit den Argumenten, die Geißler/Karsunke im letzten Heft des „kürbiskern“ gegen eine Wahlalternative brachten. Ich möchte die wichtigsten referieren und gleichzeitig prüfen, ob sie mich zu einer Modifizierung oder sogar Änderung meiner Meinung zwingen.

1. Die Analyse der Entwicklung seit 1920 bestätigt die Lukacs'schen Warnungen. Diese Warnungen waren:

a) Die parlamentarischen Gruppen erliegen beinahe ausnahmslos der Schwierigkeit, im Parlament selbst zum wirklichen Hinausgehen über den Parlamentarismus zu gelangen.

b) Jede parlamentarische Tätigkeit, die in ihrem Wesen und in ihrer Wirkung nicht über das Parlament hinausgeht, nicht wenigstens die Tendenz zur Sprengung des parlamentarischen Rahmens hat, ist opportunistisch.

Die Analyse der Entwicklung bis 1920 und danach scheint mir für die Güteprüfung der Lukacs'schen Warnungen zunächst angebrachter, weil sie in diesem Zeitraum keine Warnungen, sondern ihrem Inhalt nach Grundlage der Politik der jungen KPD waren. Die Ergebnisse dieser Taktik: Die Arbeiterbewegung wurde auf ihrem Weg zur Macht um Jahre zurückgeworfen, der deutsche Imperialismus konnte sich von den Niederlagen des 1. Weltkrieges und der Novemberrevolution erholen, die faschistische Form der Herrschaftsausübung vorbereitet werden. Der Hinweis auf mögliche opportunistische Entwicklungen wird in diesen Zusammenhängen etwas wesenlos. Opportunismus hat es immer gegeben, er wurde immer bekämpft, das wird man weiterhin müssen, seinen Gefahren unterliegt aber jeder Abgeordnete genauso wie ein Sprecher, Theoretiker, Funktionär, Mitglied, Aktivist einer revolutionären Bewegung, der sich vom Aufstehen bis zum Schlafengehen bürgerlichen Einflüssen ausgesetzt sieht. Um dem ganz aus dem Wege zu gehen, bleibt nur der Austritt aus der bürgerlichen Gesellschaft, den meinerwegen eine lustige Kommune durch einen Seitenausgang vollziehen kann, um über das Hauptportal wieder Einkehr zu halten, aber wer möchte die Belegschaft der Fa. Siemens für diesen Weg agitieren? Anders herum: Wenn wir aus lauter Angst vor opportunistischen Einflüssen darauf verzichten, in dieser Gesellschaft und aus ihr heraus die politische Macht erobern zu lernen, dann bedeutet das nicht nur die Kapitulation vor dem Opportunismus, sondern gleichzeitig selbstgewähltes Sektendasein. Wir verhielten uns dann wie einer, der sich aus Angst vor Bazillen das Leben nimmt. Satz 1b würde ich gerne jedem wirklich demokratischen und sozialistischen Abgeordneten, wenn es ihn gäbe, gerahmt überreichen: Jede parlamentarische Tätigkeit, die in ihrem Wesen und in ihrer Wirkung nicht über das Parlament

hinausgeht, nicht wenigstens die Tendenz zur Sprengung des parlamentarischen Rahmens hat, ist opportunistisch.

2. Der Abbauprozess des Parlamentarismus ist soweit fortgeschritten, daß der Bundestag ohnehin längst zu einem Akklamationsorgan für Beschlüsse geworden ist, die anderswo gefaßt werden. Die Linke sollte einem derartig transformierten Parlamentarismus nicht auch noch das Alibi liefern.

Dem im ersten Satz formulierten Ergebnis einer Analyse kann man zustimmen, ohne den zweiten nachvollziehen zu müssen. Die Beteiligung oder Nichtbeteiligung an Parlamentswahlen kann nicht nur von einer isolierten Einschätzung des Zustandes bürgerlicher Parlamente abhängen, sondern von der Analyse der Herrschaftsausübung insgesamt, zu der auch das Bewußtsein der Beherrschten gehört. Im übrigen siehe Beitrag Hitzer in „kürbiskern“ 4/68 S. 656 ff.

3. In den letzten fünfzig Jahren gibt es kein Beispiel, daß die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln auf parlamentarischem Wege grundlegend und dauerhaft geändert worden wären.

Das stimmt. Wir wollen uns aber nicht — und das ist immer wieder betont worden — an den Wahlen beteiligen, um dem ‚parlamentarischen Kretinismus‘ zu verfallen und darauf zu warten, daß sich ein bürgerliches Parlament, auch in relativ fortschrittlicher Zusammensetzung, zugunsten einer sozialistischen Demokratie auflöst. Wir brauchen darüber nicht die Erfahrungen der Volksfront in Frankreich und Spanien vergessen (und könnten in diesem Zusammenhang mit dem Gedanken spielen: wie wäre der Spanische Bürgerkrieg verlaufen, wenn in Deutschland und Italien damals wenigstens bürgerlich-parlamentarisch regiert worden wäre, von einer Volksfront ganz zu schweigen? Wenn es keine Blaue Division und keine Legion Condor für den Generalissimus gegeben hätte?).

4. Sobald das Parlament die herrschende Klasse auch nur potentiell gefährdet, wird es entweder durch Wahlrechtsmanipulationen gegen eine demokratische Umfunktionierung abgeschirmt oder im Ernstfall durch einen Notstandsstreich abgeschafft.

Auch das stimmt, bloß ist dabei eines nicht erwähnt: daß Wahlrechtsmanipulationen und Abschaffung des Parlaments auch bestimmte politische Kräfteverhältnisse voraussetzen. Wer das Wahlrecht manipulieren kann, der kann auch Demonstrationen gegen Springer zerschlagen, wer das Parlament abschafft, kann auch Demonstrationen abschaffen. Machen wir also einen aktiven Demonstrationsboykott?

Der Kampf gegen die Notstandsgesetze war, genau genommen, schon verloren, als sich in ihm eine breitere Bewegung herauszubilden begann. Die erste zentrale Aktion, der Notstandskongreß von Frankfurt, fand erst im Oktober 1966 statt. Die Vorbereitungen zur Vorlage der NS-Gesetze erstreckten sich über Jahre, über ein Jahrzehnt. Es ist uns in dieser Zeit nicht gelungen, eine Massenbewegung gegen diese Gesetze zu initiieren. Im Gegenteil gab es z. B. in manchen SDS-Gruppen heftige Auseinandersetzungen über die Frage, ob man die NS-Gesetze überhaupt bekämpfen dürfe, da dies ja bereits systemimmanent sei. Ich will damit nicht dem SDS unsere Niederlage im Kampf gegen die NS-Gesetze in die Schuhe schieben, sondern feststellen, daß viele Teilnehmer außerparlamentarischer Aktionen sich darüber im klaren waren, daß dieser Kampf zu diesem Zeitpunkt in seiner konkreten Zielsetzung nicht mehr gewonnen werden konnte, sondern seine eigentliche Bedeutung in der Bildung einer demokratischen Massenbewegung lag. Ihre Ausstrahlung vor allem auf die arbeitende Bevölkerung galt es auch nach der Niederlage zu erhalten. Das erwies sich als so schwierig, wie man es vorhersehen konnte, nachdem viele Teilnehmer der außerparlamentarischen Aktionen mit der Überzeugung angetreten waren, die Verabschiedung der NS-Gesetze verhindern zu können. Die einen resignierten, als sie das augenblickliche Kräfteverhältnis zwischen Monopolkapital und demokratischer Bewegung erkennen mußten, andere wollten dem Gegner nun 'langfristiger' an den Kragen gehen. 'Langfristigkeit' fungierte als Gegensatz zu 'Kurzsichtigkeit', der ja niemand das Wort reden will. Verzichtet man auf Polemik, ergibt sich beinahe von selbst die Aufgabe, kurzfristige Aktionen in langfristige Bewegungen überzuleiten, beide dem Ziel dienlich zu machen. Die Schwierigkeiten bei der notwendigen Verbindung kurzfristiger Aktionen mit langfristiger Planung sind aber nicht dadurch aus der Welt zu schaffen, daß man auf die ersten auch nur eine zeitlang verzichtet. Das gilt auch umgekehrt. Auf dem Papier kann die außerparlamentarische Opposition zwischen vielen Aufgaben wählen, die sie sich zentral stellt: Bildungszirkel, Aktionen gegen den Justizapparat, demokratische Arbeit in der Bundeswehr usw. Das Beispiel einer zentralen, oder besser überregionalen Aktion sehe ich in der Kampagne gegen die NS-Gesetze. Keine der oben genannten und weitere mögliche Aufgaben haben aber die Voraussetzungen so in sich, den Aktionsradius der Apo wieder zu erreichen und zu vergrößern, wie die Beteiligung an der Bundestagswahl 69, ohne daß die anderen Aufgaben und Aktionen etwas einzubüßen brauchen, im Gegenteil.

5. Wer das bestehende Parlament als politische Tribüne akzeptiert, muß parlamentarische Macht wollen. Wer für die Linke in der Bundesrepublik parlamentarische Macht will, sollte bedenken, was bevorsteht, wenn das Ziel erreicht wird.

Wir akzeptieren das Parlament als Tribüne, wie wir es akzeptieren, dem 'Spie-

gel' ein Interview zu geben. Wir wollen parlamentarische 'Macht' — wobei wir wissen, daß die Machtfrage nicht im Parlament steht, sagen wir also besser, wir wollen im Parlament einen Brückenkopf — wie wir im Rundfunkrat die 'Macht' wollen. Wenn unser Volk die Herrschaft einmal nicht mehr duldet und seine eigene Macht spürt und einsetzt, wissen wir, daß die winzige Schicht der Herrschenden ihre Herrschaft mit rücksichtsloser Brutalität verteidigen wird. Wie groß und wie stark die Hilfstruppen sind, auf die sie sich dabei stützen können, wird von unserer Fähigkeit abhängen, die realen Interessen des Volkes von heute an zu unseren eigenen zu machen, den diesen Interessen entgegenstehenden Hauptwiderspruch jeweils zu erkennen (der in der Bundesrepublik heute zwischen Monopolkapital und der großen Mehrheit des Volkes verläuft), davon ausgehend die verschiedenen Phasen des Kampfes zu organisieren und so die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten Schritt für Schritt in die Lage zu versetzen, die Machtfrage nicht nur verbal, sondern real zu stellen.

6. Die Kritik an den Formulierungen des Gießener Kreises teile ich, soweit sie sprachlich-soziologisch ansetzt, jedoch nicht in ihren politischen Folgerungen. Wie die Notstandsgesetze ein Instrument der Herrschaft sind, kann das Grundgesetz in der derzeitigen Phase des Kampfes ein Instrument gesellschaftlicher Veränderung sein. Das Grundgesetz der Bundesrepublik spiegelt ziemlich genau die politischen Machtverhältnisse der damaligen Westzonen. Der Verfassungstext, der sich aus dieser Machtkonstellation ergab, ist für die Herren der Monopole zur Zeit weder brauchbar noch tragbar. Die Verfassungswirklichkeit wurde den neuen Bedürfnissen schon länger angepaßt, die Formalitäten durch die Notstandsverfassung nachgeholt. Im Bewußtsein der Bevölkerung spielt dieses Grundgesetz eine Rolle, zurecht, weil sie in diesem Text von allen Verfassungstexten der letzten 35 Jahre bestimmte Rechte am ehesten aufgenommen sieht. Dieses Bewußtsein einzukalkulieren und von ihm auszugehen heißt nicht, auf den Stand der rückständigsten Schichten zurückzufallen oder sich mit dem durchschnittlich Vorgefundenen zufrieden zu geben, sondern vom Effektiven auszugehen.

7. Die zu erwartende Bewußtseinstrübung, die ein Wahlbündnis automatisch hervorbringen würde, glaube ich im bisher Gesagten widerlegt zu haben. Das waren die wichtigsten Argumente, die Geißler/Karsunke in „kürbiskern“ 4/68 gegen die Wahlalternative brachten. Es gibt noch andere. Nach ihrer Prüfung halte ich meine Meinung, daß sich die außerparlamentarische Opposition mit all ihren Gruppierungen an den Bundestagswahlen 1969 beteiligen sollte, für richtig. Mir scheint, es gibt kein überzeugendes Argument dagegen.

Prof. Dr. Hofmann Rede

beim Gründungskongreß des Aktions- und Wahlbündnisses Demokratischer Fortschritt in Dortmund

In ernster Stunde treten wir zusammen. Es ist aller Anlaß zur Beunruhigung; zur Beunruhigung über das, was man hierzulande Außenpolitik, wie über das, was man Innenpolitik nennt.

Nach außen blasen die alten Kämpfer des kalten Krieges wieder zum Sammeln. Die Mitglieder der Bundesregierung hat in den letzten Wochen eine fieberhafte Reiselust gepackt: Von Israel bis Spanien, von Südafrika bis Nordamerika hat man um Rückhalt für eine Politik nachgesucht, die sich anschießt, unser Land in eine einzige Front des kalten Krieges zurückzuverwandeln. Das läßt man sich etwas kosten — oder besser: das läßt man *uns* etwas kosten: Mehrere Milliarden Devisenhilfe — sprich: Vietnam-Hilfe — sind den USA zugestanden worden. Der Militärhaushalt tritt über alle Ufer. Wir stehen vor einer bisher nicht gekannten Sturzwelle von Rüstungsausgaben, von Anforderungen an die Bevölkerung, mit allen inflationären Folgen, die das haben muß. Wir brauchen noch mehr Starfighters, die — freundlich ausgedrückt — die Senkrechtlandung üben; wir brauchen noch mehr Gerät, um das alte zu ersetzen, das in Luftpostpäckchen nach Moskau wandert, wir brauchen „Phantom“ und „Leopard“, wir brauchen das neueste vom Neuen, zum Ausgleich für das älteste vom Alten, das uns der große Bruder von jenseits des Wassers mit in den Kauf gibt. Wahrhaftig: man muß nicht im Bundesverteidigungsministerium tätig sein, um seine Depressionen zu bekommen! — In ihrem Eifer, auch zu Atomwaffen zu gelangen, hat die Bundesregierung unlängst selbst auf ihr Recht verzichtet, im Falle eines Krieges dagegen Einspruch zu erheben, daß die NATO etwa beschließt, unser Land durch Atombomben zu verwüsten. Hier ist das erste und elementare Recht unseres Volkes drangegeben worden: das Recht auf seine schlichte Existenz.

Mit alle dem zeigt sich erneut: das Staatsgebilde der Bundesrepublik ist ein Kind des kalten Krieges. Das Muttermal seiner Geburt können die Lenker seines Geschickes bis heute nicht verleugnen. — So verträgt sich denn auch mit jenem Bekenntnis zur Freiheit, das so geläufig von der Zunge geht, zu einer blassen Freiheit im allgemeinen, durchaus das stille, tätige Einverständnis etwa mit dem Krieg gegen die Freiheit Vietnams oder auch die Zusammenarbeit mit freiheitlichen Demokraten vom Schlage der gegenwärtigen Regimes in Griechenland, Spanien, Portugal, Südafrika, Südkorea usw. usf.

Unser Aktionsbündnis, das sich heute der Öffentlichkeit stellt, wird zu alle dem nicht schweigen. Es wird unnachsichtig etwa jene sogenannte Moskau-Doktrin, die der Herr Bundeskanzler neuerdings vorträgt und die ihm von verschiedenen SPD-Führern beflissen nachgesprochen wird, vor der Öffentlichkeit als das darstellen, was sie ist. Wir werden zeigen, daß die sogenannte Moskau-Doktrin in Wahrheit eine Kiesinger-Doktrin ist. Die Behauptung, die Sowjetregierung betrachte jeden Akt westdeutscher Entspannungspolitik gegenüber einem der sozialistischen Länder als eine Gefahr für die Sowjetunion, ist nichts anderes als die Formel, um sich künftiger Entspannungspolitik zu entziehen.

Wir antworten, und wir werden es vor aller Welt unablässig wiederholen: Man *beginne* einmal mit der Entspannungspolitik: Man kürze die Rüstung, man unterzeichne den Atomwaffensperrvertrag, man erkläre das Münchner Abkommen für Null und Nichtig, man weise jene Landsmannschaftsfunktionäre in die Schranken, die auf ein Heimatrecht pochen und gegen „Verzichtpolitiker“ in unserem Lande eifern, man wage es, endlich einmal unsere Landkarten korrekt zu drucken — und man *beginne* mit der Entspannungspolitik einmal in der *richtigen Reihenfolge*: nämlich bei der DDR, und bei der Sowjetunion selbst! Dann werden wir sehen, was an der behaupteten Moskau-Doktrin ist. Und wenn man unser Volk mit der Feindstaatklausel der UNO-Charta und einem davon abzuleitenden Interventionsrecht der Sowjetunion in unser eigenes Land schrecken will, so ist unsere Antwort: Man schaffe endlich, ein Vierteljahrhundert nach dem von Deutschen eröffneten Zweiten Weltkrieg, klare Verhältnisse in Mitteleuropa, indem man sich zum Abschluß eines *Friedensvertrages* bereit-erklärt, mit dem auch die Feindstaatklausel sich erledigt! Man *beginne* endlich eine für Ost und West glaubhafte Friedenspolitik einzuleiten, die unser Land aus jener weltpolitischen Isolierung herausführt, in die sie ein abenteuerliches Vabanquespiel gebracht hat! Ohne eine solche Friedenspolitik nach außen wird es auch keine demokratische Entwicklung im Inneren geben.

Denn es hat sich gezeigt: Im Namen jener unbestimmten Freiheit im allgemeinen, die es der Behauptung nach gegen äußere Feinde zu bewahren gilt, werden im Inneren gerade die bestimmten, die konkreten Freiheiten, jene Freiheiten, auf die man sich berufen könnte — wie Freiheit des Arbeitsplatzes und Streikrecht, Freiheit der Rede, der Meinungsverbreitung in Presse, Rundfunk und Fernsehen, Demonstrationsfreiheit usw. — unterhöhlt und abgetragen. Mit der Verabschiedung einer tiefgreifenden Notstandsverfassung, die zum großen Teil selbst mit den Resten der verbliebenen Rumpfverfassung unverträglich ist, haben die Parteien der Großen Koalition sich vom Verfassungsauftrag von 1949 gründlich entfernt. Bundeswehr und Bundesgrenzschutz werden eingestandenermaßen als Einsatzreserve gegen das eigene Volk betrachtet und vorbereitet. Selbstschutzgesetz, Zivilschutzkorpssgesetz und Arbeitssicherstellungsgesetz usw. sind darauf angelegt, unser Volk in ein Heer von Selbstschützern und moralischen wie praktischen Zivilverteidigern zu verwandeln. Die schlich-

testen Einrichtungen des Gemeinsinns haben ihre Unschuld verloren: von der Freiwilligen Dorffirewehr bis zum Technischen Hilfswerk wird alles als Instrument des totalen Notstandsstaates betrachtet. Und wenn künftig, wie schon bisher, Briefe geöffnet werden und es in den Telefonleitungen knackt, so muß mit Bedauern vermerkt werden, daß drei Vertrauenspersonen noch die tägliche Verfassungsverletzung „überwachen“ sollen. Als könnte man sich angesichts der Verfassungswidrigkeit zahlreicher Notstandsbestimmungen heute noch gegen den „Mißbrauch“ des Verfassungsbruchs erklären. Nicht der Mißbrauch, der eigentliche Gebrauch der Notstandsgesetze ist es, wogegen wir uns zur Wehr zu setzen haben. Und wenn die Parteien der Regierungskoalition gemeint haben, die Verabschiedung der Notstandsgesetze, womit insbesondere die Führer der Sozialdemokratie eine historische Schuld auf sich geladen haben, werde in unserem Volk bis zur Bundestagswahl längst vergessen sein, so wird sie unsere Bewegung, die aus dem Kampf gegen die Notstandsgesetze hervorgegangen ist, eines anderen belehren.

Wir werden unseren Mitbürgern unablässig zeigen, wer hinter dem fortgesetzten Abbau der demokratischen Möglichkeiten in unserem Lande steht, und wem dieser Abbau dient. Die stille Auszehrung, der die Grundrechte unterliegen, das sinkende Zutrauen in die Rechtsstaatlichkeit, der offen eingestandene Verfall des parlamentarischen Lebens, der immer unbekümmertere Rückgriff auf die rohe Polizeigewalt — dies alles zeigt: Der demokratische Auftrag des Grundgesetzes von 1949 ist unverträglich geworden mit den Bedürfnissen derer, die bei uns die wirkliche Macht in beiden Händen halten. Es gibt Kräfte in unserer Gesellschaft, die, wie es kürzlich im „Arbeitgeber“, dem Organ des Bundesverbandes der Deutschen Arbeitgeberverbände, zu lesen stand, gegen die immer noch zu weit gehende „Rechtsstaatsbeflissenheit“ in unserem öffentlichen Leben eifern, gegen eine „überbetonte Rechtsstaatlichkeit“, die „bei den innerpolitischen Auseinandersetzungen . . . zu einer weitgehenden Hilflosigkeit des Staates“ führt. Hier, wie auch sonst, gewinnen wir eine Ahnung von dem unversöhnlichen Gegensatz von inhaltlicher Demokratie und Herrschaft des Großkapitals.

Unter diesen Umständen hat auch der organisierte Rechtsradikalismus bereits Funktion in unserem Lande gewonnen. Mit einem Bundestagswahlfond von eingestandenermaßen 10 Millionen DM ist er zum Mitträger der herrschenden Ordnung, zum heimlichen Hegkind, zur politischen Reserve der bestehenden Mächte geworden: Er fängt noch die Stimmen der Unzufriedenen ab und führt sie auf einem Umweg den Herrschenden zurück; er schneidet die Besinnung auf eine wirkliche Alternative ab. Unsere Rechtsradikalen von heute sind nur die enfants terribles der anderen: sie sprechen aus, was diese denken.

Kein Zweifel: ein Abgrund trennt die gegenwärtig Herrschenden vom Volk, von seinen wirklichen Bedürfnissen und Wünschen. Wo immer man die regierenden Parteien und die hinter ihnen stehenden Kräfte nicht nach ihren Wor-

ten, sondern nach ihren Taten beurteilt, gewinnt man die Überzeugung: Einer Entwicklung, die gemeingefährlich geworden ist, muß begegnet werden. Eine tiefgreifende Änderung, ein Wechsel nicht nur der regierenden Personen und Parteien, sondern vielmehr der Politik und der sie tragenden Kräfte tut not. In diesem Sinne haben wir uns zusammengefunden: allem voran Betriebsarbeiter, Angestellte, Gewerkschaftsfunktionäre, aber auch beunruhigte Angehörige der gewerblichen und bäuerlichen Zwischenschichten, der Intelligenz, der Jugend; Christen, Liberale und Sozialisten. Uns eint die Überzeugung, daß Demokratie eine Kampfaufgabe ist, daß eine umfassende demokratische Erneuerung in unserem Lande not tut, und daß dies nur durch uns, die Kräfte des Volkes selbst, geschehen kann, auf dem Wege der demokratischen Selbsttätigkeit und Selbsthilfe von unten. Wir lassen uns nicht eingrenzen auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition; wir verstehen uns nicht als eine „kleine Minderheit“: Wir bringen die Bedürfnisse des ganzen Volkes zum Ausdruck. Zu uns gehören alle, die den bestehenden Herrschaftsverhältnissen unterworfen sind, allem voran die arbeitenden Massen. Wir wenden uns an die Leidenden und an die Denkenden; wir betrachten uns als den Vortrupp einer Volksbewegung.

Unser Anspruch ist nicht, diese und jene kleinen Reförmchen zu erbitten, sondern vielmehr die Regierung und die herrschenden Parteien dem ständigen Druck einer fragenden Öffentlichkeit auszusetzen, sie zur Rechenschaft zu bringen, sie unablässig mit ihren eigenen Worten zu konfrontieren, das Zusammenspiel von ökonomischer und politischer Herrschaft bloßzulegen und handelnd einzugreifen. Wir kämpfen für die inhaltliche Erfüllung des Anspruchs auf Demokratie: in Betrieb und Staat, in Schule und Hochschule, in den Kasernen, in Verwaltung, Justiz und Polizei. Wir wollen die unmittelbare Bürgerinitiative entwickeln, die systematische Kontrolle von unten, die ständige Erweiterung des Raumes gesellschaftlicher Gegenmacht.

So verstehen wir auch unter Mitbestimmung nicht eine Vergrößerung der Zahl von Aufsichtsratspöstchen, weitab vom Einblick der Beschäftigten, sondern eine Aufgabe, die am Arbeitsplatz beginnt und die auf alle Lebensbereiche der Gesellschaft auszudehnen ist. Den Anstoß hierzu geben nicht Gesetze, sondern Menschen, die anfangen, sich darum zu kümmern, was mit ihrer eigenen Arbeitskraft geschieht.

Was wir sind und was wir wollen, ist neu in diesem Lande. Die demokratische Selbsttätigkeit, die wir überall erwecken und betreiben werden, bestimmt das Zusammenwirken der Bündnispartner selbst. Die Initiativkreise in den Städten und Dörfern werden selbständig tätig, sie erhalten Hilfe und Rat, soweit sie dies wünschen. Auch die Gruppen, die dem Bündnis geschlossen beitreten, behalten ihre volle Selbständigkeit. Dafür sorgt nicht zuletzt die Finanzverfassung des Bündnisses. Das koordinierende Organ, das über gemeinschaftliche Aktionen beschließt, soll ein Rat sein, in den die Bündnispartner Vertreter entsenden.

Darüberhinaus sind wir sicher, daß auch Gruppen, die nicht im Rat mitarbeiten wollen, in der praktischen Aktion sich mit uns finden werden. Unser Bündnis ist weit offen für alle, die um die Notwendigkeit wissen, den herrschenden Mächten und der herrschenden Politik vom Standpunkt der Demokratie und des Fortschritts zu begegnen. Keinem der Partner wird hierbei vollständige Übereinstimmung in der Beurteilung aller innen- und weltpolitischen Vorgänge abverlangt. Auch gibt es keinerlei Führungsanspruch einer Gruppe gegenüber den anderen. Wir sind auch keineswegs ein bloßer Dachverband schon bestehender *politischer Gruppierungen*, sondern vielmehr ein Bündnis aus den verschiedensten *gesellschaftlichen* Schichten; ein Bündnis, das getragen wird von den Betriebsarbeitern. Die Grundeinheiten unseres Bundes sind infolgedessen die Initiativkreise, die Arbeiterausschüsse, die Aktionszentren, die heute schon an zahlreichen Orten der Bundesrepublik bestehen. Eben dieses Neue unseres Zusammenschlusses macht uns in den Augen unserer Gegner schon heute zu einer beunruhigenden Kraft.

Die Kräfte des Bündnisses werden auch zur Bundestagswahl antreten. Sie durchbrechen damit den Zustand, daß nur bürgerliche Parteien — unter Einschluß der SPD — auftreten, während die zahlreichste Volksklasse, die Arbeitnehmerschaft, unvertreten bleibt. Wir durchbrechen den Alleinvertretungsanspruch des herrschenden Teils der Gesellschaft; wir machen Herrschaft wieder zum Risiko und wollen sie schließlich brechen. Wir wissen dabei, daß nicht durch den bloßen Wahlakt etwas geändert wird. Wahlen, die durch die anderen heute als reine Herrschaftsakklamation veranstaltet werden, als bloße Selbstbestätigung, mit allen Mitteln der List, der Irreführung, der Täuschung — wir werden sie benutzen als Hebel zur Entwicklung von Kritik, Kontrolle, Öffentlichkeit, zur Entfaltung von gesellschaftlicher Gegenmacht auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Wir werden daher auch vor unsere Mitbürger hintreten und ihnen sagen: Wir haben nichts anzubieten, nichts anzupreisen, wir verkaufen uns nicht zu Schleuderpreisen. Für uns sind Wahlen kein Selbstzweck. Wir bitten Euch vielmehr, gemeinsam zu überlegen, wie wir uns selber helfen: wie wir Lärm schlagen, wie wir denen, welche die Macht ausüben, auf die Finger sehen, wie wir ihnen den Machtgebrauch, den Machtgenuß erschweren und ihnen unkontrollierte Gewalt Stück für Stück aus den Händen winden; wie wir, vom betrieblichen Arbeitsplatz bis hin zu Parlament und Regierung, den Gedanken der demokratischen Öffentlichkeit, der Rechenschaft, der Kontrolle von unten zur Geltung bringen. Wir werden überall, wie es auch in unserem Aktionsprogramm formuliert ist, die Formen der Selbsttätigkeit entwickeln und jene schwere Kunst erlernen, das Nächstliegende, das Einfache, das Überfällige zu *tun*. Wir werden auch einen Wahlkampf einordnen in das strategische Gesamtkonzept einer *offensiven Reform* — darauf gerichtet, die Realverfassung unserer Gesellschaft, unseres öffentlichen Lebens Stück um Stück zu ändern und diesen Staat schließlich zum Staate aller zu machen.

Wir werden auch ein Muster für demokratische Kandidatenaufstellung bieten. Die Kandidaten, die aus unserer Bewegung hervorgehen, werden die wirkliche Zusammensetzung unseres Volkskörpers wiedergeben. Wir werden einen Wahlkampf nicht in den gebräuchlichen Formen führen, sondern aus der Aktion heraus und als Aktion der ständigen systematischen Entlarvung des Gegners. Ein Wahlkampf, so geführt, ist für uns *immer* ein Erfolg: er mobilisiert das Bewußtsein, er schafft den Volkskräften neue Nahrung. In diesem Sinne werden auch Abgeordnete, die aus unseren Reihen hervorgehen, sich unmittelbar auf die außerparlamentarische Bewegung stützen, zu der sie gehören. So werden wir unsere Mitbürger ihren Enttäuschungen und den Verlockungen ihrer Gegner entreißen und zeigen, was Demokratie, was ein inhaltlich erfüllter parlamentarischer Verfassungsstaat — *wäre*.

In diesem Sinne treten wir heute vor die Öffentlichkeit. Wir rufen die arbeitenden Menschen in Stadt und Land und alle überzeugten Demokraten! Gegen Großkapital und Rechtsradikalismus, gegen Kriegsgefahr und Diktatur: Brüder, in eins nun die Hände!

Im Laufe des letzten Jahres haben sich innerhalb des Kreises der Herausgeber des „kürbiskern“ zunehmend prinzipielle politische Meinungsverschiedenheiten ergeben.

In der Frage des Aktions- und Wahlbündnisses, sowie insbesondere in der Frage der militärischen Aktion der fünf verbündeten Staaten des Warschauer Paktes in der CSSR verschärften sich die Differenzen soweit (wie auch an den betreffenden Beiträgen in diesem Heft erkennbar), daß eine weitere Zusammenarbeit innerhalb einer Redaktion sich als zu schwierig erweist.

Die fünf bisherigen Herausgeber sind daher übereingekommen, daß Christian Geissler und Yaak Karsunke mit diesem Heft aus dem Kreis der Herausgeber ausscheiden.

Christian Geissler, Friedrich Hitzer, Yaak Karsunke, Hannes Stütz, Manfred Vosz.

Arthur Killus ist Dokumentarfilmer und wohnt in Hamburg. Er hat aus authentischen Texten historischer Personen eine Dokumentation über das Scheitern der Novemberrevolution zusammengestellt. Das Stück wurde für eine Arbeiter-laiengruppe geschrieben. Die vorliegende Fassung ist eine Bearbeitung, die von Hannes Stütz mit Einverständnis des Autors vorgenommen wurde.

Mischa Gallé, geboren 1938 in Backnang bei Stuttgart, studierte drei Semester Philosophie in Heidelberg, arbeitete dann zwei Jahre als Putzfrau und Verkäuferin und lebt heute als Journalistin in München.

Der 1941 in Augsburg geborene *Klaus Stiller* studiert Germanistik und Romanistik in West-Berlin (früher in München und Grenoble), er veröffentlichte u. a. 1966 einen Erzählungsband („Die Absperrung“ beim Walter Verlag).

Friedrich Röll (Jahrgang 1924) lebt als Ingenieur in München.

Fred Schmid, Jahrgang 1938, ist Diplomkaufmann in München und beschäftigt sich schon längere Zeit mit Fragen der Wirtschaftspolitik der sozialistischen Länder. Er diplomierte bei Prof. Raupach im postgraduierten Studium über Wirtschaft und Gesellschaft Osteuropas.

Die Slawistin *Elvira Högemann-Ledwohn*, Jahrgang 1941, kennen unsere Leser durch ihren Aufsatz „Fragen an Georg Lukács“ (kk 1/68).

Nguyén Hun Nghi, Jahrgang 1944, ist Mitglied der Kommunistischen Partei Süd-Vietnams und kämpft in der Nationalen Befreiungsfront seines Landes. Er besuchte vor einigen Monaten Westeuropa und will in seinem Beitrag wesentliche Fragen zur Politik und Zielsetzung der NLF, die ihm vor allem in der Bundesrepublik gestellt wurden, noch einmal zusammenfassend beantworten.

Anmerkungen

Die Gedichte von *Janis Ritsos* entnahmen wir dem Informationsbulletin des Schweizerischen Komitees für Demokratie in Griechenland.

Peter Nestler wurde 1937 in Freiburg im Breisgau geboren, war Fabrikarbeiter, Volontär in einer hamburgischen Exportfirma, fuhr auf westdeutschen und schwedischen Schiffen, studierte an der Kunstakademie in München, finanzierte sich durch Jobs. 1962 drehte er seinen ersten Kurzfilm (Am Siel, 13,5 Minuten), es folgten: Aufsätze (10,5 Min.); Mülheim (Ruhr) (14 Min.); Odenwaldstetten (36 Min.); Rheinstrom (13,5 Min.); Ein Arbeiter-Klub in Sheffield (43 Min.) und Von Griechenland (28 Min.). Nestler lebt heute in Schweden.

Sebastian Peren studiert Philosophie an der Universität München.

Beilagenhinweis

Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung der Beilagen in diesem Heft: Benziger-Verlag, Wagenbach-Verlag, Beck'sche-Verlagsbuchhandlung, Luchterhand-Verlag, Henssel-Verlag.

alternative

ZEITSCHRIFT FÜR LITERATUR
UND DISKUSSION

Walter Benjamin [Nr. 59/60]

Eine Auseinandersetzung mit den Interpretationen und Editions-kriterien seiner Herausgeber Theodor W. Adorno, Rolf Tiedemann und Siegfried Unseld. Das Heft antwortet mit neuen Beweisen aus dem Potsdamer Benjamin-Nachlaß auf die Behauptungen der Frankfurter Herausgeber.

Brenner: Skizzen zum Passagenentwurf. Zur Kontroverse Benjamin-Adorno — Walter Benjamin: Unveröffentlichter Brief an Asja Lázis — Lázis: Benjamins „Entwurf eines proletarischen Kindertheaters“ — Heise: Widerlegbare Behauptungen der Benjamin-Herausgeber — Gallas: Wie es zu den Eingriffen in Benjamins Texte kam — Die Diskussion in der „Frankfurter Rundschau“ — Bibliografie zur Auseinandersetzung um Benjamin

Beilage

Pierre Bertaux: Hölderlin und die Französische Revolution. Eine Provokation der deutschen Hölderlinforschung, vorgefragt von dem französischen Germanisten auf der letzten Hölderlin-Tagung.

Lucien Goldmann: „Die Neger“. Untersuchung der Mikrostrukturen in Jean Genets Bühnenstück.

Deutschunterricht und Germanistik [Nr. 61]

Thesen und Forderungen anlässlich des Germanistischen-Tages 1968

Berg: Besinnungsaufsatz. Zur Ideologie des Faches Deutsch — Büning: In demokratischem Gewand. Methodiken für den Deutschunterricht (Ulshöfer, Essen) — Niemeyer: Neue Lesebücher für Abiturklassen? — Daerr: „Kritisch angepaßt“. Die neuen Richtlinien des Berliner Senats für den Deutschunterricht — Dahle: Wir Deutschlehrer. Notizen zum Angebot von Heldenfiguren — Oevermann: Sprachbarrieren, schichtenspezifische Sprachkodes und Intelligenz — 14 Thesen zum Deutschunterricht — Dokumentation: Besetzung des Instituts für Germanistik, FU Berlin. Streik am Berlin-Kolleg.

Soeben erschienen:

Strukturalismus und Literaturwissenschaft [Nr. 62/63]

Diese erste deutschsprachige Sammlung zu Theorie und Methode der strukturalen Literaturanalyse bringt Texte ihrer wichtigsten französischen Vertreter.

Roland Barthes: Analyse von Texten aus „La comédie humaine“ von Balzac — Roman Jakobson und Claude Lévi-Strauß: Analyse des Gedichtes „Les chats“ von Baudelaire — Gérard Genette: Strukturuntersuchungen zum Werk von Robbe-Grillet — Tzvetan Todorov: Kategorien der Erzählung — Julia Kristeva: Wort, Dialog und Roman. Russischer Formalismus und Strukturalismus — A. J. Greimas: Interpretationstheorie der mythischen Erzählung — Bibliographie zum Strukturalismus — u. a.

Fragen Sie nach Alternative in Ihrer Buchhandlung, oder bestellen Sie direkt beim Alternative Verlag, 1 Berlin 30, Steinmetzstr. 13/V. Einzelnummer 2,50 DM, Doppelnummer 5,— DM, Jahresabonnement 13,50 DM.

Dokumentation und Zeitgeschehen

in der edition suhrkamp jeder Band 3 Mark

- 222 **Werner Hofmann: Stalinismus und Antikommunismus.**
Erstausgabe. Hofmann definiert den Stalinismus und den Antikommunismus als Momente der Verblendung.
- 233 **Elisabeth Hannover-Drück/Heinrich Hannover: Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.**
Erstausgabe. Erstmals wird hier ausführliches Material über Vorbedingungen und Nachgeschichte dieses Verbrechens veröffentlicht.
- 263 **Antworten auf Herbert Marcuse.**
Erstausgabe: Herausgegeben von Jürgen Habermas. Junge Autoren ehren den gesellschaftskritischen Theoretiker zum 70. Geburtstag.
- 271 **Bottroper Protokolle. Aufgezeichnet von Erika Runge.**
Erstausgabe. Vorwort von Martin Walser. Bewohner einer Stadt im Ruhrgebiet berichten in Tonbandgesprächen über die Stillelegung „ihrer“ Zeche.
- 277 **Paul A. Baran: Zur politischen Ökonomie der geplanten Wirtschaft**
Erstausgabe. Aus dem Amerikanischen von Michael Bärmann. Dieser Band enthält die Studien, die sich mit der Bestimmung des Wirtschaftsprozesses, des wirtschaftlichen Wachstums und der Wirtschaftsplanung in sozialistischen und kapitalistischen Staaten beschäftigt.
- 280 **Ulrich Sonnemann: Institutionalismus und studentische Opposition**
Erstausgabe. Einübung in den Ungehorsam. Rational-nüchternes Verhalten soll an die Stelle untertäniger Autoritätsbeflissenheit treten: Essays über die Chancen vernünftigen Engagements.
- 281 **Edward Hallet Carr: Die neue Gesellschaft. Sozialismus in der Sowjetunion**
Erstausgabe. Aus dem Englischen von Klaus Figge und Waltraud Stein. Carr beschreibt die Geschichte der Sowjetunion und ihrer sozialen Verfassung, die Folgen, Rückschläge und Fortschritte dieses wohl einzigartigen Experiments.
- 285 **Mihailo Marković: Dialektik der Praxis**
Erstausgabe. Aus dem Serbischen von Peter Urban. Skeptisch gegenüber allen Dogmen, untersucht Marković die Grundlagen der zeitgenössischen jugoslawischen Gesellschaft.
- 290 **Jean-Paul Sartre, Cesare Luporini, Roger Garaudy, Adam Schaff, Karel Kosík, Galvano della Volpe, Mihailo Marković, Howard Parsons: Moral und Gesellschaft**
Erstausgabe: Aus den Originalsprachen übersetzt von Karin Monte u. a.
- 299 **Ernst Bloch: Über Karl Marx.**
Erstausgabe. Dieser Band enthält u. a. die Rede „Marx, aufrechter Gang, konkrete Utopie“, die Bloch zum 150. Geburtstag von Karl Marx in Trier gehalten hat.
- 296 **Dieter Schneider: Arbeiterräte in der Novemberrevolution. Ideen, Wirkungen, Dokumente. Erstausgabe.**
- 298 **Bernhard Schütze: Rekonstruktion der Freiheit. Die politische Oppositionsbewegung in Spanien**
Erstausgabe. Fünfundzwanzig Jahre nach dem Bürgerkrieg tritt der Widerstand gegen die Herrschaft Francos in eine neue Phase ein.
- 300 **Herbert Marcuse: Ideen zu einer kritischen Theorie der Gesellschaft**
Erstausgabe. Inhalt: Neue Quellen zur Grundlegung des Historischen Materialismus (1932); Studie über Autorität und Familie (1936); Das Individuum und die Große Gesellschaft (1966); zum Begriff der Negation in der Dialektik (1967) u. a.

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an

Suhrkamp Verlag

6000 Frankfurt, Postfach 2446/WPO 2

Theoretisches

Heinrich Vormweg: Die Wörter und die Welt. Der kühne Entwurf zu einer kritischen Theorie der Literatur unserer Tage. Aufsätze über den neuen Realismus, die Überprüfung des engagierten Schriftstellers und eine Erörterung über Literatur und Provinz. (148 Seiten, broschiert 14,80.)

Reinhard Baumgart: Aussichten des Romans oder Hat Literatur Zukunft? Frankfurter Vorlesungen. Inhalt: Was leisten Fiktionen? Filmerzählung und Spracherzählung; Theorie einer dokumentarischen Literatur; Lesen heißt kritisieren; Engagement. (116 Seiten, broschiert DM 7,50.)

Prinzip Collage. Was ist Collage? Antwort geben die von Franz Mon und Heinz Neidel gesammelten Aufsätze von bildenden Künstlern, Literaten, Museumsdirektoren, Theaterleuten, Musikern und Journalisten. (Herausgegeben vom Institut für Moderne Kunst in Nürnberg. 96 Seiten, davon 16 Seiten Abbildungen, broschiert DM 14,80.)

Wege der Literatursoziologie. Herausgegeben und eingeleitet von Norbert Fügen. Eine historische und systematische Sammlung von Quellentexten zur Literatursoziologie mit Beiträgen von de Bonald, Tocqueville, Guyau, Plechanow, Lenin, Mehring, Benjamin, Lukács, Burckhardt, von Martin, Nietzsche, Inglis, Sengle, Goldmann, Adorno, Nutz, Köhler, Bruford, Lord, Strothmann, Escarpit, Auerbach, Löwenthal, Rüegg, Karstedt. (Soziologische Texte, Band 46. 480 Seiten, Leinen DM 36,—, Studienausgabe DM 28,—.)

Weltfreunde. Konferenz über die Prager deutsche Literatur 1965. Herausgegeben von Eduard Goldstücker. Referate und Diskussionsbeiträge, die sich mit so unterschiedlichen Geistern wie Rilke, Kafka, Werfel, Kisch, Winder, Meyrink, Weisskopf, Fühnberg befassen. (448 Seiten, 41 Abbildungen, Leinen DM 29,80.)

Luchterhand

ring publications

Gerold Dommermuth, 6 Frankfurt/M. 1, Postfach 2441

Kritischer Ring-Fibel-Grundkursus in zwölf Lehrgängen, 1. Semester

1. Religion:

Underground, eine Hippie-Fibel, zusammengestellt von Heidi und Marianne, eingeleitet von P. G. Hübsch. Mit Illustrationen von Bernd Brumbär u. a. DM 3,—.

2. Deutsch:

Wie erkennt man Staatsfeinde? Von Werner Berthel und Monika Steffen. Mit Collagen von Wilhelm Lehmbruck. DM 3,—.

3. Leibesübungen:

Medizinisches Sex-Stichwörterbuch I, von Algolagnie bis Kopulation, zusammengestellt von Nikolaus Mak. DM 3,—.

4. Geschichte:

Worte des Che Guevara, gesammelt und ausgewählt von Alain Benoit, übersetzt von Hélène Orenga, Vorwort von A. P. Lentin. DM 3,—.

5. Zeichnen und Werken:

Enkes Filmproduktion aus dem Film 'Zur Sache Schätzchen', mit einem Vorwort von W. D. und einer Gebrauchsanweisung von Werner Enke. DM 3,—.

6. Musik:

Die Beatles in Lebensgröße, zugerichtet von Wolf Dresch und Aeneas Procrustes, mit Illustrationen von Christian Lafrenz. DM 3,—.

7. Rechtschreibung:

Button College I, gehalten von Bazón Brock. Mit vielen farbigen Buttons. DM 3,—.

8. Kurzschrift:

Oscar Wilde, Beißheiten, zusammengestellt und übersetzt von Werner Berthel, mit vielen Illustrationen von Bernd Brumbär. DM 3,—.

9. Fahrschule (mit Führerschein):

Der kleine Machiavelli oder Wie man oben bleibt, ein modernes Lexikon von Bavaricus, mit vielen Illustrationen aus zeitgenössischen Comics. DM 4,—.

10. Warenkunde:

Brust raus! oder die befreite Brust. Zur Emanzipation eines Körperteils Freigelegt von Bazón Brock und Juergen Seuss. Mit vielen Abbildungen und einer bebilderten Gebrauchsanweisung. DM 4,—.

11. Erste Hilfe:

Für Notstandsfälle — Grundrecht — zusammengestellt von E. Merlin. DM 4,—.

12. Gemeinschaftskunde:

Autofibel 1968, von Peter Klinkenberg. Wie sie fahren — was sie kosten — was der Kilometer kostet. Mit vielen Fotos. DM 4,—.



„Da werden ja direkt
Jugenderinnerungen
wach!“

(Ausspruch eines
rheinländischen
Buchhändlers beim
Durchblättern
dieses Buches)

Kurt Halbritter

Adolf Hitlers Mein Kampf

Gezeichnete Erinnerungen
an eine Große Zeit.

240 Seiten, 180 Zeichnungen, Ln. DM 16,80

In Szenen, wie sie eindringlicher und wirklichkeitsnäher kaum denkbar sind, entsteht der Alltag des 3. Reiches. Kurt Halbritter hat aus der Erfahrung des Betroffenen einen gezeichneten Kommentar zu Hitlers Werk gegeben. Neben den Bildern stehen die wichtigsten und bezeichnendsten Leitsätze aus Hitlers „Mein Kampf“ im Original — dargestellt in fünf Kapiteln: Führung und Gefolgschaft, Propaganda und Organisation, die Arier als Kulturbegründer, Völkischer Staat und Rassenhygiene, das Recht auf Grund und Boden.

Bärmeier & Nikel

NEUERSCHEINUNG

DEUTSCHLAND IM ERSTEN WELTKRIEG

Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Dr. phil. habil. FRITZ KLEIN

Band 1	Band 2	Band 3
Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914	Januar 1915 bis Oktober 1917	November 1917 bis November 1918
515 Seiten — 7 Karten Leinen etwa DM 25,—	Etwa 800 Seiten 16 Karten Leinen etwa DM 25,—	Etwa 560 Seiten 15 Karten Leinen etwa DM 25,— Jeder Band enthält 40 Bildtafeln.

Mit der dreibändigen Geschichte Deutschlands im ersten Weltkrieg legt das Institut für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin die erste umfassende marxistische Darstellung dieser für die Geschichte nicht nur des deutschen Volkes so bedeutungsvollen Periode vor.

Das Werk verdient vor allem deshalb besondere Beachtung, weil es erstmals die Geschichte des ersten Weltkrieges in ihrer ganzen Komplexität behandelt, den engen Zusammenhang zwischen allen Bereichen der gesellschaftlichen Entwicklung herausarbeitet und sich mit den verschiedenen Zweigen der bürgerlichen Geschichtsschreibung über Ursachen, Vorbereitung, Verlauf und Ergebnis des Krieges auseinandersetzt.

Fortsetzungsbestellungen beim Buchhandel erbeten.

Auf Wunsch erhalten Interessenten einen ausführlichen Werbeprospekt mit kompletten Inhaltsverzeichnis der drei Bände vom

AKADEMIE-VERLAG · BERLIN

DDR 108 Berlin, Leipziger Str. 3—4. Fernruf 22 04 41
Auslieferung für die Bundesrepublik KUNST UND WISSEN,
Erich Bieber, Stuttgart 1, Wilhelmstraße 4—6



Ein Plädoyer wider das Jungsein- ein Plädoyer gegen das Altwerden

Robert Poulet Wider die Jugend

Aus dem Französischen Versuche 9
von Margaret Carroux
148 Seiten. Engl. brosch. 9,80 DM
In unserer Zeit, in der das Kind und
der Jugendliche von allen Seiten um-
worben werden und weithin den Ton
angeben, bringt Robert Poulet un-
verblümt zur Sprache, was sich alles
gegen den »Frühling des Lebens«
anführen läßt.
»Sein Essay - schlagfertig, geistvoll und
profund - bedeutet wahres Labsal
für geplagte Väter, malträtierte Lehrer
und angepöbelte Professoren. Natür-
lich wußte man es schon: Jugend ist
kein Verdienst und Alter kein Laster...
Wenn diese Schrift die ältere Gene-
ration - und dazu werden ja gottlob
alle einmal - lachen macht, nachdenk-
lich stimmt und wieder etwas Stand-
festigkeit gewinnen läßt, dann hat
sie ihren Zweck schon erfüllt.«
Rheinischer Merkur, Köln

Jean Améry Über das Altern

Revolte und Resignation Versuche 13
136 Seiten. Engl. brosch. 9,50 DM
»Mit diesem Buch - ein Buch ruhiger
und doch kraftvoller Nachdenklichkeit
- ist Améry ein Einbruch in Bezirke
gelungen, die ihm kein zeitgenös-
sischer Autor streitig machen kann...
In fünf großen, klassischen Essays,
wie sie heute niemand mehr vergleich-
bar in deutscher Sprache schreibt,
zieht Améry das Thema aus den
freundlichen Nebelfeldern unserer
Goethe-Epigonen heraus... Ein einzel-
ner hat hier für einzelne geschrieben,
die bereit sind, in letzten Sachen bis
ans Ende zu denken.«
Horst Krüger in *Die Zeit*, Hamburg
Amérys Buch ist auf eine außerge-
wöhnliche Art spannend, und es
besteht kein Zweifel, daß sich jeder
Leser in diesem Traktat wiederfindet
und jeder auf sein eigenes Aufbe-
gehren stößt.

Klett



Ungarische Dramen

Herausgegeben von Georgina Baum
460 Seiten. Ganzleinen DM 10,—

Sechs Autoren präsentieren
sechs exemplarische Stücke
des ungarischen Theaters heute.

László Németh
Galilei
Gyula Illyés
Fackel
Miklos Hubay
C'est la guerre!
Lajos Mesterházu
Verräter
Imre Sarkadi
Das verlorene Paradies
Endre Illés
Der Fremde

Sowjetische Dramen

Herausgegeben v. Christel Ruzicka
432 Seiten. Ganzleinen DM 10,—

Die besten Oldseller
des sowjetischen Theaters
in einer konkurrenzlosen
deutschen Erstausgabe.

Boris Lawrenjow
Die Bresche
Michail Bulgakow
Die Flucht
Juri Olescha
Die Liste der Wohltaten
Nikolai Pogodin
Die Aristokraten
Alexej Arbusow
Tanja

Theater texte

bei Volk und Welt

Informationen erhalten Sie
durch unsere Verlagszeitschrift
„der bücherkarren“,
die kostenlos versandt wird.

Verlag Volk und Welt
DDR — 108 Berlin,
Glinkastr. 13—15

kürbiskern Songbuch



mit
134 Liedern
von

Therese Angeloff, Wolf Brannasky, Franz Josef Degenhardt, Erich Fried, Fasia Jansen, Erwin Jedamus, H. B. Klinger, Christoph Meckel, Reiner Rowald, Gerd Semmer, Hannes Stütz, Dieter Süverkrüp u. v. a.

Illustrierte Ausgabe mit Noten und Gitarrensätzen, 256 Seiten.
Paperback DM 12,80

Zu beziehen in allen Buchhandlungen

Damnitz Verlag München

<i>Herbert Asmodi</i>	Sermon
<i>Werner Bräunig</i>	Einer liest
<i>Bernd Jentzsch /</i>	Briefwechsel in memoriam Johannes Bobrowski
<i>Yaak Karsunke</i>	Schattenland Psalmen
<i>Márton Kalász</i>	Brief an Lyndon B. Johnson
<i>Charles Senger</i>	Ein verwirrender Fall
<i>Philipp Wiebe</i>	Gedichte
<i>Renate v. Gizycki</i>	Der Schuh und die fliegende Prinzessin
<i>Peter Hacks</i>	Dämmerung nach vorwärts
<i>Melchior Schedler</i>	Zehn Gedichte
<i>Helmuth Pieper</i>	Herr Bruno H. Momm
<i>Christine Steiger</i>	Animalische Aspekte
<i>Geert Hesse Goeman</i>	Der große Oktober 1917 und die heutige Literatur
<i>Georg Lukács</i>	Fragen an Georg Lukács
<i>Elvira Högemann-</i>	
<i>Ledwohn</i>	
<i>Gerd Oesterwind,</i>	
<i>Rudolf Schultz,</i>	Zum Dialog Christ — Marxist
<i>Hans Ohly</i>	
<i>Martin Walser</i>	Amerikanischer als die Amerikaner
<i>Heinz Bruno Sand</i>	Aufruf

<i>Kurt Bartsch</i>	chausseestraße 125
<i>Manfred Wekwerth</i>	Brief an einen westdeutschen Journalisten
<i>Petra v. Mohrstein</i>	Gedichte
<i>Rainer Wochele</i>	Drei Geschichten
<i>Ernst F. Steffen</i>	Gedichte
<i>Rolf Haufs</i>	Ein Lohnbuchhalter erzählt drauflos
<i>Annenmarie Czaschke</i>	Das Todeskarussell
<i>Yaak Karsunke</i>	Belanglose Belletristik
<i>Prof. Dr. P. A. Thießen</i>	Wissenschaftlichkeit ohne Abstriche
<i>Johannes Bobrowski</i>	Fortgeführte Überlegungen
<i>Protokoll</i>	Ulm im Schneider
<i>Erich Fried</i>	Abschied von der BBC
<i>Johannes Schenk</i>	Portugiesische Wedel
<i>Hilde Rubinstein</i>	Gesammelte Stimmen über Portugal
<i>Hans Peter Hohn</i>	Schutzmarke: Goethe
<i>Bernt Richter</i>	Männer und Könner — gesucht für ungenannte Zwecke
<i>Franz Schonauer</i>	Preußische Legende

<i>Günter Kunert</i>	Yannis Ritsos nicht zu vergessen
<i>Amnesty International</i>	Die Lage in Griechenland
<i>Ulf Miebe</i>	Ostern 68
<i>Kurt Bartsch</i>	Gedichte
<i>Fritz Rudolf Fries</i>	Zwei Geschichten
<i>Fritz Martin Sandmann</i>	Gedichte
<i>Hannes Stütz</i>	Anhand von 209 Gedichten
<i>Volker Braun</i>	Künftige Bezirke des Sozialismus
<i>Bernt Richter</i>	Noch jemand nicht enteignet?
<i>Hans Heinz Holz</i>	Kritik der kritischen Kritik
<i>Erich Fried</i>	Zum KPD-Programm-Entwurf
<i>Jakob Mader</i>	Aktion und politische Strategie
<i>Ingrid Schuster</i>	Augen rechts! in den Betrieben
<i>Harald Hartung</i>	Unter der Treppe gesprochen
<i>E. J. Hobsbawm</i>	Der Kulturkongreß von Havanna
<i>Protokoll</i>	Régis Debray vor Gericht
<i>Hartmut Lück</i>	Wo uns der Marxpelz juckt

<i>Johannes Schenk</i>	Kann das tun
<i>Eugen Leviné</i>	Spendenaufzuruf zur Herrichtung seines Grabes
<i>Volker Braun</i>	Gedichte
<i>Günter Bruno Fuchs</i>	Kalendergedichte in Prosa
<i>F. C. Delius</i>	Gedichte
<i>Christa Wolf</i>	Nachdenken über Christa T.
<i>Werner Bräunig</i>	Prosa schreiben
<i>Peter Hamm</i>	Opposition — am Beispiel H. M. Enzensberger
<i>Yaak Karsunke</i>	Vom Singen in finsternen Zeiten
<i>Günter Frank</i>	Zur Rezeption Bertolt Brechts
<i>Wolfgang Heise</i>	Fragen zur Marxfeier
<i>Artur Schmickmann</i>	40 blaue Bände
<i>Helmuth Salzinger</i>	Walter Benjamin — Theologe der Revolution
<i>Prof. Hofmann,</i>	
<i>F. Hitzer, C. Geissler,</i>	Stellungnahmen zu einem Wahlbündnis 1969
<i>Y. Karsunke, M. Vosz</i>	
<i>Wolf Brannaskey</i>	Der neue Anfang
<i>Protokoll I</i>	Universitätskrawalle
<i>Hans Werner Saß</i>	Rede vor Gericht
<i>Protokoll II</i>	Politische Prozesse

INHALT

An die dreihundert Proletarier standen an der Mauer	3
Arthur Killus: Hearing nach 50 Jahren	5
Mischa Gallé: Schulspeisung 1948	22
Ernst S. Steffen: Arbeit im Zuchthaus	28
Klaus Stiller: Sonette über Mietverhältnisse	42
Guntram Vesper: Kurze Prosa	45

KRITIK

Friedrich Röhl: Neues Modell des Sozialismus oder Konterrevolution?	50
Yaak Karsunke: Böhmisches Dörfer	63
Christian Geissler: Anstelle eines Berichtes aus Prag	82
Oliver Behnssen / Wolf Brannasky: Demonstration eines Widerspruchs	85
Fred Schmid: Demokratisierung oder Liberalisierung	87
Friedrich Hitzer: Imperialistische Strategie und die Ereignisse in der CSSR	113
Elvira Högemann-Ledwohn: Auf dem Rückweg zum Kapitalismus?	140

KLASSENKAMPF

Nguyễn Hun Nghi: Antwort an einen deutschen Genossen	168
Janis Ritsos: Zwei Gedichte	177
Protokoll: Griechen in Schweden	178
Sebastian Peren: Wahlen in Griechenland	183
Yaak Karsunke: Große APO-Koalition?	191
Hannes Stütz: Wählen oder Nichtwählen?	195
Professor Dr. Werner Hofmann: Rede beim Gründungskongreß des Aktions- und Wahlbündnisses Demokratischer Fortschritt in Dortmund	204

Erklärung	210
-----------	-----

Anmerkungen	211
-------------	-----